# SOZIALISTISCHE

# 3

**Okt. 1969**


| | |
|---|---|
| Sebastian Herkommer | Technische Intelligenz im Spätkapitalismus |
| Hubertus Hüppauff | Fordstreik und der Mythos der Militanz |
| Peter Hess | Kapitalistisches Wachstum |
| Bernhard Blanke | Zum Faschismus |
| Palästina-Komitee | Naher Osten |



Organ kritischer Sozialwissenschaft

Herausgegeben am Otto-Suhr-Institut

Berlin 33 - Ihnestr. 21 - 7690 2341

Wolfgang Abendroth

# Sozialistische POLITIK

## 1. Jahrgang - Nr. 3 Okt. 1969


| | | | Seite |
|---|---|---|---|
| **Aufsätze** | Sebastian Herkommer | Entwicklungstendenzen im Spätkapitalismus und die Voraussetzungen der Politisierung technischer Intelligenz (Teil I) | 2 |
| | Hubertus Hüppauff | Fordstreik, Anti-Streik-Gesetze und der Mythos der Militanz | 14 |
| | Peter Hess | Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht | 35 |
| **Diskussion** | Bernhard Blanke | Thesen zur Faschismus-Diskussion | 52 |
| **Berichte und Kurzanalysen** | Frank Unger | New Left in Großbritannien | 64 |
| | Palästina-Komitee (Westberlin) | Zur Lage im Nahen Osten | 71 |
| **Literatur** | Bassam Tibi | R.Zahar: Kolonialismus und Entfremdung | 75 |
| | Marc Linder | G.Lukacs: Der Junge Hegel<br>M.Horkheimer: Kritische Theorie | 76 |
| | Hans-Dieter Bamberg | W.S.Wygodski: Geschichte einer großen Entdeckung | 82 |
| | | E.Mandel: Ökonomische Lehre von Marx | 83 |
| | Niels Beckenbach | S.Mallet: La Nouvelle Classe Ouvriere | 84 |
| | Heiner Stück | K.Prandy: Professional Employees | 88 |
| | Ulf Kadritzke | W.Kornhauser: Scientists in Industry | 91 |



**Redaktion, Werbung und Vertrieb**
1 Berlin 33, Ihnestr. 21
Tel. 7690 2341
Postscheckkonto Berlin-West 620 10
Anzeigenpreisliste 1/69

**Herausgegeben im Auftrag des Fachschaftsrates Politologie am Otto-Suhr-Institut vom Redaktionskollektiv:**
Bernard Langfermann, Susanne Piening, Frank Stern (verantw.), Hella Stern.

Jahresabonnement incl. Porto DM 12,--. Studentenabonnement gegen Studienbescheinigung DM 8,-- nur direkt über die Redaktion.



Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatsachen.



**Druck**
Verlag + Druck Westberlin

**Cover**
Gil Funccius, Berlin

# Editorial

I

Zwar blieb unser 'Appell' im letzten Editorial nicht völlig unbeantwortet, – eine übermäßig starke Reaktion gab es aber nicht. Gradmesser der Redaktionspolitik bleibt somit vorläufig der Verkauf der SoPo. Als Grundlage unserer Arbeit ist vor allem der Diskussionsstand der westberliner sozialistischen Linken und freiwillige Mitarbeit anzusehen.

II

Die sozio-ökonomische Entwicklung in den Metropolen und der sich verstärkende Kampf revolutionärer Kader und Organisationen in Teilen der kolonialen und neo-kolonialen Welt sind bestimmend für die derzeitige Gestaltung der SoPo. Die in umfassenden Wirtschaftskrisen zu erwartende Zuspitzung ökonomischer Konflikte in den spätkapitalistischen Gesellschaften lassen die theoretische Diskussion über die Organisation einer revolutionären Arbeiterbewegung und damit auch über die Politisierung von Teilen der technischen Intelligenz zur praktischen Notwendigkeit werden. Die nationalen Streikbewegungen – u.a. in Großbritannien, der BRD und Italien – müssen unter dem Gesichtspunkt der Schaffung eines sozialistischen Klassenbewußtseins analysiert und in eine langfristige Konzeption internationalistischer Agitation und Aktion einbezogen werden.

III

Aus diesem Diskussionsrahmen, der zwar durch die aktuelle politische Entwicklung bestimmt ist, können aber auch umfangreiche Studien und Analysen, z.B. zum tendenziellen Fall der Profitrate und zur Faschismus-Forschung, nicht ausgespart werden. Im wesentlichen sollen hier Arbeitsmaterialien und Diskussionsstoffe für Seminare, Projekt- und Basisgruppen gegeben, sowie Perspektiven für langfristige Strategien des antikapitalistischen und damit antiimperialistischen Kampfes aufgezeigt werden.

Um die materielle Basis für die theoretischen Auseinandersetzungen zu stärken, drucken wir von den längeren Beiträgen in der SoPo zusätzliche Exemplare, die wir arbeitenden Gruppen auf Anfrage kostenlos zur Verfügung stellen.

Redaktionskollektiv

Sebastian Herkommer

# Entwicklungstendenzen im Spätkapitalismus und die Voraussetzungen der Politisierung technischer Intelligenz (Teil I)

Unmittelbaren Anlaß, sich mit der Rolle der technischen Intelligenz in den Auseinandersetzungen um eine demokratische Gesellschaft zu befassen, geben die Streiks an den Ingenieurschulen der Bundesrepublik und Westberlins. Ein zunächst noch weitgehend vorpolitisches Unbehagen der Studenten an den Ausbildungsbedingungen der Höheren Technischen Lehranstalten und der Unsicherheit ihres beruflichen Status hatte sich während der ausgedehnten Streikwochen bei vielen durch disziplinierende Maßnahmen der Administration, durch Polizeiaktionen, durch Stipendienentzug oder Entlassung und nicht zuletzt durch selbstorganisierte Schulungsarbeit in aktives politisches Bewußtsein verwandelt.

Diese Bewegung trifft mit strategischen Überlegungen politisch reflektierender Studenten an den Universitäten zusammen, wie das Studium eine konkretere Vermittlung von Theorie und Praxis im Interesse einer Politisierung von relevanten gesellschaftlichen Gruppen außerhalb des Hochschulbereichs erzielen könnte. Die bei den Soziologen z. B. seit mehr als einem Jahr diskutierten Zielsetzungen (1):

1. das kritische Studium der Soziologie mit dem Studium von Fachbereichen außerhalb der Sozialwissenschaften (Medizin, Jurisprudenz, Sprach- und Naturwissenschaften) zu verknüpfen, um später auf Berufsebene – als „professionalisierte Intelligenz" – das progressive Potential in den Institutionen zu vergrößern;
2. in die Betriebe und Institutionen der „Basis" und des „Überbaus" schon während des Studiums aktiv einzugreifen, stimmen in dem Interesse überein, zwischen aktuellen und potentiellen Gruppen der Linken politisch wirksame Verbindung herzustellen.

Nach solchen Überlegungen zu größerer Verbindlichkeit des Soziologiestudiums muß dieses seine Funktion immer mehr in der Politisierung derjenigen sozialen Gruppen sehen, die einmal wegen ihrer gesellschaftlichen Schlüsselpositionen – vor allem in der Produktion (planende, technische und Arbeiterberufe) und im Bereich der Bildung und Erziehung (Sozialisationsberufe) – für Prozesse gesellschaftlicher Veränderung objektiv eine besondere strategische Bedeutung haben und die zum anderen die sozialen Konflikte in einer Weise erfahren, daß durch Aufklärung, Agitation und Aktion ein bislang vielleicht noch vorpolitisches Unbehagen zu kritischem Bewußtsein und kollektiver Handlungsbereitschaft entwickelt werden kann.

Ihren theoretischen Bezugspunkt hat diese Problemstellung in der kritischen Auseinandersetzung mit Analysen der Entwicklungstendenzen unserer Gesellschaft. Besonders folgende Ansätze bieten sich in der gegenwärtigen Soziologie an, die auf ihren Erklärungswert und auf ihr praktisch-politisches Potential hin untersucht werden müßten:

---

1 Vgl. dazu Bodo v. Greiff: „Berufspraxis und Studium der Soziologen", in: NEUE KRITIK 53/1969.

1. Die Konzeptionen, welche, am Begriff der „industriellen Gesellschaft" orientiert, die technologischen Produktivkräfte und deren Entwicklungsstand unabhängig von den Produktionsverhältnissen – oder diesen vorgeordnet – zum Ausgangs- und Angelpunkt der Analyse sozialer und politischer Phänomene wählen (2).
2. Die orthodoxe Kritik der politischen Ökonomie, die, erweitert durch die Imperialismustheorie und gewisse Differenzierungen, festhält an den Thesen des notwendigen, absehbaren Zusammenbruchs des Kapitalismus durch die immanenten, sich verschärfenden Widersprüche, der Polarisierung der Gesellschaft in zwei prinzipiell entgegengesetzte Klassen und der Rolle des Staates als unmittelbares Instrument der herrschenden Klasse (3).
3. Schließlich ein Ansatz, der den vorhergehenden in mancher Hinsicht modifiziert, ohne jedoch dessen entscheidenden analytischen Zugang zur Erklärung der gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse aufzugeben: die zentrale Bedeutung des Produktionsverhältnisses nämlich, d. h. der Besitzverhältnisse und der politisch-ökonomischen Beziehungen, die aus dem Kapitalverwertungsprozeß resultieren. Im Gegensatz zur These des Zusammenbruchs ist in dieser Konzeption die Andeutung enthalten, daß Systemerhaltung quasi endlos möglich und deshalb eher die Frage von Wichtigkeit sei, zu welchem Preis diese permanente Adaption erkauft wird (4).

Zur Kritik der ersten Konzeption finden sich Hinweise im Einleitungsreferat Adornos zum letzten Soziologentag in Frankfurt, der mit der Fragestellung „Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft? " die Kontroverse darüber thematisch machte,

> „ob noch das kapitalistische System nach seinem wie immer auch modifizierten Modell herrsche oder ob die industrielle Entwicklung den Begriff des Kapitalismus selbst, den Unterschied zwischen kapitalistischen und nicht kapitalistischen Staaten, gar die Kritik am Kapitalismus hinfällig gemacht habe" (5). Als „erste und notwendig abstrakte Antwort" schlägt Adorno vor, „daß die gegenwärtige Gesellschaft durchaus Industriegesellschaft ist nach dem Stand ihrer Produktivkräfte. Industrielle Arbeit ist überall und über alle Grenzen der politischen Systeme hinaus zum Muster der Gesellschaft geworden. Zur Totalität entwickelt sie sich dadurch, daß Verfahrensweisen, die den industriellen sich anähneln, ökonomisch zwangsläufig sich auf Bereiche außerhalb der materiellen Produktion, auf Verwaltung, auf die Distributionssphäre und die, welche sich Kultur nennt, ausdehnen. Demgegenüber ist die Gesellschaft Kapitalismus in ihren Produktionsverhältnissen." (6)

Das spezifische Verhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, das den Widerspruch der gegenwärtigen Entwicklungsphase unserer Gesellschaft ausmacht, ist Gegenstand sowohl des zweiten, des „orthodoxen", wie des dritten der hier für relevant erachteten theoretischen Ansätze in marxistischer Tradition. Ein Scheinproblem wäre es, sich von vornherein für die These der Unvermeidbarkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus entscheiden oder an dessen praktisch grenzenlose Stabilisierungsfähigkeit glauben zu müssen. Da ohnehin nicht an eine Automatik des Zusammenbruchs zu denken ist (7), sondern allein politisch-revolutionäre

---

2 Etwa bei Aron, Perroux, Galbraith und anderen sog. Konvergenztheoretikern; vgl. Bassam Tibi: „Theorien der Konvergenz kapitalistischer und sozialistischer Industriegesellschaften", in: DAS ARGUMENT, 50 (Sonderband), 1969.

3 Siehe: IMPERIALISMUS HEUTE, Berlin (DDR) 1968.

4 Vgl. dazu den Frankfurter Kollektivbeitrag zum letzten Soziologentag von Bergmann, Brandt, Offe u. a.: „Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung", in: SPÄTKAPITALISMUS ODER INDUSTRIEGESELLSCHAFT? VERHANDLUNGEN DES 16. DEUTSCHEN SOZIOLOGENTAGES, Stuttgart 1969; Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS „IDEOLOGIE", Frankfurt/Main 1968; sowie Offe: „Politische Herrschaft und Klassenstrukturen", hektographiert, WS 1968/69.

5 T. W. Adorno: „Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag", in: SPÄTKAPITALISMUS ODER INDUSTRIEGESELLSCHAFT, a.a.O., S. 12.

6 A.a.O., S. 18.

7 Auch die berühmt gewordene Stelle aus den GRUNDRISSEN kann nicht so verstanden werden, als habe Marx politisches Handeln an die Kette historischen Determinismus gelegt. Siehe F. Tomberg: „Der Begriff der Entfremdung in den 'Grundrissen' von Karl Marx", in: DAS ARGUMENT, 52, 1969, S. 209 f.

Aktion eine soziale Umwälzung des Systems der kapitalistischen Ausbeutung bewerkstelligen und die Voraussetzungen wirklich demokratischer und befreiter Lebensbedingungen schaffen wird, können die beiden Alternativen eher so rezipiert werden, daß sie auf die verschiedene Einschätzung objektiver Entwicklungstendenzen und Handlungsmöglichkeiten aufmerksam machen und zugleich den Blick schärfen für Gegentendenzen, welche die sich zuspitzenden Widersprüche etwa systemimmanent zu „lösen" vermöchten (Faschismus) oder unproduktiv zu kanalisieren versuchten (Raumfahrt etc.). So werden unsere Überlegungen von der Fragestellung zusammengehalten sein, wie und mit welchen Konsequenzen (Opfern und Versagungen) sich Kapitalismus immer wieder adaptiv verhalten und die Zusammenbruchstendenz durch stetes, wenngleich disproportionales, wirtschaftliches Wachstum abwehren konnte und wie unter diesen Umständen Konflikte und systemtranszendierende Tendenzen politisch noch zu artikulieren und zu organisieren sind, welche Chancen „massenhafte Aufklärung" oder Agitation und Aktion haben gegenüber Entpolitisierung und „technokratisch" produzierter Massenloyalität.

## I

In der Darstellung wird dem „modifizierenden" Ansatz der Vorzug gegeben, nicht weil man mit allen Annahmen und Konsequenzen einverstanden sein kann, sondern weil er gestattet, den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit als zentral aufrechtzuerhalten und sowohl die Vorstellung von dessen zeitweiser Stillsetzung („Latenz"), als auch die der „Überdeterminierung" von Konflikten durch zusätzliche Widersprüche (kumulierende „Disparitäten") zu entwickeln. Für die Beurteilung der politischen Rolle professionalisierter und technischer Intelligenz scheint mir dieser Zugang bedeutsam. – Folgende Thesen zu spezifischen Entwicklungstendenzen der industriell fortgeschrittensten kapitalistischen Länder stehen in den hier herangezogenen Aufsätzen im Vordergrund:

1. Die These von den restriktiven Bedingungen, die das Fortbestehen privater Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel dem politischen Handeln setzt, und die These von der interventionistischen Staatstätigkeit zur Vermeidung systemgefährdender ökonomischer Krisen und Wachstumsschwierigkeiten (Staat als Regulierungs- und Stabilisierungsfaktor).
2. Die These von der Latenz und Mediatisierung des Klassengegensatzes (Umverteilung von Einkommen) und der Verschiebung offener Konflikte vom Zentralkonflikt einer nach wie vor auf Privateigentum beruhenden Gesellschaft an „Randzonen" (Peripherie gemessen am klassischen Lohnkonflikt); „Überlagerung" der vertikalen Dimension von Ungleichheit durch eine horizontale: die „Disparität von Lebensbereichen" („Disparitäten-These").
3. Die These von der Entwicklung von Technik und Wissenschaft zur ersten Produktivkraft und von den Folgen zunehmender Verwissenschaftlichung der Technik sowie der Institutionalisierung von Erfindung und Innovation.
4. Die These vom fortbestehenden Legitimationsdruck (oder Legitimationsbedarf des sozialen Systems) im Zusammenhang mit der Ersetzung von manifesten Herrschaftsäußerungen durch Manipulation des Bewußtseins: „Sozialtechniken" zur Verhaltenssteuerung, Ideologie des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts (legitimierende Funktion technischer Rationalität).

Der politisch-ökonomische Restaurationsprozeß in Westdeutschland war seit den ersten Nachkriegsjahren gekennzeichnet durch ein vorher ungekanntes Maß des Zusammenspiels staatlicher Instanzen und privater Wirtschaftsunternehmen (8). Nach dem Ende der Rekonstruktionsperiode zeigt sich an den Stabilisierungsmaßnahmen der Bundesregierung der dauerhafte Charakter des staatlichen Interventionismus in den Wirtschaftsprozeß. Im Sinne eines preventive crisis management sollen systemgefährdende Tendenzen im politisch-gesellschaftlichen System

8 IMPERIALISMUS HEUTE, a.a.O.

frühzeitig erkannt und ausgeschaltet werden. Dazu dienen das zentrale Gesetzgebungswerk des Bundes (Stabilitätsgesetze, Finanzreform, Notstandsverfassung) und institutionalisierte Politikberatung durch Expertengremien (Sachverständigenrat) ebenso wie ideologische Projekte und Reformkonzeptionen („Formierte Gesellschaft", „technokratische Hochschulreform").

Eine zentrale These des Frankfurter Kollektivs ist, daß die politische Herrschaftsorganisation im Spätkapitalismus zwar nicht mehr unmittelbar als „Instrument" der ökonomisch herrschenden Klasse zu fassen sei, in ihrer Entscheidungsfreiheit jedoch durch den fortbestehenden Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und Kontrolle des Kapitals und dem damit gesetzten – tragenden – Interessenantagonismus entscheidend eingeengt werde:

> „... die private Verfügungsgewalt über die industriellen Großunternehmungen und die dieser Verfügungsgewalt zugeordneten Investitionsentscheidungen ( haben heute) als entscheidende restriktive Bedingungen politischen Handelns zu gelten". Das Klassenverhältnis ist, mit anderen Worten, nach wie vor als „Rahmen und Schranke politischer Herrschaft zu begreifen".

Im Referat der Frankfurter wird die These gestützt durch Analysen der staatlichen Wirtschafts- und Einkommenspolitik, die im Zeichen zunehmender Kapitalkonzentration unter dem dreifachen Zwang steht, private Gewinnerwartungen von Monopolen und Oligopolen zu erfüllen und zugleich stetiges Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu garantieren.

Angesichts der in der Depression der 30er Jahre gefestigten Erwartung der lohnabhängigen Massen, Beschäftigung zu finden, und angesichts der Systemkonkurrenz mit sozialistischen Gesellschaften besteht für den monopolkapitalistischen Staat die permanente Gefahr, daß seine Legitimationsbasis bereits durch relativ geringe Arbeitslosigkeit in Frage gestellt und im politischen Protest der Massen zerstört wird. Manifeste Krisenerscheinungen wie die Entstehung einer Reservearmee mit der Tendenz sinkender Realeinkommen müssen durch staatliche Eingriffe daher ebenso vermieden werden wie latente Wachstumsschwierigkeiten. Stagnation des Wirtschaftswachstums aber ist einem System von hoher privater Kapitalkonzentration und monopolistisch strukturierten Märkten inhärent (9).

Um die Stagnation zu vermeiden, reichen die klassischen Instrumente der antizyklischen Kreditpolitik nicht mehr aus, es bedarf vielmehr umfassender und abgestimmter Planungsmaßnahmen in der Finanz-, Haushalts- und Arbeitsmarktpolitik und vor allem der planmäßigen Entwicklung der Infrastruktur und der technisch-wissenschaftlichen Produktivkräfte. Stagnationstendenzen werden also vom Staat durchaus nicht allein mit erhöhten Rüstungsausgaben bekämpft, vielmehr können die sogenannten Wachstumsfaktoren selbst planmäßig entwickelt werden. Staatliche Investitionen werden überall dort notwendig, wo die private Finanzierung ausbleibt: Als „grundsätzlicher Mangel jeder privatkapitalistischen Ordnung" nämlich ist mit Altvater anzusehen, daß es für Privatunternehmen nicht rentabel ist, „die Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft ... zu verändern oder die volkswirtschaftliche Infrastruktur (Nachrichten- und Verkehrswesen, Sozialwesen, Städtebau und ähnliches) zu entwickeln". Staatliche Investitionen im Bildungs- und Verkehrswesen z. B. haben die Funktion, in diese Lücke zu springen und weitere private Investitionen zu stimulieren (10).

Zunehmendes staatliches Engagement ist insbesondere auch bei der Förderung wissenschaftlicher Forschung und technologischer Entwicklung zu beobachten. In den USA, wo schon ca. 65

---

9 Siehe E. Altvater: „Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders", in: NEUE KRITIK 40, Feb. 1967; vgl. auch Altvaters Beitrag zum Verhältnis von ökonomischer Entwicklung und Bildungs- und Wissenschaftspolitik, in: Leibfried (Hrsg.): WIDER DIE UNTERTANENFABRIK, Köln 1967.

10 Altvater: „Perspektiven ...", a.a.O.

% der Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Privatindustrie staatlich finanziert werden, zeigte sich für den Zeitraum von 1945–59 eine Versechsfachung (1 : 6,5) der gesellschaftlichen Gesamtaufwendungen für diesen Bereich. Der staatliche Anteil (finanziert durch öffentliches Steueraufkommen) an dieser Gesamtsteigerung machte eine Verneunfachung aus, der Zuwachs der Industrie-Aufwendungen betrug aber nur eine Verfünffachung (11). Für die Bundesrepublik lassen sich für die Zukunft ähnliche Entwicklungen absehen, primär stimuliert durch die Ausgaben für Verteidigungsforschung, kerntechnische Entwicklung und Weltraumforschung (12) und konzentriert in einzelwirtschaftlich nicht profitabler Forschung (Grundlagenforschung in „unabhängigen" Forschungsstätten), sowie in gezielter finanzieller Förderung privatwirtschaftlicher Forschungs- und Entwicklungstätigkeit (Subventionierung, gemischtwirtschaftliche Versuchsanstalten und Vergabe von Staatsaufträgen, die die Forschungsaufwendungen einschließen (13).

Obwohl der Staat immer mehr wachstumsfördernde Investitionen vornimmt – einerseits „Investitionen in den Menschen" zur Verbesserung der Qualifikationsstruktur der Arbeitskraft, andererseits Investitionen in privatwirtschaftlich unrentable bzw. zu kosten- oder risikoreiche Entwicklung von Infrastruktur und Technologie – dient er weiter in erster Linie partikularen Interessen: In der „kapitalistischen Sozialisierung" (Risse) werden nur die Kosten und Risiken vergesellschaftet, die Gewinne bleiben privat (14).

Die spezifische Verschränkung von öffentlicher Regulierung und privaten Interessen der Kapitalverwertung hat Auswirkungen vor allem auf die qualitative Richtung des Wirtschaftswachstums (Verhältnis von Rüstungsinvestitionen zu Ausgaben im zivilen Bereich), auf Richtung und Funktion der Wissenschaftsentwicklung (qualitativ immer mehr auf industrielle Verwertung hin, Politisierung und Zuträgerfunktion der Universitätsforschung und -ausbildung, zugleich Zunahme hochschulunabhängiger Forschung und Entwicklung) und auf die Formen der Herrschaftsausübung und ihre Legitimierung.

Mit Offes Worten muß Politik im Spätkapitalismus

> „immer neu auftauchende 'Vermeidungsimperative' befolgen" und „die Aufgabe der Stabilitätserhaltung so wahrnehmen, daß die bedeutsamsten und für das System als ganzes bedrohlichsten Funktionsstörungen vordringlich und mit dem größten Aufwand vermieden werden, während andere, unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des Status quo weniger prekäre Problemzonen entsprechend weniger aufwendig bearbeitet werden können". So ergäbe sich „ein konzentrisches Prioritätsschema von gesellschaftlichen Bedürfnissen und Problembereichen, in dem diese um so näher beim Zentrum der höch-

---

11 Claus Offe: „Zur Hochschulforschung", ZETTELKASTEN DER TU ZUR TECHNOLOGIE-DISKUSSION, sowie Altvater: a.a.O.

12 WISSENSCHAFT IM KLASSENKAMPF, Berlin (DDR) 1968, bes. S. 71 ff., 151–210.

13 Joachim Hirsch: „Wissenschaftspolitik im Spätkapitalismus", in: DAS ARGUMENT, 50, S. 26 ff.

14 „... ein immer größerer Anteil der 'Kosten' des Wachstums durch technischen Fortschritt (wird) nicht von den Unternehmen selbst, sondern von der öffentlichen Hand getragen – gleichsam als öffentlicher Zuschuß zum nach wie vor privaten Kapitalverwertungsprozeß." Offe: „Zur Hochschulforschung", a.a.O. „Der bürgerliche Staat unternimmt die Aufwendungen zur Entwicklung der Qualifikationsstruktur und der Infrastruktur nicht etwa, um gesellschaftlichen und individuellen Wohlstand zu erhöhen, die Befriedigungsmöglichkeiten individueller und kollektiver Bedürfnisse zu verbessern oder eine langfristig gesicherte existenzielle Basis aller Bürger zu ermöglichen, sondern im wesentlichen deshalb, um die Akkumulationsmöglichkeiten des privaten Kapitals zu stützen." Altvater: „Perspektiven ...", a.a.O., S. 21. „Produziert wird heute wie ehedem um des Profits willen. Weit über alles zur Zeit von Marx Absehbare hinaus sind die Bedürfnisse zu Funktionen des Produktionsapparates geworden, nicht umgekehrt ... Nicht nur werden die Bedürfnisse bloß indirekt, über den Tauschwert, befriedigt, sondern in wirtschaftlich relevanten Sektoren vom Profitinteresse selber erst hervorgebracht, und zwar auf Kosten objektiver Bedürfnisse der Konsumenten, wie denen nach zureichenden Wohnungen, vollends nach Bildung und Information über die wichtigsten, sie betreffenden Vorgänge." Adorno: „Einleitungsvortrag zum 16. Deutschen Soziologentag", in: SPÄTKAPITALISMUS ODER INDUSTRIEGESELLSCHAFT, a.a.O., S. 18 f.

sten Dringlichkeitsstufe stehen, je mehr die Verletzung der entsprechenden Ansprüche ökonomische Stabilitätsvoraussetzungen in Frage stellen würden". Gesellschaftliche Bedürfnisse dagegen, die auf die staatlichen Entscheidungsinstanzen keinen vergleichbaren Druck ausüben können, lägen an der Peripherie. Die so verursachte Disparität der Lebensbereiche und -bedürfnisse zeige sich insbesondere am „unterschiedlichen Entwicklungsabstand zwischen tatsächlich institutionalisiertem und möglichem Niveau des technischen und gesellschaftlichen Fortschritts: Das Mißverhältnis zwischen modernsten Produktions- und Militärapparaten und der stagnierenden Organisation des Verkehrs-, Gesundheits- und Bildungssystems ist ein ebenso bekanntes Beispiel hierfür wie der Widerspruch zwischen rationaler Planung und Regulierung der Steuer- und Finanzpolitik und der anarchischen naturwüchsigen Entwicklung von Städten und Regionen."

Man wird wohl zwei Arten von Konfliktzonen unterscheiden müssen, die mit der Disparitätenthese angesprochen sind. Einmal ist die Rede vom „Personal der zurückbleibenden Institutionen des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, der Stadtplanung und Architektur und einiger weiterer Bereiche in Technologie, Administration, Planung und Forschung", welches „relative Depravierung" praktisch durch die Zugehörigkeit zu einem peripheren Lebensbereich erfährt. Zum anderen wird gesagt, daß jeder einzelne von verschiedenen Dimensionen der Ungleichheit zugleich betroffen ist:

„Der Bruch, der in den früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung zwischen den großen Positionsgruppen verlief, verlagert sich zum Teil gleichsam in die Individuen hinein, sie sind mit Teilen ihrer Lebenstätigkeit in 'privilegierte' Lebensbereiche eingespannt, während andere Bereiche den unterprivilegierten Bereichen zugehören." (15)

Offe macht damit auf die strukturellen Voraussetzungen des Phänomens der „Statusinkonsistenz" aufmerksam, das Bedeutung hat für die Frage nach der Organisations- und Konfliktfähigkeit gesellschaftlicher Bedürfnisse und Interessen.

Staatliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur gewinnen Bedeutung erst im Zusammenhang von systemgefährdenden Krisenerscheinungen. Erst systemimmanente Stagnationstendenzen oder auch internationaler Konkurrenzdruck ermöglichen vermehrte öffentliche Ausgaben für die Entwicklung der Produktivkräfte „menschliche Arbeitskraft" und „Technik und Wissenschaft". Primärer restriktiver Faktor für die Entscheidung politischer Instanzen zugunsten solcher Investitionen sind ökonomische Interessen. Sekundär macht sich das Interesse an der Stabilisierung der Legitimationsbasis bemerkbar: Bildungsinvestitionen können ebenso zu einer vermehrten Kritikfähigkeit der einzelnen führen wie die technisch erforderliche Autonomie im modernen Produktionsprozeß zur Infragestellung systemstützender Herrschaftsstrukturen. Auf diesen Widerspruch im Spätkapitalismus, der eine Chance zur Emanzipation von irrationaler Herrschaft enthält, machen etwa Altvater und André Gorz aufmerksam.

Die „Konsequenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts für die Gesellschaftsstruktur", schreibt Altvater, seien offensichtlich:

„Soll das Wachstum der Wirtschaft auf einem relativ hohen Niveau gehalten werden, dann müssen gesellschaftliche Strukturveränderungen vorgenommen werden. Die damit verbundene Schwächung der Herrschaft des Kapitals wird aber nicht als selbstverständlich hingenommen. Wie aber kann die Effizienz von Wissenschaft, Bildung und Infrastruktur gesteigert werden, ohne das bestehende System in Richtung Demokratisierung zu ändern? " (16)

Gorz konkretisiert das mit einigen Hinweisen:

„Die objektive Notwendigkeit, die soziale Rekrutierung von Studenten auf die unteren Schichten auszudehnen, impliziert das Todesurteil über Methode und Inhalt des traditionellen höheren Unterrichtssystems, die bisher der Ausbildung der „Elite" der bürgerlichen Gesellschaft dienten." (17)

Die Unternehmer seien sich der Gefahr bewußt, die die allgemeine Erhöhung des Bildungsniveaus für die bestehende hierarchische Ordnung im Betrieb und die Produktionsverhältnisse mit sich bringe – sie versuchten zwei gegensätzliche Forderungen zu vereinen:

---

15 Offe: „Politische Herrschaft ...", a.a.O.

16 Leibfried: a.a.O., S. 63.

17 Leibfried: a.a.O., S. 47.

„die eine heißt, bedingt durch den modernen Produktionsprozeß, Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten; die andere ist eine politische, nämlich zu verhindern, daß die Entfaltung der Fähigkeiten eine zunehmende Autonomie der Individuen mit sich bringt und dazu führt, die gegenwärtige Arbeitsteilung und Verteilung der Macht in Frage zu stellen."

Moderne Technik macht eine vielseitige theoretische Ausbildung notwendig, sie verlangt ein Maß an Selbständigkeit, das sich mit autoritären Strukturen nicht mehr verträgt. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, daß emanzipatorisches Potential im technischen Fortschritt im Kapitalismus durch ein zusätzlich repressives an der Entfaltung gehindert wird: Manifeste Herrschaft des autoritativen Staates wie des Unternehmens weicht zusehends den „manipulativen Zwängen der technisch-operativen Verwaltung". (18)

Damit soll also gesagt sein, daß in der technisch und ökonomisch notwendigen Ausbildungsverbesserung zwar eine Möglichkeit von fortschreitender Befreiung von irrationaler Herrschaft liegt, daß aber zugleich im Sinne der Risikovermeidung und Stabilitätserhaltung die technisch-organisatorischen und psychologischen Voraussetzungen geschaffen sind für umso wirksamere Beherrschung von Abhängigen. Dem bestehenden Herrschaftsapparat geht es deshalb auch bei Maßnahmen wie der Hochschulreform oder der Reform des Allgemein- und Berufsschulwesens um zwei wesentliche Ziele zugleich: Wissen und Qualifikation zu produzieren, welche dem industriellen Verwertungsinteresse dienlich und möglichst unmittelbar integrierbar sind, und damit auch Kritikfähigkeit, das heißt: Reflexion über den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und partikularer Bestimmung ihres Zwecks abzuschneiden. Solcherart Entpolitisierung des Bewußtseins soll das lebenspraktische Interesse „auf Erhaltung einer Intersubjektivität der Verständigung ... wie auf die Herstellung einer von Herrschaft freien Kommunikation ... hinter dem (Interesse) an der Erweiterung unserer technischen Verfügungsgewalt verschwinden" lassen (Habermas).

## II

Im Maße, in dem Technik und Wissenschaft in den entwickelten industriellen Gesellschaften zu unmittelbaren Produktivkräften werden, gewinnen Techniker und Wissenschaftler sowohl quantitativ als auch qualitativ an gesellschaftlicher Bedeutung. Auch die monopolkapitalistische Gesellschaft kann – vor allem wegen des internationalen Konkurrenzdrucks und der Systemkonkurrenz zur sozialistischen Gesellschaft – den technischen Fortschritt nicht prinzipiell einschränken, sie ist vielmehr bei Strafe des Untergangs gezwungen, für eine steigende Rate technischer Innovation planmäßig zu sorgen (19). Das rapide Anwachsen der Zahl von Technikern und Ingenieuren verdeutlicht folgende Angaben: In den USA kamen im Jahr 1900 225 Fabrikarbeiter auf einen Ingenieur, 1950 noch 62 und 1960 nur noch 20 (20); in Frankreich nahmen von 1954–1962 die diplomierten Ingenieure und leitenden Angestellten (cadres superieures) um 44 %, die Techniker und mittleren Angestellten (cadres moyens) um 29 %, die Arbeiter aber nur um 8 % zu – während sich selbständige Unternehmer in Handel und Industrie um 13 % verringerten (21); die Zahl der in der westdeutschen Wirtschaft beschäftigten Ingenieure stieg von 195.800 im Jahre 1950 auf 322.000 im Jahre 1961 (22).

---

18 Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ..., a.a.O.

19 Hirsch: WISSENSCHAFTSPOLITIK ..., a.a.O., S. 20.

20 Nach der Einleitung von D. Bell zu: Th. Veblen: THE ENGINEERS AND THE PRICE SYSTEM, N.Y. 1963.

21 Nach einem unveröffentlichten Zwischenbericht einer Studie von A. Willener über die „AUTONOMIE DES CADRES".

22 WISSENSCHAFT IM KLASSENKAMPF, a.a.O., S. 262.

Diese Entwicklung, die den Anteil der unmittelbar in der Produktion Arbeitenden immer mehr zugunsten der naturwissenschaftlich-technisch Qualifizierten, vor allem in der Produktionsvorbereitung und -kontrolle Tätigen verändert, wird anhalten und die strategische Wichtigkeit des Wissenschaftlers, des Ingenieurs und des Technikers weiter vergrößern. Obwohl entsprechende Untersuchungen fehlen, herrscht allgemein der Eindruck vor, daß das gesellschaftliche Bewußtsein dieser Gruppen weit hinter ihrer objektiven gesellschaftlichen Wichtigkeit zurückgeblieben ist. Wenn aber technisches Wissen und seine Verwertbarkeit zunehmend zur entscheidenden Stabilitätsbedingung des politisch-ökonomischen Systems im Spätkapitalismus werden und wenn die über dieses Wissen verfügenden Gruppen immer relevanter werden für die Erhaltung (durch Anpassung) oder für die Infragestellung des gesellschaftlichen status quo (durch subversive Kritik ebenso wie durch aktive Verweigerung), wird es dringend nötig, in empirischen Untersuchungen ihre tatsächliche Situation und subjektive Reaktion auf ihre Rolle im Reproduktionsprozeß der Gesellschaft zu erforschen.

Naheliegend ist, analog zu einigen Erklärungsversuchen der Studentenbewegung zu fragen, ob auch in der sogenannten professionalisierten Intelligenz und spezifisch in der naturwissenschaftlich-technischen, zwischen relativ liberaler Sozialisation, relativer Autonomie in Ausbildung und Beruf einerseits und einer überdurchschnittlichen Sensibilität gegenüber Widersprüchen und irrationalen Herrschaftsansprüchen sowie gegenüber deren ideologischen Verschleierung andererseits ein Zusammenhang besteht, der die Voraussetzung für die Organisierung als kritische politische Kraft darstellen könnte. Gruppen der professionalisierten Intelligenz wären immerhin von ihren „spezialisierten Berufskenntnissen her in der Lage, den Konflikt zwischen Wirklichkeit und Möglichkeit für sich und für andere zu konkretisieren und so in einem politischen Bezugsrahmen systemtranszendierende Bedürfnisinterpretationen anzubieten, die freilich nur auf der Basis neuer politischer Organisationsformen außerhalb des politischen Systems folgenreich werden könnten". (23)

> „Mit der technischen Intelligenz" – heißt es in einem unveröffentlichten editorischen Entwurf – „hat die Studentenschaft gemein, daß sie von ihrer Ausbildung her am ehesten in der Lage ist, die gesellschaftlichen Bedingungen und Folgen der Anwendung ihres Wissens im Bereich der Produktion zu reflektieren ... Politisierbar sind diese Gruppen zunächst durch die Vermittlung der Erkenntnis der gesellschaftlichen Bedingungen, die den Beschränkungen ihrer Möglichkeiten zu selbstbestimmter Arbeit zugrunde liegen. Die Einordnung individuell erfahrener, auf 'persönliche Momente' zurückgeführter Widerstände in eine theoretische Bestimmung des Verhältnisses von technischer Rationalisierung und politischer Rationalität bietet den Ansatz, um alternative Handlungsperspektiven für die professionalisierte Intelligenz aufzuzeigen."

Inwieweit Optimismus angebracht ist, bleibt zu prüfen. Nicht auszuschließen ist die Vermutung, daß gerade die Gruppe der „Technologen" (insbesondere Naturwissenschaftler und Ingenieure) einem Prozeß politischer Bewußtwerdung und Handlungsbereitschaft besonders viele Widerstände entgegenbringen wird. Innerhalb der Studentenbewegung waren sie hinter den sozialwissenschaftlichen und philologisch-historischen Fachbereichen in der Zahl aktiv Beteiligter zurückgeblieben. Als Ursachen solcher Zurückhaltung werden spezifische Merkmale ihrer sozialen Herkunft, ihrer Bewußtseinsbildung im „sekundären" Sozialisationsprozeß (im Sinne bloß technischer Rationalität und naturwissenschaftlichen Denkens, das normative Elemente gesellschaftlicher Entwicklung vernachlässigt, das primär an den Mitteln orientiert ist und die Zwecksetzung anderen überläßt) sowie ihrer strukturellen Situation zu untersuchen sein. Der bürgerliche Soziologe Merton, der die Unreflektiertheit bei Ingenieuren bezüglich der sozialen und politischen Konsequenzen ihres Handelns thematisiert (24), nennt z. B. als Hauptschwierigkeiten:

---

23 Bergmann, Brandt, Offe u. a.: a.a.O.

24 R. K. Merton: „The Machine, the Worker and the Engineer", in: SOCIAL THEORY AND SOCIAL STRUCTURE, The Free Press, New York 1957, S. 562–573.

1. Spezialisierung und wissenschaftliche Arbeitsteilung, die dazu führe, daß „each specialist convinced having done his best" Wirkungen hervorrufe „which none has desired and all have brought about";
2. die professionelle Ethik, die das Interesse auf den technologischen Fortschritt beschränke und eine Einstellung untermaure, wonach dessen soziale Konsequenzen allein Sache der Politiker bleiben müsse;
3. der bürokratische Status von Ingenieuren zumal in subalternen Positionen mit äußerst eingeengter Verantwortung.

Ohne Einbeziehen von wesentlichen Systembedingungen, die durch die kapitalistische Produktionsweise gegeben sind, müßte solche Analyse allerdings zu unzulänglichen Ergebnissen führen. So wäre zu Merton hinzuzufügen die Wirkung jener integrativen Mechanismen, welche fraglose Identifizierung der technischen Intelligenz mit den Unternehmenszielen und Herrschaftsstrukturen erreichen und die Forderung nach Kontrollmöglichkeit und Mitbestimmung vergessen lassen sollen (weniger für die Wissenschaftler in Produktions- und Forschungsbetrieben als für die Ingenieure ist das übliche System gewährter „Entschädigungen" – Status- und Lohnanreize – für die auferlegten Versagungen wesentliches Integrationsinstrument).

Weiter führen daher die kritischen Ansätze im oben ausgeführten Rahmen einer Analyse spätkapitalistischer Entwicklungstendenzen, auch wenn viele Aussagen noch notwendig spekulativen Charakter haben (25). In loser Verknüpfung mit den im Teil I herausgestellten Thesen kann immerhin eine Reihe von Fragen aufgeworfen werden, etwa:
1. welche Stellung die technische Intelligenz in der Klassenstruktur spätkapitalistischer Gesellschaften hat;
2. ob sich für die Analyse das Konzept der Statusinkonsistenz und der „horizontalen Disparitäten" bewährt, ob derart Disparitätenkonflikte kumulierende (überdeterminierende) Funktion haben können oder den globalen Gegensatz vom Charakter des Klassenkampfes historisch abgelöst haben;
3. unter welchen restriktiven Bedingungen die gegenwärtige Ausbildung steht und welchen Zielen die Reformen dienen, welche Konflikte prognostizierbar sind;
4. wie weit verbreitet die „technologische Illusion" (Henri Lefèbvre) oder die „technokratische Hintergrundideologie" (Habermas) ist, ob sie die einzelnen vor Kritik hermetisch abzuschließen vermag und wie groß die Chance ist, daß die objektiven Widersprüche des gesellschaftlichen Systems zum subjektiven Widerspruch dagegen führen. (Im vorliegenden Aufsatz soll im wesentlichen allein auf die erste Frage eingegangen werden, ein weiterer wird sich mit den übrigen befassen.)

## Klassenlage

Von Saint-Simon über Veblen bis zu Burnham ist immer wieder die Ansicht vertreten worden, die „Industriellen", die Ingenieure, die Angehörigen der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz in Produktion und Organisation bildeten eine soziale Klasse, die wesentlich Elitenfunktion und damit entschiedene Bedeutung für die historische Entwicklung habe. Bettelheim unter anderen weist nach, daß das in den Kategorien der Marxschen Klassenanalyse nicht zutrifft, daß sich die Techniker und Ingenieure zwar durch ihre Funktionen im Industriebetrieb von anderen Arbei-

25 Außer den zitierten Aufsätzen zum „modifiziert" marxistischen Ansatz vor allem die Dresdner Kollektivarbeit: WISSENSCHAFT IM KLASSENKAMPF, a.a.O., sowie die Wiedergabe einer Diskussion zwischen CGT- und CFDT-Gewerkschaftlern in: INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL, Jg. 4/Nr. 24 (Dez. 1967).

terkategorien unterscheiden, daß sie eine besondere „professionelle Kategorie" darstellen, unter dem Gesichtspunkt der Stellung zu den Produktionsmitteln jedoch in der gleichen Situation sind wie die Arbeiter (26). Die Unterscheidung, die hier vorgenommen wird, erinnert an die eingangs erwähnte zwischen „Industriegesellschaft" und „Spätkapitalismus". Technisch-naturwissenschaftliche Intelligenz hat sich in allen industriellen Gesellschaften mit der Verwissenschaftlichung des Arbeitsprozesses als besondere Kategorie des produktiven Arbeiters entwickelt, aber sie ist unter den Produktionsverhältnissen des Kapitalismus keine spezifische Kategorie insofern, als sie in entfremdeter Arbeit Mehrwert produziert, der vom privaten Kapital angeeignet wird. In der Untersuchung „Wissenschaft im Klassenkampf" wird daher zu Recht gegen die bürgerliche Position (27) argumentiert:

> „Als selbständige, im wesentlichen undifferenzierte Schicht kann man die Intelligenz nur betrachten, wenn man ihre arbeitsmäßige Funktion gegenüber ihrer sozialen Funktion und Bindung verselbständigt." (28)

Als „Glied des produktiven Gesamtarbeiters" ist technische Intelligenz „an sich" Teil der Arbeiterklasse, sie kann es immer mehr auch ihrem Bewußtsein nach werden, je stärker sich die Verwertungsinteressen des Kapitals unmittelbar in der qualitativen Veränderung der politisch-ökonomischen Situation bemerkbar machen. Zwei sich überlagernde Tendenzen müssen dabei allerdings analytisch getrennt werden, um die uneinheitliche Position der Intelligenz in der Klassenstruktur verdeutlichen zu können: Erstens, damit, daß Technik und Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft geworden sind, wurde der wissenschaftliche Arbeitsprozeß selber seiner privaten Gelehrtenexistenz enthoben und vergesellschaftet; Vergesellschaftung der Technik und Wissenschaft heißt u. a.: Spezialisierung und Arbeitsteilung, die zu wissenschaftlicher Detailarbeit sowie zur organisierten Kooperation in Teams und Kollektiven führen; Abspaltung geistiger Routinearbeiten von kreativer Forschungs- und konstruktiver Entwicklungsarbeit; Einschränkung von Freiheitsspielräumen durch Zwang zur Planung der wissenschaftlichen und technischen Arbeit; Verminderung sozialen Prestiges und der Privilegien durch massenhafte Beschäftigung technischer Intelligenz. Tendenzen zur Polarisierung, die sich auf dieser funktionalen Ebene in der Dimension Nähe/Ferne zur Produktion (bzw. zur Forschung und Entwicklung) genauso ausdrücken wie in der von planend-koordinierender und ausführender Tätigkeit, werden, zweitens, überlagert oder spezifiziert durch die mit der gesellschaftlichen Produktionsweise gegebene Machtverteilung und Mitbestimmungschance. Die von Marx getroffene Unterscheidung leitender und koordinierender Funktionen (notwendig in jeder gesellschaftlichen, d. h. arbeitsteiligen Produktionsweise) von den disziplinierenden und ausbeutenden Aufsichts- und Antreiberfunktionen (in Produktionsweisen, die auf der Trennung des Arbeiters vom Eigentum an den Produktionsmitteln beruhen) ist hier nützlich.

Eine Polarisierungstendenz innerhalb der sozioökonomischen Stellung der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz im industriell hoch entwickelten Kapitalismus zeichnet sich über die rein funktionale Aufgabengliederung hinaus ab, indem einerseits immer mehr qualifizierte Wissenschaftler und Ingenieure in leitenden Managementpositionen als „Agenten des Kapitals" fungieren, während andererseits die Masse der technisch qualifizierten Angestellten sich in den Arbeitsbedingungen und Arbeitsanforderungen mehr und mehr der Situation von Arbeitern angleichen und mit jenen die handfesten industriellen Konfliktstoffe – Höhe des Gehalts, Arbeitsbewertung, Arbeitsplatzsicherheit, Umschulung und Weiterbildung im Zuge technologischer Innovationen etc. – teilen.

---

26 Charles Bettelheim: „Les techniciens constituent-ils une classe sociale? ", in: G. Gurvitch (Hrsg.): INDUSTRIALISATION ET TECHNOCRATIE, Paris 1949.

27 Etwa bei Wigand Siebel: „Soziale Funktion und soziale Stellung des Ingenieurs", in: JAHRBUCH FÜR SOZIALWISSENSCHAFT, Bd. 13/1962.

28 WISSENSCHAFT IM KLASSENKAMPF, a.a.O., S. 278. Vgl. zum folgenden das Kapitel „Polarisierungsprozeß und Entwicklungstendenzen ...", S. 258 ff.

„Mit dem Eindringen industrieller Technik und Organisationsformen in den Bereich der Forschung und Entwicklung ist die Arbeitsteilung, Spezialisierung und Kooperation der Arbeit der Forscher verbunden. Dabei wird die dem Kapital eigene Tendenz, qualifizierte Arbeit durch weniger qualifizierte Arbeit zu ersetzen, auch in der Forschung wirksam. So werden im Prozeß der wissenschaftlichen Arbeit immer mehr Routinearbeiten abgespalten und weniger qualifizierten Arbeitskräften übertragen. Diese Entwicklung wird gefördert durch die infolge der Fortschritte der Wissenschaft und Technik immer aufwendigeren Apparate und Hilfseinrichtungen der Forschung. Einerseits ermöglichen sie die Anwendung relativ einfacher Arbeit (z. B. Bedienung und Wartung der Geräte, Durchführung von Meßreihen und anderes), und andererseits übt die Vergrößerung und Verteuerung des apparativen Aufwands in der Forschung einen zusätzlichen Zwang zur Ökonomisierung des Forschungskapitals aus. Kapitalistische Ökonomisierung dieses Teils des Kapitals prägt somit der Arbeitsorganisation in den Forschungslaboratorien in immer stärkerem Maße den Stempel auf. Die Folge davon ist, daß die Gesamtzahl der in der Forschung und Entwicklung Tätigen schneller wächst als die Zahl der Forscher." (29)

Was hier für das Personal von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen ausgeführt wird, gilt ebenso für das der Produktion, Wartung und Instandhaltung hochmechanisierter Industrieanlagen. Immer wieder setzen sich mit der technischen Entwicklung auf verschiedenen Ebenen der Produktion, Entwicklung und Bürotätigkeit Prozesse der Ersetzung qualifizierter Arbeit durch relativ unqualifizierte, mit geringer Autonomie ausgestattete Arbeit durch. In einer Studie zu den sozialen Voraussetzungen und Folgen der aktuellen technischen Entwicklung (30) weisen Kern und Schumann auf die Tendenz hin, daß der Rationalisierungsdruck (zur Kostensenkung bzw. Vergrößerung der Mehrwertrate) in Zukunft auch den bislang durch hohe berufliche Autonomie charakterisierten Instandhaltungsbereich verändern wird. Restriktive Arbeitselemente seien vor allem für Routinearbeiten zu erwarten und damit „Beschränkungen und Belastungen, die bei der instandhaltenden Tätigkeit bislang weitgehend unbekannt waren"; durch verstärkte Arbeitsteilung zwischen Spezialisten und relativ unqualifizierten Arbeitskräften zeichne sich „auch im Instandhaltungsbereich eine Polarisierung in unterschiedlich privilegierte Belegschaftsgruppen ab, eine Tendenz, die im Produktionssektor seit langem wirksam ist."

Mandel macht im Anschluß an die industriesoziologischen Untersuchungen von Mallet (31) darauf aufmerksam, daß mit den technologischen Veränderungen des Produktionsprozesses ganze neue Schichten in die Arbeiterklasse integriert werden, daß die Unterscheidung von „rein" produktiven Produktionsarbeitern, „rein" unproduktiven Angestellten und „halbproduktiven" Reparaturarbeitern obsolet geworden ist und in der Tat auch in Frankreich politische und Lohnstreiks gemeinsam von „alter" und „neuer" Arbeiterklasse durchgeführt wurden. Aus den Berufen technischer Intelligenz kommen für solche Verbündung zweifellos am ehesten die technischen Arbeiter (technicians, agents techniques) in Frage, die zumal in Großunternehmen mit hohem Mechanisierungsgrad einen erheblichen quantitativen Anteil ausmachen und sich ihrer qualitativ proletarisierten Situation und der zunehmenden Ähnlichkeit in der Art der Allgemeinheit und Auswechselbarkeit ihrer Arbeitsqualifikation bewußt werden können.

Anders mag es sich verhalten mit der Gruppe angestellter Intelligenz, die in Frankreich neuerdings „cadres" genannt wird und Positionen zwischen den leitenden Managern auf der einen

---

29 WISSENSCHAFT IM KLASSENKAMPF, a.a.O., S. 42 f.

30 „RKW-Projekt A 33", Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse des soziologischen Beitrages, verfaßt von Horst Kern und Michael Schumann am Soziologischen Seminar der Universität Göttingen, hektographiert, Juni 1969, S. 51 ff.

31 Ernest Mandel: „Workers under Neo-Capitalism", in: INTERNATIONAL SOCIALIST REVIEW, Nov.–Dez. 1968; Serge Mallet: LA NOUVELLE CLASSE OUVRIERE, Paris 1963 (siehe Besprechung in diesem Heft).

und den Meistern bzw. kleineren Abteilungsleitern auf der anderen Seite einnimmt (32). Ihrer Nähe zu den beherrschenden Positionen, ihrer Herkunft und ihrer Ausbildung nach sind Ingenieure in cadre-Positionen eine Zwischengruppe, welche das Bild der Polarisierung von wissenschaftlich qualifizierten Managern und technischen Arbeitern modifiziert. Um so bedeutsamer ist es, daß die französischen cadres – der beruflichen Qualifikation und der sozialen Herkunft nach etwa unseren HTL-Ingenieuren vergleichbar – im Zusammenhang mit der revolutionären Situation im vergangenen Jahr angefangen haben, sich kollektiv als abhängige Lohnempfänger zu begreifen, die von den wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen sind und auch in der Teilfunktion von Leitung und Anweisung im wesentlichen fremdbestimmte Arbeit verrichten. (Maurice geht so weit, die Frage aufzuwerfen, ob nicht von einer Proletarisierung der cadres gesprochen werden müsse.) Ihre Autonomie- und Mitbestimmungsforderungen sind unterstrichen worden durch Streiks, durch Aus- bzw. Einsperren ihrer Direktoren, schließlich durch die Gründung radikaler Gewerkschaftssektionen für cadres (so von der CFDT aus, die am nachdrücklichsten die Forderung nach Selbstverwaltung vor die bloße Lohnpolitik gestellt hat) bzw. eigener Syndikate, die mit den Studenten direkten Kontakt hatten.

In der in Frankreich stattfindenden Diskussion um die gewerkschaftliche Autonomie oder Integration von technischer Intelligenz bzw. der cadres spiegelt sich deren problematische Klassenlage (33). Durch den Platz innerhalb der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, und nicht nur durch Erziehung und Einstellungen („falsches Bewußtsein"), unterscheiden sie sich zweifellos von der Arbeiterklasse, mit der sie jedoch in der Mehrzahl unzweideutig die Stellung zu den Mitteln der Produktion teilen. Da eine gewisse soziale Distanzierung nicht einseitig von den Ingenieuren und Technikern gegenüber den Arbeitern vorgenommen werde, sondern auch umgekehrt zu beobachten sei, werden in der erwähnten ISJ-Debatte über Techniker und Gewerkschaften (34) flexible Organisationsformen (z. B. Sektionen) und Übergangsformen des politischen Kampfes für die in Gewerkschaften organisierten Technologen und cadres empfohlen. Das würde die Konsequenz aus einer Entwicklung bedeuten, die mit der Verwissenschaftlichung der Produktion und der systematischen Unterwerfung der Wissenschaft unter die Kapitalverwertung die Intelligenz als einheitliche Schicht hat zerfallen lassen (35), wesentliche Teile objektiv zum „intellektuellen Lohnarbeiter" und auch subjektiv gewerkschaftlichen oder syndikalistischen Organisations- und Aktionsformen zugänglich gemacht hat.

---

32 Vgl. INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL, a.a.O., S. 832, Willener, a.a.O., sowie Marc Maurice: „L'evolution du travail et du syndicalisme chez les cadres", in: LE MOUVEMENT SOCIAL, Okt.–Dez. 1967, Les Editions Ouvrieres, Paris. – Hinweise verdanke ich Heiner Stück.

33 Bei uns in der Angestelltensoziologie thematisiert, siehe bes. S. Braun: ZUR SOZIOLOGIE DER ANGESTELLTEN, Frankfurt/Main 1964.

34 INTERNATIONAL SOCIALIST JOURNAL, a.a.O.

35 WISSENSCHAFT IM KLASSENKAMPF, a.a.O., S. 278.

Buchhandlung Karin Röhrbein ✱ ✱ ✱ ✱ ✱
Internationale linke Presse
Marxistische Erziehungswissenschaft
S o z i o l o g i e
P o l i t i k
★
1 Berlin 15 ● Ludwigkirchstr. 4 »» 881 46 59

Hubertus Hüppauff

# Fordstreik, Anti-Streik-Gesetze und der Mythos der Militanz

Der große Streik bei Ford im Januar/Februar 1969 hat schlaglichtartig die gegenwärtige Wirtschaftssituation und die Form der Klassenauseinandersetzung in England beleuchtet. Er wurde ausgelöst durch Fords Versuch, ein Exempel zu statuieren, und viele Aspekte der Auseinandersetzung waren symptomatisch für die mögliche Gesamtsituation. Die wichtigste unmittelbare Auswirkung besteht darin, daß die seit Monaten geführte Diskussion über die Integration der englischen Arbeiterklasse in das Kalkül der kapitalistischen Profitplanung – das Thema heißt schlicht ideologisch 'Industrielle Beziehungen' – nun unter den Linken aktualisiert und konkretisiert worden ist. Der Niederschlag sind Warnstreiks gegen die Regierungspläne (27. 2. und 1. 5. 69 mit je ca. 200.000 Teilnehmern), verstärkter Druck der Unternehmerverbände und eine sehr prekäre Lage der Regierung, die bisher versucht, die Gewerkschaften zu disziplinieren.

## Die englischen Wirtschaftsschwierigkeiten

Wenn erwirtschaftetes Kapital nicht im Lande zur weiteren Industrialisierung und technologischen Entwicklung der bestehenden Industrie reinvestiert wird, sondern wegen günstigerer Profiterwartungen in anderen Ländern angelegt wird, kann einerseits das Bruttosozialprodukt nicht im erforderlichen und möglichen Maße wachsen, muß andererseits die Exportfähigkeit und Konkurrenzchance auf dem Weltmarkt schlechter werden. Dadurch sinken wiederum die Profitchancen der Inlandsinvestitionen. Die Folge dieser geringen Investitionstätigkeit sind wenige industrialisierte Zentren und große unentwickelte Gebiete (das Gebiet um London, die Midlands zwischen Coventry, Sheffield und Liverpool, Teile der Ostküste und Teile der Südküste sind industrialisiert – die anderen Landesteile, einschließlich Wales, Schottland und die Mißgeburt Nord-Irland dösen noch im Schatten einer zur Farce gewordenen Imperial- und Großmachtpolitik). Die Commonwealth-Zentriertheit wirkt sich noch immer im Management vieler Firmen aus: Gestaltung und Machart vieler Produkte sind weit hinter der Entwicklung in anderen Ländern zurück (1) – was nicht schlechte Qualität bedeuten muß – aber Qualität ist für durch Werbung manipulierte Konsumenten kein vorrangiges Argument; die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt ist entsprechend schwach. Dazu kommt die geringere Produktivität der englischen Industrie, die hauptsächlich auf veraltete Produktionsmethoden und geringe Rationalisierung in vielen Branchen zurückzuführen ist. Das beeinflußt wiederum das Investitionsinteresse und damit die industrielle Erschließung unentwickelter Gebiete negativ.

Die notorischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, verursacht durch höhere Importe als Exporte, und die abenteuerlichen Rüstungsausgaben (gegenwärtig knapp 7 % des Bruttosozialprodukts – zum Vergleich: BRD 4,3 %) versucht die Regierung mit ständigen Konsumeinschränkungen über

1 Viele Ersatzinvestitionen auch in Großbetrieben erfolgen mit alten Maschinenmodellen nicht nur wegen der Kosten technisch entwickelterer Anlagen, sondern auch wegen der damit verbundenen Umorganisierung der Betriebe und der Tendenz zu langen Modell-Laufzeiten.

Steuererhöhungen zu bekämpfen, um durch steuerlich verursachte Preiserhöhungen die Importe zu verringern (es werden sehr viele Konsumgüter importiert) und zugleich das Geld für Investitionssubventionen aufzubringen (2).

Dieses allzu offensichtliche Abwälzen der Kosten einer niedergehenden Imperialpolitik auf die Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger wird im existenten System der direkten betrieblichen Lohnverhandlungen als dauernde Verschärfung des Klassenkampfes auf der Betriebsebene ausgetragen.

Zum Verständnis dieser Verhältnisse bedarf es einiger Informationen über die Gewerkschaften. Diese betriebsbezogene Form des Kampfes kann in Deutschland leicht als Syndikalismus erscheinen, und die schüchternen Versuche in dieser Richtung wurden auch stets unter diesem Stichwort verketzert (3).

## Die englischen Gewerkschaften

Das englische Gewerkschaftssystem ist kein einheitliches Gebilde, sondern ein Gemisch aus berufsständischen, Industrie- und generellen Gewerkschaften, wobei die letzteren die Grenzen der beiden ersteren ignorieren und alle Arbeiter aufnehmen. Gegenwärtig sind ca. 10 Millionen Arbeiter und Angestellte in 574 Gewerkschaften organisiert. Jedoch nur 56 Gewerkschaften vertreten jeweils mehr als 25.000 Mitglieder, neun davon mehr als die Hälfte aller Organisierten, und die großen drei vertreten allein 5,5 Millionen Arbeitende (T & GWU, AEF, G & MWU) (4).

Das Nebeneinander großer und kleiner, nationaler und lokaler Gewerkschaften begünstigt betriebliche Verhandlungen und behindert zentralisierte Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Die großen Gewerkschaften entstanden aus Zusammenschlüssen kleinerer, die häufig eine gewisse Eigenständigkeit auch innerhalb des Zusammenschlusses bewahrten. Daher ist es meistens nicht möglich, allzu strikte Festlegungen seitens der Zentrale für die Verfahrensweise auf den betrieblichen Ebenen zu verfügen. Alle Gewerkschaften haben neben ihren hauptamtlichen Funktionären als wichtigste Vertreter der Mitglieder shop-stewards. Sie heißen nicht in allen Branchen so, aber agieren überall als Sprecher einzelner Belegschaftsgruppen in sämtlichen strittigen Fragen gegenüber dem Management und den Unternehmern. Gegenwärtig wird die Gesamtzahl der shop-stewards in der englischen Industrie auf 175.000 geschätzt (5). In großen Firmen gibt es außerdem senior shop-stewards bzw. convenors, die meistens ihre gesamte Arbeitszeit auf ihre Funktion verwenden. Ihre Gesamtzahl ist gegenwärtig ca. 500. Vergleichbar den deutschen Betriebsratsvorsitzenden ist ihre Autorität als Verhandlungsführer sehr groß. Anders jedoch als die Betriebsratsvorsitzenden repräsentieren sie gegenüber dem Management eine nicht ohne weiteres kalkulierbare Macht, da sie zu Recht behaupten können, für sämtliche Arbeiter ihres Bereiches sprechen zu können; denn ihre Amtszeit ist nicht festgelegt, sie können im Mißtrauensfalle sofort abgewählt werden und agieren daher in relativ engem Kontakt mit den von ihnen vertretenen Arbeitern.

---

2 Für ein genaues Bild der englischen Wirtschaftssituation siehe Volkhard Moslers langen Aufsatz in: NEUE KRITIK, Nr. 48/49 und 51/52.

3 Siehe die gegenwärtige Mitbestimmungsdiskussion in der BRD und das Mißtrauen gegen die vereinzelten Stimmen, die eine qualitative Veränderung statt einer quantitativen Ausweitung des jetzigen Mitbestimmungssystems anstreben, weil sich dieses als reine Verwaltungshilfe für das Management erwiesen hat.
Aufsätze von F. Vilmar in: GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE, Juli 1968, und Hans Matthöfer in: EXPRESS INTERNATIONAL, Frühsommer 1968.

4 Angaben nach Allan Flanders in: TRADE UNIONS, London 1968, S. 24.

5 Dto. S. 52.

In den Versammlungen der örtlichen Gewerkschaftsgruppen, den branchmeetings, kann jeder Wünsche und Vorschläge anmelden, die bei entsprechender Zustimmung von den shop-stewards vertreten werden müssen. Dabei sind die sehr unspezifizierten Globalabmachungen aus Spitzenverhandlungen zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften keine wirkliche Grenze. Während der Episode der staatlichen Einkommensbegrenzung, der auch der TUC (der englische DGB) zugestimmt hatte, kam es z. T. zu ganz erheblichen Lohnsteigerungen jeweils innerhalb einzelner Betriebe auf Grund der Aktivität der shop-stewards und ihrer Unterstützung durch kampfbereite Belegschaften.

Ein anderer sehr wichtiger Grund für die Stärke der shop-stewards und ihre Rolle als Unterhändler liegt in der Haltung der Unternehmer, Dispute zwischen Arbeitern und Management auf den Betrieb zu begrenzen. Diese Tendenz herrschte jedenfalls sehr lange Zeit vor. Sie hängt mit der Phase des Kapitalismus zusammen, in der das Kapital mobiler als die Arbeiter war. Die Unternehmer konnten die Initiative für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Löhne ganz den Arbeitern überlassen, denn sie konnten ihr Kapital im Zweifelsfall schnell woanders anlegen, bzw. durch Rückgriff auf die industrielle Reservearmee der Arbeitslosen – in England: der stets fließende Strom der farbigen Einwanderer aus dem Commonwealth – unangenehme Forderungen der Beschäftigten durch Entlassungen umgehen. Streiks hatten unter diesen Umständen die Funktion, ein Überdrehen der Ausbeutungsschraube zu signalisieren – das Gesetz des Handelns blieb auf der Unternehmerseite. Die Unternehmer handelten deshalb Dispute ganz gern 'im Hause' ab und ließen sich nicht durch allzu offizielle Verhandlungen zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden, gar noch unter Staatsbeteiligung in ihrer Handlungsfreiheit kontrollieren und einschränken. Je höher auf Grund technologischer Entwicklungen der Anteil der Investitionskosten an den Produktionskosten steigt, je stationärer das Kapital durch diese ständig wachsenden Anlagen wird, und je deutlicher wird, daß hohe Arbeitskräftefluktuation die Produktivität beeinträchtigten, desto weniger sind die Unternehmen an betrieblichen Regelungen interessiert, die d i r e k t von den Arbeitern statt von einer anonymen Bürokratie mit all ihrer Praxis- und Erlebnisferne überwacht werden.

## Die gegenwärtigen Änderungsversuche und die revisionistische Problematik

Die Form der direkten Austragung des Klassenkampfes zwischen den unmittelbar Beteiligten auf der Betriebsebene war für die Unternehmer so lange akzeptabel, wie sie durch mobiles Kapital und ein Arbeitskräfteüberangebot die Oberhand hatten. Solange riefen die Arbeiter nach starken, zentralisierten Organisationen, weil nur Geschlossenheit, im Extrem: der Generalstreik, ein mächtiges Argument war. Mit steigender Bindung großer Kapitale, der zunehmenden Technologisierung der Produktion und der Spezialisierung und Verknappung der Arbeitskräfte entwickelten die Unternehmer ein Interesse an einer festetablierten Verwaltung der Arbeiterinteressen, jetzt aber als Kontrollorgane über die Arbeiter, das man im Streikfalle zur Verantwortung ziehen kann. Der einzelne Arbeiter war in dem oben genannten Entwicklungsprozeß mächtiger und mächtiger geworden, denn es bedarf nun nicht mehr des Beschlusses aller zum Generalstreik, sondern im Extrem eines einzelnen. Wenn er seinen Handgriff verweigert, stockt die ganze Maschinerie (6). Diese Umstände haben nicht nur die Unternehmer verstanden, auch Arbeiter beginnen ihre zunehmende Stärke zu realisieren. Aber um sie nutzen zu können, müssen sie sie als politische Stärke begreifen und ihre wachsende Schlagkraft im betrieblichen Bereich in entsprechendes politisches Kapital umsetzen.

---

6 Vor kurzem verursachten zehn Arbeiter in der Verkupferungsanlage der Getriebefabrik von Vauxhall, der englischen General Motors Niederlassung, eine Lähmung der gesamten GM-Produktion mit vielen tausend Beschäftigten, weil ihnen eine 25 Pf.-Zulage zu spät gewährt wurde.

Hier offenbart sich jedoch eine entsprechende Schwäche des dezentralisierten Systems: die Schulung der shop-stewards ist ebenso geringfügig entwickelt wie ihre Lenkung durch die Bürokratie. Diese Schulung wäre, wenn sie existierte, sicher keine Lösung dieser Umstände, denn die systementsprechende Ausrichtung der Gewerkschaften durch ihre Verflechtung mit der Labour-Party ist hier fast noch enger als auf dem Kontinent. Andererseits sind gewisse linke Träume unangebracht, die (z. B. von der Socialist Labour League, einer trotzkistischen Sekte) ebenso wie auf dem Kontinent geträumt werden, nach denen es nur einiger Missionare bedürfe, um die richtige Theorie in die schon entwickelte, aber noch direktionslose Praxis der Arbeiter einzuführen und derart 'die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen'.

Aus unverarbeiteten betrieblichen Einzelerfahrungen ergibt sich nicht zwangsläufig eine politische Strategie – im Gegenteil, es ergibt sich eher die Orientierung an den 'Zuständigen', d. h. die alte Trennung zwischen Wirtschaft als dem Bereich der Gewerkschaftler und Politik als dem Bereich der Partei, und damit die Unterordnung unter deren Weisung.

Tatsächlich ist der Einfluß sowohl des linken Flügels der Labour-Party als auch der KP sehr stark unter den shop-stewards. Diese – auch bei den Kommunisten – sozialdemokratische Einfärbung impliziert nicht nur die Hoffnungen auf den parlamentarischen 'friedlichen Weg zum Sozialismus' mit all seinen Kapitulationen vor den gegebenen Verhältnissen und der Hoffnung auf das plötzliche 'Erwachen der Massen', sondern vor allem den alten autoritären Dirigismus, um die Massen nur nicht ohne Kontrolle der Partei erwachen zu lassen. Je größer die Betriebe werden, je allgemeiner notgedrungen die Verhandlungen zwischen convenors (die wie deutsche Betriebsratmitglieder in Büros residieren, statt wie in einem rühmlichen Einzelfall ihr Pult in der Produktionshalle zu haben) und der Firmenleitung für die einzelnen Betriebsabteilungen werden, desto mehr geht die Kontrolle über diese Verhandlungen und damit die Konkretisierung der eigenen Interessen für den einzelnen Arbeiter verloren. Es bedarf dann gar keiner Interventionen von Seiten der Gewerkschaftsbürokratie – Verhandlungen geraten ab einer gewissen Firmengröße zu Spitzengesprächen der Verbände, wenn – und dieser Punkt kann nicht genug betont werden – die shop-stewards den Kontakt zu den rank-and-file-members (den Arbeitern auf der Betriebsebene) abreißen bzw. einschlafen lassen, oder die convenors die anderen shop-stewards nicht mehr genügend beteiligen und einbeziehen (7). Hier ist noch einmal auf das Traditionsmoment hinzuweisen, das schon für das Verständis der von der Bürokratie unabhängigen shop-stewards so wichtig ist. In Betrieben mit einem alten Arbeiterstamm ist die Solidarität stark entwickelt. Gemeinsame Kampferfahrungen haben eine Gruppennorm geschaf-

---

7 Wie schwierig das bei Kämpfen ist, die sich ganz trade-unionistisch entwickeln – und welche Streiks beginnen auf der Betriebsebene wirklich anders –, zeigte ein soeben beendeter, fast fünfwöchiger Streik bei British Leyland, bei dem ganz betont eine enge Verbindung zwischen den streikenden Arbeitern und ihren Sprechern, die sich aus einem inoffiziellen Streikkomitee gebildet hatten, zu bewahren versucht wurde. So wurde z. B. abgelehnt, Verhandlungen in London abzuhalten, weil das zu weit vom Ort des Geschehens entfernt war.
Trotzdem wurden die entscheidenden Kompromißformeln schließlich in einer Spitzenverhandlung zwischen der Konzernleitung und dem Generalsekretariat der größten der beteiligten Gewerkschaften beschlossen – zwar in dauernder Konsultation der Gruppe der führenden shop-stewards, aber weder am Firmenort noch in einer Form, die es erlaubt hätte, die Arbeiter dauernd informiert zu halten, neue Gesichtspunkte auf ihre Konsequenzen hin zu diskutieren und den Verhandlungsprozeß selbst zu einem Lernprozeß für die Streikenden zu gestalten. So war am Ende die bekannte Situation wieder erreicht, daß nur noch über die Annahme oder Ablehnung des gesamten Verhandlungsergebnisses abgestimmt werden konnte – was bekanntlich eine Situation ist, in der wegen Streikmüdigkeit, Komplexität des Ergebnisses und Vertrauen darauf, daß die Gewerkschaftsspezialisten schon ihr Bestes getan hätten, keine effektive Agitation und Aufklärung über die Einzelheiten mehr möglich ist. In diesem spezifischen Fall spielte der aktuelle Hintergrund der Verhandlungen über Anti-Streik-Gesetze (dazu weiter unten) eine besondere Rolle, um die Gewerkschaftsspitze an den Verhandlungstisch zu bringen. Das Beispiel zeigt aber auch das Niveau des Selbstbewußtseins und der Militanz in Betrieben, in denen man die Arbeitervertreter nicht einfach integriert und kompromißsüchtig nennen kann.

fen, die einen starken informellen Rahmen für die shop-stewards darstellt, Verselbständigung der senior shop-stewards ebenso verhindert wie zu starkes Eingreifen betriebsfremder Gremien. Der in England verbreitete Begriff der M i l i t a n z in Haltung und Bewußtsein der Arbeiter ist auf diese Verhältnisse bezogen. Diese solidarische Militanz bedeutet keinen hohen Politisierungsgrad, sie meint ein solides syndikalistisches Bewußtsein, unterbaut vom dichotomen Bild der Bosse oben und der Arbeiter unten und einem genuin sozialdemokratischen fair-play verplichtet, das die Tatsache der ausbeutenden Mehrwertaneignung nicht in Frage stellt. Ungerechtigkeiten werden mit aller Härte bekämpft, und der Begriff von gerecht und ungerecht bildet sich einfach an dem scheinbaren Fortschritt, der die Divergenz zwischen Lohn- und Preissteigerungen nicht zu kraß werden läßt, der keine akuten Gefährdungen des eingependelten Lebensstandards erkennen läßt; obwohl der Anteil der Löhne und Gehälter am wachsenden Sozialprodukt ständig fällt, d. h. die objektiv mögliche Steigerung des Lebensstandards auch nur in den bescheidenen systemimmanenten Grenzen durch gleichbleibende Anteile der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt nicht einmal stattfindet. Da die massive Profitsteigerung der Unternehmer nicht unmittelbar sinnlich erfaßbar ist und Einschränkungen des eigenen Lebensstandards durch Preis- und Steuererhöhungen erlebt werden, knüpfen sich Vorstellungen vom gerechten Lohn oder der gerechten Behandlung auch nicht an das Verhältnis von geleisteter Arbeit und ihrem zu geringen Gegenwert in der Lohntüte, sondern an Eingriffe in die 'Errungenschaften der Arbeiterklasse': an Entlassungen verdienter shop-stewards (es gibt keinen Kündigungsschutz für shop-stewards), an Arbeitsplatzgefährdungen, an geringere Lohnsteigerungen als im Nachbarwerk. Brechen Arbeitskämpfe über solche Fragen aus, dann werden sie ebenso unnachgiebig wie unpolitisch ausgetragen: Als vor Jahren eine Firma in der Nähe von Liverpool Arbeitslose anheuerte, um einen Streik der Belegschaft zu brechen, erklärten sich sofort Lastwagen- und Busfahrer, Mülleute und Hafenarbeiter und die umliegenden Betriebe solidarisch und blockierten diese Firma so effektiv, daß sie nach vier Wochen Konkurs anmeldete. Die Frage, ob dieser Konkurs ein Trick war und was mit den nun Arbeitslosen geschehen sollte, ob man die Firma besetzen und selbständig fortführen könnte, welche möglichen politischen Konsequenzen aus der Situation zu entwickeln wären, ließ sich allerdings mit keinem der so militant Streikenden diskutieren – es ging ihnen darum, jemanden klein zu kriegen, der die Spielregeln verletzt hatte. Diese begrifflose Militanz verdeutlicht besonders gut, daß spontane Formen des Widerstandes, die die Wut über unerträgliche Verhältnisse auf deren Symptome beschränken, das System nicht treffen, ihren Stachel einbüßen. Sie sind kathartische Abreaktionen, die leicht in Mißerfolg, Mutlosigkeit und Resignation enden und auf diesem Wege nur um so fester an die scheinbar übermächtigen Verhältnisse ketten. Dieses Schicksal der beschriebenen Art von Militanz als letztlich integrationbestärkender Aufschrei wirft ein grelles Licht auf das Problem des Revisionismus: Die sozialdemokratische Trennung zwischen betrieblicher Regelung der wirtschaftlichen Teile des Klassenkampfes – abgewertet zu Vertragsverhandlungen zwischen Tarifpartnern – und dem parlamentarischen Austrag der politischen Formen des Kampfes kann für die Träger dieses Kampfes, die ihre Arbeitskraft auf dem Markt verhökern müssen, keine Erfolgsperspektive entstehen lassen – sie verhindert die politische Strategie, in der die Machtfrage im Klassenkampf zu stellen ist.

Das heißt, die spontane Militanz der Ausgebeuteten gerät nur dann in so revisionistische Formen wie die englischen, wenn ein sozialdemokratischer Begriff von Politik die systemtypische 'Arbeitsteilung' zwischen wirtschaftlichen und politischen Spezialisten aufrecht erhält. Der Kampf der Klassen findet zwar auf der Betriebsebene statt (natürlich nicht nur dort, aber dieses Kampffeld interessiert in unserem Zusammenhang), aber die sich als Generalstab gerierenden Bürokraten verraten die Kämpfer ständig in parlamentarischen und tarifvertraglichen Kompromissen, indem sie an der Ideologie der Sachzwänge weiterspinnen: Militanz wird dadurch auf Lektionen für uneinsichtige Kapitalisten reduziert, um diese zu systemstärkenden Regelungen

zu zwingen: die Subsistenzrate der Ausgebeuteten wird dem jeweiligen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt, die Bedingungen der Ausbeutung werden immer aufs Neue vertraglich geregelt. Um zu erklären, warum auch die aktiven shop-stewards an diesem Revisionismus festhalten, müßte man sich die Geschichte des Klassenkampfes im Kapitalismus als Geschichte des Klassenbewußtsein vergegenwärtigen, seiner Entwicklungsbedingungen und jeweiligen konkreten Formen. Davon kann hier nicht einmal umrißartig die Rede sein.

Die Beschreibung einiger englischer Beispiele für die Entwertung der Militanz soll dementsprechend zur Kritik des Revisionismus beitragen. Sie soll die abstrakte Einsicht etwas konkretisieren, daß nicht die von außen applizierte politische Führung oder die revolutionäre Partei (dieser Begriff ist im Laufe der neueren Geschichte zum tragischen Widerspruch in sich selbst geworden), sondern nur das Verständnis des einzelnen Kampfes und aller zusammen als politischer Kämpfe einen strategischen Fortschritt auf dem Wege der Emanzipation bedeutet. Dieses Verständnis nützt nur etwas, wenn es das Selbstverständnis der Kämpfenden ist. Es kann auch nur in der konkreten Auseinandersetzung wirklich Gestalt gewinnen. Es kann sich jedoch nicht entwickeln, seine Ansätze verfallen immer wieder in Resignation und Regression, wenn Bürokraten diese Kämpfe in Kompromissen ersticken, deren Annahme unter Hinweis auf abstrakte Sachzwänge durchgepeitscht wird. Ein politisches Selbstverständnis der Kämpfenden kristallisiert sich an Erfolgserlebnissen. Es entwickelt sich als Generalisierung von Einzelsiegen, durch Übertragung von durchgesetzten Forderungen auf all die anderen konkreten Widersprüche an unzähligen Stellen des Systems. Das geschieht nicht automatisch, aber die Tendenz dazu ist eindeutig. Das ist der vielleicht wichtigste Ansatzpunkt der Basisgruppen, weil diese die politische Entfaltung der Erfahrungen nicht von außen herantragen müssen (wie die Partei), auch nicht durch unmittelbare Teilnahme am Kampf in die leidige Führer- und Spezialisten-Rolle geraten (wie die Gewerkschaftsfunktionäre, die sich ja nicht nur zu Sprechern machen, sondern auch von Arbeitern ohne ein politisches Selbstverständnis in diese Rolle gedrängt werden), sondern als Katalysatoren bei der Verbindung zwischen bestätigenden Kampferfahrungen und der alltäglichen und allgemeinen Unterdrückungssituation in einer Klassengesellschaft fungieren können.

Die Herrschenden kennen die Infektionswirkung des Erfolges ganz genau: Sie weigern sich stets, unter dem Druck spontaner Streiks zu verhandeln und stellen als Grundbedingung Rückkehr zur Arbeit, Verhandlungen im vereinbarten Schema. Diese Behauptung ihrer Macht kostet sie häufig groteske Produktionsausfälle, verglichen mit den Kosten des Geforderten. Etwas Profitausfall ist aber offensichtlich stets billiger als reifendes politisches Selbstbewußtsein der Ausgebeuteten. Die fortschreitende Bürokratisierung der Arbeiterbewegung, ihre Integration in das etablierte Ausbeutungssystem als ein kalkulierbarer Faktor und juristisch belangbarer 'Partner', dessen Hauptaufgabe die Verwaltung und Beaufsichtigung der Arbeiterklasse ist, ist nicht nur erklärte Absicht der herrschenden Klasse in der Situation der entwickelten Oligopole, sie ist in vielen Hinsichten in der Organisation der Arbeiterklasse selbst angelegt. Die systemstabilisierende Funktion der revisionistischen Elemente wird im gegenwärtigen Versuch der Labour-Regierung, die Klassenauseinandersetzung dirigistisch zu entschärfen, und im Verlauf des großen Ford-Streiks erkennbar.

## Das White-Paper zur Bekämpfung von Streiks

Die Regierung hatte nach vielen vergeblichen Versuchen, Lohn- und Preisentwicklung zentral zu lenken, Anfang dieses Jahres einen Vorschlag für die gesetzliche Regelung der Beziehungen zwischen Arbeitern, Gewerkschaften und Unternehmern unter dem sinnigen Titel „An Stelle von Hader" veröffentlicht. Die entscheidenden Punkte dieses Entwurfes sind Übernahmen aus

dem staatsdirigistischen Instrumentarium anderer Länder. Nach deutschem Muster soll eine Urabstimmung vor Streikmaßnahmen erfolgen. Nach amerikanischem Vorbild soll eine 'Abkühlungsperiode' von 28 Tagen zwischen Streikbeschluß und Streikbeginn als Zeit für weitere Verhandlungen eingeführt werden. Dazu kommt eine Konventionalstrafe für die Verletzung dieser Vorschriften, d. h. ein juristisches Mittel gegen 'wilde Streiks', der Einsatz des Staatsapparates zugunsten der Unternehmer bei Arbeitskämpfen. All diese Maßnahmen implizieren eine Verschiebung der bisher in den einzelnen Betrieben geführten Verhandlungen auf die Ebene der bürokratischen Verbändeverhandlungen. Das offizielle Argument weist auf die steigende Interdependenz der gesamten Wirtschaft hin, auf die weitreichenden Auswirkungen von lokalen Störungen (wie das Vauxhall-Beispiel zeigt). Tatsächlicher Gehalt dieses Arguments ist jedoch die wachsende Macht des einzelnen Arbeiters, die wachsenden Schwierigkeiten, ihm Bedingungen diktieren zu können, ohne Gegenwehr fürchten zu müssen. Die Abwehr dieser Bedrohung glaubt die herrschende Klasse mit einer Aufsichtsbehörde zu meistern. Die Gewerkschaft, im Bewußtsein der Arbeiter als ihre Vertretung repräsentiert und mit der Gloriole des durch Solidarität Mächtigen von dem Ohnmachtserlebnis des einzelnen Arbeiters abgehoben, eignet sich vorzüglich zu dieser Disziplinierungsaufgabe, zumal sie mit der Anerkennung als 'Ordnungsfaktor des Gemeinwohls' und der Repräsentanz in Wirtschafts- und sozialpolitischen Steuerungsgremien – wie der Lohn und Preisaufsichtsbehörde in England und der konzertierten Aktion in der BRD – ihren alten sozialdemokratischen Traum verwirklicht sieht, auf der Ebene der Entscheidungen mitreden zu dürfen.

Die Verschiebung der Tarifverhandlungen in die Form der zentralen Expertengespräche bedeutet ihre Ablösung von den konkreten Gegebenheiten des einzelnen Arbeitsplatzes und der Betriebsabteilung, bedeutet ihre Abstraktion zu Interpretationen der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung. In diesem Rahmen kann es dann auch nicht mehr um eine Änderung der bestehenden Verhältnisse gehen (in Gewerkschaftsprogrammen heißt es ohnehin schon seit langem nur noch: „größere Verteilungsgerechtigkeit des Wirtschaftsprodukts"), sondern um eine reine Defensivpolitik zur Erhaltung bestehender Arbeitsplätze und des gegebenen Konsumstandards gegen allzu rigorose technologische Innovationen und dadurch bedingte Arbeitsplatzverluste. Defensive Tarifpolitik, aus der betrieblichen Erfahrungssphäre weg und hin zu Interpretationen der wirtschaftlichen Entwicklung 'versachlicht', wird zum Revisor der Sozialpolitik, zum Frühwarnsystem vor zu krassen sozialen Zurücksetzungen (gemessen an dem existenten und ohnehin unterentwickelten sozialen Standard der Abhängigen), die entweder produktivitätsgefährdende Unruhe und die Profitrealisierung erschwerende Konsumeinschränkungen hervorrufen oder plötzliche Sonderinvestitionen im Sozialbereich erfordern, um die fragile Balance der oligopolistischen Profitschöpfung nicht in eine Krise abkippen zu lassen. Die mit dem englischen Gesetzentwurf angestrebte Verfahrensregelung enthält das Instrumentarium für die Gewerkschaften als Revisoren der Sozialpolitik: Verhandlungen zwischen Fachleuten – falls sich diese nicht einigen, erfolgt die Urabstimmung. Da diese keine Veränderungen der Verhandlungsthemen ermöglicht, sondern nur ein Votum für oder gegen die Gewerkschaftsforderungen darstellt, kommt ihr nur die Bedeutung der Imponiergeste zu: Der das Kapital besitzende Gegner wird daran erinnert, daß die heutige Herrschaftsform 'Sozialpartnerschaft' heißt. Nach dieser Demonstration bedarf es der 'Abkühlungsperiode', um zuvor übertriebene Hoffnungen auf realistische Dimensionen zurückzunehmen. Verstehen die Unternehmer diese Zeit nicht zu nutzen oder fühlen sie sich stark genug, dann darf schließlich gestreikt werden. Benutzen die Arbeiter dieses Mittel jedoch von sich aus und offizialisiert die Gewerkschaft eine solche Aktion, so gilt das als Vertragsbruch, und der Produktionsausfall geht zu Lasten der Gewerkschaftskasse.

Der ausgesprochen konterrevolutionäre Aspekt dieser ganzen Prozedur liegt in der institutionali-

sierten Trennung sowohl der Unterhändler als auch des Verhandlungsgegenstandes von den Akteuren und der zu verhandelnden Situation, nämlich den Arbeitsbedingungen. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß Tarifpolitik zu einer 'Sonderkunst' gedeiht und daß es die Eingeweihten weder für möglich noch für sinnvoll halten, dieses komplizierte Geschäft den Arbeitern so zu erläutern, daß ihnen eine Meinungsbildung darüber gelänge. Dieser Umstand und die Einbildung, daß Tarifpolitik notwendigerweise systemstabilisierende Gesamtwirtschaftspolitik sein müsse, trennt die Sozialdemokraten in der Arbeiterbewegung von den Sozialisten. Andre Gorz hat verschiedentlich dargelegt, wie sich auch systemtypische Einrichtungen als Mittel einer Gegenstrategie verwenden lassen (8). Dabei ist es jedoch entscheidend, vom Klassenstandpunkt auszugehen und nicht durch Glauben an die 'Sachzwänge', z. B. in der Tarifpolitik, zum klassenverräterischen, systemkonformen Gemeinwohlapologeten zu werden. Der in seiner Naivität zynische Glaube der Sozialdemokraten, daß das, was früher Klassenkampf hieß, heute eine entideologisierte Sachdebatte zwischen Spezialisten sei, impliziert die Vorstellung, die Arbeiter könnten so komplexe Dinge nur in Propagandaphrasen serviert bekommen. Die innerparteiliche 'Demokratie' der Sozialdemokraten reflektiert dieses Dilemma, daß die demokratische Kontrolle dort ende, wo der Sachzwang beginne. (Der Zusammenhang zwischen Sachzwang und regidem Autoritarismus ist verschiedentlich untersucht worden, z. B. von J. Agnoli und auch von W. Burisch).

Der naive Glaube einiger Kritiker, es bedürfe nur eines 'Zurück zur Unmittelbarkeit der betrieblichen Auseinandersetzung' – mit gestandenem Syndikalismus würde man den Ausbeutern schon zeigen, was eine Harke ist – ist allerdings leider die Kehrseite der Medaille. Die erwähnte unpolitische Militanz und die Investitionspolitik der Oligopole lassen diesen Glauben als platten Traum erscheinen. Fords Reaktion auf den Umstand, daß der Regierungsentwurf zur Bändigung der Arbeiterklasse erst ein längeres Palaver auslöste und die Verabschiedung eines Gesetzes noch ein bis zwei Jahre dauern könnte, charakterisiert die Situation.

## Die Erfolge der Gewerkschaften und einige sozio-ökonomische Aspekte der Militanz

In diesem Zusammenhang muß der gern zitierte Mythos von den sozialen Errungenschaften durch starke Gewerkschaften zerstört werden. Die wirklich nennenswerten Ergebnisse im Hinblick auf Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen und Abwehr von Rausschmissen aktiver Kollegen wurden in England durch betriebliche Verhandlungen und den geschlossenen Druck der Belegschaften erzielt. Die Errungenschaften der zentralen Gewerkschaftsbemühungen gipfelten in der Erweiterung der vorherigen Lohnstop-Politik seit 1961 in eine Lohn- und Preis-Kontrollpolitik unter Beteiligung der Gewerkschaften seit 1965, was weder die Firmen noch die Steuerbehörden hindert, die Lebenshaltungskosten ständig zu erhöhen (9). Die zentrale Festlegung von

8 ZUR STRATEGIE DER ARBEITERBEWEGUNG IM NEOKAPITALISMUS, Frankfurt 1967.

9 Der durchschnittliche Ford-Arbeiter mit Frau und Kind verdiente 1938 L 4/3/4 (ca. 50 DM beim damaligen Wechselkurs) in einer 44stündigen Arbeitswoche. Er zahlte keine Lohnsteuer. Die Versicherungsabzüge betrugen 1/2/2 d (ca. 0,75 DM), und Miete kostete 15/7 d (ca. 9,35 DM) incl. Grundsteuern. Der durchschnittliche Ford-Arbeiter von heute verdient L 20/11/8 (ca. 197,50 DM nach heutiger Parität) mit derselben Arbeit. Die Lohnsteuer verschlingt heute L 2/16/0 (ca. 26,90 DM), weitere L 1/3/8 (ca. 11,35 DM) kostet die Versicherung, und dieselbe Wohnung kostet heute L 4/3/6 (ca. 40 DM). Insgesamt hat der heutige Ford-Arbeiter L 8/3/4 (ca. 78,25 DM) Abzüge für die Grundkosten. Die minimalen Kosten für Lebensmittel waren 1938 L 1/13/2 (damals ca. 19,90 DM), heute würde derselbe Warenkorb L 7/11/0 (heute ca. 72,50 DM) kosten. Benzin, Verkehrstarife und Kleidung sind ebenfalls teurer geworden. Um denselben Lebensstandard wie vor 30 Jahren zu finanzieren, müßte der durchschnittliche Ford-Arbeiter heute L 23/10/0 (ca. 225,60 DM) in einer 40-Stunden-Woche verdienen. „Das ganze Gerede darüber, daß der heutige durchschnittliche Arbeiter eine fette Lohntüte nach Hause schleppt, ist ein großer Quatsch mit Soße. Wenn unsere Frauen nicht arbeiten würden, wären wir weit schlechter dran als vor 30 Jahren." (FLUGBLATT während des Ford-Streiks).

Richtprozenten für Lohnsteigerungen im Rahmen der jeweiligen nationalen Produktivitätssteigerung war ein Anreiz für Verhandlungen in Branchen mit besonders niedrigen Löhnen. Jedoch gibt es einen ziemlich deutlichen Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und militanter Aktionsbereitschaft. Je höher das Lohnniveau, desto ausgeprägter ist die Erwartung weiterer Steigerungen und die Forderung danach. Kommt es darüber zu inoffiziellen Aktionen, dann ist der Lohnausfall besonders schmerzlich, aber auch das Bewußtsein von Für und Wider der Aktion besonders klar. Auf diese Weise gewonnene Kämpfe stärken die Kampfbereitschaft, entkräften die aktionsängstlichen Abwiegeleien und sichern den entscheidenden Zusammenhang: Die Arbeiter wissen genau, was ihre Delegierten zu tun haben, deshalb bringen sie den einzelnen Schritten des Kampfes auch die Aufmerksamkeit entgegen, die Voraussetzung jeder bewußten Kontrolle und Unterstützung ist. Der deutliche Zusammenhang zwischen dem relativen Standard der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Militanz der Arbeiter zeigt sich andererseits darin, daß in Betrieben mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigem Lohnniveau die Militanz gering ist (10).

## Exkurs: Die ökonomische Situation Streikender

Das System der staatlichen Unterstützung enthält in England eine Differenzierung hinsichtlich der Arbeitslosigkeit im Streikfall. Bei normaler Arbeitslosigkeit erhält jedes Familienmitglied einen bestimmten Unterstützungsbetrag. Im Streikfall erhalten alle Familienmitglieder außer dem Streikenden Geld. Ist der Streik offiziell, so gibt es Streikgeld von der Gewerkschaft, im inoffiziellen Kampf jedoch nicht. Die Unterstützungssätze sind nach einem Lebenshaltungsindex berechnet, der von dem Lohn gut verdienender Arbeiter deutlich überschritten wird (11). Daher ist der ökonomische Druck im Aktionsfall groß, aber die Erwartung der Verbesserung um so konkreter. Schlecht verdienende Arbeiter liegen jedoch häufig so nah an den staatlichen Unterstützungssätzen, daß sie im Falle offizieller Streiks sogar mehr Geld bekommen als ihr sonstiger Wochenlohn ausmacht. Für sie kann der Streik ruhig weitergehen, aber ihre depressiven Verhältnisse verengen ihren Erwartungshorizont derartig, daß sie sich keine wirkliche Änderung ihrer Lage vorstellen können und demgemäß auch darauf gerichtete Aktionen nur passiv begleiten, statt, wie es für einen Erfolg Vorbedingungen wäre, aktiv und konkret unterstützen (12). Die Spiralwirkung von Verelendung setzt hier ein (13).

---

10 Diesen Zusammenhang beschrieben mir Mitarbeiter des Institute for Worker's Control in persönlichen Gesprächen an mehreren Fällen. Er stimmt mit dem theoretischen Konzept des 'Erwartungshorizontes' und entsprechenden Untersuchungsergebnissen über die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse überein (siehe z. B. Genevieve Knupfer: „Portrait of the Underdog", in: R. Bendix und S. M. Lipset: STATUS, CLASS AND POWER, Glencoe, Ill. 1953).

11 Die Sätze der National Assistance, die die Arbeitslosenunterstützung zahlt, sind in den letzten Jahren mehrfach angehoben worden, zuletzt 1967/68. Die augenblicklichen Unterstützungssätze, die auch im Streikfall gelten, sind:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Einpersonenhaushalt | L 4/1/0 | (38,90 DM) | pro Woche |
| Ehepaar | L 6/13/0 | (63,85 DM) | |
| abhängige Kinder unter 5 Jahren | L 1/3/6 | (11,30 DM) | |
| 5–11 | L 1/8/0 | (13,45 DM) | |
| 11–16 | L 1/15/0 | (16,80 DM) | |
| 16–18 | L 2/7/0 | (22,55 DM) | |
| 18–19 | L 2/15/0 | (26,40 DM) | |

Das wöchentliche Streikgeld, das die Gewerkschaften im Falle offizieller Streiks an ihre Mitglieder zahlen, lag bei den letzten Streiks in der Größenordnung zwischen 30 und 35 DM.
Ein Ehepaar mit zwei kleinen Kindern erhält in einem offiziellen Streik durch National Assistance und Gewerkschaft zusammen etwa 125–135 DM, und ihre Miete wird in dieser Zeit von der National Assistance bezahlt.
Viele, besonders ungelernte Arbeiter verdienen wöchentlich zwischen L 11 und L 16 (105–155 DM).

## Die Situation bei Ford

Ford hatte bereits Ende 1968 einen Plan unterbreitet, mit dem das Hauptproblem, die sog. wilden Streiks, in echter alter Kapitalistenmanier gelöst werden sollte: Es wurde ein Urlaubsgeld von circa 200.– DM für alle diejenigen annonciert, die in den jeweils vorausgegangenen zwölf Monaten an keiner 'regelwidrigen Aktion' teilgenommen hatten. 'Regelwidrige Aktionen' sind in diesem Zusammenhang inoffizielle Streiks, Überstunden-Verweigerung, Arbeit nach Vorschrift. Außerdem wurden Krankengeld und 'Freisetzungsprämie' angeboten, deren Bedingungen ein sechsmonatiges Wohlverhalten sein sollten und die entfallen sollten, falls die Arbeitslosigkeit eine Folge von Streiks oder anderen 'zersetzenden Aktionen' in einem Betrieb wäre. Die Abkühlungsperiode war ebenfalls in dem Plan enthalten und gleichfalls mit der Lohnerhöhung verbunden. Streiks sollten 21 Tage vorher angekündigt werden. Brächen sie früher aus, dann wäre das eine der lohnkürzenden Regelverletzungen.

Ford glaubte eine Zähmung und Gängelung der Arbeiter in einer voll kontrollierbaren Prozedur allein durch ökonomischen Druck durchsetzen zu können. Diese Annahme stimmt mit der polit-ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre und mit der gesamten Konzernpolitik von Ford überein.

Ford zahlt von allen englischen Automobilfabriken die niedrigsten Löhne (14), und die Arbeitsbedingungen sind größtenteils schlimmer als in anderen Firmen. Von den insgesamt 23 Ford-Betrieben sind die Getriebefabrik Hailwood mit ca. 13.000 Beschäftigten und das Karosserie- und Montagewerk Dagenham (Vorort von London) mit ca. 27.000 Beschäftigten die größten. Beide Werke waren bei ihrer Gründung Zufluchtsorte für Arbeitslose aus ganz England. Ford hatte sich als großzügiger Arbeitgeber aufgespielt und mit der verzweifelten Beschäftigungssuche der Arbeiter aus den stillgelegten Kohlengruben und aus anderen Industriezweigen ein lohndrückerisches Geschäft gemacht (15). Die traditionelle Solidarität und Militanz der ehemaligen Kumpels schuf in der Hailwood-Fabrik bald eine kampfkräftige und bewußte Belegschaft. Dagenham war lange Zeit der Schmelztiegel mit hoher Fluktuation und verlor 1962 in einem mißlungenen Streik den militanten Kern der shop-stewards (16). Das jetzige Angebot sollte für alle englischen Ford-Betriebe gelten. Deshalb wurde es mit einem nationalen Verhandlungskomitee aller bei Ford vertretenen Gewerkschaften beraten. Das Komitee bestand aus hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären und hatte als Kuriosum die Regelung: jede Gewerkschaft eine Stimme. Die kleinste Gewerkschaft vertritt ca. 50 Ford-Beschäftigte, die beiden größten, die AEF (vergleichbar der IG Metall) und die T&GWU (eine generelle, hauptsächliche Transportarbeiter organisierende Gewerkschaft) vertreten 28.000 Arbeiter. In der entscheidenden

---

12 Ein kürzlich vorgetragener Angriff auf das System der staatlichen Unterstützung als einer Finanzierung der für die Wirtschaft schädlichen 'wilden Streiks' aus Steuermitteln (in: THE TIMES vom 18. 4. 69) ist daher auch nicht zur Stärkung des Kampfbewußtseins und der Streikbereitschaft angetan, sondern wird eher die Ärmsten aus der Klassenfront herausbrechen.

13 Siehe dazu Werner Hofmann: „Verelendung", in: FOLGEN EINER THEORIE – Essays über 'Das Kapital' von Karl Marx, edition suhrkamp, Band 226, Frankfurt 1967.

14 Arbeiter in der Tagesschicht verdienen bis zu L 16 (153 DM), in der Nachtschicht kommen sie bis auf L 23 (220 DM) pro Woche. Bei Bristol-Siddeley (vorm. Rolls-Royce) ist der Durchschnitt L 31/10/0 (290 DM).

15 Dasselbe versuchte Ford-Deutschland im Ruhrgebiet, als sich die Zechenschließung abzeichnete. Da die Grubengesellschaften aber die Bodenpreise hochtrieben und Gewährshaftung für eventuelle Bergschäden wegen schlecht vertäufter Schächte ablehnten, ging Ford nach Gent in Belgien.
Dieser Coup scheint noch gelungener: In diesem schlecht entwickelten und armen Gebiet erhält die der deutschen CSU vergleichbare Partei regelmäßig ca. 80 % der Wählerstimmen (nach einer Mitteilung von Ernest Mandel).

16 Siehe Graham Turner in: THE CAR MAKERS, London 1963.

Abstimmung wurde das Ford-Angebot in diesem Gremium mit einer Stimme Mehrheit angenommen, wobei die AEF dagegen stimmte und der T&GWU-Vertreter sich der Stimme enthielt. Die T&GWU erklärte sofort danach, daß sie gegen das Angebot sei, nd berief ihren Vertreter aus dem Komitee ab.

Nun war es an den shop-stewards, diese Situation auf Betriebsversammlungen zur Diskussion zu stellen und Abstimmungen durchzuführen. Tatsächlich ergaben die ersten Versammlungen bereits eine einhellige Ablehnung und die Forderung nach Neuverhandlungen, weil der Angelpunkt des ganzen Planes, eine verkappte Lohnerhöhung gegen den Verzicht auf direkte Aktionen einzutauschen, von den Arbeitern klar durchschaut und uneingeschränkt zurückgewiesen wurde.

In den Betriebsversammlungen bei Ford wurde in langen Diskussionen die Forderung erhoben: allgemeine Lohnerhöhung um 10 % (Ford hatte 7.5 % angeboten) und Urlaubsgeld ohne penalty clauses (die Strafklausel für den Streikfall). Ford erklärte, ihr Angebot repräsentiere einen Wert von L 5 Mill. und das sei das letzte Wort. Darauf begann am 21. Februar 69 in Hailwood der Streik, und nach einem stürmischen Wochenende voller Verhandlungen und Abwiegelungsversuchen zogen die anderen Fabriken am Montag, dem 24. 2. nach. Die beiden größten Gewerkschaften (AEF und T&GWU) erklärten den Streik zwei Tage später für offiziell, und eine dritte Gewerkschaft zog wenig später nach. Somit hatten die Vertretungen von 35.150 der 46.000 Ford-Arbeiter das Angebot abgelehnt und waren offiziell zum Kampf dagegen angetreten.

## Der Streik bei Ford

Angesichts solcher Kräfteverhältnisse hätte man einen Musterabwehrkampf gegen einen exemplarischen Integrationsversuch erwarten können. In Hailwood waren die Verhältnisse tatsächlich von Anfang bis Ende klar, die Beteiligung der Arbeiter sehr lebhaft und die schließliche Annahme des Verhandlungsergebnisses gelang mit einer knappen Mehrheit nur unter dem Druck der Tatsache, daß alle anderen Betriebe zur Arbeit zurückkehrten. In diesen anderen jedoch war der Streikverlauf höchst unbefriedigend. Ford hatte sämtliche Fabriken lange Zeit offengehalten, um den Streikbrechern Arbeitsgelegenheit zu geben. Obwohl nichts Sinnvolles gearbeitet werden konnte, sollte damit wenigstens eine demoralisierende Wirkung auf indifferente Streikteilnehmer erzielt werden. In einigen kleineren Teilbetrieben arbeitete ein Teil der Belegschaft während des ganzen 3 1/2wöchigen Streiks. In Dagenham, dem größten Werk, war zu Beginn intensive Streikpostentätigkeit erforderlich, um die Zahl der Streikbrecher so weit zu verringern, daß die restliche Produktionstätigkeit schließlich zusammenbrach. Aber es war die Arbeit von nur 20–30 shop-stewards der insgesamt 450, wobei einige wenige Studenten der Gruppe 'International Socialism' dankbar akzeptierte Hilfe leisteten. Die geringe Zahl der Aktiven wirkte sich in einer geringen Anteilnahme der Arbeiter aus. Es wurden keine erkennbaren Versuche unternommen, die inaktiven shop-stewards zu beteiligen, es gab während des ganzen Streiks nur zwei Massenversammlungen, davon eine zum Ende des Streiks, beide dauerten jeweils nur ca. eine halbe Stunde. Auch die „aktiven" shop-stewards verhielten sich passiv. Sie saßen in ihrem Büro, gaben Auskünfte auf Anfrage, achteten darauf, daß die Streikpostenkette nicht abriß, aber machten keine Agitationsoffensiven unter ihren Kollegen. Sie beschränkten sich in der einzigen Versammlung während des Streiks auf ein erneutes Votum gegen den zentralen Punkt, die penalty clauses, aber unterließen alles, was einer selbständigen Meinungsbildung, Mobilisierung und Interessenformulierung der Arbeiterschaft hätte dienlich sein können. So blieb es während des ganzen Streiks bei einer dunklen Ahnung, daß die penalty clauses

etwas mit den Regierungsvorschlägen zur Bändigung 'inoffizieller Aktionen' zu tun haben, aber weder diese Regierungspläne noch der Zusammenhang zwischen dem Urlaubsgeld für Nichtstreiker und der Lohn- und Arbeitssituation bei Ford wurden zu Diskussionsthemen.

Ford wußte die Situation taktisch äußerst geschickt zu handhaben: Der Konzern erhob Klage gegen die Gewerkschaften, die den Streik unterstützten, wegen Vertragsbruchs. Obwohl von Anfang an klar war, daß von Vertragsbruch keine Rede sein konnte, weil diese Gewerkschaften weder dem Angebot zugestimmt hatten, noch das Verhandlungsverfahren durch alle erforderlichen Instanzen hindurch gelaufen war, noch ein Passus in den Verhandlungsunterlagen existierte, daß die Vereinbarungen juristisch einklagbar sein sollten, gelang Ford mit diesem Coup eine große Verwirrung der Streikenden. Sie starrten gebannt auf die Gerichtsprozedur, als würde dort der Inhalt des Streiks entschieden. Die Gewerkschaften und die shop-stewards verstanden es nicht, durch schnelle Aufklärung die Lage im Sinne einer Politisierung des Streiks zu wenden, – sie versuchten es nicht einmal und schienen großenteils selbst vom Gerichtsschauspiel fasziniert zu sein. Die Richter zogen als Vergleichsfall einen Tarifvertrag zwischen einer anderen Firma und den in ihr vertretenen Gewerkschaften heran und entschieden damit, daß die Gewerkschaften mit der Offizialisierung des Ford-Streiks keinen Vertrag verletzt hatten, weil keiner der geltenden Verträge einen Passus enthielte, der die juristische Verbindlichkeit und Einklagbarkeit der Vereinbarung besagt. Darüber hinaus entschied das Gericht, daß Einzelgewerkschaften nicht durch Verträge zwischen Verhandlungskomitees und Einzelunternehmen gebunden seien.

Die Gerichtsentscheidung fiel also klar zugunsten der Streikenden und der Gewerkschaften aus, aber der Hinweis auf die notwendige Formalisierung des Verhandlungsmodus' und der expliziten Bindung der Gewerkschaften an die beschlossenen Verträge schlug propagandistisch gegen den Streik und in Richtung der Gesetzgebungsversuche aus. Ein anderer Einschüchterungsversuch von Ford war die Drohung, daß man nun angesichts des Streiks eine geplante Investition (200 Mill. DM) zur Produktionsausweitung neu überdenken müsse. Diese Argumentation erschien noch einmal in voller Klarheit in einem Interview mit Henry Ford:

> „Großbritannien befindet sich in einer beunruhigenden Situation, und ich finde, daß die Regierung Gegenmaßnahmen ergreifen sollte, wenn sie nicht will, daß sich diese Situation in nicht wieder gutzumachender Weise verschlechtert. Es sieht heute so aus, als habe die englische Regierung die Kontrolle über die Elemente verloren, die sie einst zur Macht brachten. Ich glaube nicht, daß die gesamte Wirtschaft eines Landes nur von den Abgeordneten der Gewerkschaften geleitet werden kann. Die Engländer müssen sich unbedingt über den Ernst der Lage und deren mögliche finanzielle und wirtschaftliche Konsequenzen klar werden." (17)

Der Eindruck auf die Regierung entsprach offenbar den Erwartungen, und die Presse stürzte sich auf die Version, daß die 'Anarchisten auf der Betriebsebene' ihre eigenen Arbeitsplätze untergrüben. Nachdem es die shop-stewards während des ganzen Streiks versäumt hatten, eine Initiative der Belegschaften zu entwickeln, als politischen Faktor ins Spiel zu bringen, und die senior shop-stewards die Verhandlungsführung ganz dem durch seine erste Entscheidung diskreditierten Komitee aus Gewerkschaftsoffiziellen überließen, endete die große Auseinandersetzung als echte trade-unionistische Defensivschlacht: Es gab keine materiellen Einbußen, aber Ford gewann propagandistisch: Die penalty clauses, die Bindung verkappter Lohnerhöhungen an das Wohlverhalten der Arbeiter, wurden als Prinzip durchgesetzt. Die wichtigsten Abstriche vom vorherigen Plan sind, daß ein Teil des Urlaubsgeldes in jedem Fall gezahlt wird und daß die 21 Tage Ankündigung von Streikaktionen entfällt. Der andere Teil des Urlaubsgeldes und das Arbeitslosengeld bei Produktionsunterbrechungen sollen aus besonderen Kassen finanziert werden. Die Firma zahlt in diese Kassen wöchentliche Summen, die jedoch in Wochen entfallen, in denen es zu inoffiziellen Aktionen kommt. Das heißt, ein materieller Verlust tritt rein rechne-

17 Abgedruckt in: AUTO, MOTOR UND SPORT, Heft 10, 10. Mai 1969.

risch nicht ein, denn in Streikzeiten gibt es ohnehin keinen Lohn. Aber die Form des Arrangements, das Ansammeln eines Teils des Lohnes in besonderen Kassen, die Erwartung einer bestimmten Summe zu einem bestimmten Zeitpunkt, hat dieselbe Wirkung auf die Betroffenen wie die Geldanlage in Aktien (nur ohne Rendite): der ängstliche tägliche Blick auf die Kurswerte, ob sie auch nicht gesunken sind. Daß solche Regelungen besonders auf wenig selbstbewußte Arbeiter, auf nich -militante, eine demoralisierende Wirkung im Falle anstehender Aktionen haben, darf wohl als sicher angenommen werden. Es ist anzunehmen, daß dieser Effekt durchaus beabsichtigt wird.

## Die Propaganda der Massenmedien und die Versuche aufklärerischer Agitation

Die Vorbereitung der Anti-Streik-Gesetze erfolgte mit einer gewaltigen Agitationskampagne, deren Zwischenergebnis in einer Meinungsbefragung durch eine große Zeitung erfaßt und zur weiteren Propaganda ausgeschlachtet wurde. Nach dieser Befragung waren 70 % eines repräsentativen Bevölkerungsquerschnitts für Anti-Streik-Maßnahmen. Das Nebeneinander dieses Ergebnisses, das eben besagt, ein großer Prozentsatz Arbeiter sei für Anti-Streik-Gesetze, und der Reaktion der Ford-Belegschaften auf einen streikverhindernden und den Lohn erhöhenden Vorschlag, der noch dazu von einer Gewerkschaftskommission akzeptiert worden war, ist auf den ersten Blick überraschend. Diese Gegenüberstellung scheint auch deshalb nötig, weil viele Diskussionen über Klassenbewußtsein und Anfälligkeit für bourgeoise Propaganda zwischen Hinweisen auf Meinungsforschungsergebnisse und häufig von Wunschdenken bestimmten Spekulationen über politische Wachheit und Militanz der 'Arbeiterklasse' hin und her schwanken.

Der interessante Aspekt in dieser Frage ist weitgehend methodologischer Art. Meinungsbefragungen dieser Art werden mit multiple-choice-Fragebogen durchgeführt, d. h. der Befragte kann aus mehreren vorgegebenen Antworten eine auswählen. Diese Methode erlaubt schnelle Befragungen und ist relativ leicht auszuwerten, aber ihre Ergebnisse spiegeln nicht die Meinung der Befragten, sondern das Ausmaß der Zustimmung zu den Meinungen der Fragebogenkonstrukteure. Eine solche Befragung ist meistens (und auch im Fall der Anti-Streik-Umfrage) in den Frageformulierungen so dicht an den bürgerlichen Propagandaphrasen, daß das Ergebnis eine Art Konditionierungs- und Reaktionszeit-Spiegel für die Propaganda-Sprüche ist. Dazu kommen die Person des Interviewers und der Befragungsort (meistens in der Wohnung der Befragten, d. h. bei Arbeitern normalerweise kurz nach Feierabend, weil sie sich zu anderen Zeiten selten stören lassen), was alles zusammen ein Verzerrungssyndrom ergibt, weil der Bereich der entscheidenden Bezugserfahrungen – Arbeit – gerade verlassen wurde, die häusliche Umgebung eine auch emotionale Abwendung von diesem Erfahrungsbereich unterstützt und der Interviewer mit seinem Image einer anderen Gesellschaftsschicht und dem unsichtbaren Heiligenschein der Wissenschaft und Autoritätsrepräsentanz keine Brücke zu diesem Erfahrungsbereich baut, sondern eher zur Gegenidentifizierung anregt. Dieser verzerrenden Situation steht das Erfahrungsfeld Arbeitsplatz mit seinen sehr anschaulichen und unmittelbaren Kriterien gegenüber. So kann ein Familienvater – der abends in seiner Wohnung über Streiks im allgemeinen in den vorgegebenen Antwortkategorien der Regierungspropaganda antworten soll, während seine Frau Essen kocht, Antworten geben, die als Zustimmung zur Regierungslinie erscheinen, aber am nächsten Tag, wenn es um einen Streik an seinem Arbeitsplatz geht, weil er schneller arbeiten soll oder weniger Urlaubsgeld bekommen soll, als er erwartet hat, oder erfährt, daß er nur Urlaubsgeld bekommt, wenn er nicht mehr widerspricht – wenn es also um seine Erlebnisumstände und nicht um Streik im allgemeinen, noch dazu in der seinem Erleben fernstehenden Propagandaformulierung geht – sehr militant für Streik votieren. Diese verschiedenen Bedingungen und Ergebnisse bedürfen einer genaueren Untersuchung, die aber nicht in diesen Rahmen gehört.

Wie oben dargelegt wurde, hatten die shop-stewards während des Streiks keine klare Verbindung zwischen den Gesetzesplänen der Regierung und den Ford-Vorschlägen hergestellt, gegen die sich der Streik richtete; d. h., die Streikenden wurden weitgehend in der Vorstellung belassen, einen firmeninternen Streit auszufechten. Die politische Relevanz wurde nicht formuliert. Die Presse hatte in dieser Situation ein relativ leichtes Agitationsfeld. Die einheitliche Anti-Gewerkschaftsargumentation, der Streik zerrütte die englische Zahlungsbilanz, weil er den Export vermindere, und sei als nationales Übel für jeden einzelnen Engländer gefährlich, blieb nicht ohne Wirkung bei den passiven Streikteilnehmern. Die einzige Zeitung, die versuchte, die Situation realistisch darzustellen, war der kommunistische 'Morning Star', dessen Verbreitung im Vergleich zur Boulevardpresse gering ist und der speziell in Dagenham mit vielen antikommunistischen Ressentiments zu kämpfen hat.

Obwohl sich verschiedene kleinere Gruppen zu intensiver Gegenpropaganda aufgemacht hatten und auch einige Resonanz fanden, gelang es ihnen doch nicht, eine wirkliche Aktivierung des Streiks zu bewirken, denn das ist von außen nur zu unterstützen, nicht aber zu initiieren. Wahrscheinlich ist in diesem Rahmen mehr wichtige Arbeit geleistet worden, als äußerlich erkennbar war. Ford hatte beispielsweise an alle Beschäftigten individuell Briefe verschickt, in denen die Vorteile des Urlaubsgeldes und der Arbeitsausfallprämie in allen Farben ausgemalt wurden und ein unverhüllter, aber geschickter Angriff auf die shop-stewards als diejenigen geführt wurde, die diese Vorteile zu vernichten drohten. Die mangelnde bis nicht existente Anleitung und Streik-Führung bereitete für solche Propagandamanöver einen guten Boden. Die Gegenargumentation in Flugblättern, Pamphleten, Zeitungen und einem Straßentheater hat in der erstaunten und freundlichen Aufnahme durch die Arbeiter wahrscheinlich einiges dazu beigetragen, daß der vereinzelte Ruf nach Streikabbruch nicht zu einem Chor auswuchs. Dabei war die immanente Kritik der offiziellen Behauptungen und Propagandaphrasen besonders wirksam. Gegen die These vom Streik als nationaler Gefahr wurde die Rechnung gestellt, daß der tatsächliche jährliche Ausfall durch Streik 5 Millionen Arbeitstage sind, aber der Ausfall durch Krankheiten und Unfälle 311 Millionen Arbeitstage ausmacht (18). Solche Daten trugen zu einer Stärkung der subjektiven Streikbereitschaft, zur leichteren Solidarisierung durch Frontstellung gegen die Bosse bei, aber sie politisierten den Streik nicht. Die gelegentlichen Diskussionen bestätigten immer wieder: Die Arbeiter fühlten sich ungerecht behandelt, aber sahen keine Möglichkeit, selbst etwas dagegen zu tun, sondern warteten ab, was geschah. Der Slogan, unter dem das Straßentheater eine kurze Interpretation des Streiks vorführte, entsprach sehr gut der Gesamthaltung: stuff your penal up your bonus. Die Wortspiele penal—Penis und bonus-bottom (Anus) geben diesem Satz einerseits die Bedeutung: Die penalty clauses und die ganze Urlaubsprämie sind Scheiße; andererseits wendet er das herrschende Vorurteil gegen Homosexualität als Perversion in eine aggressive Denunziation der Ford-Vorschläge als Perversion des vertrauten fair-play.

---

18 Quellen: MINISTRY OF SOCIAL SECURITY, Annual Report 1967; EMPLOYMENT AND PRODUCTIVITY GAZETTE, Jan. 1969.

**Beilagenhinweis:** Edition Voltaire

Kreuz-Verlag

Die sorgfältige Pressekampagne gegen die 'Anarchisten auf der Betriebsebene', das Breitwalzen der Produktionsverluste von Ford in Höhe von ca. 400 Mill. DM (19) als nationale Verluste und das wachsende Zahlungsbilanzdefizit auf Grund ungenügender Exporte und ungenügender Investitionen haben weithin die Überzeugung von der Notwendigkeit schärferer Anti-Streik-Maßnahmen geschaffen.

## Zu der Bedeutung und den Lehren des Streiks

Die Konsequenzen des Streiks hat Henry Ford in realistischer Offenheit formuliert:

> „In der Tat haben wir durch diese Streiks gelernt, daß – so sehr wir auch wünschen mögen, gewisse Produktionsstätten auf europäischer Ebene zusammenzufassen – es unmöglich ist, Teile, die in den Fabriken verschiedener Länder benötigt werden, an nur einem einzigen Ort zu produzieren. Ford-Deutschland mußte seinen Tribut an den englischen Streik entrichten, und wir haben auf unsere Kosten gelernt, daß es gefährlich ist, sich auf eine einzige Herkunftsquelle zu verlassen, was im Grunde doch viel wirtschaftlicher wäre. Für Wagen, die in kleiner Serie gebaut werden, können wir selbstverständlich keine doppelten Fertigungseinrichtungen unterhalten. Es sieht jedoch so aus, als ob wir uns für unsere Groß-Serienproduktion dazu entschließen müßten". (20)

Diese bemerkenswerte Äußerung legt eindeutig klar, daß eine verschwenderische Produktionsweise erforderlich ist, um die Herrschaft des Kapitals über diese Produktion aufrecht zu erhalten. Es bedarf nicht nur irrationaler Produkte, um den Profit zu sichern (die Produktion der vernünftigen öffentlichen Verkehrsmittel Eisenbahn, U-Bahn und Autobus wäre nicht sehr gewinnträchtig im Vergleich zu den unpraktischen PKWs), auch ihr Produktionsprozeß ist aus Gründen der Gewinnmaximierung in häufig irrationaler Weise dezentralisiert. Das erfordert zwar lange Transportwege, erlaubt aber die unterschiedlichen Lohnhöhen, sozio-ökonomischen Situationen und Bewußtseinslagen der Arbeiter auszunutzen, d. h. die unterschiedlichen Profitraten in den einzelnen Ländern miteinander zu kombinieren. Dezentralisierung ist deshalb nicht nur eine Profitsicherung gegen Klassenkampfverluste, sondern auch eine Möglichkeit, den unterschiedlichen Entwicklungsstand der einzelnen Nationalstaaten auszunutzen. Deshalb ist es für die Oligopole noch immer günstig, ihre Produktionsstätten zu streuen und dadurch die Kontaktlosigkeit der Arbeiterklasse jenseits des lokalen und erst recht jenseits des nationalen Rahmens

---

19 Diese 400 Mill. DM Produktionsausfall sind für Ford selbst offenbar keine ernste Einbuße. Vor einigen Jahren haben sie dieselbe Summe in einer Fehlkonstruktion (des Modells 'Edsel') verpulvert, für die Entwicklung der Modellreihe Zodiac/Zephyr (englische Ford), die keinen Massenabsatz erlaubt, wurden ca. 300 Mill. DM aufgewendet. Obwohl die gerade beginnende Marktoffensive mit den Capri- und Escort-Modellen vom Streik durchkreuzt wurde und obwohl diese Modelle in den ersten Wochen ihres Erscheinens einen überraschend hohen Marktanteil gewinnen konnten (in England gewann Ford dadurch zusätzlich 3 % Marktanteil), hatte sich der Konzern dem Vernehmen nach auf einen 6-Wochen-Streik eingerichtet und hatte demgemäß bei den Verhandlungen viel Zeit. Die Nervorsität und das Drängen war auf seiten der Regierung, die einen Fall der Produktionsrate und damit weiteren Verlust auf dem Weltmarkt befürchtete.
Dieser Zusammenhang verdient weitere Untersuchung: Trotz harter Konkurrenz der Oligopole um die Marktanteile – besonders jetzt, wo die Automobilindustrie in der Endphase der Oligopolisierung ist und innerhalb kurzer Zeit von den noch ca. 50 Automobilherstellern nur noch eine Handvoll übrigbleiben wird – ist ein Großkonzern von einem Streik weniger betroffen als der Staat, der ohne exportierende Großindustrie weder genügend Steuern,noch genügend Devisen zum Finanzieren der Importe einnimmt. Da diese ganze Staatstätigkeit ohnehin darauf abzielt, Unternehmer zur Investition anzureizen, ihnen also günstige Profitmöglichkeiten zu bereiten, hat sich die Arbeitsteilung zwischen Staat und Privatkapital auf höchst interessante Weise verändert: Das Kapital braucht sich nur noch um Produktion und Absatz zu kümmern, die Investitionsfinanzierung hat der Staat mittels Abschreibungssätzen, Subventionen und Eventualhaushalten übernommen; den Klassenkampf ficht er für das Kapital mit Anti-Streikgesetzen, Notstandsgesetzen und der Finanzierung von Werkschutztruppen (siehe K. Kullmann in: EXPRESS INTERNATIONAL vom 13. 6. 69) aus. Die alte liberale Theorie, daß der Staat die ausgleichende Agentur zur Wahrung der Rechte und des Wohles aller in einer antagonistischen Gesellschaft sei, erweist sich endgültig als Märchen.

20 In: AUTO, MOTOR UND SPORT, a.a.O. (Sperrung vom Verfasser).

zu nutzen. Die Ford-Ereignisse machen das deutlich. Die kontinentalen Ford-Fabriken in Köln, Genk und Amsterdam wurden zwar vom Streik betroffen, boten aber andererseits auch Ausweichmöglichkeiten für die Produktion. Hätten sie ebenfalls gestreikt, so wäre das eine gewaltige moralische und materielle Stärkung des englischen Streiks gewesen. Ford hätte die Affäre weniger gelassen betrachten können, und die Streikenden in den verschiedenen Ländern hätten einander angespornt und geholfen. Voraussetzung wäre natürlich richtige agitatorische Vermittlung und über die Landesgrenzen hinausgehende Information gewesen. Dabei sind freilich sehr große Probleme zu überwinden. In Köln wird kaum ein Fordarbeiter den englischen Kollegen zuliebe streiken, besonders wenn seine Gewerkschaft dagegen ist und kein Streikgeld zahlt. Aber angesichts der internationalisierten Oligopole müssen Wege gefunden werden, um diese Schwierigkeiten zu überwinden. Ford baut ein weiteres großes Werk in Saarlouis, ein europäischer Autokonzern um die Firmen VW und Fiat zeichnet sich ab (21). Das sind bedeutende Teile der ökonomischen Basis des Formierungsprozesses.

Hinter Herrn Fords Konsequenz aus dem Streik steht auch die Erfahrung, daß man Arbeiter mit Lohnerhöhungen langfristig nicht zur Ruhe bringen kann, demgemäß bedarf es entsprechender Präventivmaßnahmen gegen ihre Kampfmaßnahmen, die man als unausweichlich einkalkuliert; Unternehmer kalkulieren natürlich nicht von der Sozialpartnerschaftsideologie aus, sondern von der Realitäts der antagonistischen Klassen- und Ausbeutungssituation. Das in der BRD gern propagierte Ende des Klassenkampfes ist eben nur eine temporäre Selbstberuhigung derjenigen, die sich als Interessenvertreter der Arbeiterklasse ausgeben, aber weder wissen, was die Interessen sind, noch den für ihre Durchsetzung nötigen Kampf wagen. Kein selbstbewußter Kapitalist glaubt an solchen Unsinn, aber sie schätzen die 'gläubigen' Sozialdemokraten als Verwaltungshelfer für die Wahrung der ideologischen Fassade, weil die wirtschaftliche Entwicklung nicht so sehr Saturierung und affluency bewirkt, sondern vielmehr die Grundlage für ein neues Klassenbewußtsein legt, wie in eindrucksvoller Form während der großen französischen Revolte zu sehen war. Herrn Fords Bemerkung über die Vorzüge der zentralisierten Produktion ist in diesem Zusammenhang ernst zu nehmen. Die Oligopole wissen genau, daß es zur Sicherung ihrer Profitraten staatsdirigistischer Maßnahmen der schon erwähnten Art bedarf, um durch Integration, juristische und paramilitärische Gängelung der Arbeiter allmählich jene Gefahren zu bannen, die einer effizienten Profitmaximierung durch zentralisierte Produktion bisher im Wege stehen.

Die BRD bietet ein Beispiel, daß die Arbeiterklasse lange Zeit dirigistisch in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden kann. Während die Wirtschaft expandiert, können die bewußtseinsbildenden Konflikterlebnisse lange Zeit durch zentrale Verwaltung verdeckt werden, und die vereinzelten Arbeiter können mit der konsumptiven Befriedigung suggerierter 'Bedürfnisse' stillgehalten werden (was unaufmerksame Beobachter zu der Behauptung verführt, die Arbeiter seien saturiert). Diese Ideologie ist seit dem Ende der Rekonstruktionsperiode durch einige große Arbeitskämpfe in der BRD jedoch stark unterminiert worden (Hanomag, Hessischer Gummi-Arbeiter Streik, Concentra). Sogar eindeutig politische Arbeitsniederlegungen (während der 3. Lesung der Notstandsgesetze streikten in Frankfurt 12.000 Arbeiter, im Ruhrgebiet und in anderen Industriezentren ebenfalls ansehnliche Mengen) und zunehmender Widerstand gegen die Integration der Gewerkschaften in die kapitalistische Planung (Konzertierte Aktion) artikulieren sich (auf den meisten Gewerkschaftskongressen 1968/69 hat es über diese Frage erbitterte Debatten und harte Kritik der Delegierten an den Vorständen gegeben).

England hat jedoch für absehbare Zeit keine tendenziell expandierende Wirtschaft, andererseits aber eine hohe Zahl von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und starken Sozialdemokratis-

21 Siehe z. B. in: DER SPIEGEL, Nr. 12, 17. 3. 69.

mus unter den Führungskadern. Der Versuch der Regierung, mit dem beschriebenen Gesetzentwurf die Militanz der Arbeiter zu ersticken, erfolgte daher unter scheinbar günstigen Bedingungen; aber sowohl der Ford-Streik wie auch die weiter unten beschriebenen Beispiele deuten darauf hin, daß die internationale Strategie des Kapitals, durch Gesetze Lohnleitlinien und zentralisierte Tarifverträge das „Ende des Klassenkampfes" zu erzwingen, zumindest hartem Widerstand begegnet. Die Auslöser für Streiks bei Hanomag und bei Ford sind natürlich verschiedene, ebenso die Widerstände gegen die Konzertierte Aktion und gegen das White Paper, dennoch sind es Teile eines zusammenhängenden, internationalen Prozesses, der bisher allerdings unartikuliert und politisch zerfasert abläuft.

## Der weitere Verlauf der Gewerkschaftsdebatte

Der Versuch der Regierung, mit den erwähnten Vorschlägen möglichst schnell zum Ziel zu kommen, schien zunächst am Widerstand der Gewerkschaften und an den Gewerkschaftlern in der Parlamentsfraktion zu scheitern. Die Labour-Party ist noch — viel deutlicher als die SPD — stets die politische Organisation der Gewerkschaften gewesen. Sie hat sich natürlich im Laufe der Jahrzehnte so sehr verselbständigt, daß man nicht mehr davon ausgehen kann, ihre Politik sei an den Gewerkschaften orientiert, aber diese sind noch immer ihre Hauptfinanciers und stellen mit ihren 10 Millionen Mitgliedern ein ausschlaggebendes Wählerpotential dar. Die machtvollen Demonstrationen der Basismitglieder, der massive Druck der lokalen Gewerkschaftsgremien und die Angst des Gewerkschaftsapparates vor Bedeutungsverlust sowie seine Traditionsverhaftung bewirkten eine so starke Ablehnung der Regierungsvorlagen, daß wichtige Teile davon (z. B. die 28tägige Streikpause) bereits in Verhandlungen zwischen TUC und Regierung gestrichen wurden. Als der Meinungsumschwung in der Labourfraktion so weit gediehen war, daß der Regierungsentwurf keine ernsthaften Chancen mehr hatte, veröffentlichte der TUC ein Aktionsprogramm, das eine Selbstdisziplinierung der Gewerkschaften versprach. Das war im Grunde genommen alles, was sich Regierung und Unternehmer wünschen konnten. Aber nach einer gründlichen Untersuchung der Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern und Methoden der betrieblichen Verhandlungen durch einen Parlamentsausschuß (22) war das Vertrauen der Regierung, der rechten Fraktion und der Unternehmer in diese TUC-Vorschläge nicht sehr groß. So kam es zu einem heftigen Ringen um die Frage, ob die Regierung gesetzliche Strafen für 'wilde Streiks' verhängen sollte, ob der TUC in diesem Fall die betreffende Gewerkschaft zum Ausschluß der Streikenden zwingen sollte oder ob Strafmaßnahmen überhaupt unterbleiben sollten.

Die Idee, Streikende aus der Gewerkschaft auszuschließen, war vielleicht die hinterhältigste Drohung von allen. Parallel zu den Versuchen, die Gewerkschaftspolitik zu zentralisieren und an die Wirtschaftspolitik zu ketten, spielt sich nämlich eine Zentralisierung in den Betrieben ein. Diese Tatsache drückt sich wohl am besten in der Gesetzesvorlage aus, in welcher den Arbeitern zugesichert wird, daß ihnen aus einer Gewerkschaftszugehörigkeit keine Nachteile erwachsen. Das war einmal ein Kampfziel der Gewerkschaften, nun ist es ein Herrschaftsmittel der Oligopole, denn vor bewachten und verwalteten Arbeitern sind ihre Profite sicher.

Vauxhall, die englische General Motors Niederlassung, hat im Juni einen Vertrag mit den in der Firma vertretenen Gewerkschaften ausgehandelt, der zum ersten Mal das Prinzip des 'closed shop' anerkennt. Diese Forderung, daß alle Arbeiter einer Firma organisiert sein müssen, daß kein Unorganisierter eingestellt werden dürfe, war stets ein Ziel der Gewerkschaften. In man-

22 Royal Commission on the Trade Unions and Employers Associations (Donovan-Commission), veröffentlicht durch HMSO, London 1966.

chen Betrieben ist es zeitweilig gelungen, wenn die Arbeiter besonders gut organisiert waren, diese Forderung durchzusetzen. Sie war jedoch nie Bestandteil eines offiziellen Abkommens. Das Vauxhall-Beispiel zeigt die Nützlichkeit dieser Maßnahme für das Management: Sie wurde gegen eine zentralistischere Methode der Konfliktbehandlung eingetauscht und bekommt dadurch die Bedeutung, daß 'wilde Streiks' künftig gegen die Gewerkschaft erfolgen. Wenn nun, wie die Forderung der Regierung an den TUC lautete, solche wilden Streiker mit Gewerkschaftsausschluß bestraft würden, hieße das, daß sie in closed shops keine Arbeit mehr finden, weil die Gewerkschafts-Mitgliedskarte dafür Vorbedingung ist.

An diesem Fall wird deutlich, daß Fords Versuch, die Arbeiter mit etwas Lohnzulage aufzukaufen, doch zu plump war. Das entspricht der Entwicklung der letzten Jahre, in der Streiks immer seltener eindeutige Lohnstreiks waren und immer häufiger um Einfluß und Machtfragen gingen. Damit wird jedoch die Rolle der Gewerkschaft immer zweideutiger: Ihr Interesse an einer starken Position gegenüber dem Management verstrickt sie immer tiefer in genau diese bürokratischen Prozeduren, von denen Unternehmer und Regierung zu Recht eine Bändigung der Streiks und eine Beherrschung der Arbeiterklasse erwarten. Die Entfernung von der Betriebsebene, die Entmachtung der direkt agierenden Arbeiter macht die Gewerkschaft objektiv zum Kontrollinstrument zugunsten der Unternehmerprofite.

Auf einem spektakulären Kongreß am 5. Juni 69 lehnten die Gewerkschaften Strafmaßnahmen eindeutig ab, und die Regierung wagte daraufhin keine derartigen Sanktionen mehr. Damit ist die ganze Frage der Strafklauseln und der wesentliche Inhalt des Regierungsentwurfs vorläufig erledigt.

## Die gegenwärtige Situation: einige Beispiele

Der TUC möchte nun beweisen, daß die Gewerkschaften selbst die gewünschte Ruhe herstellen können. Die ersten Beispiele dafür zeigen, daß tatsächlich ein Kompromiß zwischen dem traditionellen Verfahren der betrieblichen Regelung und der von den Oligopolen gewünschten zentralistischen Bändigung erreicht worden ist.

Vor kurzem streikten zehn Toilettenfrauen bei Lucas Autoelectric in Birmingham. Sie forderten gleiche Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen. (Dieses Thema bekommt jetzt allmählich weitere Publizität und kann ein wichtiges Kampfziel der nahen Zukunft werden.) Damit würde den Unternehmern die Möglichkeit verbaut, männliche Arbeiter 'freizusetzen' und durch geringer bezahlte Hausfrauen, möglichst in Halbtagsbeschäftigung ohne Sozialleistungsansprüche zu ersetzen. Die ungereinigten Toiletten wurden für die Belegschaft unbenutzbar. Darauf bot das Management den Arbeitern die Benutzung der Direktionstoiletten an, aber die Arbeiter lehnten ab – sie wollten ihren Kolleginnen nicht in den Rücken pinkeln. Eine Kontrolle durch das Gesundheitsamt führte dazu, daß 2.500 Arbeiter wegen mangelhafter sanitärer Verhältnisse nach Hause geschickt werden mußten. Daraufhin intervenierte der TUC, setzte Lohnverhandlungen an und bewegte die Toilettenfrauen zur Wiederaufnahme der Arbeit. Aber nun weigerte sich Lucas, den 2.500 Arbeitern Lohn für die Ausfallszeit zu zahlen, woraufhin diese sofort bei der Rückkehr zur Arbeit kehrtmachten und insgesamt 6.000 Mann in Streik traten.

Die Berufung des TUC zur Konflikt-Feuerwehr und die Zentralisierung der Verhandlungen heißt eben keineswegs, daß die Unternehmer nun rationaleres Verhalten zeigen. Damit bestehen aber die alten Verhältnisse weiter, daß es ununterbrochen Ansatzpunkte für betriebliche Aktio-

nen gibt und daß es eine Frage der politischen Bewußtheit und agitatorischen Fähigkeit der shop-stewards und informellen Meinungsführer ist, diese Konflikte zu entwickeln und das Bewußtsein der Kollegen daran zu schulen.

Damit soll jedoch nicht der Eindruck erweckt werden, als seien alle Versuche zur Bändigung der Arbeiterklasse erfolglos. Militanz gibt es nur dort, wo es Arbeit gibt und die Unternehmer die Arbeiter brauchen. Das ist jedoch keineswegs überall der Fall. Die sonst so militanten Kesselschmiede in den großen Werften des Upper Clyde ließen sich durch Unkenrufe über die Illiquidität der Firma und die Angst vor Arbeitsplatzverlust so erschrecken, daß sie auf eine gerade durchgesetzte Lohnerhöhung von ein paar Groschen verzichteten, während die Firma von der Regierung einen 10 Millionen Pfund Zuschuß erhält.

Die augenblickliche Lage wird vielleicht am klarsten durch den Disput bei British Leyland gespiegelt. Nachdem ein fünfwöchiger Streik eine Lohnaufbesserung gebracht hatte, den shop-stewards jedoch das Versprechen abgenötigt wurde, bei Produktivitätsverbesserungen zu helfen, weil sonst die Lohnerhöhung nicht zahlbar sei, entstand sofort ein erneuter Streit über die Interpretation des Vertrages. Die shop-stewards betrachteten ihn als für alle Arbeiter gültig, das Management behauptete, sie hätten nur an bestimmte Arbeitergruppen gedacht und die ausgehandelten Lohnsätze als Maxima verstanden. Um einen neuen Streik zu verhindern und um zu beweisen, daß die Gewerkschaften selbst mit so etwas fertig werden, hat sich der Vorsitzende der AEF, Hugh Scanlon, in die Verhandlungen eingeschaltet. Damit könnte man fürchten, daß die ganze Prozedur den betroffenen Arbeitern entgleitet. Diese sind jedoch so wütend darüber, daß sie um die Früchte ihres fünfwöchigen Streiks gebracht werden sollen, daß sie aufmerksam die Verhandlungen verfolgen und mit massiven Aktionsdrohungen als Hintergrund ihren Gewerkschaftsvorsitzenden als Sprecher ihrer eigenen Forderungen haben. In diesem Fall ist auf Grund des Drucks der Belegschaft und ihrer Mobilisierung durch die vorausgegangene Aktion eine Einheit von Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären hergestellt, die den Unternehmern keine Einbruchschancen läßt.

## Die Möglichkeiten einer politischen Entwicklung der gegenwärtigen Situation

Angesichts dieser Bedeutung der betrieblichen Mobilisierung und der Rolle der shop-stewards dabei muß noch ein Wort zur strategischen Orientierung der militanten Arbeiter gesagt werden. Die Position der Gewerkschaftslinken zeigt die Eigenheiten der alten KP-Politik: große Reden von der Kampfkraft der Arbeiterklasse, Warnungen vor der Oligopolisierung des Kapitals, aber platter alter Trade-Unionismus als Gegenmittel: Jeder Groschen mehr Lohn ist ein Schritt zur klassenlosen Gesellschaft.

Vor einigen Jahren wurde das Institute for Worker's Control gegründet. Es bietet einer wachsenden Zahl von shop-stewards ideologische Orientierung und bewegt sich in relativ vagen Vorstellungen von der antikapitalistischen Wendung von Mitbestimmungskonzepten. Es zählt so prominente Wortführer wie den Vorsitzenden des mächtigen AEF (23) zu den seinen, aber eine heute realistische Strategie des Klassenkampfes ist in diesem Kreise noch nicht formuliert worden. Es ist deshalb leider nicht artikuliert genug, um als Gegengewicht gegen die verbreitete revisionistische Betriebspolitik zu wirken, die die wahre Linie des Klassenkampfes nach wie vor aus der unerschöpflichen Weisheit der Partei statt aus dem Bewußtsein der Betroffenen schöpft.

---

23 Aufsatz über Arbeiterkontrolle von H. Scanlon in EXPRESS INTERNATIONAL, Nr. VI/71 vom 2. 5. 1969, ders., EXTRADIENST, 10. 5. 1969.

Allerdings begann auf dem letzten Workers Control Congress kurz vor Ostern dieses Jahres die Diskussion darüber, daß als Antwort auf die internationalisierte Konzernstrategie eine internationale Verständigung, Abstimmung und Aktionseinheit auf den Betriebsebenen (statt der Gewerkschafts-Generalsekretariate) erreicht werden müsse (24). Das ist ein bedeutender Schritt zu einer eigenen und offensiven Strategie der Arbeiterklasse. Aber es sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß solche Überlegungen noch sehr unpolitischen Vorstellungen von betrieblichen Auseinandersetzungen entspringen. Die Erfahrungen aus mehreren Streiks haben davon überzeugt, daß internationale Solidarität und Kooperation der Arbeiter eines Konzerns erforderlich ist, wenn in einzelnen, nationalen Teilen des Konzerns Forderungen durchgesetzt werden sollen. Diese Einsicht ist zwar nichts grundsätzlich Neues, aber zwischen ihrer theoretisch-analytischen Entwicklung und ihrer unmittelbar praktischen Evidenz liegt das weite Feld Entfremdung. Die politische Bedeutung, die darin liegt, daß so wichtige Zusammenhänge zu Bewußtsein kommen, sollte nicht unterschätzt werden. Bisher werden sie in dem Sinne diskutiert, daß Solidaritätsstreiks z. B. in Köln und Genk organisiert werden müßten, wenn bei Ford-Dagenham oder Hailwood gestreikt wird. Der Grundgedanke ist dabei, Produktionsverlagerungen zu verhindern. Eine Verbindung politischer Art, ein Verständnis des betreffenden Konzerns, seiner Produkte, seiner Marktstrategie, des Verhältnisses von Produktivität, Löhnen und Marktpreisen als Ausdruck des kapitalistischen Systems wird in diesen Überlegungen noch nicht vorgenommen. Die Forderungen bleiben doch stets systemimmanent, indem sie ein 'faires Verhältnis' zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten verlangen. Warum Mieten steigen, Wohnungen fehlen, alle Lebensmittel ständig teurer werden, obwohl überall und dauernd die Produktivität steigt (und jeder einzelne Arbeiter es an der ständigen Steigerung des Arbeitstempos und der Rationalisierung der Betriebe sieht) und die Löhne zurückbleiben, sind Fragen, die nicht nur während der beschriebenen Streiks wenig Interesse erregen — auch die internationalistisch gesinnten shopstewards zucken stets mit den Achseln und verweisen darauf, daß das eben so sei im Kapitalismus. Ob dagegen etwas zu machen ist oder ob das unentrinnbar mächtige Realität ist, wird, wenn überhaupt, in England bisher in Streitereien über die Sowjet-Union erörtert: ob das ein

---

24 Das, was gegenwärtig Internationalismus genannt wird, war auf der Brüssler Gründung eines internationalen Gewerkschaftsverbandes unter Ausschluß der kommunistischen Gewerkschaften zu beobachten.


**bookshop** ★

**Kollektiver Buchladen**

**Knesebeckstr. 10** (S-Bahn Lichterfelde-W)
**F U - Nähe** **Tel.: 769 42 73**

Basisgruppen — Arbeitsgruppen

**Spezialitäten:** Sozialpsychologie
Marxismus
Sozialistische Erziehung
Underground-Literatur

verkommener Arbeiterstaat oder ein Staatskapitalismus sei. Vom konkreten heutigen Kapitalismus, von seiner Realität in England und ihrem Ausdruck in den verschiedenen Betrieben, d. h. von den konkreten Möglichkeiten, ihn politisch wirksam, statt nur lohnangleichend zu bekämpfen, ist bisher wenig die Rede.

Die begonnene Internationalismus-Diskussion kann allerdings eine Politisierung und Konkretisierung der Perspektiven sehr begünstigen. In diesem Zusammenhang wächst bei vielen die Neugierde und Kommunikationsbereitschaft mit Kollegen in anderen Ländern. Bisher besteht dieses Interesse nur bei einzelnen, aber ihre Zahl ist schon beträchtlich. Entsprechende Kontakte könnten diese interessierten einzelnen jedoch leicht zu Mittlern und Agitationszentren werden lassen.

Die in Deutschland entwickelten Basisgruppen und der Plan, daß die analytische Arbeit in der wissenschaftlichen Produktionssphäre und die agitatorische und organisatorische Arbeit auf der Betriebs- und lokalen Ebene ineinandergreifen sollen, sind realistische Ausgangspunkte für die erforderliche Internationalisierung. Es fehlt bisher an adäquaten Basisgruppen in England, und die Möglichkeiten im Wissenschaftssektor werden bisher nicht organisiert genutzt. Arbeiter und Vertrauensleute, die in deutschen Basisgruppen mitarbeiten, sollten mit ihren englischen Kollegen in den entsprechenden Industriezweigen in Kontakt treten. Das wäre bereits ein wichtiger Beginn und ein Stimulans für die bisher zersplitterte und strategielose englische Linke.

Die ersten Versuche, konkrete Agitation unter Arbeitern zu machen, das vorher erwähnte Straßentheater von Agitprop und Cinema Action können wichtige Katalysatorenrollen zur Unterstützung und Ausbreitung der internationalen Kontakte spielen und dabei für ihre eigene Arbeit sehr profitieren. Cinema Action zieht seit ein paar Monaten mit Filmprojektoren zu möglichst vielen Streikversammlungen, örtlichen Gewerkschaftsgruppen und den zersplitterten linken Grüppchen und führt Filmreportagen über die große französische Revolte, über einzelne englische Streiks, über die Klassenkämpfe in Nord-Irland und den USA vor. Außerdem haben sie jetzt damit begonnen, kurze provokatorische Filmstreifen mit den Schwerpunkten solcher Probleme wie z. B. der beschriebenen Anti-Streik-Gesetzgebung zu produzieren, die sich vorzüglich als Diskussionsanreize eignen. In diesen Wanderagitationen läßt sich einerseits sehr viel Information über die Situation auch in anderen Ländern vermitteln, und im Vergleich mit England lassen sich entsprechende politische Schlußfolgerungen ziehen. Andererseits könnten diese Gruppen wie Cinema Action wegen ihrer Beweglichkeit die Koordination verschiedener örtlicher und betrieblicher Gruppen und ihrer Verbindung mit Basisgruppen in anderen Ländern vermitteln. Künftige Basisgruppenkonferenzen sollten solche Koordinationsaufgaben in ihre Themen aufnehmen und die noch sehr privaten und zufälligen Kontakte stabilisieren und systematisieren.

Die englischen Versuche, die Arbeiterklasse bürokratisch zu formieren und in die monopolistische Planung zu integrieren, sind ein verspätetes Angleichen an eine auf dem Kontinent schon seit Jahren stattfindende Entwicklung. Der Kampf dagegen muß deshalb international geführt werden. Ein Beginn durch informelle Kontakte zwischen shop-stewards aus derselben Industrie oder sogar demselben Konzern, möglichst im Rahmen schon arbeitender Basisgruppen, bietet sich nicht nur an – er ist dringend erforderlich.

Die bisherige Abwehr der Arbeiter ist noch kaum eine nationale. Das Kapital ist – wie schon immer – längst weiter – international. Die Basisgruppen müssen das in ihre Arbeit einbeziehen und die Vermittlung zwischen dem Bewußtseinsstand der Arbeiter und der faktischen Entwicklung des Kapitals schaffen.

Peter Hess

# Kapitalistisches Wachstum zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht

Der Aufsatz von Peter Hess wurde erstmalig im Mai dieses Jahres in WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 5/1969, Verlag Die Wirtschaft, Berlin (DDR), abgedruckt.

Wenn es auf irgendeinem Gebiet in den kapitalistischen Ländern wahrhaft erstaunliche Wachstumsraten gibt, dann zweifellos in der Produktion von Literatur über das ökonomische Wachstum. Zu den Ursachen für das anhaltende und steigende Interesse der bürgerlichen Ökonomie an dieser Problematik hat Maurischat eine Reihe wichtiger Ursachen genannt.(1) Vielleicht wäre es dabei richtig, die ideologisch-apologetische Funktion der bürgerlichen Wachstumstheorie noch etwas stärker zu betonen. Die bürgerliche Ökonomie geht von der prinzipiellen M ö g l i c h k e i t eines gleichgewichtigen, stetigen, stabilen und raschen Wachstums der Produktion aus, d.h. von der grundsätzlichen W i d e r s p r u c h s f r e i h e i t der ökonomischen Entwicklung im gegenwärtigen Kapitalismus. Fluktuationen und Krisen werden als "vermeidbare Störungen des Wachstums" betrachtet(2), brachliegende Wachstumsfaktoren und Unterschiede zwischen tatsächlichem und "befriedigendem" bzw. "natürlichem" Wachstum als unausgenutzte M ö g l i c h k e i t e n , die durch das richtige Verhalten der einzelnen, der Unternehmen und des Staates realisiert werden können. Welche Richtung auch immer, das sich für die bürgerliche Ökonomie stellende Scheinproblem besteht darin, ein dynamisches Gleichgewicht zwischen Investitionen und "Sparen" zu sichern, den Kapazitätseffekt und den Einkommenseffekt der Investitionen in Übereinstimmung zu bringen, eine optimale Kombination der "Produktionsfaktoren" zu finden usw. Weitgehend ausgeschaltet aus den sogenannten makroökonomischen theoretischen Überlegungen sind die Beziehungen zwischen der Produktion von Gütern und dem Z i e l , dem die gesellschaftliche Produktion untergeordnet ist. Fast alle Wachstumsmodelle fußen auf der nicht weiter erörterten Voraussetzung, daß das makroökonomische Ziel der Produktion die Bedarfsdeckung, die "Maximierung einer gesellschaftlichen Wohlfahrtsfunktion" sei.

Die marxistische Kapitalismusforschung nimmt sich gleichfalls mehr und mehr der Wachstumsproblematik an. Der in diesem Beitrag gewählte theoretische Ausgangspunkt ist der folgende: Die Geschichte der Menschheit ist der widerspruchsvolle Verlauf des Wachsens ihrer Herrschaft über die Natur durch die Entwicklung ihrer Produktivkraft. In der Auseinandersetzung mit der Natur verändert der Mensch diese selbst, seine eigene Natur und die gesellschaftlichen Beziehungen, die er notwendig in der Produktion und Reproduktion seines Lebens eingeht. Das objektive, aber erst auf einer relativ hohen Entwicklungsstufe der Menschheit erkannte Ziel des Prozesses ist, die Arbeit (Produktion) zu dem zu machen, wozu sie von Natur aus bestimmt ist, eine menschliche Funktion, freie bewußte Tätigkeit zu sein; "denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen".(3)

1 Vgl. G. Maurischat: "Die Bedeutung des Wachstumsproblems für den heutigen Imperialismus", WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 1/1969, S. 14 ff.

2 Vgl. G. Bombach: "Von der Neoklassik zur modernen Wachstums- und Verteilungstheorie", SCHWEIZERISCHE ZEITSCHRIFT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND STATISTIK, 1964, S. 410.

3 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 596.

Grundlage dieses Prozesses ist die "Schöpfung von viel disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit für die Gesellschaft überhaupt und jedes Glied derselben (d.h. Raum für die Entwicklung der vollen Produktivkräfte der einzelnen, daher auch der Gesellschaft). . .".(4)

Dieser Prozeß wird hier als Wachstum im allgemeinen bezeichnet, und das ist selbstverständlich eine (wenn auch legitime) Abstraktion. Die Form des so verstandenen Wachstums im Kapitalismus, eines historisch notwendigen Durchgangsstadiums in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, ist das durch den Profitmechanismus vermittelte Wachstum des Kapitals. Dieses schließt ein Akkumulation und Konzentration, Produktion auf wachsender Stufenleiter, Vertiefung der Arbeitsteilung und Ausdehnung der Macht des Kapitals, Prozesse, die im Monopol und, auf einer höheren Stufe, im staatsmonopolistischen Kapitalismus kulminieren. Das Wachstum des Kapitals führt also von einem Stadium, in dem dieses System der Entwicklung der Produktivkräfte adäquat ist, zu einem Stadium, das Lenin tiefgründig parasitärer und sterbender Kapitalismus nannte, das von einer höheren Stufe der gesellschaftlichen Rationalität, dem Sozialismus, notwendig abgelöst wird.(5) Es geht daraus hervor, daß es sich bei der Wachstumsproblematik nicht um eine einseitig quantitative Fragestellung handelt, sondern um die wechselnden gesellschaftlichen Bedingungen, Voraussetzungen, Faktoren, Formen usw., unter denen der kapitalistische Akkumulationsprozeß vor sich geht.(6) Es geht uns um das Wachstum des Kapitalverhältnisses, des Systems der gesellschaftlichen Produktion unter den Bedingungen des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, um die weitere Klärung der theoretischen Grundlagen der Profitproduktion auf ihrer heutigen Entwicklungsstufe. Die Frage nach dem ökonomischen Gleichgewicht im Kapitalismus ist dabei ein Kernproblem. Seine Klärung vom marxistischen Standpunkt trägt bei – im diametralen Gegensatz zur schematischen Gegenüberstellung "systemunabhängiger" volkswirtschaftlicher Größen in der bürgerlichen Ökonomie – zur Aufhellung der Entwicklungsbedingungen und Perspektiven des staatsmonopolistischen Systems, zum Verständnis seiner teils neuartigen tiefgreifenden gesellschaftlichen Konflikte und damit der heutigen Kampfbedingungen der Arbeiterklasse und aller antimonopolistischen Kräfte zur Überwindung des Kapitalismus.

## Kapitalistisches und gesellschaftliches Gleichgewicht

Die Regelung der Produktion durch die disponible Arbeitszeit ist ein allgemeines Gesetz aller Produktionsweisen. Da die Grundlage jeder Gesellschaft die produktive Arbeit ist, diese ihre Vollendung erst in der Konsumtion findet, Produktion und Konsumtion eine bestimmte Verteilung von Produktionsmitteln und dementsprechend der Produkte voraussetzt, und in der arbeitsteiligen Gesellschaft die Tätigkeiten über die Produkte ausgetauscht werden müssen, bilden Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion Glieder einer Totalität (Marx), deren Einheit (im Sinne der zusammengehörigen Übereinstimmung von Phasen des Reproduktionspro-

4 Ebenda, S. 595.

5 Ausführlicher wurde dieser Standpunkt an anderer Stelle begründet (vgl. P. Hess: "Ziel und Rationalität des Wirtschaftswachstums im Kapitalismus sowie der Mechanismus ihrer Durchsetzung", in: ZIELE, FAKTOREN, RATIONALITÄT DES ÖKONOMISCHEN WACHSTUMS, Akademie-Verlag, Berlin 1968, S. 37 ff.).

6 Es scheint, daß Maurischat gelegentlich eine solche quantitative Fragestellung im Auge hat, nämlich wenn er Wachstum als eine spezielle Bewegungsform des Kapitals der Stagnation und den Krisen, als dem Kapital wesenseigenen Bewegungsformen gegenüberstellt (vgl. a.a.O., S. 23).

zesses) in der Entwicklung eben Gleichgewicht bedeutet.(7) Diese Einheit existiert und entwickelt sich aber niemals allgemein, sie bewegt sich im Rahmen bestimmter Produktionsverhältnisse, ist dementsprechend bestimmten objektiv gesetzten und subjektiv angestrebten Zielen der Produktion untergeordnet.

In einer Gesellschaft kapitalistischer Warenproduktion kann die Verteilung der Arbeit letztlich nur durch den Profit bestimmt werden. Das Kapital erfordert eine solche Übereinstimmung von Produktion, Distribution, Zirkulation und Konsumtion, die seinen Verwertungsprozeß sichert.

Der Profit als unmittelbarer Zweck und treibendes Motiv der kapitalistischen Produktion setzt die dem Kapital gemäße Proportionalität, das kapitalistische volkswirtschaftliche Gleichgewicht – bei mehr oder minder großer und in verschiedenen Formen sich äußernder Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit – durch. Die sich in der Zeit verändernden Bedingungen, die die Kapitalverwertung sichern, sind die spezifischen Gleichgewichtsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft.

Ein derartiges Gleichgewicht, das in allen Phasen der kapitalistischen Entwicklung beständig zerstört und wiederhergestellt wird, sagt natürlich nichts darüber aus, ob die Produktivkräfte voll genutzt werden und ob sie so genutzt werden, daß die konsumtiven Bedürfnisse der Menschen optimal befriedigt werden, geschweige denn, die volle Entfaltung der physischen und der geistigen Möglichkeiten der Menschen gestatten. Die wesentliche Frage im Zusammenhang mit der Gleichgewichtsproblematik ist aber, daß und warum die kapitalistische Ökonomie zunehmend zum Hemmnis für die volle Entfaltung der Produktivkräfte wird, daß und warum der Kapitalismus, indem er tendenziell den Verwertungsprozeß, also das kapitalistische Gleichgewicht, sichert, das gesellschaftliche Gleichgewicht mehr und mehr zerstört. Das ist das Gleichgewichtsproblem vom Standpunkt der historischen Stellung des kapitalistischen Systems und seiner Überwindung, ein anderer Aspekt derselben Fragestellung.

Für den heutigen Kapitalismus ist die Vorherrschaft der kapitalistischen Großproduktion, die ungeheure Konzentration von Produktion und Kapital in wenigen Riesenunternehmen, kennzeichnend. Die erforderlichen Kapitalvorschüsse für profitable Neuinvestitionen haben gewaltige Dimensionen angenommen, der Beitrag des einzelnen Kapitals zur Produktion einer bestimmten Warenart ist nicht nur groß, sondern in manchen Branchen ausschlaggebend. Wegen der sogenannten "Unteilbarkeit der Produktionsfaktoren" übt eine neue Produktionsstätte mit Notwendigkeit eine gewaltige Wirkung auf den Markt aus, der Untergang eines Großunternehmens könnte wiederum zu katastrophalen Erschütterungen des ökonomischen Systems des Kapitalismus führen. Das Eindringen neuer selbständiger Kapitale in die monopolisierten Branchen ist außerordentlich erschwert, wenn nicht gar ausgeschlossen. Die Einführung technischer Verbesserungen verlangt große Kapitalaufwendungen, insbesondere auch für Forschung und Entwicklung. Die benötigte Bildung der Arbeiter, Techniker, Ingenieure wird zu einem entscheidenden Faktor für die Anwendung der Produktivkräfte; es wächst die erforderliche Schicht höher Gebildeter für die Leitung riesiger Produktionskomplexe. Unter diesen Bedingungen kann sich das Wachstum des Kapitals nicht mehr auf der Grundlage der gleichmäßigen Verteilung des Profits

---

7 Marx hat wiederholt hervorgehoben, daß die Krisen, "die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen" (K. Marx/F. Engels: WERKE, Bd. 25, Dietz Verlag, Berlin 1964, S. 259) nichts anderes sind "als die gewaltsame Geltendmachung der Einheit von Phasen des Reproduktionsprozesses, die sich gegeneinander verselbständigt haben", ebenda, Bd. 26.2, Berlin 1967, S. 510; Hervorhebungen – P.H.).

entsprechend dem Umfang des vorgeschossenen Kapitals vollziehen. Es verändern sich die Bedingungen, die die Verwertung des Kapitals sichern und damit die Gleichgewichtsbedingungen des kapitalistischen Wachstums.

Die neuen Maßstäbe der Produktion sichern in einem bestimmten Maße die "großen und fertig eingerichteten Kapitale" vor der Konkurrenz seitens neu entstehender Kapitale, verlangen aber auch, daß sowohl das gewaltige angehäufte Kapital gegen plötzliche Entwertungen geschützt und daß der jetzt notwendige große Kapitalvorschuß zur Erweiterung des Geschäfts sich unbedingt als Kapital bewährt, d.h. Profit über den bisher hinaus realisierten produziert. Das verlangt seinerseits eine gewisse Sicherheit des Marktes für zusätzliche bzw. neuartige Produktion, eine gewisse Sicherheit bezüglich der physischen Struktur und der Kosten der benötigten Produktionsmittel, eine gewisse Sicherheit für die zu treffenden mehr oder weniger langfristigen Dispositionen im Arbeitsprozeß, in der wissenschaftlichen Vorbereitung der Produktion, eine gewisse Sicherheit auch, daß die allgemeinen Bedingungen der Produktion im notwendigen Umfang und in der notwendigen Struktur zur Verfügung stehen.

## Der tendenzielle Fall der Profitrate bleibt Gesetz

Kern der widerspruchsvollen Beziehungen zwischen dem Profitziel und dem gleichgewichtigen Wachstum als objektiv notwendigem und subjektiv angestrebtem Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels ist aber, daß das Streben nach sicherer und höherer Verwertung zum tendenziellen Fall der Profitrate führt. Dieses Gesetz wird in letzter Zeit gelegentlich auch von einigen marxistischen Autoren bestritten. Die marxistische Theorie aber weist den Zwang zum Wachstum im Kapitalismus gerade aus dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate nach. Beide Prozesse widersprechen sich nicht nur nicht, sondern der tendenzielle Fall der Profitrate wird im Wachsen der Produktivkräfte in ihrer kapitalistischen Form ebenso reflektiert wie das Wachstum des Kapitals im tendenziellen Fall der Profitrate. Die Tendenz der Profitrate zum Sinken ist zunächst nur der kapitalistische Ausdruck dafür, daß die Arbeitskraft, die allein Wert und Mehrwert schafft, die Steigerung von Wert- und Mehrwertproduktion gerade dadurch bewerkstelligt, daß sie wachsende Mengen vergangener Arbeit anwendet.

Nun ist natürlich klar, daß der Wert der so angewendeten vergangenen Arbeit (das konstante Kapital) nicht gleichmäßig mit ihrem physischen Umfang wächst, und es zeugt von frappierender Unkenntnis seitens der bürgerlichen Ökonomen, daß sie Marx diese Annahme unterstellen. Im Gegenteil, bevor Marx überhaupt das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate entwickelte, bewies er den von der heutigen bürgerlichen Ökonomie nur dunkel geahnten, in seiner theoretischen Bedeutung nicht begriffenen Satz, daß zwischen dem Wert der Produktionsmittel und dem Mehrwert kein unmittelbares Verhältnis besteht.(8) Die Produktionsmittel können billig oder teuer sein, das ist für die Produktion von Mehrwert gleichgültig, wenn sie nur im technisch erforderlichen Umfang vorhanden sind, wenn Rohstoff oder Arbeitsmittel "nur den erheischten Gebrauchswert besitzt und in der technisch vorgeschriebenen Proportion zu der zu absorbierenden lebendigen Arbeit vorhanden ist."(9)

Es war Marx, der bewies, daß die Kosten zur Aneignung eines bestimmten Quantums Mehrarbeit sinken. Sinken sie aber so weit, um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate aufzuheben ? Nach den Vorstellungen der bürgerlichen Ökonomen kompensierte der technische Fortschritt

8 Vgl. ebenda, Bd. 25, S. 56.

9 Ebenda.

die Kapitalsubstitution, damit sei alles bewiesen. Gegenüber den von Marx entwickelten "entgegenwirkenden Faktoren" ist das allerdings armselig und übrigens von Marx bereits vor hundert Jahren wissenschaftlich dargestellt.

> ". . . mit der wachsenden Produktivität der Arbeit (steigt) nicht nur der Umfang der von ihr vernutzten Produktionsmittel . . ., sondern (sinkt) deren Wert, verglichen mit ihrem Umfang . . . Das Wachstum der Differenz zwischen konstantem und variablem Kapital ist daher viel kleiner als das der Differenz zwischen der Masse der Produktionsmittel, worin das konstante, und der Masse Arbeitskraft, worin das variable Kapital umgesetzt wird."(10)

Die Vorstellung, daß der technische Fortschritt die sogenannte Kapitalsubstitution kompensieren und überkompensieren könnte, läßt eine ganze Reihe von an sich auf der Hand liegenden Prozessen außer acht. Erstens kann sich technischer Fortschritt real nur durch neue Kapitalaufwendungen in Maschinen und Anlagen darstellen und durchsetzen, ob in dem Zweig, in dem er stattfindet, oder in einem anderen Zweig – das ist vom gesellschaftlichen Standpunkt gleichgültig. Zweitens werden größere Massen von (vielleicht je Einheit billigerem) Rohstoff verarbeitet. Drittens wächst der Konsumtionsfonds (steigendes variables Kapital), wenn auch langsamer als der Profit; bei der Berechnung der Profitrate muß aber das gesamte vorgeschossene Kapital in Rechnung gestellt werden, nicht nur der konstante oder gar nur der fixe Teil. Viertens verwandelt sich die Produktion zunehmend in technologische Anwendung der Wissenschaft, und diese und die dazugehörige höhere Bildung der Produzenten fallen bekanntlich nicht vom Himmel, sondern verlangen gewaltige und steigende Aufwendungen. Fünftens schließlich nehmen die "allgemeinen Bedingungen der Produktion", das was heute gemeinhin Infrastruktur genannt wird, gewaltige Ausmaße an und verlangen riesige Aufwendungen.

Man wird bemerken, daß die Dinge hier aus g e s e l l s c h a f t l i c h e r Sicht betrachtet werden, nicht aus der Sicht des Einzelkapitals. Wer die Kapitalvorschüsse tätigt, ist daher zunächst gleichgültig, wird aber in anderem noch zu behandelndem Zusammenhang von allergrößter Wichtigkeit. Unter den heutigen Bedingungen kann man Erwägungen über die Tendenz der Profitrate nicht an Hand des Einzelkapitals vornehmen. Marx hat diese Tendenz als für das Gesamtkapital gültig verstanden, als ein Gesetz der k a p i t a l i s t i s c h e n P r o d u k t i o n s w e i s e analysiert, aber auch an Hand des Einzelkapitals illustriert. Letzteres würde unter den heutigen Bedingungen allerdings zu Fehlschlüssen führen.

Daß sich sinkende Profitraten und Wachstum des Kapitals nicht ausschließen, will nicht heißen, daß sich beide nicht feindlich gegenüberstehen. Die Schwierigkeiten der Kapitalverwertung nehmen in der Tat zu und damit – vom gesellschaftlichen Standpunkt – die des Wachstums. Dies ist nicht im Sinne eines quantitativen Mangels an Akkumulationsmitteln zu verstehen, sondern so, daß die Bedingungen für die Verwandlung von Profit in Kapital schwieriger werden. Beim Vergleich großer und kleiner Kapitale wird der Fall der Profitrate durch die Profitmasse (und andere Bedingungen der Expansionskraft des Kapitals, abgesehen von der Profitrate) kompensiert; bei der Betrachtung des Einzelkapitals oder beim Vergleich ähnlich großer Kapitale wird die Profitrate wieder entscheidend. Insbesondere gilt dies aber für das gesellschaftliche Gesamtkapital. Es gibt aber nur zwei Wege, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken: die Erhöhung des Mehrwerts und die Verminderung des Werts des konstanten Kapitals. Ersteres setzt aber nicht nur Steigerung der Produktivität der Arbeit, also neue Kapitalanlagen voraus. Der Steigerung der Mehrwertrate wird auch durch den Kampf der Arbeiterklasse, durch die Erhöhung des Wertes der Arbeitskraft – daher wachsende Anlagen für variables Kapital – begünstigt durch den wachsenden Einfluß des sozialistischen Weltsystems, entgegengewirkt. Letzteres – das uns in diesem Beitrag besonders interessiert – schließt die Entwertung des vorhandenen Kapitals ein, während die kapitalistische Produktion gerade auf seine Erhaltung und Vermehrung abzielt.

10 Ebenda, Bd. 23, Berlin 1962, S. 652.

## Die Entwertungsproblematik aus heutiger Sicht(11)

Kapitalentwertung ist einerseits nichts anderes als der kapitalistische Ausdruck für den technischen Fortschritt, andererseits entspringt sie auch direkt der kapitalistischen Form der Produktion selbst, die sich nur disproportional und sprunghaft entwickeln kann. Diese Tendenz wird durch die Untergrabung des sich selbst regulierenden Preis- und Profitmechanismus eher verstärkt als abgeschwächt. Der Zwang zur Kapitalverwertung, über die allein die erweiterte Reproduktion möglich ist, und die gerade dadurch herbeigeführte Entwertung des Kapitals stehen im Widerspruch zueinander. Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz waren — vom laufenden und kurzfristigen Standpunkt aus — die kapitalvernichtende Wirkung des spontanen Preis- und Profitmechanismus und — in längeren Abständen — insbesondere die Krisen wichtigste Äußerungs- und Lösungsformen dieses Widerspruchs. Vom Standpunkt der langfristigen, historischen Entwicklung des Kapitals leistet sein Konzentrations- und Zentralisationsprozeß und auf dieser Basis der sich fortwährend entwickelnde private und staatliche Monopolisierungsprozeß den gleichen Dienst.

Der gerade durch den tendenziellen Fall der Profitrate herbeigeführte Zwang zur beschleunigten Akkumulation sowie Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital, führt auf der Grundlage der allgemeinen Spontaneität dieses Systems notwendig zur periodischen Überakkumulation, die eine reale Entwertung des gesellschaftlichen Kapitals insofern bedeutet, als ein Teil dessen sich nicht bzw. das Gesamtkapital sich nur zu einer niedrigeren Rate verwerten kann. Entwertung ist begrifflich nur die Unfähigkeit zur Verwertung, was auch immer die Ursachen sein mögen. Unter den Bedingungen der freien Konkurrenz stellte sich die Sache so dar, daß in der Krise ein Teil des Kapitals ganz oder teilweise brachlag und der andere sich zu niedrigerer Rate verwertete.(12)

Wie Marx in diesem Zusammenhang betonte, muß eine Brachlegung von Kapital auf alle Fälle stattfinden. Insbesondere findet eine Vernichtung von Kapitalwerten statt (Entwertung des fiktiven Kapitals, Fall der Preise, Entwertung der Elemente des fixen Kapitals), die Krise war unvermeidlich, indem sie eben durch Vernichtung und Entwertung des Kapitals, durch seine zeitweilige Brachlegung einschließlich eines Teils der Arbeiter die Bedingungen für erneute Verwertung und damit für die weitere Entwicklung von Produktivkräften und Produktion schuf. Die Krise war wesentlich der Mechanismus zur Vernichtung von überschüssigem, auch veraltetem Kapital. Die Wirkung des spontanen Preis-Profit-Mechanismus und die Krise waren der entscheidende Mechanismus, der das der ganzen kapitalistischen Produktionsweise zugrunde liegende Gleichgewicht zwischen der Entwicklung der Produktion und der Verwertung des Kapitals periodisch und zeitweilig wieder herstellte und den technischen Fortschritt durchsetzte.

Diese Wiederherstellung des kapitalistischen Gleichgewichts vollzieht sich aber auf einer stets wachsenden Stufenleiter der kapitalistischen Vergesellschaftung. Sicherung der Existenz (gleich Verwertungsbedingungen) des monopolistischen Kapitals bedeutet in erster Linie, der Tendenz der abnehmenden Profitrate einerseits und der durch die Entwicklung der Produktivkräfte selbst erzeugten und in den periodischen Überproduktionskrisen sich gewaltsam durchsetzenden Entwertung des Kapitals andererseits entgegenzuwirken. Das ist überhaupt der wesentliche ökonomische Sinn des Monopols. Gesellschaftlich betrachtet ist das allerdings ein Widerspruch in sich, denn die Kapitalentwertung ist das Hauptmittel zur Aufhaltung des Falls der Profitrate, die

11 Vgl. auch P. Boccara: "Capitalisme monopoliste d'état, accumulation du capital et financement public de la production", ECONOMIE ET POLITIQUE, Heft 143 - 144, S. 23 ff.

12 Vgl. K. Marx/F. Engels, a.a.O., Bd. 25, S. 262.

gleichzeitige Bekämpfung beider Tendenzen scheint daher unmöglich zu sein. In der Tat, für die Gesellschaft entspricht der Schein der Wirklichkeit, für das monopolistische Einzelkapital kann es aber anders sein und ist es anders.

Die Lösung ist im Prinzip nur möglich, indem Einzelkapital sich auf Kosten des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und Einkommens Profit durch Umverteilung aneignen. An und für sich ist es nichts Neues, daß Einzelkapitale sich in der Konkurrenz Vorteile auf Kosten anderer Kapitale und nichtkapitalistischer Produzenten verschaffen. Der so erzeugte Extraprofit bedeutet seinem Wesen nach einen Umverteilungsprozeß. Marx ist an vielen Stellen seines Werkes auf die Möglichkeiten, Formen und Bedingungen der Erzielung von Extraprofit eingegangen. Der Extraprofit ist einerseits auf zufällige Marktvorgänge, die der Konkurrenz entspringen, beispielsweise auf die Übervorteilung des einen Kapitalisten durch einen anderen, zurückzuführen, andererseits aber und hauptsächlich auf die durch diesen oder jenen Umstand existierende höhere Produktivität des einen Kapitals gegenüber dem anderen, die Möglichkeit mit relativ weniger lebendiger und vergegenständlichter Arbeit, geringerem Kostpreis also als im Durchschnitt, zu produzieren. Diese Möglichkeit ist, wie Marx hervorhebt, entweder durch die ausnahmsweise große Kapitalmasse, die in einer Hand konzentriert werden konnte, oder durch exzeptionelle Produktionsbedingungen anderer Art — neue Produktionsmittel und Produktionsmethoden — bedingt.(13) Dieser Extraprofit war unter den Bedingungen des vormonopolistischen Kapitalismus, unter denen nicht nur die gegenseitigen Übervorteilungen der Kapitale sich ausglichen, sondern auch jedem Kapital die Bedingungen der Produktivitätsvorteile des besonderen Kapitals über kurz oder lang zur Verfügung standen und von ihnen ausgebeutet werden konnten, eine immer wieder entstehende und i m m e r w i e d e r v e r s c h w i n d e n d e Erscheinung. Die Konkurrenz beseitigte über kurz oder lang alle Extraprofite und stellte die allgemeine Profitrate auf neuem Niveau wieder her.

Marx ging in diesem Zusammenhang auf eine für die hier behandelte Fragestellung ungeheuer wichtige Ausnahme ein. Es handelt sich um das berühmte Beispiel mit dem Wasserfall, das einleitend zur Theorie der Differentialrente, die ja nichts anderes als fixierter Extraprofit ist, untersucht wird.

Dieser Wasserfall stellt in dem Marxschen Beispiel eine monopolisierbare Naturkraft dar, die nicht gleichermaßen allen Kapitalen in der betreffenden Produktionssphäre zur Verfügung steht, sondern nur denen, "die über besondere Stücke des Erdbodens und seine Appartenentien zu verfügen haben."(14)

Extraprofite, die Marktzufälligkeiten oder Produktivitätsvorteilen allgemeiner Art entspringen, entstehen nur innerhalb der fraglichen Produktionssphären, sie verschaffen dem Kapital einer bestimmten Produktionsrichtung einen Extraprofit gegenüber den Kapitalen der gleichen Produktionsrichtung. Das Monopol, das nicht mehr eine nur "ausnahmsweise große Kapitalmasse" darstellt, fixiert die gewonnenen Produktivitätsvorteile im Monopolprofit (von anderen Quellen des Monopolprofits wird hier abgesehen). Die erste Wirkung des Monopols ist es, den in seiner Produktionssphäre gewonnenen Profit zu seinen Gunsten d a u e r h a f t u m z u v e r t e i l e n. Die Macht des Monopols gestattet es auch, über seine Produktionssphäre hinaus Mehrwertbestandteile an sich zu ziehen, die im vormonopolistischen Kapitalismus sich immer wieder ausgleichende g e g e n s e i t i g e Übervorteilung der Kapitalisten, zu einem einseitigen und dau-

---

13 Vgl. ebenda, S. 655.

14 Ebenda, S. 658.

erhaften Prozeß gegenüber nichtmonopolisierten Kapitalisten anderer Produktionssphären sowie nichtkapitalistischen Produzenten zu gestalten.

Das Beispiel des Wasserfalls besagt aber noch etwas anderes. Hier wird ein Teil des gesellschaftlichen Profits der gesamten Kapitalistenklasse durch die Eigentümer der Naturkraft entzogen, indem diese die besonderen Kapitalisten, hier die Agrarkapitalisten, zwingen, die in ihrem Produktionsprozeß wirkende Naturkraft, die an und für sich nichts kostet, zu bezahlen. Wären diese Kapitalisten selbst Eigentümer der Naturkraft, dann wäre der erzeugte Extraprofit bei ihnen dauerhaft fixiert, sie könnten sich auf Kosten der übrigen Kapitalisten einen dauerhaften Extraprofit aneignen, weil Elemente der von ihnen eingesetzten vergegenständlichten und lebendigen Arbeit nicht bezahlt zu werden brauchten bzw. weil sie in der Lage wären, vergegenständlichte und lebendige Arbeit nicht nur vorübergehend, sondern dauerhaft zu sparen.

Das wesentliche am Marxschen Beispiel ist, daß hier eine produktivitätssteigernde Kraft monopolisiert wird, die nur deswegen von den spezifischen kapitalistischen Produzenten bezahlt werden muß, weil andere (die Grundeigentümer) über diese Kraft verfügen. Marx wählte deswegen das Beispiel der Naturkraft, um einerseits das Entstehen der kapitalistischen Grundrente zu erklären, andererseits aber, weil unter vormonopolistischen Bedingungen eine herstellbare Kraft gegenüber anderen Kapitalisten nicht monopolisierbar war. Gibt es aber nicht unter monopolistischen Bedingungen produktive Kräfte, die anders als Naturkräfte zwar Arbeitsaufwand erheischen aber monopolisiert sind und dem Monopolkapital unentgeltlich, d.h., wie eine monopolisierte Naturkraft, folglich auf Kosten der übrigen Mitglieder der Gesellschaft, zur Verfügung stehen ?

Wie in der marxistischen Literatur in den letzten Jahren ausführlich dargelegt wurde, stellt der heutige Kapitalismus, der staatsmonopolistische Kapitalismus, eine höhere Stufe der Monopolisierung der ökonomischen und der allgemein gesellschaftlichen Beziehungen dar, die durch den Zusammenschluß von Privatmonopolen und Staat, die Verwandlung des Staates in eine ökonomische Potenz verwirklicht wird. Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen System zur Bewältigung der Anforderungen der Produktivkräfte unter den Bedingungen des kapitalistischen Eigentums an den Produktionsmitteln, zur Bewältigung der von den Monopolen erzeugten ökonomischen und politischen Widersprüche, die gegenwärtig immer mehr im Widerspruch zwischen dem sich entwickelnden sozialistischen Weltsystem und dem überlebten kapitalistischen System kulminieren, das ist das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Der Staat, das politische Machtinstrument der herrschenden Klasse, muß notwendig mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mittel der staatlichen Gewalt in die gesellschaftlichen Prozesse eingreifen, um von hier aus die Bedingungen der Profitproduktion und das weitere Funktionieren des längst für seine Ablösung reifen kapitalistischen Systems zu sichern.

Der Staat, dessen ökonomische Hauptfunktion im heutigen Kapitalismus eben darin besteht, die Anforderungen der Produktivkräfte, d.h. den technischen Fortschritt, mit den Erfordernissen der Kapitalverwertung in Übereinstimmung zu bringen, erwirkt die Monopolisierung produktiver Kräfte und stellt sie dem Monopolkapital zur Verfügung, indem er in wachsendem Maße Kapital mobilisiert und anwendet, ohne es unmittelbar, als Kapitalanwender, zu verwerten, d.h. so, daß die Verwertung, der Profit, sich bei den Monopolisten realisiert.(15) Die Kapitalentwertung findet in so starkem Maße auf gesellschaftlicher Ebene statt, und zwar – worauf noch eingegangen wird – sowohl die Entwertung, die nur kapitalistischer Ausdruck des technischen Fort-

15 Die theoretische Bedeutung der Tatsache, daß der Staat als Kapitalanwender dieses Kapital nicht verwertet, hat zuerst Zieschang hervorgehoben (vgl. zuletzt in KONJUNKTUR UND KRISE, Heft 4/1966, S. 276.

schritts ist, als auch die, die aus der kapitalistischen Form der Produktion selbst entspringt, echte Vergeudung gesellschaftlicher Arbeit darstellt. Das ist im Grundsatz die Bedingung eines volkswirtschaftlichen Gleichgewichts, das den heutigen Bedingungen der Kapitalverwertung entspricht und das kapitalistische Wachstum gewährleistet. Es handelt sich dabei natürlich immer nur um die abstrakten Bedingungen eines kapitalistischen Gleichgewichts, nicht um ein reales Gleichgewicht, das der Kapitalismus stets nur vorübergehend herzustellen vermag. Die wesentlichsten Ansatzpunkte zur Erfüllung dieser Aufgabe seitens des Staates sind offenbar die Hauptkomponenten des technischen Fortschritts – Wissenschaft, Bildung und strukturelle Wandlungen. Hier werden sie nur vom Standpunkt der in diesem Beitrag untersuchten speziellen Fragestellung betrachtet.

## Wissenschaft, Bildung und Strukturwandel und ihr Zusammenhang mit der Entwertungsproblematik

Die quantitativ und qualitativ ungeheuer gewachsene Rolle der Wissenschaft ist ein wesentliches Charakteristikum der kapitalistischen Produktion auf ihrer heutigen Entwicklungsstufe. Die wechselseitige Durchdringung von Wissenschaft und materieller Produktion haben eine von Marx vorausgesagte neue Qualität erreicht. Es ist die Tendenz des Kapitals, der Produktion wissenschaftlichen Charakter zu geben. Die Entwicklung der Wissenschaft findet in der materiellen Großproduktion ihren Nährboden, sie entwickelt sich aus den Bedürfnissen der materiellen Produktion. Es versteht sich daher, daß die Gesellschaft einen wachsenden Anteil ihres Zeitfonds für Wissenschaft aufwendet. Im Kapitalismus wird die Produktion aber vom Kapital betrieben. In dem Maße, wie die Verwissenschaftlichung der Produktion voranschreitet, muß sich das Kapital auch der Wissenschaft unterordnen.

In dem Maße, wie der Produktionsprozeß immer mehr technologisch angewandte Wissenschaft wird, kann die wissenschaftliche Forschung immer weniger Sache einzelner Wissenschaftler oder Organisationen außerhalb bzw. getrennt von der Industrie sein. Wenn die Entwicklung der Produktionsmittel, des Produktionsprozesses und der Produkte sich mehr und mehr in einen wissenschaftlichen Prozeß verwandelt, in wissenschaftliche Tätigkeit per se, dann ist klar, daß diese wissenschaftliche Tätigkeit, Forschung und Entwicklung in die großen Fabrikationsstätten eingegliedert bzw. in anderer Weise an die materielle Produktion gebunden sein müssen. Dieser Prozeß kann in allen hochentwickelten kapitalistischen Ländern beobachtet werden.

Für das Kapital bedeutet diese Entwicklung aber, daß Forschung und Entwicklung ebenso Kapitalaufwendungen, und zwar im progressiv wachsenden Umfang, verlangen wie andere Elemente des Produktionsprozesses, daß Forschung und Entwicklung folglich ebenso dem Profitziel untergeordnet werden, wie andere Kapitalaufwendungen. Die Wissenschaft muß sich "rentieren", sie wird damit Mittel zum Zweck, und zwar zu dem ganz spezifischen Zweck der Kapitalverwertung.

Auch in früheren Perioden des Kapitalismus diente die Wissenschaft, soweit sie industriell verwertbar war, dem Kapital, aber dem Kapital ganz allgemein. Heute dagegen wird die Wissenschaft überwiegend von einzelnen Großkapitalen betrieben, diese bestimmen wesentlich Richtung und Ausmaß der Forschung nach ihren speziellen Verwertungsbedürfnissen, ihnen und nicht der Allgemeinheit (und sei es der kapitalistischen "Allgemeinheit") stehen die Ergebnisse zur Nutzung oder Nichtnutzung zur Verfügung. Die Monopolisierung der Produktionsbedingungen ist konsequent fortgeschritten zur Monopolisierung der Wissenschaft.

In dem Maße, wie die Wissenschaft zu einer besonderen Form der Kapitalanlage wurde, unterliegt sie wie jede andere Form allen Widersprüchen und wachsenden Schwierigkeiten der Kapi-

talverwertung. Diese spezifische Form der Kapitalanlage ist aber schon von der Natur der Sache her mit wesentlich höheren Risiken behaftet als sonstige Kapitalanlagen. Hinzu kommt, daß die Forschung – obwohl sich die Fristen von der wissenschaftlichen Entdeckung bis zur industriellen Nutzung in den letzten hundert Jahren im allgemeinen merklich verkürzt haben – im Prinzip eher eine Form der Verausgabung menschlicher Arbeit auf lange Sicht ist, soweit sie auf echte Neuerung und nicht bloß auf Entwicklung von Bekanntem gerichtet ist. Das Kapital strebt aber auch heute nach möglichst sicheren kurzen Rückflußfristen. Große, zum Teil sogar das Finanzierungspotential von Superkonzernen übersteigende Kapitalvorschüsse für Laboratorien, Apparaturen und Ausrüstungen sowie für wissenschaftliches Personal, mit einem überdurchschnittlichen Risikograd verbunden und auf längere Zeiträume für die Zwecke des Kapitals brachliegend (d.h. sich nicht verwertend), bedeuten folglich eine bedeutende Erhöhung des notwendigen Kapitalvorschusses und eine Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, mithin niedrigere Profitraten und die wachsende Gefahr einer sich tatsächlich auch vollziehenden Kapitalentwertung. Die kapitalistische Lösung ist die weitgehende Übernahme der Finanzierung und des Risikos durch den Staat.

Für das Monopolkapital bedeutet dies, daß es einen erheblichen und in seinem Gewicht wachsenden Teil des notwendigen Kapitalvorschusses nicht selbst zu finanzieren braucht, während andererseits die aus dieser Kapitalanlage entspringenden Profite sich bei ihm niederschlagen. Indem der Staat die entsprechende Finanzierung übernimmt, wird dem Fall der Profitrate für das Einzelkapital erfolgreich entgegengewirkt, die besondere Anfälligkeit des "Wissenschaftskapitals" für Entwertung belastet nicht den Verwertungsprozeß des monopolistischen Kapitals. Für dieses ist der Widerspruch von dieser Seite her gelöst: Die Entwertung des Kapitals wird vermieden und dennoch das Sinken der Profitrate verhindert.

Indem so für die größten Monopole das Gleichgewicht im Sinne einer "befriedigenden" Kapitalverwertung herbeigeführt und damit Raum für das Wachstum geschaffen wird, ist das gesellschaftliche Gleichgewicht vom Standpunkt der Ausnutzung der Potenzen der modernen Wissenschaft in erheblichem Maße und anhaltend gestört. So vollzieht sich ein großer Teil der staatlichen Finanzierung der Wissenschaft über (vom gesellschaftlichen Standpunkt unproduktive) Rüstungsaufträge (Kapitalentwertung im Sinne der Vergeudung der gesellschaftlichen Arbeit) und auch die eigenen Mittel der Monopole werden in starkem Maße auf militärische Objekte konzentriert, in der Erwartung profitabler staatlicher Aufträge. Das ist natürlich nur ein, wenn auch eminent wichtiges, Beispiel für den wachsenden Parasitismus des heutigen Kapitalismus in der Sphäre der Wissenschaftsanwendung, der sich ebensogut in der zivilen Produktion nachweisen läßt.

Die wissenschaftliche Forschung, die ihrer inneren Natur nach mit dem Fortschritt der menschlichen Gesellschaft, mit der Emanzipation des Menschen von der Herrschaft der Naturgewalten verbunden ist, erhält im Rahmen des Profitprinzips im Vergleich zu ihren wachsenden Möglichkeiten immer engere Schranken auferlegt. Insbesondere die Grundlagenforschung, die vom Standpunkt des Profitprinzips mit den höchsten Risiken verbunden ist, die aber gerade die entscheidenden Durchbrüche im Fortschritt der menschlichen Produktivkraft bewerkstelligt, bekommt dies zu spüren. Für diese ist in der Regel ein sehr langer und aufwendiger zeitlicher Vorlauf erforderlich, während die kapitalistische Produktion den unmittelbaren bzw. den absehbaren Nutzen (Profit) in den Vordergrund rückt.

Aber auch die Ausgaben für angewandte Forschung und Entwicklung geben keine Garantie, daß die gewonnenen Erkenntnisse im entsprechenden Maße produktiv nutzbar gemacht werden. Einmal ist daran zu denken, daß das kapitalistische Eigentum der Koordinierung der Forschung, der breitangelegten Gemeinschaftsarbeit, die wiederum Spezialisierung und Arbeitsteilung voraussetzt, der ungehemmten Zusammenarbeit zwischen der unmittelbaren materiellen Produktion, den akademischen Institutionen und den verschiedenen staatlichen Instanzen, der vollen Nutzung der Erfahrungen der produktiv Tätigen u.a.m. gewichtige Hemmnisse in den Weg legt.

Ebenso muß im Auge behalten werden, daß im Kapitalismus nicht der gesellschaftliche Nutzen, sondern der Profit über die Einführung oder Nichteinführung einer produktiven Neuerung entscheidet. Ist die Profitrate "befriedigend", das Monopol gegen Außenseiter (relativ) gesichert und sind die Absatzerwartungen – von der Konkurrenz (relativ) ungefährdet – für die bisherige Produktion und bei den bisherigen Verfahren günstig, wird keine Macht der Welt das Kapital bewegen können, eine Neuerung einzuführen. Die Entscheidung über die produktive Nutzung von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen hängt dann sehr von dem Grad ab, zu dem das vorhandene Anlagekapital bereits abgeschrieben ist; kein Kapitalist wird freiwillig eine seinen Profit berührende Entwertung seines Kapitals in Kauf nehmen. Nicht der Effekt der Forschung für sich, nicht einmal ihr isoliert genommener Profiteffekt, sondern der Gesamteffekt auf den Gesamtprofit bzw. auf die Entwicklung der Profitrate des Einzelkapitals ist entscheidend.

Es wäre allerdings zu eng, die staatliche Wissenschaftspolitik n u r unter diesem Gesichtspunkt zu sehen. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist eine Stufe der Entwicklung der kapitalistischen Vergesellschaftung, auf der der Reproduktionsprozeß durch die Entwicklung der Produktivkräfte, des materiellen Reichstums, durch die wachsende nationale und internationale Verflechtung immer komplizierter wird und der gesamtgesellschaftlichen Leitung unabdingbar bedarf. Es entstehen objektive gesamtvolkswirtschaftliche Probleme, die die Stabilität des Gesamtsystems, seine ökonomischen und politischen Grundlagen tief berühren. Gerade als Herrschaftsinstrument der Monopole muß der Staat auch Erfordernisse der Existenz der Gesellschaft selbst berücksichtigen und das macht es notwendig, in der Wissenschaft wie auf anderen Gebieten, Maßnahmen durchzuführen, die keinen unmittelbaren Zusammenhang mit Profitinteressen dieses oder jenes Monopols oder selbst des Monopolkapitals insgesamt aufweisen. Dies ist umso mehr der Fall, als der Staat, eine "öffentliche" Einrichtung, auch dem Einfluß anderer gesellschaftlicher Kräfte ausgesetzt ist, nicht zuletzt dem der Arbeiterklasse und des sozialistischen Systems. Die j e w e i l i g e k o n k r e t e Politik des kapitalistischen Staates läßt sich nicht objektivieren, und sie ist auch nicht ausschließlich ökonomisch bedingt, sondern ebenso von politischen Prozessen im nationalen und internationalen Rahmen bestimmt. Entscheidend ist aber, daß der kapitalistische Staat eine Tätigkeit niemals neutral entfaltet, sondern immer als politischer Interessenvertreter der herrschenden Kräfte.(16)

Es ergibt sich, daß der gesellschaftliche Charakter der Wissenschaft die staatliche Monopolisierung der Forschung in zunehmendem Maße erzwingt, daß damit ihrem gesellschaftlichen Charakter aber nur auf kapitalistische Weise entsprochen wird, in ihren Hauptzügen den Verwertungserfordernissen des Kapitals unterworfen und das kapitalistische Gleichgewicht (im Sinne der abstrakten Möglichkeit) gesichert wird, daß gleichzeitig die echten gesellschaftlichen Bedürfnisse in hohem Maße verletzt und die Potenzen der Wissenschaft für die Gesellschaft ganz unzureichend genutzt werden (kapitalistisch bedingtes gesellschaftliches Ungleichgewicht).

Ganz ähnlich, vom hier entwickelten theoretischen Gesichtspunkt her, liegen die Dinge bei Bildung und Strukturwandel, deren Problematik daher nur kurz angedeutet werden soll. Auf der heutigen Stufe der Entwicklung setzt die Verwertung des Kapitals eine den neuen Anforderungen der wissenschaftlichen Durchdringung der Produktion entsprechende Bildungs- und Berufsstruktur der Bevölkerung voraus sowie ihre vielseitige Mobilität sowohl vom Standpunkt der wechselnden Anforderungen an die Berufsausübung als von der Lokalität her betrachtet. Marx schrieb schon in seiner Arbeit "Das Elend der Philosophie", daß die große Industrie das Bedürfnis nach Universalität, nach allseitiger Entwicklung des Individuums erzeugt. Allgemeinwissen

16 Diese für die heutigen Kampfbedingungen der antimonopolistischen Kräfte so entscheidende Frage wurde an anderer Stelle ausführlicher behandelt, daher hier nur eine andeutungsweise Darstellung der Problematik.

um die technischen Grundlagen der Produktion, eine breite natur- sowie gesellschaftswissenschaftliche und polytechnische Ausbildung werden immer wichtiger gegenüber dem engen branchenspezifischen Wissen, das dazu durch die technische Entwicklung schnell veraltet.

Die hier nur kurz skizzierten Zusammenhänge sind auch den Kapitalisten und ihren Ideologen und Wirtschaftspolitikern klar. Sie verstehen, daß zur Sicherung des kapitalistischen Gleichgewichts grundlegend neue Ansprüche an das Bildungssystem zu stellen sind. In der bürgerlichen Literatur und Praxis wird aber im Zusammenhang mit den bildungsmäßigen Anforderungen der technischen Revolution die Spezialisierung einseitig in den Vordergrund gerückt. Das ist kein Zufall; denn das ist der Weg, der von Monopolen und Staat beschritten wird, der Weg, der konsequent der Sicherung des kapitalistischen Gleichgewichts einerseits dient und zur Verletzung des gesellschaftlichen Gleichgewichts andererseits führt.

In dem Maße, wie Bildung und Ausbildung nicht mehr wesentlich – infolge der geringeren Anforderungen – aus dem Lohn der Arbeiter bestritten werden können und Kapitalaufwendungen von heute schon gewaltige Ausmaße verlangen, müssen auch sie sich "rentieren", wie jede Kapitalanlage. Auch Ausmaß und Richtung der Bildungsanstrengungen der Gesellschaft unterliegen somit (unter den oben gemachten Einschränkungen hinsichtlich der vielseitigen Einflüsse, denen die staatliche Politik ausgesetzt ist) den allgemeinen Widersprüchen der Kapitalverwertung. Gerade Investitionen in Bildung und Ausbildung, besonders von der Art, die dem Stand und der rapiden Entwicklung von Wissenschaft entspricht, wirken sich ökonomisch erst nach längeren Zeiträumen aus. Auch Maßnahmen, die kurz oder mittelfristig die Disponibilität der Arbeitskräfte erhöhen könnten, sind zwar vom Standpunkt des Gesamtkapitals wünschenswert, erscheinen aber vom Standpunkt des Einzelkapitals als riskant und unnütz. Außerdem kann der Kapitalismus naturgemäß seine allgemeine, klassenbedingte Abneigung gegen eine breite Allgemeinbildung der Werktätigen natürlich nicht überwinden. Vom Standpunkt des Kapitals würden solche Bildungsaufwendungen über längere Zeit brachliegen, das Kapital wäre im gleichen Maße entwertet. Wie schon betont, ist die Verhinderung dieser Entwertung und die gleichzeitige Sicherung der Verwertung ein scheinbarer Widerspruch in sich – dieser Widerspruch ist aber der tiefere ökonomische Sinn des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Notwendigkeit für den Staat einen großen Teil der Bildungsaufwendungen zu übernehmen, ist von dieser Seite her theoretisch-ökonomisch begründet.

Aber auch auf diesem Gebiet kann der kapitalistische Staat nur seinem Klassencharakter gemäß agieren. Sein Handlungsziel ist nicht der vielseitig gebildete schöpferische Mensch, sondern die Sicherung der Bedingungen für die Profitproduktion. Und selbst bei der Erfüllung dieser Funktion stehen dem Staat – so hoch, wie vielleicht auf keinem anderen Gebiet – seine eigenen Klassenschranken entgegen. Die Berücksichtigung selbst der langfristigen Verwertungserfordernisse des Kapitals tangiert das Bildungsmonopol der herrschenden Klasse, ein gebildetes Volk bedroht die Herrschaft des Kapitals. In den USA, in denen die Bildungsausgaben im Vergleich zu anderen kapitalistischen Ländern relativ hoch sind, wirkt sich das ökonomisch unter anderem in einer sogenannten "kulturellen Arbeitslosigkeit" aus, wie Galbraith sie nennt.

Es sind also zwei Tendenzen zu verzeichnen. Einmal muß das Einzelkapital für seine gegenwärtigen und absehbaren Verwertungsbedürfnisse Kapital für die Aus- und Weiterbildung eines Teils der bei ihm beschäftigten Arbeiter und Angestellten anlegen. Bildung und Ausbildung werden damit den Bedürfnissen der Kapitalverwertung unterworfen, die enge Spezialisierung dieser Arbeiterschicht, die im Widerspruch zu den Anforderungen der Produktivkräfte steht, wird erhalten, der notwendigen Mobilität der Arbeiter entgegenwirkt und die Technik, wo immer möglich, eher den ungelernten Arbeitern angepaßt und der Charakter großer Teile der Arbeiter als Anhängsel der Maschine verstärkt. Die großen Monopole haben natürlich die Möglichkeit, vorausblickend relativ "großzügiger" zu verfahren und nicht nur mehr Mittel anzulegen, sondern auch

– insbesondere für das leitende ingenieur-technische und Verwaltungspersonal – die Tendenzen in der Entwicklung der Produktivkräfte in relativ größerem Umfang bei der Aus- und Weiterbildung zu berücksichtigen. Aber die Tendenz bleibt auch bei ihnen die Orientierung an der spezifischen Produktion, die Bindung der Arbeitskräfte an den Betrieb, die Stabilität der jeweiligen "Technostruktur" (Galbraith) als Obergesichtspunkt und der Einsatz von un- und angelernten Arbeitern wo immer möglich. Nur für den Kapitalismus richtig ist folgender Satz von seltener Offenherzigkeit:

> "Eine Gesellschaft, wie immer ihre politische Verfassung sei, braucht für die Industrialisierung außerordentlich gut ausgebildete Techniker und weniger gut ausgebildete manuelle Arbeiter, sie braucht Führende und Ausführende".(17)

Was die Vielzahl von kleineren Unternehmen betrifft, in denen nach wie vor ein großer Teil der Arbeiter beschäftigt ist, so können sie keine "höheren Gesichtspunkte" walten lassen. Ihre relativ geringen Ausgaben für Aus- und Weiterbildung sind vorwiegend durch kurzfristige Profitinteressen bestimmt.

Die andere Tendenz ist, gerade weil das Einzelkapital die Bildungsanforderungen der modernen Produktivkräfte und damit Verwertung und Wachstum des Gesamtkapitals nicht sicherzustellen vermag, die zunehmende Notwendigkeit staatlicher Bildungsaufwendungen. Auch die noch immer breite und tendenziell vom Kapital erhaltene Schicht von un- und angelernten Arbeitern benötigt eine bestimmte Bildungsgrundlage. Auch routinemäßige Handgriffe an automatischen Anlagen und ihre Überwachung schließen beispielsweise das Analphabetentum aus. Die Nivellierung der Arbeiten, die die Stellung der Arbeiter unverändert läßt, bewegt sich doch auf einem höheren bildungsmäßigen Niveau als im vormonopolistischen Kapitalismus. Hierdurch werden der Wert der Arbeitskraft und die wertschaffende Potenz der Arbeit erhöht, ohne daß die Kapitalisten entsprechende Aufwendungen für variables Kapital zu machen brauchen. Die Akkumulationskraft des Kapitals wird gleichzeitig erhöht; die bildungsmäßigen Voraussetzungen für die Entwicklung der Produktivkräfte werden – mehr oder minder, wie bereits dargestellt – hergestellt. Das Einzelkapital wird davor bewahrt, riskante und sich notwendig schnell entwertende Kapitalanlagen zu machen. Das kapitalistische Gleichgewicht wird somit auch von dieser Seite her gesichert.

Beide Tendenzen wirken gleichzeitig darauf hin, das kapitalistisch bedingte gesellschaftliche Ungleichgewicht vom Standpunkt der vollen Ausnutzung der Produktivkräfte zu verstärken, indem die möglich und notwendig gewordene Universalität der Arbeitermassen, die Herausbildung und Entwicklung all ihrer schöpferischen geistigen und materiellen Fähigkeiten unterbunden bzw. entscheidend gehemmt werden, ihre Stellung im kapitalistischen Produktionsprozeß wesentlich die alte bleibt und der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts dadurch wesentliche Schranken auferlegt werden.

Auch hier tritt wieder die allgemeine Tendenz in Erscheinung: Indem der Staat Brachlegung und Entwertung des Kapitals bei den "Privaten" verhindert, schafft er die Bedingungen für das kapitalistische Gleichgewicht im Sinne der Kapitalverwertung und transferiert unvermeidlich die kapitalistischen Folgen auf die Gesellschaft.

Der technische Fortschritt, der sich in der Entwicklung der Produktivkräfte reflektiert, ist ohne eine dauernde Veränderung und in bestimmten Perioden gar Umwälzung der Strukturen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses undenkbar, ja teilweise mit ihnen identisch. In der kapitalistischen Produktion bedeutet technischer Fortschritt zunächst schon eine Veränderung der technischen Zusammensetzung der Kapitalbestandteile – Erhöhung des Anteils der gegen konstantes Kapital auszutauschenden Produktionsmittel, Senkung des Anteils der gegen variables Kapital auszutauschenden Konsumtionsmittel. Dies wiederum macht eine Verschiebung in der Vertei-

17 C. Kerr u.a.: DER MENSCH IN DER INDUSTRIELLEN GESELLSCHAFT, S. 41.

lung der gesellschaftlichen Arbeit allgemein zugunsten der Produktionsmittel erforderlich, wobei es sich hier nicht nur um einen quantitativen Prozeß handelt, sondern um das fortlaufende Entstehen neuer Produktionszweige und Produkte, die neuen Produktionsverfahren, Rohstoffen usw. entsprechen, und die Rückentwicklung bzw. das Verschwinden technisch überlebter Produktionszweige, Produkte, Produktionsverfahren, Rohstoffe usw. Die gegen variables Kapital auszutauschenden Konsumtionsmittel nehmen nicht schlechthin anteilsmäßig ab, sondern erfahren in ihrer inneren Zusammensetzung eine Verschiebung zugunsten industrieller Konsumgüter und zu Lasten von Nahrungsmitteln, die ihrerseits eine relative Abnahme des Gewichts der Produktion landwirtschaftlicher Rohstoffe, gleichzeitig aber ein Wachsen der mit der Landwirtschaft lieferseitig und absatzseitig verbundenen Industrie herbeiführt. Diese Prozesse sind mit einer Vertiefung der gesellschaftlichen und der betrieblichen Arbeitsteilung verbunden, einer Ausdehnung der nationalen und der internationalen Austauschpunkte der sich multiplizierenden Kapitale. Handel und "Dienstleistungen" nehmen in gleichem Maße zu. Gleichzeitig vollzieht sich mit der Entwicklung des Kapitalismus eine Tendenz im Inneren der kapitalistischen Länder zur Verminderung der Austauschpunkte infolge der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals bei gleichzeitiger Vertiefung und Erweiterung der betrieblichen Arbeitsteilung. All diese Prozesse werden von einer Veränderung in der Zusammensetzung der Arbeitskräfte, insbesondere auch im Hinblick auf ihr Bildungsniveau und ihre Berufsstruktur begleitet. Die Industrialisierung bringt eine wachsende Verstädterung mit sich, die ihrerseits die systematische Erweiterung und Verbesserung des Gesundheitswesens, von Kanalisation und Müllabfuhr sowie Luft- und Wasserreinigung erfordert. Die Anforderungen an das städtische, zwischenstädtische und internationale Verkehrs- und Transportwesen verändern sich, neuartige Verkehrsträger setzen sich durch, alte nehmen an Bedeutung ab oder verschwinden. Die Entwicklung der Kapitalstruktur führt über Veränderungen in Produktions-, Bildungs- und Berufsstruktur ihrerseits zu erheblichen Veränderungen in der Standortverteilung der Produktivkräfte, zum Veröden ehemaliger Industriegebiete, zum Entstehen neuer Produktionszentren und Ballungsräume.

All diese, auch hier nur skizzenhaft genannten Prozesse bedeuten eine ständige Neu- und Umverteilung der gesellschaftlichen Arbeit, und das heißt unter kapitalistischen Bedingungen Neu- und Umverteilung des Kapitals. Die Durchsetzung des den technischen Fortschritt bedingenden und durch ihn wiederum herbeigeführten Strukturwandels kann sich im Kapitalismus nicht als harmonischer geplanter Prozeß vollziehen, sondern nur im antagonistischen Aufeinanderwirken der Vielzahl individueller Kapitale, durch die kapitalistische Konkurrenz also, wobei Überholtes auf der Strecke bleibt, wenn die dort angesiedelten Kapitale sich nicht mehr oder nicht mehr ausreichend verwerten können und Neues im Zusammenhang mit günstigen Verwertungsbedingungen empor- und meistens über die Aufnahmefähigkeit des Marktes hinausschießt. Brachlegung, Entwertung und Vernichtung von Kapital sind unvermeidliche Begleitumstände. Das gesellschaftlich Notwendige setzt sich auch hier nur unter ungeheurer Vergeudung menschlicher Produktivkraft durch.

Die Strukturveränderungen vollziehen sich wesentlich in Übereinstimmung mit den sich entwickelnden Bedingungen der Kapitalverwertung und nicht mit den allgemeinen Bedingungen des materiellen Produktionsprozesses. Die jeweiligen und fortschreitenden Beziehungen zwischen den großen Bereichen der Volkswirtschaft – Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Verkehrswesen usw. – sowie innerhalb der einzelnen Bereiche – vornehmlich z.B. die Industriezweigstruktur – reflektieren ja nur die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, wie sie den herrschenden Profitbedingungen entspricht. Um gesellschaftliche Arbeit aus einem Bereich bzw. Zweig abzuziehen, ist die Senkung der Profitrate (absolut oder relativ) oder gar die Unmöglichkeit der Kapitalverwertung Voraussetzung. Informationen über die Bedürfnisse der modernen Produktivkräfte an sich interessieren keinen Kapitalisten, bestenfalls Informationen über die Pro-

fitaussichten; und wenn er diese besitzt, besteht doch immer die Tendenz, zu retten, was zu retten ist. Abgesehen davon, bestehen natürlich mannigfaltige objektive Bedingungen, die den mehr oder minder raschen Abzug des Kapitals beeinflussen. Wesentlich ist auch, daß der Abzug des Kapitals zu einem Zeitpunkt notwendig werden kann (und in der Regel wird), zu dem sich das vorhandene Kapital noch nicht verwertet hat, wodurch das Bestreben fortbesteht, die Produktion weiterzuführen und keine oder zu geringe Neuanlagen in neuen Produktionsrichtungen vorzunehmen. Die Neuanlage kann ihrerseits auf mehr oder weniger große Schranken stoßen. All dies ist unvermeidlich mit Kapitalentwertung verbunden.

Die Entwertung des Kapitals, die mit der ständigen Aufhebung des Gleichgewichts der Produktionssphären und der gesellschaftlichen Tätigkeiten aller Art verbunden ist, mußte und konnte unter vormonopolistischen Bedingungen von den individuellen Kapitalen getragen werden. Strukturveränderungen setzten sich vornehmlich in den Krisen durch; anders ausgedrückt, die Krisen waren Mittel zur Anpassung der Strukturen an die sich in ihnen offenbarenden neuen Verwertungsbedingungen. Das war möglich, weil für neue gesellschaftliche Tätigkeiten verhältnismäßig geringe Kapitalvorschüsse erforderlich waren und weil der Untergang einzelner Kapitale die kapitalistische Gesellschaft nicht in Gefahr brachte. Heute aber treffen solche Strukturveränderungen die "großen , fertig eingerichteten" Kapitale, deren Untergang das kapitalistische System selbst in Frage stellen würde, während gleichzeitig neue Produktionen solch große Kapitalvorschüsse erfordern, die wiederum nur die großen Kapitale (und auch sie oftmals nicht allein) aufbringen können. Daher betreibt der Staat in den entwickelten kapitalistischen Ländern "Strukturpolitik" und auch diese Tätigkeit erweist sich, auf den ökonomischen Kern reduziert, als (natürlich nur von mehr oder weniger Erfolg gekrönt) Schutz der großen Kapitale vor der Entwertung ihres Kapitals.

Unter vormonopolistischen Bedingungen war die Gesamtstruktur einer nationalen Volkswirtschaft für das Einzelkapital ohne Bedeutung. Unter den heutigen Bedingungen aber ist das "nationale" Monopolkapital an einer fortschrittlichen Struktur der Gesamtvolkswirtschaft im höchsten Maße interessiert, hängt doch hiervon die Position im internationalen Konkurrenzkampf weitgehend ab. Dies ist auch politisch von großer Bedeutung. Hohe Produktivität in einzelnen Zweigen kann, wie inzwischen weitgehend bekannt, dennoch zu einem Zurückbleiben des einen kapitalistischen Landes hinter anderen führen, wenn die volkswirtschaftliche Struktur nicht dem modernsten Stand entspricht. Zurückbleiben auf den modernsten Sektoren kann zu politischen und rückwirkend wiederum zu ökonomischen Abhängigkeiten von stärkeren Konkurrenten führen. All das sind keine nur theoretischen Erwägungen; die kapitalistische Wirklichkeit der letzten Jahre und Monate hat zahlreiche Beispiele hierfür geliefert.

Auch hier muß der Staat politisch und finanziell im Interesse des kapitalistischen Gleichgewichts eingreifen, auch hier führt die staatliche (Struktur-)Politik zu wachsenden und sich zuspitzenden gesellschaftlichen Mißverhältnissen.(18)

## Verwertung, Entwertung und die Zuspitzung der gesellschaftlichen Konflikte

Die Sicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals in der beschriebenen Weise ist, wie mehrfach vermerkt, natürlich eine Abstraktion. Sie bedeutet nicht, daß in der Realität Profit- und Kapitalverlust auszuschalten wären. Der staatsmonopolistische Kapitalismus kann weder Fehlinvestitionen noch Überproduktion, noch Teil- und Gesamtkrisen usw. verhindern. Das kapitalistische Gleichgewicht, das der Sicherung der Verwertungsbedingungen entspricht, hat ebensowenig

18 Der zur Verfügung stehende Raum verbietet eine nähere Darstellung. Vgl. aber DWI-FORSCHUNGSHEFTE, 1/1967 und R. Kowalski/G. Maurischat: "Wesen und Widersprüche der staatsmonopolistischen Bonner Strukturpolitik", WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 1/1969, S. 34 ff.

wie im vormonopolistischen Kapitalismus irgend etwas mit Harmonie oder Widerspruchsfreiheit der kapitalistischen Entwicklung zu tun. Was hier hervorgehoben werden sollte, ist die Tatsache, daß die Brachlegung und Vernichtung von Kapital, das immerwährende und einzige Mittel des Kapitalismus, den Fortschritt der Produktivkräfte zu gewährleisten, nicht mehr allein vom "privaten" Kapital und nicht einmal mehr überwiegend von ihm getragen werden kann und getragen wird. Auf der heutigen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte und der kapitalistischen Vergesellschaftung, beim heutigen Stand der wissenschaftlichen Durchdringung des Produktionsprozesses, erfordert die Verwertung des Kapitals, also die Sicherung des kapitalistischen Gleichgewichts, also das kapitalistische Wachstum überhaupt, vor allem die Möglichkeit, für kürzere oder längere Zeit größere Teile des angewendeten Kapitals brachzulegen, ohne tiefgreifende Krisen und die damit verbundenen ruinösen Profitverluste für die Monopole. Nicht zuletzt ist dies Bedingung angesichts des hohen Grades der Fixiertheit des Kapitals, wozu auch die Sicherung der Beschäftigung der wachsenden Schicht von höhergebildeten Forschern, Ingenieuren, Technikern sowie Verwaltungs- und Organisationsspezialisten gehört, und des von der Arbeiterklasse und dem Sozialismus ausgehenden Druckes auf das kapitalistische System.

Aber erstens sind das Kapital und seine Träger ein Teil der Gesellschaft und müssen ihren Teil der durch die kapitalistischen Widersprüche verursachten Verluste tragen. Zweitens kann sich das Kapital auch direkten negativen Einwirkungen auf den Profit keinesfalls entziehen.

Der Staat, dessen ökonomische Rolle bei der Sicherung des gleichgewichtigen kapitalistischen Wachstums zunimmt, erzeugt selbst keinen Wert. Seine Möglichkeiten hängen vom produzierten Wert ab, den er umverteilen kann und muß. Diese Umverteilung heißt aber die Reduzierung von Profit und Einkommen auf der einen Seite und ihre Stimulierung bzw. Erhöhung auf der anderen. Die staatliche Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung konzentriert sich beispielsweise in hohem Maße auf einige wenige Monopole und Industriezweige. Die gesamte Bevölkerung, einschließlich der nichtbegünstigten Kapitalisten, muß aber für die Finanzierung aufkommen.

Für die nichtbegünstigten Kapitalisten erhöhen sich damit die Schranken der Kapitalverwertung. Für sie ist das Gleichgewicht anhaltend gestört. Sie geraten in Abhängigkeit von den wenigen Großen oder gehen unter.

Der Kampf zwischen mehr oder weniger Begünstigten, zwischen Großen und Kleinen, vollzieht sich auch auf internationaler Ebene. Der Gesamtprofit des unter günstigeren Bedingungen operierenden "nationalen" Kapitals wird positiv durch die Reduzierung des Gesamtprofits des unter weniger günstigen Bedingungen operierenden "ausländischen" Kapitals beeinflußt.

Die Sicherung des "gleichgewichtigen Wachstums" des monopolistischen Kapitals muß daher mit Notwendigkeit die Konflikte mit den kleinen Kapitalen und den nichtkapitalistischen Mitgliedern der Gesellschaft verschärfen. Gleichzeitig kann nicht verhindert werden, daß die Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals schwieriger wird, was nicht nur das Wachstum der gesamten kapitalistischen Wirtschaft negativ berührt, sondern auch rückwirkend das begünstigte Monopolkapital. Da der Umfang der Mittel, die der Staat notwendigerweise anwendet, unvermeidlich wächst, diese Mittel aber wesentlich zugunsten der Verwertung weniger großer Kapitale und daher auch in zunehmendem Maße gesellschaftswidrig ausgegeben werden (z.B. weitgehende Finanzierung der Forschung mittels Rüstungsaufträge), bleibt die Lösung anderer wissenschaftlicher Aufgaben, die für die Reproduktion des Gesamtkapitals einschließlich des Monopolkapitals unerläßlich sind, mit Notwendigkeit zurück (zumindest relativ). Es entstehen strukturelle Ungleichgewichte in der Gesellschaft, die rückwirkend die Verwertung des monopolistischen Kapitals erschweren und damit das Gesamtwachstum der kapitalistischen Volkswirtschaft hemmen.

Daß sich die kapitalistische Ökonomie auf einem Wachstumspfad bewegen kann, der dem Kapital jederzeit eine "befriedigende" Verwertung gestattet, ist folglich eine theoretische Abstraktion, die nicht zu realisieren ist. In Wirklichkeit verschärft sich der immanente Widerspruch zwischen Produktion und Verwertung, was allerdings, wie die Theorie und die geschichtliche Entwicklung zeigen, verschiedenartige Ausdrucks- und Entwicklungsformen annehmen kann. Profitziel und gleichgewichtiges Wachstum – sowohl vom engeren kapitalistischen Standpunkt, als insbesondere aber vom gesellschaftlichen Standpunkt – stehen sich feindlich gegenüber. Unter staatsmonopolistischen Bedingungen vollziehen sich Brachlegung und Vernichtung von Kapital als Voraussetzung des kapitalistischen Wachstums in unendlich größerem Maßstab als im vormonopolistischen Kapitalismus.

In dem Maße, wie es im staatsmonopolistischen Kapitalismus gelingt, die Entwertung im kapitalistischen Großunternehmen zu verhindern bzw. die profitreduzierenden Auswirkungen der realen Entwertung von den kapitalistischen Großunternehmen auf die Gesellschaft als Ganzes abzuwälzen, wird der Mechanismus der Krise untergraben. Auf der Oberfläche und im Bewußtsein der Kapitalisten, ihrer Wirtschaftspolitiker und Ideologen erscheint das allerdings umgekehrt. Die Bekämpfung der Krise an sich wird als eigenständiger Zweck hingestellt; insbesondere politische Faktoren geben dieser Anschauung einen Kern Wahrheitsgehalt. Die Krise aber hatte einen periodisch reinigenden Effekt für die kapitalistische Wirtschaft, und wenn auch einige Kapitalisten auf der Strecke blieben und die Mehrzahl Profitverluste erleiden mußte, so war die Krise doch für das System notwendige Bedingung des weiteren Wachstums. Was im heutigen Kapitalismus bekämpft wird, ist gerade dieser reinigende Effekt, und er muß bekämpft werden, um die Bedingungen der Verwertung aufrechtzuerhalten. Die periodische relative Gesundung der kapitalistischen Wirtschaft wird in dem Maße, wie die Bemühungen von Monopolen und Staat erfolgreich sind, verhindert und die Labilität des Systems gerade durch die Stabilisierung der großen Einzelkapitale gefördert. Die Untergrabung des Krisenmechanismus ist darum kein Zeichen für die Stabilität des Systems, sondern dafür, daß es schon nicht mehr auf seinen eigenen Grundlagen, nach seiner eigenen Logik funktioniert.

Gerade weil der staatsmonopolistische Kapitalismus nicht in der Lage ist, die großen Kapitale voll vor der Entwertung zu schützen, können Krisen nicht ausgeschaltet werden. Aber Überproduktionskrisen sind heute nicht mehr die einzige und nicht die hauptsächlichste Form, in der die Widersprüche zwischen Produktion und Verwertung zum Ausbruch kommen. Strukturkrisen, Währungskrisen, Bildungsnotstand, wachsende Rüstungshaushalte und andere Formen kommen hinzu bzw. übernehmen die Funktion der "klassischen Krise". Ökonomisch bedeuten sie in viel größerem Maße Vernichtung gesellschaftlicher Produktivkraft, gesellschaftlich spitzen sie die Konflikte zwischen dem Monopolkapital auf der einen Seite, der Arbeiterklasse und den übrigen Werktätigen auf der anderen in neuer Weise unvermeidlich zu.(19)

Im heutigen Kapitalismus weitet sich mehr denn je die Kluft zwischen den Möglichkeiten und der realen Entwicklung der Produktivkräfte, der technische Fortschritt wird zunehmend in eine gesellschaftsfeindliche Richtung gedrängt, indem Kriegsvorbereitung und Aggression als wichtigste Formen des sich allgemein ausbreitenden Parasitismus zu beherrschenden Phänomenen des Systems werden, die moralische Degradierung der arbeitenden Menschen und ihre Entfremdung werden gewaltig vorangetrieben und die politische Reaktion seitens des Kapitals daher auch notwendig verschärft. Die kapitalistische Gesellschaft sieht sich mit der unvermeidlich wachsenden Zuspitzung der ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche und einer entsprechenden Zuspitzung der Klassenkämpfe konfrontiert.

---

19 Gerade diese aus dem Wesen des heutigen Kapitalismus entspringende Zuspitzung der gesellschaftlichen Probleme ist wesentlich und entscheidend und bedarf – nicht zuletzt im Zusammenhang mit einer ausführlichen Darstellung der Wissenschafts-, Bildungs- und Strukturproblematik – einer eigenständigen Darlegung.

# Bernhard Blanke Thesen zur Faschismus-Diskussion

Vgl. Johannes Agnoli: "Zur Faschismus-Diskussion" (I und II), in: BERLINER ZEITSCHRIFT FÜR POLITOLOGIE, 9. Jahrg. 1968, Nr. 2 und 4; Autorenkollektiv im INFI, Kampagne 'Ruhrgebiet': "Revolutionäre Aktionsstrategie und revisionistische Staatstheorie", in: GEGEN DEN STROM – Gegen Sozialdemokratismus, Opportunismus und Revisionismus, 1. Jahrg., Nr. 1 August 1969.

Diese Thesen verstehen sich als Fortsetzung und Ergänzung der in der Berliner Linken (und besonders am Otto-Suhr Institut im Rahmen einer von Johannes Agnoli im Sommer-Semester 1969 abgehaltenen Übung) geführten Diskussion über Faschismus. Ein gewisser Mangel dieser Diskussion besteht wohl in der – unbewußt dogmatischen – Reproduktion der in den vergangenen Jahren ausgebildeten politischen Fronten in dieser Debatte, wodurch allzuoft neuere Ansätze auch in der bürgerlichen Faschismusforschung unterbewertet werden. Eine materialistische Faschismus-Theorie müßte nämlich von einem sozialgeschichtlich entwickelten Begriff der Gesellschaft her die von der historischen und ökonomischen Spezialforschung erfaßten Teilbereiche integrieren und dabei auch Sekundäranalyse betreiben. Nun scheiterte aber diese Integration bislang offensichtlich daran, daß die Analyse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Bewegungsgesetze und -formen einerseits und die Analyse der politischen Bewegungen und Herrschaftssysteme andererseits, welche unter den allgemeinen Begriff Faschismus subsumiert werden müßten, aufgrund der politischen Entwicklung der Nachkriegszeit in zwei verschiedenen – politisch gegnerischen – Lagern betrieben wurde. Solange diese Trennung als dogmatische (nicht als politische) fortexistiert, wird jene theoretische Integration entscheidend blockiert. Die schroffe Gegenüberstellung von antikommunistischer Totalitarismustheorie und kommunistischer Faschismustheorie, welche lange Zeit das Feld beherrschte, hat für den Bereich der Totalitarismustheorie die Kontinuität der gesellschaftlichen Entwicklung von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis in die Bundesrepublik hinein aus dem Blickfeld gedrängt. Die Orientierung an bestimmten Techniken und Methoden politischer Herrschaftsausübung, die Entwicklung jener hinreichend bekannten sechs strukturell-typologischen Merkmale, welche totalitäre Herrschaft identifizierbar zu machen schien (Einparteiensystem, Einheitsideologie, Terror, Monopol der Propaganda, Zentralisierung der Mittel zur physischen Gewaltanwendung und totale Kontrolle der Wirtschaft)(1) verdrängte die Frage nach Struktur und Entwicklungslinien der Gesellschaft – und damit auch den inhaltlichen Unterschied der Ideologien fast völlig. Daß die Totalitarismustheorie als Identifizierung von Faschismus und Bolschewismus im wesentlichen im liberalen und konservativen Lager entstanden ist, beleuchtet den Zusammenhang von Theoriebildung und Verdrängung der eigenen Mitwirkung an der Machtergreifung der Faschismen(2).

Die Kontinuität der gesellschaftlichen Entwicklung von der liberalen Zeit über den Faschismus hinweg, wird von der kommunistischen Polemik in zwar stupider Eintönigkeit an Hand von – nicht zu widerlegenden – Personalakten von Mitgliedern der ökonomischen und politischen

1 Vgl. dazu C.J. Friedrich: TOTALITÄRE DIKTATUR, Stuttgart 1957; Hannah Arendt: ELEMENTE UND URSPRÜNGE TOTALER HERRSCHAFT, Frankfurt/Main 1958. Vgl. zur Kritik: Gert Schäfer: "Demokratie und Totalitarismus", in: POLITIKWISSENSCHAFT, Frankfurt/Main 1969, S. 105 ff.

2 Zu einer Typologie der verschiedenen Faschismustheorien und ihrer Entstehungsgeschichte vgl. Ernst Nolte: THEORIEN ÜBER DEN FASCHISMUS, Köln-Berlin 1967.

Herrschaftsgruppen in der Bundesrepublik behauptet. In diesem Problem der Kontinuität liegt jedoch in der Tat der Springpunkt der theoretischen Kontroversen über den Faschismus(3) zwischen marxistischen und nicht-marxistischen Theorien. Dieses Problem rückte desto mehr ins Zentrum der Diskussion, je gründlicher auch die westliche historische Forschung einerseits die faschistischen Bewegungen aufarbeitete und hierbei "von der Schuldfrage über die Ursachenfrage zur Strukturfrage"(4) fortschritt, je mehr andererseits die Mittel der Totalitarismustheorie bei der Analyse der historischen Entwicklung versagten. Methodologisch ergab sich, daß die den "totalitären" Systemen zugeschriebenen gemeinsamen Merkmale sowohl in ihrer konkreten Form als auch in ihrer sozialen Funktion zu verschieden waren, als daß sie weiterhin unter einen formalen Oberbegriff hätten subsumiert werden können(5). Hatte sich der Begriff des "Totalitären" im wesentlichen an dem Vergleich bestimmter Techniken politischer Herrschaft gebildet, so zeigte die historische Forschung in ihrer Abwendung von den Haupt- und Staatsaktionen und ihrer Zuwendung zur gesellschaftlichen Entwicklung und dem politischen Alltag immer mehr Übereinstimmung in den wesentlichen Elementen und Strukturen zwischen Nationalsozialismus und italienischem Faschismus, so daß jener einheitliche Faschismusbegriff wieder gebräuchlich wurde(6), welcher in der Zeit zwischen 1922 und 1945 bereits einmal die bloß singularisierenden Theorien (Faschismus als Resultat der Entwicklung in einem Land) verdrängt hatte.

Als eines der wichtigsten Resultate der Neuorientierung in der Forschung können trotz aller Einschränkungen Ernst Noltes Werke zur Phänomenologie des Faschismus gewertet werden. Die Teile des Gesamtwerkes gliedern sich in den Versuch einer umfassenden Begriffsbestimmung des Faschismus(7), eine historische Gesamtdarstellung der "Epoche des Faschismus", welche die einzelnen Bewegungen als "Abwandlung eines Grundtypus zur Darstellung" bringt(8), und in

---

3 Vgl. Johannes Agnoli: "Zur Faschismus-Diskussion", a.a.O., S. 25 (I).

4 H. Heimpel, zit. in: Gotthard Jasper (Hrsg.): VON WEIMAR ZU HITLER, Köln-Berlin 1968, S. 11.

5 Zur Kritik und Revision der Totalitarismustheorie vgl. Peter Christian Ludz: "Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft", in Ludz (Hrsg.): SOZIOLOGIE DER DDR, Köln und Opladen 1964, S. 11 ff; Bernhard Blanke: "Rot gleich Braun", in: DAS ARGUMENT, 7. Jhg., Nr. 33, Berlin 1965, S. 27 f. Wie wichtig die Totalitarismustheorie für die politische Auseinandersetzung gerade unter den Bedingungen der innenpolitischen Verschärfung in der Bundesrepublik ist, zeigt der zwar vordergründig kritische, aber insgesamt dürftige Rettungsversuch des Totalitarismusbegriffs von Gerhard A. Ritter: "Der Antiparlamentarismus und Antipluralismus der Rechts- und Linksradikalen", in: PARLAMENTsbeilage, B 34/69 vom 23. August 1969, S. 6 ff. W e i l Rechts- und Linksradikalismus gleichgesetzt werden sollen, wird der Totalitarismusbegriff beibehalten, die "Analyse" verläuft in klassisch tautologischer Struktur. Zugrunde liegt eine totale Verdrängung der gesamten sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Forschung. Allenfalls werden deren offene Probleme (siehe Ritter, S. 7, Schoenbaum-Zitat), nicht aber die bereits als gesichert anerkannten Erkenntnisse zitiert. Es zeigt sich erneut, daß der wissenschaftstheoretischen Rigidität der bürgerlichen Wissenschaft mehr als häufig skrupellose Ungenauigkeit in ihren Produkten korrespondiert, wie Ulf Kadritzke bereits in seinem Aufsatz: "Rezeption und Interpretation der Studentenbewegung in der empirischen Sozialforschung", in: Sozialistische POLITIK, 1. Jg., Nr. 2 1969, S. 36 ff., nachgewiesen hat. Deshalb ist generell bei den Versuchen, politische Diskussionen auf die Ebene der Wissenschaftstheorie (etwa zur Ergründung des 'emanzipatorischen Erkenntnisinteresses') zu verschieben, Skepsis geboten.

6 Wesentliche Elemente dieser Forschung sind zusammengetragen in dem Band von Jasper, a.a.O., der allerdings insofern inkonsequent ist, daß er in seiner Einleitung weiterhin den Totalitarismus-Begriff verwendet. Weitere allgemein zugängliche Zusammenfassungen der historischen Forschung sind: Francis L. Carsten: DER AUFSTIEG DES FASCHISMUS IN EUROPA, Frankfurt/Main 1968; JOURNAL OF CONTEMPORARY HISTORY (deutsche Ausgabe): INTERNATIONALER FASCHISMUS 1920 - 1945, München 1966. Siehe Agnoli, a.a.O., S. 24 (I).

7 Ernst Nolte: DER FASCHISMUS IN SEINER EPOCHE, München 1963.

8 Nolte: DIE KRISE DES LIBERALEN SYSTEMS UND DIE FASCHISTISCHEN BEWEGUNGEN, München 1968.

eine Zusammenstellung und Kritik der "Theorien über den Faschismus". Noltes Versuch, dem Wesen des Faschismus durch die Erscheinungsformen der einzelnen Bewegungen hindurch und in ihrer Verbindung nahezukommen, "bedient sich der – wie er es nennt – "phänomenologischen Methode". Hierbei soll dem Gegenstand kein vorgefaßtes Schema übergestülpt werden, sondern durch eine möglichst genaue Systematisierung des Selbstverständnisses der faschistischen Bewegungen deren innere Struktur sich gewissermaßen selbst freilegen und die charakteristischen Wechselbeziehungen zwischen historischer Situation, Zielen, Substrat und Struktur der Bewegung offenbar machen(9). In der Tat ist es Nolte gelungen, das faschistische Ideengebäude in seiner ganzen Folgerichtigkeit und Konsistenz darzustellen und von hier aus die innere Einheit der zahlreichen faschistischen Bewegungen aufzuzeigen. Kriterien für diese Einheit ist ein "faschistisches Minimum": nicht alle sechs kennzeichnenden Züge, die Nolte feststellt, müssen voll entwickelt sein; es genügt, wenn sie ansatzweise vorhanden sind. Diese sechs kennzeichnenden Züge sind: Antimarxismus, Antiliberalismus, Führerprinzip, Parteiarmee, tendenzieller Antikonservatismus, Totalitätsanspruch(10). Von einer "Epoche des Faschismus" spricht Nolte, weil der Faschismus die charakteristische Tendenz der Zeit zwischen den Weltkriegen war, "in der Europa durch das Wiederzurücktreten der eben aufgetauchten 'Flügelmächte' noch einmal als Weltmittelpunkt angesehen werden kann"(11) und in diesem Weltmittelpunkt bald die faschistischen Mächte dominierten.

Läßt jedoch schon diese Epochenbestimmung den Gebrauch des Faschismusbegriffes für –eventuell strukturell ähnliche – Systeme nach 1945 nicht mehr zu, so verdeckt auch der Nolte'sche Begriff der "Krise des liberalen Systems", aus welcher der Faschismus entstand, zu einem erheblichen Teil den Blick auf die gesellschaftliche Strukturen. Nolte entwickelte zwar das ambivalente Verhältnis des Faschismus zur bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, in der Auseinandersetzung über die Frage, ob der Faschismus eine autonome politische Kraft war oder – wie ihn die marxistischen Theorien bislang definierten – eine mehr oder weniger von der herrschenden kapitalistischen Klasse abhängige Bewegung (heteronom), entscheidet sich Nolte jedoch für die Autonomiethese.

Zu dieser Bestimmung gelangt er durch die Entfaltung gewissermaßen einer doppelten Dialektik: einerseits bekämpfte der Faschismus den "marxistischen Revolutionsversuch", machte sich also die bürgerliche Hauptintention zu eigen; andererseits "bediente er sich der Methoden" des Gegners, wobei Nolte großes Gewicht auf die Differenzierung gerade bei den ansonsten gleichgesetzten Aktionsformen legt. Die von ihm behauptete Identität der "Methoden" bezieht sich auf das, was Block die "Entwendung aus der Kommune" nannte: den pseudo-(gegen-)revolutionären Totalitätsanspruch. Der Faschismus artikulierte die in der Krise hervorbrechenden 'gesamtbürgerlichen' Ängste (Verlust des Eigentums, des gesellschaftlichen und nationalen Status, der staatlichen Einheit etc.)(12), trug ideologisch konservative Züge, ohne die konservative elitär-organische Gesellschaftskonzeption ganz zu übernehmen, vielmehr auch den status quo wenigstens programmatisch zu negieren; schließlich aber mobilisierte der Faschismus die gesamten technisch-industriellen Mittel der bestehenden Gesellschaft, um mit diesen Mitteln die Gesellschaft, aus der er entstand, in den Krieg und in die Katastrophe zu führen. Es ist diese Tendenz zur Totalität in

---

9 Nolte: DER FASCHISMUS . . . , a.a.O., S. 53 ff und : DIE KRISE . . . , a.a.O., S. 450.

10 Nolte: DIE KRISE . . . , a.a.O., S. 385, Fußnote 64. Vgl. auch die Einleitung zu: DER FASCHISMUS . . . , a.a.O., S. 23 ff.

11 Nolte: DER FASCHISMUS . . . , a.a.O., S. 28.

12 Vgl. hierzu Seymour M. Lipset: "Nationalsozialismus – ein Faschismus der Mitte" (gekürzt aus: SOZIOLOGIE DER DEMOKRATIE), in: Jasper, a.a.O., S. 101 ff; Parsons, Dahrendorf u.a. bauen ausschließlich hierauf ihre Faschismus-Theorie.

der Selbstzerstörung(13), die letztlich die These von der Autonomie des Faschismus fundiert. Die von Nolte detailliert – auch in den außenpolitischen Beziehungen der Faschismen zu den noch demokratisch-liberalen Staaten(14) – geschilderte Ambivalenz des Verhältnisses zwischen den herrschenden gesellschaftlichen Kräften des (ehemals politisch liberalen) Systems und den Faschismen ist wohl die wesentliche Lücke der marxistischen Faschismustheorie, wie sie unter der Dominanz des Sowjetmarxismus geprägt wurde.

Die Faschismus-Definition der Komintern:

> "Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"(15)

hat zwar bedeutend mehr Aktenbeweise (Konzernakten, Ministeriumsakten etc.) auf ihrer Seite als die konservativ-ideologischen Faschismusinterpretationen(16), die sich an ihr orientierende Forschung ist aber bislang zu einer präzisen Klärung der zentralen Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft im Faschismus nicht gelangt. Liegt einerseits auf der Hand, daß die Faschismen die freien und sozialistischen Gewerkschaftsbewegungen und sozialistische und kommunistische Parteien als erste zerschlugen, die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital in einem korporativen System(17) verstaatlichten, zum Angriff auf die Sowjetunion rüsteten(18), mit den industriellen und anderen traditionellen Herrschaftsgruppen die besten Beziehungen hatten, soweit es die Steigerung der Profite und die Sicherung des privaten Herrschaftsbereiches anbelangt, so bleibt nach wie vor begrifflich zu klären, wie es den faschistischen Hauptbewegungen in Deutschland und Italien gelang, gegen Ende ihrer Herrschaft auch die Industrie und das konservative Militär in einen Weltkrieg zu ziehen, den diese Gruppen in Italien nachweislich nicht wollten, in Deutschland zwar zur Revision des Versailler Vertrages anzielten, aber nicht in dieser Form des totalen Krieges bewußt anvisieren konnten, unterstellt man nicht den ansonsten ihre Herrschaft 'rational kalkulierenden' Kapitalisten die irrationale Tendenz zur Selbstzerstörung. Aus diesem theoretischen Widerspruch hilft kaum der Nachweis von Verflechtungen zwischen NS und Industrie oder Confindustria und Faschismus in Italien auch und gerade während des Krieges(19). Eine marxistische Theorie muß gerade diesen Widerspruch als notwendig aus der Struktur der Gesellschaft resultierend interpretieren.

Hierzu bedarf es jedoch einer genaueren sozialgeschichtlichen Analyse der Faschismen, die aus dem vielfältigen Material die Gesamtbewegung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft unter faschistischer Herrschaft sowohl in ihren einzelnen Teilen (Arbeiterschaft, Industrie, Mittel-

---

13 Noltes Definition des Faschismus als "Todeskampf der souveränen, kriegerischen, in sich antagonistischen Gruppe", womit wohl die Einheit der vorindustriellen Lebens-, Produktions- und Denkformen gemeint ist, welche in die industrielle Gesellschaft hineinragten und notwendig zum Untergang verurteilt waren. Vgl. Nolte: DER FASCHISMUS, a.a.O., S. 507.

14 Nolte: DIE KRISE . . . a.a.O., S. 179 ff.

15 XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern vom Dezember 1933. Vgl. Bernhard Blanke, Reimut Reiche und Jürgen Werth: "Die Faschismus-Theorie der DDR", in: DAS ARGUMENT, Nr. 33, 7. Jhg., Berlin 1965, S. 35 ff.

16 Vgl. die Aufsätze in: DAS ARGUMENT, Nr. 47, 10. Jhg., Berlin 1968.

17 Vgl. hierzu die Arbeiten von Johannes Agnoli: "Zur Faschismus-Diskussion", a.a.O., S. 33 f (II) und: "Die bürgerliche Gesellschaft und ihr Staat", in: DAS ARGUMENT, Nr. 41, 8. Jhg., Berlin 1966, S. 449 ff.

18 Vgl. hierzu Hans-Adolf Jacobsen: NATIONALSOZIALISTISCHE AUSSENPOLITIK 1933 - 38, Frankfurt/Berlin 1968.

19 Vgl. ARGUMENT, Nr. 47, a.a.O., passim.

stand, Militär, Staat, Partei) als auch in ihren strukturellen Beziehungen rekonstruiert(20). Auffällig an der bisherigen Faschismus-Forschung ist die Tendenz, zwar die Machtergreifung und ihre unmittelbaren Folgen bis ins Detail zu untersuchen, wobei im Vordergrund wohl das unmittelbar praktisch-politische Interesse steht, eine Wiederholung dieses Vorganges zu verhindern, dann aber den weiteren Gang der historischen Entwicklung nicht mehr innenpolitisch, sondern außenpolitisch zu untersuchen. Diese Tendenz ist zunächst unter dem Aspekt der Ausbreitung der faschistischen Bewegungen in ganz Europa gerechtfertigt, die mit dem Sieg des NS konkrete Gestalt annahm(21), sie verhüllt aber das Problem, welche Verhältnisse zwischen der weiterbestehenden kapitalistischen Gesellschaft und der neuen Form der politischen Herrschaft sich entwickelten.

Daß nämlich der Fortbestand der kapitalistischen Gesellschaft wichtig ist, aber der Formwechsel im Bereich der Politik die eigentlich neuen theoretischen Probleme aufwirft, ist eine Erkenntnis der frühen marxistischen Faschismusinterpretationen, die aber auf die Untersuchung des Faschismus später wenig Anwendung gefunden hat. Insofern wird den kommunistischen Theoretikern – zuletzt von Nolte – mit Recht der Vorwurf des "Ökonomismus" gemacht. Andererseits kann dieser Formwechsel wiederum nur adäquat analysiert werden, wenn eben von der Fortexistenz der kapitalistischen Gesellschaft auch unter dem Faschismus ausgegangen wird. Diese hat sich mit geradezu atemberaubender Konsequenz nach ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten weiterentwickelt. Der Prozeß der Industrialisierung wurde – ganz im Gegensatz speziell zur Ideologie des NS – forciert. Die kapitalistische Form dieser Industrialisierung blieb erhalten: Kapitalkonzentration, Landflucht, Verstädterung, Dezimierung des selbständigen Mittelstandes und Anwachsen der Zahl der Angestellten und der im Sektor Dienstleistungen Beschäftigten(22). Noltes Definition des Faschismus als "Widerstand gegen die Transzendenz" ist deshalb doppelt unscharf: Der Faschismus setzte den Prozeß der Ausweitung der Produktion fort, auch mit dem "Telos..., das im Unendlichen liegt und zunächst auf ökonomische Welteinheit ausgeht". Daß diese Welteinheit als faschistisches imperialistisches System geplant war, kennzeichnet die Faschismen allerdings als legitime Kinder der imperialistischen Epoche. Noltes zweite Bedingung, daß diese Transzendenz einen tiefgreifenden Wandel der gesamtgesellschaftlichen Organisation ebenso wie ein "gesamtgesellschaftliches Selbstverständnis"(23) voraussetze, ist im Faschismus in Bezug auf die gesellschaftliche Organisation insofern erfüllt, als der 'normale' Wandel des Kapitalismus nicht unterbrochen wurde.

Mit der Bedingung des "gesamtgesellschaftlichen Selbstverständnisses" ist nun wiederum das Verhältnis von Politik und Gesellschaft bezeichnet. Konsequent war die faschistische Ideologie in Richtung Krieg (weshalb eine eher geistesgeschichtlich-politische Interpretation ebenso konsequent ihr Interesse von der Innen- auf die Außenpolitik verlagert).Inkonsequent war das faschistische Selbstverständnis in Bezug auf die Deutung der inneren sozialen Realität: es wurde das Gegenteil von dem proklamiert, was praktiziert wurde.

---

20 Ein solcher Versuch liegt vor mit dem Buch von David Schoenbaum: DIE BRAUNE REVOLUTION. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches, Köln-Berlin 1968 Schoenbaums Analyse kann man nur als brillant in der Analyse der Teilbereiche (mit Ausnahme des Kapitels über die Wirtschaft) und als hilflos in der Frage nach der Gesamtstruktur bezeichnen. Diese Schwäche aber ist nicht ihm anzulasten, sondern allgemeinen theoretischen Versäumnissen.

21 Hierzu sehr gut Nolte: DIE KRISE . . . , a.a.O., passim.

22 Vgl. Schoenbaum: a.a.O., bes. die Statistiken auf S. 301.

23 Nolte: DIE KRISE, a.a.O., S. 451.

Hier wird auch Noltes Versuch, das faschistische Ideengebäude zu systematisieren, problematisch. Denn diese Inkonsequenz verlangt von einer adäquaten Faschismustheorie die Klärung zweier sozialer und institutioneller Phänomene:

1. der Bedeutung des Fortfalls einer demokratischen Offentlichkeit (im Sinne relativ öffentlich vollzogener, unter demokratischem Legitimationszwang stehender Willensbildungsprozesse und Institutionen) für das Verhältnis zwischen dem Bereich staatlicher Herrschaft und den nach wie vor konkurrierenden gesellschaftlichen Gruppen und Interessen(24).
2. des Wechsels der sozialen Basis des Faschismus nach dem Systemwechsel vom "rebellischen" Mittelstand zum "Ordnungsbürger" (also auch zu den herrschenden Schichten) und die Verstaatlichung der "Bewegung"(25), d.h. der Wechsel von der Massenmobilisierung zur Massenintegration, der sich sowohl in Italien als auch in Deutschland nach der Machterlangung oder — "ergreifung" vollzog(26).

Die beiden Faschismen, die in einem bereits voll oder im wesentlichen durchkapitalisierten Land an die Macht kamen (Italien, Deutschland), durchliefen vier Phasen, deren analytische Trennung bedeutsam ist, auch wenn sie oft gleichzeitig abliefen: 1. Die "Bewegung", die weitgehend "autonom", d.h. aus der Mechanik der kapitalistischen Gesellschaft heraus, entstand; 2. die Phase der politischen Koalitionen mit bürgerlichen und traditionalistischen Kräften (erste Phase des italienischen Faschismus 1922 — 25, Harzburger Front etc.,in Deutschland); 3. die Phase der politischen Entmachtung bürgerlicher Parteien bei gleichzeitiger enger Kooperation mit den gesellschaftlichen Machtgruppen (Industrie, Militär, in Italien die Krone, Kirchen) und die Niederhaltung der "Bewegung" durch die faschistischen Führungsgruppen; 4. die Phase des Aufbrechens der Widersprüche, Konkurrenz und teilweiser Gegnerschaft zwischen den faschistischen Führungsgruppen und ihren Verbündeten.

Für die letzte Phase, die im allgemeinen als Beweis für die Autonomie des Faschismus herangezogen wird, kann man — folgt man der bisherigen sozialgeschichtlichen Forschung — schließen, daß der Faschismus die gesellschaftliche Krise, aus der er entstand, deshalb nicht überwinden konnte, weil es ihm weder gelang, das "gespaltene Haus" (Schoenbaum) der Gesellschaft neu zusammenzufügen, und weil er andererseits die grundlegenden Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft nicht veränderte. Eine nähere Bestimmung der dialektischen Identität von Kapitalismus und Faschismus kann hier nur auf dem Hintergrund der Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen erfolgen. Man könnte für den Faschismus die These prägen(27): der Staat war unfähig, 1. eine in sich einigermaßen ausgeglichene Repräsentation der wesentlichen gesellschaftlichen Interessen auf der Basis der Klassengesellschaft herzustellen und 2. zu verhindern, daß die gesellschaftlich-ökonomische Entwicklung in einer krisenträchtigen und -fördernden Disproportionalität (forciert durch die Rüstungswirtschaft) mündete, an welcher zwar jeweils einzelne Gruppen des Kapitals mehr verdienten als je zuvor, die aber letztlich, weil durch den "totalitä-

---

24 Vgl. dazu die berechtigte Kritik von Iring Fetscher: "Zur Kritik des sowjetmarxistischen Faschismusbegriffs", in: Jasper, a.a.O., S. 162.

25 Vgl. zur Rolle der "Bewegung": Carsten, a.a.O.; Schoenbaum, a.a.O., bes. das Kapitel "Der Staat im Dritten Reich", S. 242 ff.

26 Globke zur Rechtfertigung der Nürnberger Gesetze: "in die Willkür Ordnung bringen".

27 Vgl. Tim W. Mason: "Der Primat der Politik", in: DAS ARGUMENT, 8. Jhg., Nr. 41, Berlin 1966, S. 473 ff.

ren" Staat eine "spontane", mit den Mitteln öffentlicher Willensbildung erreichte, Lösung der Krisen verunmöglicht wurde, die Krise in Permanenz darstellte, deren endgültige "Lösung" allein im Krieg zu finden war(28).

Auch der faschistische Staat war mithin – trotz der äußeren Formunterschiede zum liberal-demokratischen Staat und trotz seiner 'totalitären', das klassische Gewaltmonopol, d.h. den repressiven Charakter des liberalen Staates ins Extrem kehrenden Organisationsform – weder unabhängig disponierendes Subjekt der sozioökonomischen Entwicklung, noch griff er derart in den "autonomen Entscheidungsbereich" der Kapitalgewalt ein, daß er Struktur und Richtung der Kapitalakkumulation hätte bestimmen können. Im Gegenteil, gerade im Faschismus erscheint bis zur Kenntlichkeit verzerrt die allgemeine Tendenz des monopolistischen Kapitalismus, die private Akkumulation ohne Rücksicht auf die Möglichkeiten individueller und kollektiver Konsumtion voranzutreiben, damit jedoch stets Überkapazitäten und latente Überproduktion hervorzubringen, die – und hierfür ist der Faschismus Vorläufer wie (vermittelt) Vorbild – nur durch die staatlich organisierte V e r g e u d u n g u n d D e s t r u k t i o n immer wieder ausgeglichen werden können. Zugleich beinhaltet der Faschismus die allgemeine Tendenz, die Kluft zwischen einer ins uferlose steigenden Produktionsmittelproduktion und der nachhinkenden Aufnahmekapazität des jeweils beherrschten Marktes imperialistisch zu lösen. Die Konkurrenzkämpfe zwischen den einzelnen Kapitalzweigen, die im deutschen Faschismus mit der Erholung von den unmittelbaren Folgen der Weltwirtschaftskrise (um 1935/36) einsetzten, spiegeln einmal diese allgemeine Tendenz wider, zum anderen ist ihre Schärfe jedoch auf die besondere Lage des deutschen Kapitalismus zurückzuführen, dem mit der Niederlage im ersten Weltkrieg sowohl der Zugang zum äußeren Markt weitgehend erschwert war als auch die Verfügung über fremde Ressourcen verloren ging. In diesem Sinne war der Faschismus eine späte Folge des hochimperialistischen Kampfes um die Einflußsphären in der Welt. Gleichwohl trafen diese Reproduktionsschwierigkeiten die einzelnen Kapitalzweige unterschiedlich. Das Kapital war schon längst international geworden. Während die jeweiligen nationalen Staaten auf den Krieg marschierten, liefen die Kontakte, der Handel und selbst die Kartellabsprachen zwischen den einzelnen nationalen Kapitalen "den Umständen entsprechend" ungetrübt weiter. Der aussichtslose faschistische Kampf um die Sicherung der Vorherrschaft des nationalen Kapitals wurde von den expansiven Monopolen zwar einerseits gefördert (aus Gründen der mittels Rüstungsproduktion gesteigerten technischen Entwicklung) andererseits aber bereits zu einem frühen Zeitpunkt unterlaufen. Auf der anderen Seite förderte die spezifische faschistische Politik die Disproportionalität im Bereich des jeweiligen nationalen Kapitalismus und damit die Unmöglichkeit, zwischen den verschiedenen Kapitalzweigen einen "Interessenausgleich" herzustellen. Mit der Unterdrükkung der Arbeiterschaft und der Niedrighaltung der Lohnkosten war jedoch nur eine Seite des Klassenauftrages des Faschismus erfüllt. Die andere Seite betraf die Stärkung des Staates gerade zur Lösung der Widersprüche zwischen den in der seit Ende des 1. Weltkrieges anhaltenden Krise nicht mehr zu integrierenden Einzelkapitalien. Der Parlamentarismus hätte einer weiteren Integration der Arbeiterbewegung unter sozialdemokratischen Vorzeichen kaum im Wege gestanden. Er zerbrach erst endgültig dort, wo "die bürgerlichen Kapitalinteressen in ihrer sprengenden Gegensätzlichkeit auch das Parlament sprengten und den 'einheitlichen staatlichen Willen' notwendig" machten(29). Aber gerade durch den Fortfall der die Konkurrenzkämpfe wenigstens zum

28 Vgl. Dieter Grosser: "Die nationalsozialistische Wirtschaft", in: DAS ARGUMENT, Nr. 32, 7. Jhg., Berlin 1965; Arthur Schweitzer: BIG BUSINESS IN THE THIRD REICH, Bloomington 1964; Hans-Manfred Bock: "Das faschistische Modell", in: EINFÜHRUNG IN DIE POLITISCHE WISSENSCHAFT, hrsg. von Abendroth und Lenk, Berlin und München 1968.

29 Vgl. Elmar Altvater: Einleitung zu Eugen Varga: DIE KRISE DES KAPITALISMUS UND IHRE POLITISCHEN FOLGEN, Frankfurt/M. 1969, bes. S. XXI ff.; "Revolutionäre Aktionsstrategie und revisionistische Staatstheorie", in: GEGEN DEN STROM, a.a.O., bes. S. 19 - 23. Vgl. zur Konkurrenz der einzelnen Kapitalgruppen auch Jürgen Kuczynski: STUDIEN ZUR GESCHICHTE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS IN DEUTSCHLAND 1918 bis 1945, Berlin (DDR), 1963, Bd. 16 "Lage der Arbeiter".

Teil vermittelnden Öffentlichkeit und deren Verlagerung in die Büros der Ämter und Parteistellen wurde die ökonomische Entwicklung in ihrer Gesamtheit immer unkontrollierbarer, womit einer exzessiven Ausbreitung der in der Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus angelegten Disproportionalität sowie der Ausdehnung gerade der expansivsten Kapitalgruppen (IG-Farben) kaum ein Hindernis mehr entgegenstand. Diese Disproportionalität läßt sich ökonomisch-organisatorisch in der "pluralistischen" Struktur der faschistischen Herrschaft nachweisen. Die Konkurrenz wurde tendenziell unendlich in die Bereiche der staatlichen Herrschaft hineinverlängert (in Italien zeigte sich dieser Verfall anders als in Deutschland: in einer Spannung während des Krieges zwischen enger Verbindung und Gegnerschaft zum NS, sowie Versuchen, sich aus der deutschen Umklammerung zu lösen. Für Deutschland ließe sich nach einer Öffnung der Konzernarchive sicherlich nachweisen, daß längst vor Kriegsende das deutsche Kapital insofern vor dem produktiveren amerikanischen kapitulierte, als es bereit war, nach dem Krieg seine übersteigerten imperialistischen Ambitionen aufzugeben und den Weg der imperialistischen Kooperation zu gehen, wie er dann in der Ära des Kalten Krieges stattfand. Selbst diese Tendenz schlug sich noch in den verzweifelten Versuchen der faschistischen Führer nieder, zu einer Generaloffensive des Kapitalismus gegen die Sowjetunion aufzurufen).

Die Versuche der faschistischen Partei (-führung), diese Widersprüche integrativ zu überwinden, scheiterten schon daran, daß es ihr 1. nicht gelang, den Staatsapparat tatsächlich zu besetzen, sie im Gegenteil in Deutschland gezwungen wurde, ein System von Nebenorganisationen aufzubauen (die ihrerseits erneut konkurrierten), in Italien vom Staatsapparat 'geschluckt' wurde; 2. diese Integrationsleistung im wesentlichen propagandistischer Art, eine sprachliche Revolution war, die sich zunehmend von der sozialen Realität entfernte(30).

---

Offensichtlich entspricht der Zyklizität der kapitalistischen Entwicklung im Bereich der Ökonomie eine Zyklizität der politischen Herrschaftsformen. Die Probleme, welche die Große Koalition hervorbrachten und welche sie zu lösen hatte, sind von großer struktureller Ähnlichkeit jenen Problemen, die sich u.a. aus der kapitalistischen Konkurrenz etwa im Faschismus für den Staatsapparat ergaben.

Jene Theoretiker, die wie Claus Offe ("Politische Herrschaft und Klassenstruktur. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme", in: POLITIKWISSENSCHAFT a.a.O., bes. S. 175 ff.) ebenso wie im allgemeinen die Theorie des "staatsmonopolistischen Kapitalismus" von einem konsistenten Staatsapparat ausgehen, werden gegenwärtig von den Technokraten im Bundeskanzleramt widerlegt, welche sich darüber beklagen, daß es im Bereich des Apparates "Autarkietenzen" gibt, welche "die immer wieder festzustellende Gefahr der Desintegration" verstärken (vgl. SPIEGEL, Nr. 35 vom 25.8.69, S. 25 ff.). Die Aufgabe einer materialistischen Analyse bestünde darin, nicht die Fähigkeiten des Apparates aufzuspüren, solche Konflikte mit Hilfe von Datenverarbeitungsanlagen und Reorganisationen des Apparates zu meistern (crisis management, Vermeidungsstrategie, Defensivmechanismen), sondern die auf der Hand liegende Unfähigkeit hierzu zu erklären (vgl. Schiller-Strauß-Kontroverse). Wichtig wäre auch eine Untersuchung der Funktion der Sozialdemokratie bei solchen Versuchen der Rationalisierung des Kapitalismus. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung von H. Kolbe (EINHEIT, Nr. 11/1968), daß das Monopolkapital in der "r e l a t i v e n S e l b s t ä n d i g k e i t des Staates gegenüber den e i n z e l n e n Monopolgruppen, der e i n z e l n e n Finanzgruppe eine gewisse Gefahr sieht, solange die oppositionellen Kräfte der SPD nicht restlos auf den Kurs der rechten Führer gebracht sind" (zit. nach: BILANZ DER "GROSSEN KOALITION", Sonderheft der DWI-Forschungshefte, 1969, S. 8. Hervorhebungen vom Verf.). Inwiefern das kapitalistische "System" durch die Erfahrungen mit dem Faschismus "gelernt" hat, d.h. wie weit jene Bedingungen, "die in der bürgerlichen Gesellschaft zum Faschismus geführt haben" andere geworden sind, "w e i l die bürgerliche Gesellschaft durch den Faschismus" gegangen ist und "dabei die Bedingungen des Überganges des Rechtsstaates zum faschistischen Staat verändert hat" (Agnoli, a.a.O., S. 27 (I)) kann nur geklärt werden, wenn die Veränderungen der Subjekt-Objekt-Dialektik im monopolistischen Kapitalismus unter den Bedingungen der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals konkret-historisch nachvollzogen wird. Die objektiven Grenzen kapitalistischer Systemsteuerung liegen jedoch nach wie vor a) in der systemimmanenten Konkurrenz der Einzelkapitale und b) in der Fähigkeit einer revolutionären Arbeiterbewegung zur Politisierung des Antagonismus (vgl. Fritz Kumpf: PROBLEME DER DIALEKTIK IN LENINS IMPERIALISMUS–ANALYSE, Berlin (DDR) 1968, S. 184 ff.; GEGEN DEN STROM, a.a.O., S. 27 ff.; Johannes Agnoli: "Thesen zur Transformation der Demokratie und zur außerparlamentarischen Opposition", in: NEUE KRITIK, Nr. 47, April 1968).

30 Vgl. Schoenbaum, a.a.O., passim.

In die Diskussion über die Heteronomie oder Autonomie des Faschismus wären deshalb wieder die älteren, leider nur am Rande der Diskussion um den Faschismus wiederaufgenommenen Ansätze und Konzeptionen des faschistischen "Doppelstaates"(31) und/oder der "Verselbständigung des Staates"(32) gegenüber den weiterbestehenden Bedingungen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft einzubringen. Die Konzeption des Doppelstaates kennzeichnet die faschistische Herrschaft verfassungspolitisch als ein Nebeneinander von "Normenstaat" und "Maßnahmestaat", welcher einerseits die tradierten Normen der Gesellschaft beibehielt, andererseits aber ad-hoc (unter Berufung auf den Führerwillen) in dieses Normengefüge eingriff ohne Beachtung der zur Aufrechterhaltung der relativen Einheitlichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung notwendigen Einheit des Rechtes, welche ja gerade die Errungenschaft des liberalen Staates und damit ursprünglich die Existenzbedingung des sich entwickelnden Kapitalismus darstellte.

Der Übergang von einer Form des Kapitalismus, in welcher mittels der Konkurrenz immer wieder die Profitraten zwischen den einzelnen Kapitalzweigen ausgeglichen wurden, sich somit kein Einzelkapital einen Produktivitätsvorsprung über längere Zeit aufgrund der Monopolisierung von technischen Möglichkeiten und Absatzmärkten sichern konnte, zu jener Form, die monopolistische genannt werden darf, weil es nun grundsätzlich möglich ist, Märkte wie Produktivitätsvorsprünge über längere Zeiträume zu fixieren, untergrub die Grundlage dieses Rechtssystems. Die Funktionen seiner Allgemeinheit: Verhüllung der Herrschaft des Bürgertums, die Berechenbarkeit des ökonomischen Systems für alle Einzelkapitalisten und ein Minimum an Freiheit und Gleichheit, verändern sich, wenn durch die Tendenz zum Monopol auch zwischen den Fraktionen des Bürgertums Ungleichheiten fixiert werden (Profitratengefälle) und der Klassenkampf das Bürgertum dazu zwingt, dem Proletariat gegenüber die citoyen-Illusion der Gleichheit aufzugeben oder in ein neues System der Behandlung von kategorischen Ungleichheiten zu transformieren ("Pluralismus" oder "Sozialadäquanz"). "In einem System, das monopolistisch organisiert ist, kann das generelle Gesetz nicht herrschen... Die individuelle Maßnahme ist dann die allein sachgerechte Äußerung des Souveräns"(33). Dieser Dualismus zwischen Generalität und Einzelmaßnahme ist im Faschismus übersteigertes Resultat des geschilderten gesellschaftlichen Desintegrationsprozesses, der die letztverbindlichen Entscheidungen in zentralen Fragen einerseits zunehmend auf die oberste Instanz des Führers verschob, andererseits die Verschärfung des Terrors vor allem gegen "Regimegegner" und in den besetzten Gebieten bedingte, d.h. den Versuch der Staats- und Parteibürokratie, die Widersprüche zu externalisieren.

Die These von der Verselbständigung der Staatsgewalt wurde bereits vor der Machtergreifung das Nationalsozialismus von dem kommunistischen (oppositionellen) Theoretiker Thalheimer entwickelt. Überhaupt ist hier anzumerken, daß die frühen marxistischen Arbeiten (Trotzki, Zetkin, die Stellungnahme der italienischen kommunistischen Emigranten von 1926; später Sering) die besten theoretischen Ansätze zur Klärung des Faschismusproblems bieten. Die Verselbständigungthese geht aus von der Marx'schen Analyse des Bonapartismus. Ihr Kern besteht

---

31 Vgl. Ernst Fraenkel: THE DUAL STATE, New York und London 1941.

32 Vgl. die neu herausgegebenen Schriften der marxistischen Theoretiker O. Bauer, H. Marcuse, A. Rosenberg und A. Thalheimer, in: Wolfgang Abendroth (Hrsg.): FASCHISMUS UND KAPITALISMUS, Frankfurt/Main 1967. Zum Begriff der "Verselbständigung" vgl. Thalheimer, a.a.O., S. 19. Schoenbaum bestimmt (leider nicht analytisch konsequent) den Faschismus als "doppelte Revolution", "zweigesichtiges Staatsgebilde".

33 Franz Neumann: "Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft", in: ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALFORSCHUNG, Jg. 6, 1937, S. 576/7. Zur Theorie des monopolistischen Kapitalismus vgl. Baran/Sweezy: MONOPOLKAPITAL, Frankfurt/M. 1967; V.M. Bader, H. Ganssmann, W. Goldschmidt u. B. Hoffmann: "Zur Kritik an Barans und Sweezys Theorie des Monopolkapitalismus", in: DAS ARGUMENT, 11. Jg., Nr. 51, S. 95 ff; Altvater, a.a.O., S. XXII ff.

in einer Betonung des Unterschiedes der gesellschaftlichen Herrschaft der kapitalistischen Machtträger und dem Bereich der politischen Herrschaft. Danach herrscht "das Kapital" politisch seit der Mitte des letzten Jahrhunderts nicht mehr direkt, sondern mit der Entstehung der oppositionellen und revolutionären Arbeiterbewegung übernehmen immer mehr die Institutionen des Staates als relativ abgehobener besonderer politischer Gewalt – vor allem unter den Bedingungen des allgemeinen Wahlrechts und eines relativen politischen Klassengleichgewichtes – die Funktion der vermittelten Herrschaft, welche gleichwohl in Krisenzeiten die demokratischen Formen abstreifen und zur direkten Unterdrückung übergehen kann. Andererseits verleitet gerade das Abstraktwerden der Klassenherrschaft (etwa in der Form der allgemeinen Gesetze, auch wenn diese das Eigentum schützen) die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zu der Illusion, der Staat als Vertreter des Allgemeinen könne zur friedlichen Transformation der kapitalistischen Gesellschaft instrumentalisiert werden. Diese Illusion macht die Arbeiterklasse auch zur politischen Basis der kapitalistischen Entwicklung und schwächt ihre Abwehrkräfte gegen die Bestrebungen der Konterrevolution, nach einem gescheiterten Revolutionsversuch (wie 1918 in Deutschland und 1922 in Italien) die gleichwohl durch diesen Versuch errungenen demokratischen Formen und gesellschaftlichen Rechte der Arbeiterklasse (etwa auf dem Gebiet der Lohnpolitik) rückgängig zu machen(34). Andererseits ist die soziale Basis der kapitalistisch herrschenden Klasse mit der Konzentration und Zentralisation des Kapitals immer schmaler geworden, so daß sie auf die – ihre Herrschaft – vermittelnde Funktion der Zwischenschichten angewiesen ist. Die Beziehungen zwischen der herrschenden Klasse, die in sich wiederum in Konkurrenz liegt und in Krisenzeiten zeitweilig auseinanderbricht, und diesen Zwischenschichten wird durch folgende Momente problematisiert:

1. Diese Zwischenschichten werden ihrerseits vom Großkapital – wenn z.T. auch über abstrakte Formen wie den Kredit – ausgebeutet, entwickeln von Zeit zu Zeit also Bewegungen, welche durchaus antikapitalistische Züge tragen;
2. Die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft führen zu einem langsamen (in akuten Krisenzeiten allerdings beschleunigten) Untergang der ökonomischen Selbständigkeit dieser Schichten und die Bildung neuer Schichten (Angestellte);
3. Die Zwischenschichten gleichen sich aber vom Statusbewußtsein(35) her der "Gesellschaft der Eigentümer" an und haben die Arbeiterbewegung in einem direkten Sinn zum Gegner – sei es in Gestalt gewerkschaftlicher Lohnforderungen, sei es in der Form der eigenen – absehbaren – proletarischen Zukunft.

In der klassischen Formulierung von Karl Marx kann man ihre Situation so ausdrücken:

> "Hier tritt uns eine Eigentümlichkeit entgegen, die charakteristisch ist für eine Gesellschaft, in der eine Bestimmtheit der Produktionsweise v o r h e r r s c h t , o b g l e i c h n o c h n i c h t a l l e P r o d u k t i o n s v e r h ä l t n i s s e d e r s e l b e n u n t e r w o r f e n sind. . . . Der unabhängige Bauer oder Handwerker wird in zwei Personen zerschnitten. Als Besitzer der Produktionsmittel ist er Kapitalist, als Arbeiter ist er sein eigener Lohnarbeiter . . . er exploitiert sich selbst . . . (er wird) selbst in sich g e s p a l t e n."(36)

Die kommunistische Faschismustheorie hat diese Zwischenschichten vorschnell unter den abstrakten Begriff des Kleinbürgertums subsumiert und in der Verengung ihres Angriffes auf die sozialdemokratischen Führer den Einfluß der "Staatsloyalität" auf weite Kreise der Arbeiterschaft weit unterschätzt. Sozialdemokraten und Kleinbürger wurden für bündnisunfähig erklärt und erst wieder nach 1933 "entdeckt". Zweifelsohne hat jedoch gerade die bolschewistische Revolution als unspezifische Bedrohung auch noch in jener Zeit, als von den Arbeiterparteien keine Revolution zu erwarten war, abschreckend auf das gesamte "Bürgertum" gewirkt, so daß Nolte mit Recht

---

34 Vgl. zu diesem Komplex die Aufsätze in: GEGEN DEN STROM, 1969 a.a.O.

35 Zu den sozialpsychologischen Folgen, die sich hieraus ergeben, vgl. Wilhelm Reich: MASSENPSYCHOLOGIE DES FASCHISMUS, Kopenhagen 1934.

36 Karl Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, MEW, Bd. 26.1, Berlin 1965, S. 383 f. (Unterstreichungen von mir, B.B.).

– wenn auch einseitig – formuliert: Es gibt "ohne Marxismus keinen Faschismus". Nolte hat auch dort recht, wo er feststellt, daß es jenen "chemisch reinen 'Kapitalismus'" nicht gegeben habe, "von dem die marxistische Theorie" ausging(37). Es war allerdings nicht "die" marxistische Theorie, welche den Kapitalismus 'chemisch rein' diagnostizierte, sondern deren spezifische Verengung, wie sie schon mit dem Vulgärmarxismus der II. Internationale einsetzte und sich später im Stalinismus reproduzierte. Es geht auch hier nicht etwa um das von Theologen und Philosophen wiederaufgegriffene "Entfremdungsproblem", sondern um den methodisch grundlegenden Ansatz von Marx, der die kapitalistische Entwicklung als ungleichmäßige oder ungleichzeitige interpretiert: das Kapital ist zwar die bestimmende Kraft und seine Bewegungsgesetze sind die "vorherrschenden", aber keineswegs die allein herrschenden.

Die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung – von kommunistischen Faschismustheorien im Anschluß an Lenins Imperialismustheorie immer nur auf die zwar wesentlichen Verhältnisse zwischen den kapitalistischen Staaten bezogen, was von der Imperialismustheorie bislang nicht weiter verfolgt wurde – wurde zuerst wieder von Ernst Bloch, 1934, zur Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung im Umkreis des Faschismus herangezogen: für ihn besteht die objektive Ungleichzeitigkeit in dem "Weiterwirken älterer, wenn auch noch so durchkreuzter Verhältnisse und Formen der Produktion, sowie älterer Überbauten." Sie umgreift also "untergehende Reste wie vor allem unaufgearbeitete Vergangenheit, die kapitalistisch noch nicht 'aufgehoben' ist"(38). Die Ambivalenz der Zwischenschichten – die individuell auszutragende und noch unentschiedene Dialektik des Kapitalverhältnisses – ist die Ambivalenz und Gespaltenheit der faschistischen Bewegungen ebenso wie der faschistischen Systeme. Das klassische – nach 1945 wieder entstehende – Verhältnis des Kapitals zu diesen Zwischenschichten bestand in der Vermittlungsfunktion der in zahlreiche Interessengegensätze zergliederten, als eine Klasse überhaupt nie existierenden, sondern immer hin- und hergerissenen Gruppen. Ihre partiellen Interessengegensätze gaben den Stoff ab, mit dem der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit in einem demokratisch-pluralistischen System zergliedert, gemildert und neutralisiert werden konnte. Diese Funktion wird nun keineswegs in direkter Abhängigkeit ausgeübt, sondern resultiert aus den geschilderten objektiven Strukturgründen. Erst in der akuten Krise geraten diese Schichten in Bewegung und werden in den Faschismen zu einer autonomen politischen Kraft, deren Autonomie jedoch mit dem Moment der Machterlangung gebrochen wird, gleichwohl als Möglichkeit weiter existiert. Es ist bezeichnend, daß die faschistischen Führungsgruppen einerseits die 'revolutionären' Bestrebungen der 'linken' (im Sinne bestimmter Zielsetzungen gesellschaftsverändernder Art) Gruppierungen des Faschismus recht bald unterdrückten, daß die sozialen Versprechungen aber weiterhin virulent blieben. Diese Virulenz brach dann unter der Herrschaft der Faschismen immer wieder durch, wurde aber von den Führungsgruppen einerseits als "Abschreckungsmittel" gegen die kapitalistischen und traditionellen Herrschaftsträger instrumentalisiert(39), waren aber andererseits nicht endgültig zu befrieden, zumal die ökonomische Entwicklung total gegen die Interessen der Bewegung ging. Hier war allein der Krieg ein Ausweg, ein Ausweg allerdings, der sich in den "Planungen" Hitlers nur als allgemeine Tendenz, nicht als autonomer "Führerwille" ausdrückte, denn "nur der Krieg macht es möglich, die sämtlichen technischen Mittel der Gegenwart unter Wahrung der Eigentumsverhältnisse zu mobilisieren" (Walter Benjamin)(40). Der Krieg war diese Möglichkeit für den (deutschen) Faschismus besonders des-

37 Nolte: DIE KRISE . . . , S. 64. Die Fehler und Ursachen der kommunistischen Agitation und Propaganda in der Zeit zwischen den Weltkriegen harren einer materialistischen Bearbeitung. Offensichtlich läßt sich erst durch eine solche Arbeit das traumatische Moment der "Revisionismus-Debatte" auflösen.

38 Ernst Bloch: ERBSCHAFT DIESER ZEIT, Frankfurt/M. 1962, S. 104 ff.

39 Schoenbaum, a.a.O., S. 339.

40 Zu einem ähnlichen Schluß kommt auch Nolte, vgl. DER FASCHISMUS IN SEINER EPOCHE, a.a.O., S. 470 f.

halb, weil sich nur mittels des Versprechens einer extraordinären Stellung des deutschen Kapitalismus nach einem Sieg, der die Herrschaft über ausbeutbare Regionen und Arbeitskräfte endgültig gesichert hätte und von welchem deshalb – ähnlich wie im britischen Hochimperialismus und noch heute in den meisten kapitalistischen Ländern, die eine metropolähnliche Stellung innehaben – auch die Kleinkapitalisten und die Arbeiterschaft profitiert hätten, die Massenloyalität über längere Zeit sichern ließ. (Diese "sozialimperialistische" Struktur auch des Faschismus stellt ihn in die allgemeine Entwicklung des Kapitalismus und legt Analogien bis zur Aufwertungsdebatte in der Bundesrepublik nahe.)

In diesem Bezugsrahmen allein ist auch der Antisemitismus zu interpretieren. Daß er im italienischen Faschismus erst in einer späten Phase wichtig wurde ( wichtiger als man gemeinhin unter dem erschütternden Eindruck des KZs annimmt), kann kaum als zureichender Grund für die begriffliche Unterscheidung von NS und Faschismus dienen(41), verweist vielmehr auf das abschließende Problem: der engen Beziehung zwischen dem Grad der Industrialisierung der Gesellschaft (in kapitalistischer Form) und der Entstehung und Machtergreifung des Faschismus.

Der Versuch, die als dialektischer Gegenpol zur kapitalistischen Industrialisierung entstandene Möglichkeit der revolutionären Emanzipation zunächst des Proletariats gewaltsam abzuschaffen (Agnoli), führte im Faschismus zur zeitweiligen Herrschaft vorindustrieller Bewußtseinsformen über die Politik mindestens in dem Sinne, daß die Überlagerung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft durch ein Konglomerat vorkapitalistischer Ideologeme jede auch nur systemrationale Selbstkorrektur zur Sicherung der erweiterten Reproduktion der Gesellschaft verunmöglichte. Der Grad der Gewalt gegen die Emanzipationsbewegungen (als deren rassistische Interpretation das Bild des "Juden" diente) bestimmte sich nach dem Grad der Entfaltung der Produktivkräfte (technische Möglichkeiten ebenso wie kollektive menschliche Fähigkeiten) als Befreiungsmöglichkeit und ihrer Perversion zu Destruktionskräften. Aus dieser Sicht liegt eine Beschränkung des Begriffes Faschismus auf die Länder nahe, welche weitgehend industrialisiert waren, wenigstens in dieser Hinsicht, daß die Industrialisierung als reale Möglichkeit und unmittelbare Zukunft auch der vorkapitalistischen Schichten und Regionen erschien. Es gab zwar zahlreiche faschistische Bewegungen, aber nur zwei faschistische Systeme, die aus eigener Kraft an die Macht kamen. Die Interpretation der kapitalistischen Entwicklung als u n g l e i c h m ä ß i g e gibt auch das Kriterium für die Erklärung, warum es in so hochindustrialisierten Gesellschaften wie England und USA als Folge der Wirtschaftskrise von 1929/33 keinen Faschismus als System gab – wenn der Begriff der Ungleichmäßigkeit nicht verengt ökonomistisch verwendet wird. Der Faschismus war demnach kein notwendiger Schritt "der" bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, sondern resultierte aus zahllosen Besonderheiten und Krisenmomenten, welche ihrerseits jedoch aus dem Allgemeinbegriff des Kapitalismus zu entfalten sind. Umgekehrt förderte der Faschismus jedoch allgemeine Tendenzen des monopolistischen Kapitalismus zu Tage, welche mit den Besonderheiten und Krisen, welche ihn als historisch-spezifische Herrschaftsform(42) hervorgebracht haben, nicht verschwunden sind. Selbst wenn man also zu dem Schluß kommen sollte, daß eine neue diktatorische Organisationsform der politischen Herrschaft im Kapitalismus nicht mehr Faschismus genannt werden sollte, so stünde sie doch in der gleichen Tradition wie dieser.

---

41 Zum Antisemitismus allgemein: H. Huss und A. Schröder (Hrsg.): ANTISEMITISMUS – ZUR PATHOLOGIE DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT, Frankfurt/Main 1965; zur Judenvernichtung vgl. das bislang beste Buch von Raul Hilberg: THE DESTRUCTION OF THE EUROPEAN JEWS, Chikago 1961, das – wie auch die wichtigsten ökonomischen Analysen von Neumann, Guerin, Bettelheim und Schweitzer – bislang noch nicht auf deutsch vorliegt.

42 Insofern sind auch Aussagen wie die folgende problematisch, wenn nicht gar nichtssagend: "Solange die monopolkapitalistischen Herrschaftsverhältnisse bestehen, wird es faschistische Diktaturen und Kriege geben"; GEGEN DEN STROM, 1969, a.a.O., S. 8.

# Frank Unger

# New Left in Grossbritannien

Großbritannien ist eines der wenigen kapitalistischen Länder des Westens, in denen eine studentische Bewegung anti-kapitalistischen Inhalts nicht so recht auf die Beine kommen will. Zwar gibt es hin und wieder Sit-Ins, Protestmärsche, Demonstrationen – aber von einer Kontinuität, einem Ausnutzen gewonnener Positionen, einer beobachtbaren Entwicklung der Formen und Inhalte des politischen Bewußtseins und der politischen Arbeit kann keine Rede sein. Hier und dort zuckt es: 800 Studenten oder mehr lassen sich zu einem Sit-In nieder und schrecken die Autoritäten mit militanten, meist unmittelbare Interessen betreffenden Forderungen – aber nachdem es sich ausgezuckt hat, sind die Lethargie und der Katzenjammer um so größer. 1968/69 gab es Sit-Ins oder ähnliche Veranstaltungen in Leicester, Birmingham, Essex, Hull, Bristol und Glasgow – um nur ein paar zu nennen – ohne, daß sich daraus an den betreffenden Universitäten irgendwelche Folgen ergeben hätten, ausgenommen, daß die einzelnen "Socialist Societies" (offiziell zugelassene politische Gruppierungen im Rahmen der offiziellen Students' Unions) jeweils einen Strauß neuer zahlender Mitglieder begrüßen konnten. Weiterhin lebt das Sit-In für geraume Zeit in der Erinnerung an seine sozialisierende Wirkung in den Köpfen der individualisierten und durch ständigen Examensdruck frustrierten Studenten, die aber trotzdem keine andere Alternative sehen, als diesem Druck nachzugeben – schon um der Erhaltung ihres staatlichen grants wegen, das eben an formale Leistungskriterien geknüpft ist und ohne das die überwiegende Mehrzahl der Studenten verloren ist.(1)

Unter diesen Bedingungen und angesichts der Tatsache, daß die Fluktuationsrate an britischen Universitäten unvergleichlich höher ist als in Westdeutschland (praktisch wird in jedem Jahr ein Drittel der Studentenpopulation an den einzelnen Universitäten "ausgetauscht"), ist es eigentlich weniger verwunderlich, daß es eine politische Kontinuität auf der radikalen Linken so schwer hat. Auf der anderen Seite ist die große Ausnahme unter den britischen Universitäten, die London School of Economics and Political Science (LSE), gerade dadurch charakterisierbar, daß ihr hoher Anteil an postgraduates eine relativ große personelle Kontinuität garantiert. Die weitere Tatsache, daß an der L S E ein traditionell hoher Prozentsatz ausländischer Studenten studiert, hauptsächlich aus englischsprachigen Überseeländern (USA, Südafrika, Rhodesien, Kanada, auch Indien und Pakistan und anderen "Commonwealth"–Ländern), der nicht dem domestizierenden und kastrierenden Einfluß englischer frühkindlicher und schulischer Sozialisation ausgesetzt war, macht "soziologisch" plausibel(2), wieso einzig an der LSE studentisches Bewußtsein einem relativ kontinuierlichen Prozeß in Richtung auf die Stufe der bedeutenden kontinentaleuropäischen Bewegungen folgt.

---

1 Der britische undergraduate erhält ein Stipendium von seiner Heimatgemeinde, wenn er die Zulassung zu einer Universität nachweisen kann. In der Regel wird er von seinen Eltern nicht unterstützt. "Versagt" er an der Universität, stellt die Gemeinde die Zahlung ein.

2 Über die Logik und die Implikationen sogenannter "soziologischer" Erklärungsversuche der Studentenrebellion wird im folgenden noch zu sprechen sein. Für eine mehr oder weniger unkritische Bestandsaufnahme vgl. Tom Burns: "Paper given to the SSRC–Conference 'Unrest in Higher Education' at the University of Sussex, July 68", veröffentlicht in: SOCIAL SCIENCE RESEARCH COUNCIL–NEWSLETTER, November 1968.

Diese Tatsache des "Nachhinkens" der britischen Studenten(3) hinter ihren französischen, italienischen, westdeutschen und US-amerikanischen Kommilitonen ist auf den ersten Blick umso erstaunlicher, als hier Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre mit der Campaign for Nuclear Disarmament (CND) sozusagen die Mutterbewegung der weltweiten "Neuen Linken" entstanden war – zu einer Zeit, als in West-Berlin noch die Fluchthelfer die einzigen politisch aktiven Studenten waren. Damals kamen US-amerikanische Studenten nach Großbritannien, um Formen des zivilen Ungehorsams und der Massenorganisation zu erlernen – eine Tatsache, die heute, angesichts der fortgeschrittenen Formen und Inhalte der US-amerikanischen Studentenbewegung einerseits und der Stagnation der CND-Bewegung auf der Stufe liberalen Moralisierens andererseits, beinahe unglaublich erscheint.

An Versuchen, eine Studentenbewegung kontinentaleuropäischen Zuschnitts in Großbritannien gewissermaßen "von oben" einzuführen, fehlt es nicht. In jüngster Zeit hat die Gruppe um die Zeitschrift NEW LEFT REVIEW sich zum theoretischen Sprecher der noch nicht existierenden Bewegung gemacht und neben vielen Artikeln in der Zeitschrift selber ein Taschenbuch herausgebracht, das den Versuch darstellen soll, bisher Erreichtes zu analysieren, eine Theorie der Studentenrebellion zu liefern und gleichzeitig eine Strategie für die Zukunft vorzulegen.(4) Die Herausgeber legten Wert darauf, daß hauptsächlich diejenigen, die sich bereits als Aktivisten hervorgetan hatten, in dem Buch zu Worte kamen: David Adelstein (LSE), Tom Fawthrop (Hull), David Triesman (Essex), Tom Nairn (Lecturer in Hornsey Art College) sind Leute, um die sich studentische Aktionen (Sit-Ins, Besetzungen etc.) in ihren Colleges zentriert hatten. Hier wurde ihnen Gelegenheit gegeben, auch ihre "wissenschaftliche" Qualifikation nachzuweisen, was einige merkwürdige Resultate hervorbrachte.

Zunächst: der bedeutendste Beitrag des Buches ist ein Nachdruck aus der Jubiläumsnummer der NEW LEFT REVIEW (Nr. 50) aus der Feder des Herausgebers Perry Anderson, betitelt "Components of the National Culture". Anderson verfolgt hier sein Grundthema: die Abrechnung mit der britischen intellektuellen Kultur, zu deren Aufarbeitung eine "Wissenssoziologie" unbrauchbar wäre – "what is needed here is a sociology of ignorance", meint Anderson – verbunden mit dem Versuch, endlich das in Großbritannien einzuführen, was nach Anderson's Auffassung alle bedeutenden kontinentaleuropäischen Länder haben: nämlich eine Tradition kritischer Theorie mitsamt ihren Trägern, einer Kultur dissidenter Intellektueller.(5)

Zwar gibt es in England eine Tradition der literarischen Sozialkritik(6), aber diese war unfähig, ein konzeptuelles System zu schaffen. Mehr noch: Anderson konstatiert, daß die britische Kultur die einzige unter den bedeutenderen kapitalistischen Ländern des Westens ist, die keine klassische

---

3 Dieses "Nachhinken" trifft nicht zu auf die Studenten in Nord-Irland, wo eine andere politische Gesamtsituation herrscht als in Großbritannien. Vgl. dazu: Pete Gibbon/Frank Unger: "Nord-Irland – 3. Welt in der Metropole", in: Sozialistische POLITIK, Nr. 2, Juni 1969 und Pete Gibbon: "The Dialectic of Religion and Class in Ulster" in: NEW LEFT REVIEW, Nr. 55, Juni 1969.

4 "STUDENT POWER" PROBLEMS, DIAGNOSIS, ACTION, ed. by Alexander Cockburn and Robin Blackburn, Penguin Special, 1969.

5 An diesem Thema u.a. entzündete sich der Konflikt zwischen der "Old New Left", die aus der CND–Bewegung hervorgegangen war, und der neomarxistischen "New New Left", der in den Auszug der alten Redaktionsmitglieder gipfelte. Besonders der orthodox-kommunistische Historiker E.P. Thompson nahm die Polemik mit Anderson und Tom Nairn auf. Für denjenigen, der die Diskussion nachlesen will: In den NLR-Nummern 17–28 schrieben Anderson und Nairn eine Reihe von Artikeln, die sich mit dem Bewußtseinsstand der britischen Linken und den historischen Ursachen dafür befaßten: P. Anderson: "Origins of the Present Crisis", NLR Nr. 23; T. Nairn: "The English Working Class", NLR Nr. 24; ders.: "The British Political Elite", NLR Nr. 23; "The Anatomy of the Labour Party", NLR Nr. 27–28. E.P. Thompson schrieb daraufhin eine polemische Kritik: "The Peculiarities of the English", veröffentlicht in: SOCIALIST REGISTER, ed. by John Saville and Ralph Miliband, 1965. Dem setzte Anderson eine Verteidigungspolemik entgegen: "The Myths of E.P. Thompson", NLR Nr. 35.

6 Für eine Bestandaufnahme siehe Raymond Williams: CULTURE AND SOCIETY, London 1958.

bürgerliche Soziologie hervorgebracht hat. Diesen unleugbaren Tatbestand schreibt er der Tatsache zu, daß die Herausforderung, auf die die klassischen kontinentaleuropäischen Soziologien eines Max Weber, eines Durkheim und Pareto die Erwiderung waren, in Großbritannien niemals bestand: eine revolutionäre sozialistische Bewegung mit der dazugehörigen wissenschaftlichen Legitimation einer totalisierenden Theorie. Bekanntlich gab es in Großbritannien das gesamte neunzehnte Jahrhundert hindurch keine organisierte politische Partei des Proletariats. Dementsprechend gab es auch keine radikale "Intelligentsia", die die Gesellschaft als Ganzes infrage stellte. Der Kastencharakter des britischen sozialen Gefüges sorgte dafür, daß auch die führenden Intellektuellen des Landes stets aus der gleichen (oberen) sozialen Schicht stammten und meist auch noch mit den politischen Führern verwandt und verschwägert waren.(7) Erst in jüngerer Zeit tauchen andere Namen auf, und diesen widmet Anderson einen größeren Abschnitt seiner Untersuchung.

Angesichts der Tatsache, daß Großbritannien kein klassisches Emigrantenland ist, wie etwa die USA, bildet der Umstand, daß praktisch die gesamte intellektuelle Kultur des Landes zwischen den Kriegen und in jüngster Zeit von Emigranten bestimmt wurde, ein erstaunliches Phänomen. Anderson bietet folgende Liste von auch auf dem Kontinent als "britische" Denker bekannten Leuten mit Disziplin und Ursprungsland an:

| | | |
|---|---|---|
| Ludwig Wittgenstein | Philosophie | Österreich |
| Bronislaw Malinowski | Anthropologie | Polen |
| Lewis Namier | Geschichtswissenschaft | Polen |
| Karl Popper | Philosophie und Sozialphilosophie | Österreich |
| Isaiah Berlin | Politische Theorie | Rußland |
| Ernst Gombrich | Aesthetik | Österreich |
| Hans Jürgen Eysenck | Psychologie | Deutschland |
| Melanie Klein | Psychoanalyse | Österreich |

Diese Denker sind generell unter einen Nenner zu bringen: sie brachten den "British Way of Life" auf den Begriff. Als politische Opfer des unruhigen Kontinentaleuropas wählten sie Großbritannien als die Zufluchtsstätte vor dem, was sie in ihren Heimatländern verabscheuten: Aufruhr, Konflikt, Klassenkämpfe, kurz: Unruhe. Anderson schreibt:

> "England was not an accidental landing-stage on which these intellectuals unwittingly found themselves stranded. It was often a conscious choice – an ideal antipode of everything that they rejected. Namier, who was most lucid about the world from which he had escaped, expressed his hatred of it most deeply. He saw England as a land built on instinct and custom, free from the ruinous contagion of Europa – general ideas. He proclaimed 'the immense superority which existing social forms have over human movements and genius, and the poise and rest which there are in a spiritual inheritance, far superior to the thoughts, will or invention of any single generation.'(8) . . . the English, Namier thought, were peculiarly blessed because, as a nation 'they perceive and accept facts without anxiously enquiring into their reasons and meaning.'(9) For 'the less man clogs the free play of his mind with political doctrine and dogma, the better for his thinking.' " (10)

Besser und kürzer ist nicht zusammenzufassen, womit diese Angehörigen der "Weißen Emigration" sich intellektuell befaßt haben: der ideologischen Bekämpfung der Vernunft im Namen des Verstandes, die Loslösung des Denkens von jeder Art Praxis und seine Reduzierung auf eine Art

---

7 Hier eine kleine Auswahl der immer wiederkehrenden Namen, die sowohl im intellektuellen wie im politischen Leben eine Rolle spielten: Macaulay, Trevelyan, Arnold, Huxley, Strachey, Stevens, Keynes.

8 L. Namier: VANISHED SUPREMACIES, London, 1962, p. 26.

9 ders.: ENGLAND IN THE AGE OF THE AMERICAN REVOLUTION, London, 1961, p. 13.

10 ders.: PERSONALITIES AND POWERS, London, 1955, p. 5.

Gesellschaftsspiel von Gentlemen, seine Abschirmung von jeglichen "general ideas". Die Mittelmäßigkeit der meisten dieser Denker war kein Hindernis, sondern kam ihnen geradezu entgegen. Die Tatsache, daß die letzte bedeutende englische Intellektuellengeneration, der Keynes, Russell, Lawrence etc. angehörten, vor dem 1. Weltkrieg aufgewachsen war, ließ ein Vakuum entstehen, in das Ausländer umso leichter einschlüpfen konnten. Unberührt von irgendeiner größeren politischen und sozialen Umgestaltung, bestand das britische Geistesleben ausschließlich aus den irrelevanten Hanswurstiaden der "Philosophen" von Oxford und Cambridge, die die linguistische Philosophie pflegten – meist noch auf der Ebene eines banalisierten Wittgenstein.(11) In dieses Idyll der intellektuellen Impotenz platzten die Emigranten. Schon ihre kontinentaleuropäische Herkunft hob sie hervor – ganz ungeachtet ihrer geistigen Mittelmäßigkeit; andererseits reichte ihre intellektuelle Kapazität aus, die britische Gesellschaft als ein Ganzes zu sehen und zu begreifen, was sich dort abspielte. Der perspektivisch überlegene Blick des Fremden, vereint mit dem bewußten Willen zur Integration in die neue Gesellschaft, gingen ein in jene, wie es scheint, spezifisch britischen Apotheosen des "common sense" und der denkerischen Bescheidenheit von Popper und Konsorten, die das, was die linguistische Philosophie nur verschämt verdrängte, von jetzt an konformistisch priesen – oftmals unter der Firmierung einer "Kritik" der linguistischen Philosophie. Die Emigranten vollbrachten somit das, wozu die eingeborenen, an Cricket und Oxford-Klatsch interessierten Intellektuellen nicht in der Lage waren: d i e s y s t e m a t i s c h e Z u r ü c k w e i s u n g d e s s y s t e m a t i s c h e n D e n k e n s. Dafür wurden sie alsbald hoch belohnt von der herrschenden britischen Klasse: aus Popper, Berlin und Namier wurden Sir Karl Popper, Sir Isaiah Berlin und Sir Lewis Namier. Im Gegensatz dazu wurde der einzige Emigrant, der diese Lobpreisungen der Mittelmäßigkeit und des common sense nicht mitmachte und seiner marxistischen Tradition treu blieb, Isaac Deutscher (12), zeit seines Lebens von der intellektuellen Kultur Großbritanniens ignoriert und versuchte vergeblich, auch nur den bescheidensten Lehrauftrag an einer Universität zu bekommen.

Dieses Erbe einer intellektuellen Kultur, die eher eine Kultur des Anti-Intellektualismus ist, die mit denkerischen Mitteln das Denkverbot apologisiert, lastet selbstverständlich auch auf den ersten Anfängen der britischen Studentenbewegung. Schließlich sind die kontinentaleuropäischen Studentenbewegungen ohne die Traditionen kritischer dialektischer Rationalität der einzelnen Länder nicht vorstellbar. Der Versuch, eine solche Denkweise in Großbritannien einzuführen, scheitert schon an der Barriere der Sprache. Die Vordergründigkeit und das mangelnde Abstraktionsvermögen der englischen Sprache lassen beispielsweise Übersetzungen von Texten dialektisch-kritischer Art aus dem Deutschen, Französischen oder Italienischen merkwürdig gekünstelt und mißverständlich erscheinen. Der amerikanische Germanist Samuel Weber, der die schier selbstmörderische Tat einer Übersetzung von Adornos 'Prismen' ins Englische vollbracht hat, schreibt dazu im Vorwort:

> ". . . (Adorno's style can be charactericed by the constant striving to be concrete). It is, however, a concreteness which has no place within the intellectual horizons of English. In English what is concrete is what is immediate, tangible, visible. Whatever the historical causes of this empirical orientation may have been, contemporary English does not tolerate the notion that what is nearest at hand may in fact be most abstract, while that which is invisible, intangible, accessible only to the mind may in fact be more real than reality itself . . . .
> . . . this tendency of English syntax to break thought down into its smallest, self-contained, monadic parts is probably the most formidable barrier to dialectics. The absence of word-genders and inflections

---

11 Für eine umfassende Kritik an der Linguistischen Philosophie siehe Ernest Gellner: WORDS AND THINGS, Pelican 1968. Auf diese klassische Kritik an der linguistischen Philosophie ist niemals geantwortet worden – die Diskussion des Buches in MIND, der Zeitschrift der Oxbridge-Philosophen, wurde verboten.

12 Isaiah Berlin beschuldigte kürzlich Perry Anderson des "Anti-Semitismus", weil der Großteil der von ihm kritisierten "Weißen Emigranten" zufällig jüdischer Herkunft ist. Anderson konterte mitleidig mit dem Hinweis, daß Deutscher, den Anderson natürlich nicht den "Weißen" zuzählt, auch Jude war.

make long sentences prohibitively clumsy if not impossible, and thus prevent or discredit the complex hypotactic constructions which are the life-blood of dialectical thinking. Similarly, long paratactic constructions are to be broken down into shorter sentences. If this has helped the English speaking world to keep its feet on the ground, as it undoubtedly has, it has also hindered it from seeing much beyond .... ".(13)

Selbstverständlich wäre es töricht, dem "Sprachproblem" eine Bedeutung als konstituierenden Faktor der Malaise der britischen Linken zuzuschreiben, da die Sprache und ihr Gebrauch ja auch historisch-soziologisch als Gewordenes, Bedingtes zu begreifen sind. Aber als Illustration der gegenwärtigen Situation hat das "Sprachproblem" geradezu paradigmatische Bedeutung. Darüber hinaus entspricht ihm eine andere Feststellung, die kontinentale Beobachter der britischen Linken immer wieder gemacht haben: nämlich die rigorose Trennung von "Wissenschaft" und "Politik". Perry Anderson schreibt über die Generation der sogenannten "Oxford-Marxisten" der 30er Jahre, einer gewissen intellektuellen Modeströmung englischer Oberklassen-Söhne zwischen den Weltkriegen:

"For the most part, however, the leftism of these intellectuals was merely a set of external political attitudes. It was inevitable that anything so provincial and insubstantial would be blown away by the first gust of the international gale."(14)

Diese Feststellung gilt in einem gewissen Grade bis heute. Die Verbindung und Einheit wissenschaftlicher und politischer Praxis, die Einsicht, daß revolutionäre Politik die Einheit von Theorie und Praxis bedeutet, ist in Großbritannien nahezu unbekannt. Der Beispiele dafür gibt es unzählbare – das vielleicht erstaunlichste ist das des LSE-Lecturers Nick Bateson, der "politisch" vielleicht der radikalste der britischen Universitätslinken ist, und deswegen auch kürzlich gemeinsam mit Robin Blackburn, der an der LSE Soziologie lehrte, als "Rädelsführer" der jüngsten LSE-Unruhen vom Board of Governours gefeuert wurde. Bateson ist führendes Mitglied der Maoisten und kämpft ständig und überall mit dem Roten Buch in der Hand gegen den "Weltimperialismus der US-Banditen und der sowjetischen revisionistischen Renegatenclique", ausgenommen, wenn er gerade im Hörsaal oder Seminarraum behavioristische Psychologie und Kleingruppen-Sozialpsychologie lehrt, in bester akademischer Fashion, wie LSE-Studenten versichern. Oder der Fall des Peter Sedgwick, ebenfalls behavioristischer Psychologe der Eysenck-Schule, Mitglied der konfusen, aber einflußreichen Sammelbewegung "International Socialism", der im "Black Dwarf", der (ehemaligen) Zeitschrift des auch in Westdeutschland bekannten Tarq Ali, Herbert Marcuse mit haargenau den gleichen Argumenten angriff und als "Reaktionär"(15) "entlarvte", mit denen weiland Popper in "The Open Society and Its Enemies" Hegel und Marx "widerlegte".

Dieser Trennung von Politik und Wissenschaft entspricht eine Linke, die den Sozialismus zu einem irrationalen Wertesystem degradiert und sozialistische Politik einfach entweder mit "Arbeiterfreundlichkeit" oder mit manipulatorischer Umsturztechnik verwechselt. Man spricht entweder über Tagespragmatik oder über den schließlichen Umsturz, und das in völlig unvermittelter Weise.

Die Theorielosigkeit bis Theoriefeindlichkeit der britischen studentischen Linken ist wohl der augenfälligste Unterschied zur kontinentalen Studentenbewegung. Die eigentümlich abstrakte und ahistorische Art, in der sie ihren Marx (in mitunter miserablen Übersetzungen lesen und interpretieren, ihn sozusagen bei seinem "face-value" nehmen, läßt geradewegs die von der englischen Lingual–Philosophie und von Popper und Konsorten vorgebrachte Kritik an Vernunftphilosophie und materialistischer Dialektik gerechtfertigt erscheinen; und sie wird allen Ernstes

13 PRISMS, Translated and ed. by Samuel Weber, London 1968.

14 STUDENT POWER, p. 224.

15 BLACK DWARF, November 1968.

von einem Großteil der britischen Linken "wissenschaftlich" anerkannt, während Popper weiterhin der "politische" Gegner bleibt.(16)

Von daher erscheint auch eine Kritik der restlichen Beiträge des Buches "Student Power" beinahe als unangemessen, weil sie nicht immanent sein kann. Einer Kuh vorzuhalten, daß sie nicht fliegen kann, wäre absurd, — Gareth Stedman-Jones und David Adelstein vorzuwerfen, in ihren Beiträgen "The Meaning of the Student Revolt" bzw. "The Roots of the British Crisis" (!) die Studentenrebellion eher eifrig soziologisch "wegzuerklären" als eine produktive Theorie zu liefern, hieße, für Großbritannien hoffnungsvolle Ansätze schon in den Kinderschuhen zu entmutigen. Aber hier taucht ein über Großbritannien weit hinausgreifendes Problem auf, das ja auch in Westdeutschland noch lange nicht gelöst ist, mit dem Problem der Einheit von Wissenschaft und Politik: das der "Soziologie". Oskar Negt hat in seiner jüngsten Kritik an Habermas(17) implizit darauf hingewiesen, daß der Soziologe, solange er Soziologe bleibt, auch und gerade dann, wenn er "kritisch" ist, früher oder später an die gewissermaßen "transzendentallogisch" gesetzten Grenzen seines Faches und der damit verbundenen Denkweise stößt.

> "... (es) werden in der Dimension der sozialrevolutionären Aktivität politische Probleme und kollektive Erfahrungen häufig formalisiert und durch eine Art Methodologie der Praxis verdeckt, in der wiederkehrt, was Habermas in seinen wissenschaftstheoretischen Untersuchungen gerade zu widerlegen versucht: eine positivistische Verfahrensweise, die eine zunächst durch Abstraktionen zur chaotischen Mannigfaltigkeit zerfaserte politische 'Bewegung' nachträglich mit Hilfe von klaren Definitionen und Abgrenzungskriterien wiederum 'strukturiert' . . ."(18)

Was Negt hier impliziert, aber nicht offen ausspricht, kann nur sein, daß "Soziologie" sowohl der historischen Genese als auch der logischen Struktur ihres Wissenschaftsbegriffes nach d i e bürgerliche Reaktion auf die Politische Ökonomie Marxens ist. Ist für diese der seinen Stufen notwendig folgende P r o z e ß der besonderen Produktionsverhältnisse bis zu ihrer revolutionären Aufhebung die Basis, auf der die Analyse ihren Grund findet, so ist für jene immer das Bestehende, das Identische die Basis. Was nach "wissenschaftlicher Erklärung" sucht, ist gerade das, was in der Politischen Ökonomie wissenschaftsimmanent vorausgesetzt ist: der Prozeß, der "Wandel", die revolutionäre Veränderung.

Die Einsicht in die Unangemessenheit und Unbrauchbarkeit der "Soziologie", welcher Provenienz auch immer, als revolutionäre Wissenschaft und die Einsicht in die Notwendigkeit, wieder politische Ökonomie zu betreiben, beginnt sich als Anspruch wenigstens in der BRD und Westberlin langsam durchzusetzen. In Großbritannien, wo jede Art von Dialektik, auch die materialistische, als "Hegelian Stuff" firmiert, spiegelt sich von daher auch das Problem der Integration von Wissenschaft und Politik auf weit banalerer Ebene. Trieben die Befreier des Westberliner Philosophischen Seminars noch "selbsttätig" Strukturalismus, so ging es den Besetzern des Londoner Hornsey College of Arts einzig und allein darum, zu beweisen, daß sie auch ohne behördlich bestellte Putzfrauen ihre sanitären Anlagen sauberhalten konnten. Ist in Westdeutschland die immanente Auseinandersetzung mit der widersprüchlichen Konzeption einer "dialektischen Soziologie" in eine für die Bewegung praktisch und theoretisch entscheidende Phase getreten, so gibt es in Großbritannien noch nicht einmal eine bürgerliche Soziologie, der zunächst einmal eine "dialektische" kritisch gegenübertreten könnte. Britische Soziologie ist immer noch, wie Perry Anderson formuliert, "largely a poor cousin of 'social work' and 'social administration', the dispirited descendants of Victorian charity."(19)

---

16 Jüngst hat der CP–Marxist Maurice Cornforth eine Anti-Popper-Polemik vorgelegt, die sich jedoch eher als ein Schönwetterbitten beim unerbittlichen Sir Karl entpuppt, dem nichts als ein paar "Mißverständnisse" vorgehalten werden: Maurice Cornforth: THE OPEN PHILOSOPHY AND THE OPEN SOCIETY, London 1968.

17 DIE LINKE ANTWORTET JÜRGEN HABERMAS, Frankfurt 1968.

18 ibid. p. 21.

19 Anderson, op. cit. p. 220.

Anderson schließt seine Bestandsaufnahme der durch und durch affirmativen intellektuellen Kultur Großbritanniens mit folgenden Sätzen:

> "British Culture, as it is now constituted, is a deeply damaging and stifling force, operating against the growth of any revolutionary Left. It quite literally deprives the Left of any source of concepts and categories with which to analyze its own society, and thereby attain a fundamental procondition for changing it. History has tied this knot; only history will ultimately undo it. A revolutionary culture is not for tomorrow. But a revolutionary practice within culture is possible and necessary today. The student struggle is its initial form."(20)

Dieser Schluß ist nun in der Tat erstaunlich. Denn es grenzt schlechthin an Trotz, wenn er letzten Endes doch seine Hoffnung auf eine revolutionäre Entwicklung in eine gesellschaftliche Gruppe setzt, die in den Ländern, in denen sie Anfangserfolge erzielen konnte, diese bestimmten Randbedingungen verdankte, die laut Anderson in Großbritannien nicht vorhanden sind, i.e. eine Tradition kritischer Theorie und dissidenter Intellektueller. Hier scheint für den Intellektuellen Anderson mehr der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein. Denn vorläufig noch besteht ein fundamentaler qualitativer Unterschied zwischen den britischen oppositionellen Jugendlichen und zumindest des westdeutschen: die kollektive Identitätsbildung richtet sich immer noch an abstrakten Partei-Über-Ichs auf, denen die einzelnen die Gefolgschaft geschworen haben. Bei Kongressen der studentischen Linken z.B. treffen sich vorher stets die "Kader" der verschiedenen Organisationen separat und setzen ihre "Linie" fest, der sie auf dem Kongreß zu folgen haben. Diese "Linie" wird stets von oben autoritär bestimmt – jede Organisation hat ihre anerkannten Führer. Diskussionen des Plenums, die derartigen Fraktionsabsprachen folgen, entwikkeln sich regelmäßig zu sterilen Debatten, bei denen, streng nach dem Muster des formierten Parlamentarismus, die einzelnen Redner mehr oder weniger geschickt die "Linie" ihrer Fraktion vertreten. Jeder Beitrag ist – für den Kenner der Szene – voraussagbar, je nach dem, ob der Redner der Jugendorganisation der Communist Party oder der Gruppe "International Socialism", die eine Art Sammelbewegung und gleichzeitig den Kern einer "Partei neuen Typs" Leninscher Prägung darstellen will, der Socialist Labour League, die die Tradition der IV. (trotzkistischen) Internationalen pflegt, oder den Maoisten, die auf Konferenzen beharrlich ihre ganze Kraft daran setzen, das Plenum dazu zu bringen, eine "Resolution" zu "verabschieden", die den Sowjetimperialismus "verurteilt", oder der einzigen Gruppe ohne kollektivautoritäres Über-Ich, den Leuten um die NEW LEFT REVIEW, die allerdings – wohl aus eben dem Grunde, weil sie kein solches anbieten können – auch keine nennenswerte Gefolgschaft haben.(21)

In diesem Lichte besehen, wird auch das Buch STUDENT POWER kaum zu dem werden, als das es zweifellos konzipiert worden war: zur theoretischen Grundlage und zum strategischen "Primer" der britischen oppositionellen Studenten, zumal von den restlichen Beiträgen höchstens noch die Artikel von Robin Blackburn ("A Brief Guide to Bourgeois Ideology") und dem amerikanischen SDSler Carl Davidson ("Campaigning on the Campus") einige Beachtung verdienen. Zu konfus und journalistisch sind die übrigen Artikel, wobei im Hinblick auf den Beitrag von David Triesman ("The CIA and Student Politics") noch die interessante Tatsache zu notieren ist, daß Penguin Books Ltd. seinerwegen eine Schadensersatzklage wegen Plagiats durchzustehen haben werden. Ursprünglich nämlich war der Manchester-Postgraduate Alan Hunt beauftragt worden, den Artikel zu schreiben. Hunt schrieb ihn, lieferte ihn ab, Triesman bekam ihn in die Hände, fügte ein paar lustige Adjektive ein und veröffentlichte ihn unter seinem Namen.
Ein symptomatischer Einzelfall.

---

20 ibid. p. 277.

21 Als Indiz: Von der Gesamtauflage der NEW LEFT REVIEW wird der geringste Teil im Lande selber verkauft – der größte Teil geht an Subscribenten und zum freien Verkauf nach Übersee, hauptsächlich USA und Japan (!). In England selbst gehen kaum mehr als 1000 Exemplare um.

# Palästina-Komitee (Westberlin)

# Zur Lage im Nahen Osten

Der militärische Sieg der Israelis über die arabischen Armeen im Juni 1967 hat erneut eindeutig das erwiesen, was seit der Suez-Invasion, seitens der Israelis im Jahre 1956 schon deutlich war: Durch rein militärische Siege ist eine politische Lösung zwischen dem zionistischen Staat Israel und den arabischen Staaten unmöglich. Der Wunsch der politischen Führung Israels, die arabischen Führer durch militärische Siege an den Verhandlungstisch zu zwingen – vor allem Hussein, aber vielleicht auch Nasser – hat sich längst als Illusion erwiesen. An die Stelle der von Israel gewünschten direkten Gespräche mit den arabischen Nachbarstaaten traten die Verhandlungen der Großmächte, die den Ländern des Nahen Ostens einen Frieden aufzuoktroyieren versuchen.

Schon fünf Monate nach Beendigung des Krieges, am 22. November 1967, einigten sich die Großmächte im Sicherheitsrat auf eine Resolution, um damit die von ihnen erwünschte 'politische Lösung' des Konflikts herbeizuführen: Israel soll sich auf die Vorkriegsgrenzen zurückziehen, die nationale Existenz der verschiedenen Nahost-Staaten soll anerkannt und respektiert werden, Israel erhält das Recht auf freie Schiffahrt durch den Suez-Kanal und die Tiran-Straße, für das Flüchtlingsproblem soll eine gerechte Lösung gefunden werden.
Die Großmächte sind sich darüber einig, daß eine auf diesen Grundsätzen basierende Lösung den Konflikt erst einmal neutralisieren würde. Es ist aber kein Wunder, daß die Resolution des Sicherheitsrates nach nun fast zwei Jahren immer noch nicht verwirklicht wurde. Die Resolution beweist, daß die divergierenden politischen Interessen (vor allem der Sowjet-Union und der USA), die auf dem Boden der Politik der 'friedlichen Koexistenz' ausgetragen werden sollen, den wahren Charakter der Konflikte nur verschleiern. Deshalb muß es den an dem Konflikt direkt beteiligten Völkern überlassen bleiben, eine eigene Lösung für ihre Probleme zu finden. Das Interesse der Großmächte an einer friedlichen Lösung des Nahost-Problems beinhaltet nichts anderes als eine erneute Bestätigung der – in ihren Augen legalen – Existenz aller Staaten des mittleren Orients. Staaten, die in ihrer geographischen, sozialen und wirtschaftlichen Form Ergebnis kolonialer und imperialistischer Politik sind, sollen nun im Zeitalter des Neokolonialismus unverändert fortleben. Bei einer solchen Betrachtungsweise kann es nicht verwundern, daß die Resolution des Sicherheitsrates das wesentliche Moment des ganzen Konflikts, nämlich den zionistischen Charakter des Staates Israel, der die Enteignung und Unterdrückung des palästinensischen Volkes verursacht hat, vollkommen übergeht. Da sowohl der Staat Israel in seinem zionistischen Charakter (1) als auch das Haschemitische Königreich Jordanien Bestandteil des Nahen Ostens bleiben sollen, wird das Problem der Flüchtlinge in den verschiedenen Interpretationen der Resolution des Sicherheitsrates als ein humanitäres, soziales und wirtschaftliches Problem angesehen, welches im Rahmen der staatlichen Gegebenheiten des heutigen Nahen-Ostens gelöst werden soll. Das Problem des palästenensischen Volkes als ein nationales Problem wird sowohl von den Großmächten als auch von Israel bewußt übergangen. Es als ein solches zu stellen, bedeutet nämlich den zionistischen Charakter des Staates Israel, die

---

1 Der zionistische Charakter des Staates Israel äußert sich vor allem in seinem Anspruch, ein Staat zu sein, der nicht nur wie jeder andere Staat politischer Ausdruck seiner Bevölkerung ist, sondern für die Einwanderung einzig und allein von Juden, seien diese verfolgt oder nicht, offen steht. ('Rückwanderungsgesetz').

Legitimität des haschemitischen Königreiches und somit die gegenwärtigen nationalen Grenzen im Nahen Osten in Frage zu stellen. Es bedeutet zugleich, die nur auf einer sozialistischen Basis mögliche Einigung des Gesamt-Nahenostens auf die Tagesordnung zu setzen. Einer solchen Perspektive muß der westliche Imperialismus aus ureigenem Interesse aus dem Wege gehen; für den sowjetischen Revisionismus stehen solche Fragen seit langem nicht mehr zur Debatte.

Da die Resolution des Sicherheitsrates die Palästinenser als politischen Faktor ignoriert, kann es nicht verwundern, daß diese die Resolution vollkommen ablehnen. Die Palästinenser haben ihre neuen politischen Chancen erkannt: Der Krieg von 1967 und die sich immer weiter verstärkende annexionistische Politik Israels haben es den verschiedenen palästinensischen Organisationen ermöglicht, die Frage ganz Palästinas erneut zu stellen. Diese Organisationen zielen mehr und mehr darauf ab, die politische und territoriale Einigung der Flüchtlinge, der Bevölkerung in den besetzten Gebieten und auch der israelischen Araber zustande zu bringen, und kommen diesem Ziel durch die annexionistische Politik Israels immer näher.
In den letzten zwei Jahren haben es die verschiedenen palästinensischen Widerstandsbewegungen geschafft (und dies seit 1948 zum ersten Mal!), ihre eigenen Krankenhäuser, Schulen und Ausbildungslager aufzubauen, ihre Schulung allmählich unter der Flüchtlingsbevölkerung zu verbreiten und Waffen in riesigen Mengen zu sammeln.
Aufgrund des durch den Juni-Krieg verursachten neuen Flüchtlingsstroms nach Transjordanien ist König Hussein zu einem Gefangenen in seinem eigenen Staat geworden, der sich nur noch dank politischer Überlegungen der führenden Palästinenser auf seinem Thron halten kann. Gesundheits- und Erziehungswesen sowie die Polizei werden in manchen Teilen Transjordaniens nicht mehr vom Staat, sondern von den Palästinensern kontrolliert. Die Ereignisse im Libanon, nach der Beschießung des 'El-Al'-Flugzeuges in Athen, und die darauf folgende israelische Bombardierung des Beiruter Flughafens haben dazu beigetragen, den Kampf des palästinensischen Volkes aus den Grenzen Palästinas herauszuholen und ihn zu einem Faktor im gesamten Nahen Osten zu machen. Als die libanesische Regierung den Versuch unternehmen wollte, die Aktivität der Palästinenser in ihrem Staat zu begrenzen, erfolgten in den Flüchtlingslagern im Süden Libanons spontane Demonstrationen, die nur mit Militärgewalt beendet werden konnten. Auf Regierungsebene kam es zu einer Krise, die im Libanon dem parlamentarischen Spiel so gut wie ein Ende bereitet hat.
Auch die anderen arabischen Führer sind längst zu Gefangenen der anti-imperialistischen Impulse der Volksmassen ihrer Länder geworden und sehen sich gezwungen, den Palästinensern ihre fast vollkommene Unterstützung zu geben. Sie können nur noch hoffen, durch die materielle Hilfe in der einen oder anderen Form auf die Widerstandsbewegungen Einfluß zu nehmen. Vor diesem Hintergrund wirkt die Forderung der israelischen Regierung, die arabischen Regierungen sollten die Palästinenser an der Fortsetzung des Kampfes hindern, entweder vollkommen naiv oder, und dies scheint der Fall zu sein, unaufrichtig.

Die zionistische Führung des Staates Israel lehnt genauso wie die palästinensischen Organisationen, aber aus ganz anderen Motivationen, die Resolution des Sicherheitsrates vom November 1967 ab. Sie besteht auf direkte Verhandlungen mit den arabischen Staaten, erklärt einerseits alle Fragen (außer die des Status von Ost-Jerusalem) (2) als für Verhandlungen offen, betreibt andererseits eine ununterbrochene Besiedlungspolitik in den besetzten Gebieten, deren einziges

---

2 Ost-Jerusalem mit seinen 80.000 Einwohnern wurde kurz nach dem Juni-Krieg von der israelischen Regierung annektiert und gilt seitdem für die offizielle Regierungspolitik als integraler Teil des Staates Israel.

Ziel nur die Beibehaltung fast sämtlicher eroberter Gebiete (außer vielleicht eines Teiles der Sinai-Halbinsel) bedeuten kann. Diese Annexionspolitik geht von der offenen Forderung nach Annektierung aller eroberten Gebiete ('Bewegung Großisraels' (3)) über die Forderung nach Annektierung der Golan-Höhen, des Gaza-Streifens, Beibehaltung einer Verbindungsstraße nach Scharm-El-Scheich und mehreren Teilen des Westufers bei vollkommener Entmilitarisierung dieses Gebietes (4) bis zur Idee eines Uri Avneris, der für die Schaffung eines palästinensischen Staates unter Israels Ägide im Gaza-Streifen und der Westbank plädiert (5). Außerhalb dieses Rahmens lassen sich in Israel nur zwei Organisationen finden, die für die Rückgabe der besetzten Gebiete plädieren: Die Kommunistische Partei 'Rakach' (6), die auf der Linie Moskaus steht und für die Verwirklichung der Resolution des Sicherheitsrates plädiert, und die 'Sozialistische Organisation Israels' ('Matzpen') (7), die als einzige die bedingungslose Rückgabe aller besetzten Gebiete, einschließlich Ost-Jerusalems, fordert.

Gestützt auf die arabische Propaganda eines Achmed Schukeiri, ist es der zionistischen Führung Israels bis zum heutigen Tage gelungen, den Juni-Krieg und die tägliche Einsatzbereitschaft gegen die fast ununterbrochen stattfindenden Grenzzwischenfälle und Aktionen der palästinensischen Bewegungen als Teil eines Überlebungskampfes der gesamten israelischen Bevölkerung darzustellen. Trotz der seit dem Krieg in Israel stattfindenden Streiks von vor allem Hafenarbeitern, aber auch Briefträgern, Schullehrern und Ingenieuren gibt es bis heute eine nicht zu übersehende Identität zwischen Führung und Volk. Um diese Identität nicht zum Bruch kommen zu lassen, bedient sich die israelische Führung aller möglichen Mittel, um unter der Bevölkerung die Angst wachzuhalten, daß jede andere Alternative zu dem gegenwärtigen Stand der Dinge nur bedeuten kann, daß die Juden Israels, entsprechend der Worte eines Schukeiri, ins Meer getrieben werden, falls die Araber den militärischen Sieg erreichen sollten. Daß unter den verschiedenen palästinensischen Organisationen (8) die Frage über den Charakter des Staates Israel allmählich eine politisch-inhaltliche Form bekommt und nicht mehr der leeren Phraseologie eines vom Volke selbst vollkommen entfremdeten Führers überlassen wird, wird der israelischen Öffentlichkeit überhaupt nicht zur Kenntnis gebracht. So zum Beispiel berichtete keine einzige israelische Zeitung oder Zeitschrift, daß sich bei der 'Solidaritätskonferenz der arabischen Völker' Ende Januar dieses Jahres in Kairo Folgendes ereignete: Als Dr. Ibrahim Machus, Chef der syrischen Delegation und ehemaliger Außenminister, den Antrag stellte, die Grußadresse an progressive Israelis aus der Resolution zu streichen (er war der Meinung, daß ein progressiver Israeli nur derjenige ist, der für immer Israel verläßt), stand ein Delegierter

---

3 Nach Umfragen unterstützen etwa 25 % der israelischen Bevölkerung die Forderungen dieser Bewegung.

4 Mit Ausnahme einiger weniger Abgeordneter des israelischen Parlaments unterstützen alle diese Politik. Sie wird zugleich von dem überwiegenden Teil der jüdisch-israelischen Bevölkerung gutgeheißen.

5 Uri Avneri ist der einzige Abgeordnete seiner Partei im israelischen Parlament, das 120 Abgeordnete zählt. Durch seine Forderung, die israelische Politik solle sich mehr um eine Verständigung mit der arabischen Umwelt kümmern, wird seine Partei in der israelischen Öffentlichkeit als links eingestuft. Um die Position Avneris richtig einzuschätzen, empfiehlt sich sein Buch ISRAEL WITHOUT ZIONISTS.

6 Diese Partei hat zur Zeit drei Abgeordnete im Parlament.

7 Die 'SOI' ('Matzpen') entstand 1962, nachdem einige Mitglieder aufgrund ideologischer Auseinandersetzungen vor allem über Fragen der innerparteilichen Demokratie die KP verlassen hatten.

8 Gemeint sind die zur Zeit drei bedeutendsten Organisationen innerhalb der palästinensischen Bewegung: 'Al-Fatah', die 'Befreiungsfront Palästinas' und die 'Demokratische Befreiungsfront für Palästina'.

'Al-Fatahs' auf und erklärte unter Beifall „Al-Fatahs vollkommene Solidarität mit Juden in Israel und anderswo, die für die Niederlage des rassistischen und militaristischen Regimes Israels kämpfen" (9).
Wenn man auch heute noch weit davon entfernt zu sein scheint, daß es innerhalb Israels zu einer ernsthaften politischen Auseinandersetzung zwischen Teilen der unterprivilegierten Bevölkerung und der zionistischen Führung des Staates kommen kann, so muß doch betont werden, daß — tritt erst einmal eine solche Lage ein — der anti-imperialistische Kampf im gesamten Nahen Osten neue, heute noch nicht genau einzuschätzende Dimensionen gewinnen würde. Schlägt das permanent vorhandene 'trade-unionistische' Bewußtsein des israelischen Proletariats in ein politisches um (daß dies gerade im Fall Israels so schwer ist, liegt zum großen Teil an der kolonialen Entstehungsgeschichte dieses Proletariats), so würde die zionistische Staatsmaschinerie eine neue Front gegen den inneren Feind eröffnen müssen (10).

Die Bevölkerung Israels, die mit den Interessen der Zionisten nicht identisch zu setzen ist, wird jedoch trotz aller latent vorhandenen Konflikte einen geschlossenen Block im Kampf gegen die Araber darstellen, solange die palästinensischen Bewegungen kein klares politisches Programm — das der Frage der nationalen Minderheiten Rechnung tragen muß — aufzuweisen haben.
Die israelische Führung kann heute immer noch mit der Politik der massiven Vergeltungsschläge gegen die benachbarten arabischen Staaten operieren, weil sie sich der rückhaltslosen Unterstützung der überwiegenden Mehrheit der israelischen Bevölkerung sicher ist. Das Endergebnis einer solchen Politik kann nur sein, den schon vorhandenen Solidarisierungsprozeß der arabischen Volksmassen mit den Befreiungsbewegungen voranzutreiben und die Mobilisierung dieser Massen im Kampf gegen den Staat Israel zu beschleunigen. In einer solchen Konstellation droht der Nahost-Konflikt sich in einen Völkerkrieg umzuwandeln, der die Gefahr in sich birgt, für eine bestimmte Zeit allen möglichen reaktionären Komponenten einen breiten Spielraum einzuräumen. Dieser Gefahr kann nur entgegengewirkt werden, wenn sich an die Spitze des Kampfes eine marxistisch-leninistische Führung setzt, die den gerechten Kampf der Palästinenser in die Bahnen des revolutionären Sozialismus lenkt.

---

9 LE MONDE, 30. 1. 1969.

10 Dieser Prozeß ist in Israel zum Teil schon im Gange, was die Reglementierungsmaßnahmen der Regierung gegen streikende Arbeiter beweist.

**das politische buch** Tel.: 883 25 53

Marx. Literatur – Philosophie – linke Pädagogik – Psychologie – Ökonomie – Agitation
Kontrolle der Profite » Verwendung für linke Fonds (soz. Zentrum, Kinder- und Schülerläden, Dritte Welt)
Kommunikations- und Informationszentrale
Koordinationsstelle für linke Papers und Infos (Druckmöglichkeit)

Sozialistischer Buchladen – Berlin 15 - Lietzenburger Str. 99

**Renate Zahar:**
**Kolonialismus und Entfremdung.**
**Zur politischen Theorie Frantz Fanons.**

Reihe: dritte Welt.
Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt, 1969.
115 Seiten, 7,-- DM.

Die Autorin geht von der Relevanz der Biographie Fanons und seiner revolutionären Tätigkeit für das Verständnis seiner Theorie aus; sie beginnt daher ihre Arbeit mit einer informativen biographischen Skizze. Aimé Césaire, zeitweise Fanons Schullehrer, hat Zahar zufolge Fanons politisches Denken am nachhaltigsten geprägt. Seine Einflüsse lassen sich klar in Fanons Schriften verfolgen, selbst in jenen, die nach dem Bruch mit Césaire, als dieser 1958 das Referendum de Gaulles bejahte, entstanden sind(1). Zahar deutet auch das ambivalente Verhältnis Fanons zu Sartre an Hand von Zeugnissen Simone de Beauvoirs an; die theoretische Verwandtschaft beider bleibt im einzelnen noch auszuarbeiten. Zahar leistet dies in der vorliegenden Arbeit nur ansatzweise. Leider bedient sie sich in der biographischen Skizze einiger Vokabeln, die der Kolonialterminologie entstammen, so, wenn sie von Fanon als einem "Farbigen" (S. 5) und von Algeriern als "Moslems" (S. 7) spricht sowie die Bezeichnung "Schwarzafrika" (S. 11) in Abgrenzung zu Nordafrika unkritisch übernimmt.

Zahar widmet ihre Arbeit vorwiegend der Entfremdungstheorie Fanons, weil sie – zu Recht – davon ausgeht, daß Entfremdung sowohl theoretisch als auch biographisch bei Fanon eine zentrale Kategorie ist. Sie referiert zunächst die Marxsche Entfremdungstheorie (S. 18 ff.), um die Nuancen in Fanons Theorie herauszuschälen, die sich aus der spezifisch kolonialen Situation, in der Fanon lebte, ableiten lassen.

Den Vorwurf mangelnder ökonomischer Ableitung sozialpsychologischer kolonialer Phänomene bei Fanon weist Zahar zurück (S. 28). Sie hebt hervor, daß Fanon sich über die sozio-ökonomische Bedingtheit der kolonialen Entfremdung durchaus im klaren war, wenngleich er sich in seiner Analyse auf die sozialpsychologischen Aspekte dieses Phänomens konzentrierte. Fanons Prozedur erklärt Zahar lapidar mit der These, Fanons Erkenntnisinteresse habe sich primär auf die Entfaltung revolutionärer Bewußtseinsformen gerichtet. Die Autorin versucht ihrerseits, die sozio-ökonomischen Aspekte der kolonialen Entfremdung zu beleuchten; sie stellt sich zunächst die Frage, ob man in den "unterentwickelten" Ländern kapitalistische oder präkapitalistische Produktionsverhältnisse vorfindet oder aber duale Gesellschaftsformationen, in denen feudale und kapitalistische Produktionsverhältnisse nebeneinander existieren (Land und Stadt). Da Zahar keine exakte Antwort weiß, begnügt sie sich mit dem Zitieren von Autoritäten (Baran, Bettelheim, Schuhler, Frank). Mit der Feststellung, daß in den kolonialen Ländern keine entwickelte Warenproduktion und keine ausgeprägten Tauschbeziehungen vorhanden sind, meint sie, eine entscheidende Differenz zwischen dem Entfremdungsphänomen in entwickelten kapitalistischen und kolonialen Ländern ausgemacht zu haben.

> "Die durch den Kolonialismus erzeugte Entfremdung ist somit eine doppelte. Während die Ausbeutung im Kapitalismus in der Produktionssphäre erfolgt, der Tausch dann zumindest dem Schein nach äquivalent ist, wird der Kolonisierte zweifach ausgebeutet: in den Produktionsbeziehungen durch den Kolonialherrn, in den Tauschbeziehungen zusätzlich durch die Metropole." (S. 27)

Es stellt sich die Frage, ob man so schematisch zwischen der Ausbeutung durch den Kolonialherrn und die Metropole trennen kann, ob nicht vielmehr die festgestellte Differenz von der Analyse als Schein enthüllt werden müßte.

Zahar zeigt, daß Fanon zwischen zwei Aspekten der kolonialen Entfremdung unterscheidet. Den ökonomischen Bedingungen der Entfremdung sind alle Kolonisierten unterworfen; die intellektuelle Entfremdung erfahren dagegen nur die Kolonialintellektuellen, da sie mit der Kolonialideologie näher in Berührung kommen (S. 28 ff.). Fanon untersucht in seinen Arbeiten primär die zweite Entfremdungsform, unter der er selbst litt. Fanons Entfremdungstheorie ist daher in erster Linie eine Soziologie der Kolonialintelligenz, und der Rezensent ist der Auffassung, daß eine Analyse der Fanonschen Theorie an diesem Punkt ansetzen muß, um sie in den Griff zu bekommen – was die Autorin nicht tut.

Für das Verständnis der kolonialen Entfremdung ist das Begreifen des Rassismus und seiner Mechanismen von zentraler Bedeutung. Fanon hat deshalb dieser Problematik große Aufmerksamkeit gewidmet. Wenn Zahar schreibt, Fanon liefere keinen "wissenschaftlichen Beitrag" zur Rassismus-Diskussion, er habe lediglich die "Formulierung eigener Erfahrungen in praktischer Absicht" (S. 38) intendiert, dann liegt dieser Behauptung ein posivistisch verkürzter Wissenschaftsbegriff zugrunde.

Die Kolonisierten reagieren unterschiedlich auf den vom Kolonialherrn ihnen entgegengebrachten Rassismus. Allgemein verursacht der Rassismus bei dem Kolonisierten psychische Störungen; u.a. verankert er tiefe Minderwertigkeitskomplexe, die letztlich dem Zweck des Kolonialismus dienen: Sie führen nämlich zu einem Identitätsverlust und somit zur politischen Apathie und Widerstandslosigkeit. Eu-

1 Cf. Aimé Césaire: ÜBER DEN KOLONIALISMUS. Berlin 1968 (Orig. 1955). Auch meine Rezension hierzu in DAS ARGUMENT, Jg. 1969, Heft 51, pp. 138 ff., wo zentrale gemeinsame Strukturen bei Fanon und Césaire angedeutet werden.

ropäisch gebildete Kolonialintellektuelle versuchen nun, im Bewußtsein ihrer Entfremdung, durch die Pflege ihrer präkolonialen, zerstörten autochthonen Kulturen ihre Identität zurückzugewinnen. Ein Produkt dieser Bemühungen ist die 'Négritude'(2). Zahar interpretiert Négritude im Anschluß an Sartre als eine Form des "antirassistischen Rassismus" (S. 65 ff.). Négritude, die doch der kolonialen Wirklichkeit entgegentreten will, bleibt ihr verhaftet, vermag sie nicht bestimmt zu negieren. Fanon lehnt daher in seiner letzten Schrift "Die Verdammten dieser Erde" die Négritude ab; sie erschien ihm immer als Ersatz für den revolutionären antikolonialistischen Befreiungskampf. Revolutionäre Gewalt und nicht Négritude ist für Fanon der Weg zur Emanzipation. Zahar geht daher, an die Diskussion der Négritude anschließend, auf Fanons Gewalttheorie (S. 78 ff.) ein und zeigt im einzelnen, inwiefern sie Züge der Hegelschen Analyse von Herrschaft und Knechtschaft trägt und wo sie den Boden der Hegelschen Philosophie verläßt – dort nämlich, wo Hegel die vom subjektiven Bewußtsein autorisierte Praxis aus der Analyse eskamotiert. Zahar grenzt dann Fanons Gewalttheorie von der Sorels und Engels ab(3).

Generell ist Zahars Arbeit zu begrüßen, weil sie eine Problematik anschneidet, die in der Diskussion über "unterentwickelte" koloniale Länder bislang kaum Beachtung fand: die koloniale politische Theorie. Zu deren systematischen Erforschung kann Zahars Publikation als vorläufiger Beitrag angesehen werden.

Bassam Tibi

2 Cf. B. Tibi: "Leopold Senghors Négritude". In: DAS ARGUMENT, Jg. 1967, Heft 45, pp. 422 ff.

3 Cf. B. Tibi: Fanons Gewalttheorie und Hegel-Rezeption. In: Sozialistische POLITIK, Heft 2, 1. Jg. 1969, pp. 84 ff.

**Georg Lukács:**
**Der Junge Hegel.**
**Über die Beziehungen von Dialektik und Ökonomie.**

Neuwied: Luchterhand Verlag, 1967.
703 S., Leinen 66,– DM.

**Max Horkheimer:**
**Kritische Theorie. Eine Dokumentation.**

Frankfurt: S. Fischer Verlag, 1968.
2 Bände, XI,358 u. XIV,376 S., Leinen 50,– DM.

I

Hier kann es sich nicht um eine detaillierte Inhaltswiedergabe zweier vor 30 Jahren geschriebenen Bücher handeln, deren gibt es bereits viele. Stattdessen wird es die Aufgabe sein, den allgemeineren theoretischen und politischen Problemen nachzugehen.

Diese Konfrontation ist insofern fruchtbar, als sie das Verhältnis von Theorie und Praxis und die Rolle des Intellektuellen im Klassenkampf näher beleuchtet: denn Lukács ist der hervorragendste kommunistische Theoretiker seit Lenin, während Horkheimer, Haupt der Frankfurter Schule, als Vertreter des akademischen Marxismus gelten mag(1).

II

Das 1954 für die DDR Ausgabe bestimmte Vorwort trügt. Es erweckt den Anschein, als ginge es Lukács ausschließlich darum, geistesgeschichtliche Zusammenhänge wiederherzustellen; darum, eine wirkliche Kenntnis Hegels zu vermitteln, ohne welche Marxens Rolle in der "deutschen Gedankenentwicklung" (S. 10) unverständlich bleiben müsse; darum, "was Marx für die deutsche Kultur bedeutet" (S. 11); darum, daß "das Herausfallen von Marx aus dem deutschen Kulturbewußtsein (!) breiter Schichten eine ungeheure Schwäche" sei (S. 11).

Rein akademisch bleibt die Fragestellung aber doch nicht: sie ist nur Mittel zum Zweck:

> "In einer Zeit, in der das deutsche Volk seinen Weg sucht, in der wichtige Teile der deutschen Intelligenz noch nicht entschlossen sind, ob sie eine Richtung nach vorwärts oder nach rückwärts einschlagen wollen, ist die richtige Einsicht in die geistigen Kämpfe der Vergangenheit zugleich ein Kompaß für die Zukunft." (S. 10) (2)

Dies ist insofern interessant, als

> "an einem entscheidenden Krisenpunkt seiner (Hegels – M.L.) Entwicklung, zur Zeit seines Irrewerdens an den revolutionären Idealen der großen zeitgenössischen Revolution, gerade die

1 Horkheimer hat sich selber auch ausdrücklich so verstanden: "Der Intellektuelle, der nur in aufblickender Verehrung die Schöpferkraft des Proletariats verkündigt und sein Genüge darin findet, sich ihm anzupassen und es zu verklären, übersieht, daß jedes Ausweichen vor theoretischer Anstrengung ... sowie vor einem zeitweiligen Gegensatz zu den Massen, in den eigenes Denken ihn bringen könnte, diese Massen blinder und schwächer macht als sie sein müssen." "Daß es (sein Denken – M.L.) sich völlig der jeweiligen psychologischen Lage der Klasse unterordnet ... führt jenen Intellektuellen ... in einen professionellen Optimismus. Wird dieser in Perioden schwerster Niederlagen erschüttert, so gerät mancher Intellektuelle in Gefahr, in ebenso bodenlosen sozialen Pessimismus und in Nihilismus zu verfallen, wie sein Optimismus übertrieben war." (II,163) Eine treffende Beschreibung von Horkheimers gegenwärtigem Zustande!

2 Hier muß man fragen, ob es gerade diejenigen sind, die sich 66 DM (den unverschämten Preis dieser Neuausgabe) für ein Buch leisten können, die Lukács hier anspricht. Es würde angesichts dieses raubtierischen Preises gar nicht wundernehmen, wenn ein Raubdruck erschiene.

Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie, mit den ökonomischen Verhältnissen Englands ihm den Kompaß gegeben hat, um aus diesem Labyrinth seinen Weg zur Dialektik zu finden." (S. 29)

Das Verlegen des Gewichts von der politischen Ökonomie bzw. vom Klassenbewußtsein aufs Kulturbewußtsein mag zwar mit Lukács' ab 1946 in dieser Richtung tendierenden Ansichten zusammanhängen(3), es widerspricht jedoch dem immanenten Gang des Buches. Am klarsten formuliert dies Lukács gegen Ende der Einleitung:

"die dialektischen Kategorien der Gesellschaftswissenschaften erscheinen als gedankliche Spiegelbilder jener Dialektik, die sich objektiv ... abspielt, deren Objektivität die soziale Wirklichkeit zu einer 'zweiten Natur' macht. Ein weiteres Nachdenken zeigt ... , daß gerade in dieser Dialektik der Ökonomie ... die ursprünglichsten, grundlegenden, am meisten ausschlaggebenden Beziehungen zwischen den Menschen zum Ausdruck gelangen; daß gerade hier das Terrain ist, wo die Dialektik des gesellschaftlichen Lebens in ihrer unverfälschten Weise studiert werden kann. Es ist deshalb keineswegs zufällig, daß die Geburtsstunde des dialektischen Materialismus ... mit der Entdeckung dieser Dialektik des ökonomischen Lebens zusammenfällt."(S. 32)

Die grundlegende Bedeutung dieses Buches liegt nicht darin, daß Hegels Verhältnis zur französischen Revolution endgültig aufgezeigt und analysiert wird. Nicht einmal Hegels reaktionarste Verteidiger hätten vermocht, dies völlig zu vertuschen. Dieses geschichtliche Bedingtsein seiner Philosophie hatten viele liberalen Philosophen schon vor Lukács nachgewiesen. Was Lukács hier leistet, mußte einem Marxisten vorbehalten bleiben, — und zwar einem der sehr wenigen Marxisten (wie etwa Lenin und Korsch) des 20. Jahrhunderts — der die geistige Widerspiegelung des weltgeschichtlichen Übergangs von der bürgerlichen zur proletarischen Klasse, vom Kapitalismus zum Sozialismus, wie sie sich in der Herausbildung des Marxismus aus der klassischen englischen Ökonomie und dem deutschen Idealismus abspielte, nachvollzogen hat.

Lukács eigene Entwicklung ist gleichsam eine ontogenetische Rekapitulierung des Weltgeistes von der französischen bis zur russischen Revolution; denn auch Lukács durchläuft sukzessiv den subjektiven und objektiven Idealismus, um alsdann den entscheidenden Schritt zum Marxismus zu tun. Insofern gilt für ihn Lenins Diktum nur abgewandelt: Er konnte die Logik Hegels nur nachträglich be-

3 Vgl. seine Rede auf den Rencontres Internationales de Geneve in Lukács: SCHRIFTEN ZUR IDEOLOGIE UND POLITIK, Luchterhand, 1967, 404 - 433; und: GEGEN DEN REVISIONISMUS, Aufbau 1960, wo an diesem politisch-kulturellen Wandel eine in manchen Hinsichten treffende Kritik geübt wird.


# Achten Sie auf Reihe Hanser

**Poesie und Politik, Erzählung und Essay, Fiktion und Dokumentation. Erstveröffentlichungen oder wichtige Texte, die nicht mehr greifbar sind. Aktuelle Texte, die über das kurzlebige Interesse hinaus für Literatur und Politik Bedeutung haben.**

**Joachim Schickel**
**China: Die Revolution der Literatur**
Band 18. 5.80 DM

**Gabriel Laub**
**Verärgerte Logik**
Aphorismen. Band 21. 5.80 DM

**Barbara König**
**Spielerei bei Tage**
Erzählungen. Band 22. 5.80 DM

**Elias Canetti**
**Der andere Prozeß**
Kafkas Briefe an Felice
Band 23. 5.80 DM

**Allen Ginsberg**
**Planet News**
Gedichte. Band 24. 5.80 DM

**Salvador Elizondo**
**Farabeuf oder**
**Die Chronik eines Augenblicks**
Roman. Band 26. 7.80 DM

**Hans Heinz Holz**
**Widerspruch in China**
Politisch-philosophische Erläuterungen zu Mao Tse-tung. Band 27. Ca. 5.80 DM

**Musik auf der Flucht vor sich selbst**
Acht Aufsätze. Band 28. 7.80 DM

**Ansichten einer künftigen Germanistik**
15 Beiträge. Band 29. 7.80 DM

**Uwe Brandner**
**Drei Uhr Angst**
Roman. Band 30. 7.80 DM

**Michail Bachtin**
**Literatur und Karneval**
Zur Romantheorie und Lachkultur
Band 31. 7.80 DM

In jeder Buchhandlung oder direkt vom Carl Hanser Verlag, 8 München 86, Kolbergerstr. 22, erhalten Sie den ausführlichen Sonderprospekt.

greifen, indem er das ganze Kapital durchstudiert und begriffen hat(4).

Andererseits jedoch stellt 'Der Junge Hegel' auch keine marxistische Philosophiegeschichte dar. Es steht doch zu vermuten, daß sich Lukács, in den dreißiger Jahren(5) nach den folgenschweren Niederlagen des westeuropäischen Proletariats und dem Aufstieg des Faschismus, mit anderen Aufgaben beschäftigen würde, als geistesgeschichtliche Verwandtschaften unter deutschen Denkern herauszuarbeiten(6). Vielmehr hängt das Buch mit dem Versuch zusammen, seinen alten, aus 'Geschichte und Klassenbewußtsein' stammenden Ansatz wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Aber nicht genau denselben Ansatz; denn in den dazwischen liegenden 15 Jahren bleibt auch Lukács nicht unverändert. Bekanntlich hat Lukács dieser frühen Tendenz später entsagt(7). Offen bleibt jedoch die Frage, inwiefern dies auf "taktische" oder theoretisch-praktische Überlegungen zurückzuführen ist(8). In dieser zugespitzten Personalisierung ist die Frage natürlich müßig, ob denn Lukács etwa die Leninsche Abbildtheorie "wirklich" übernommen habe oder nicht. Indes, auf unser spezifisches Problem bezogen, nimmt sie neue Bedeutung an, denn, wenn in diesem Buch "eine Art Partisanenkampf"(9) vorliegt, müssen wir doch feststellen, wofür versteckt gekämpft wird.

Angenommen, daß solche sehr hegelschen Kategorien wie etwa das Proletariat als identisches Subjekt-Objekt von Lukács "innerlich überwunden" worden waren, sticht als das Gemeinsame an den beiden Büchern hervor der Versuch, die spezifisch Marxsche Dialektik auf die von Hegel herausgearbeitete zurückzuführen. Hier sind vor allem zwei Momente hervorzuheben. Erstens: die spezifisch Marxsche Dialektik wie sie im 'Kapital' vorliegt, ist die gedankliche Widerspiegelung, ja die einzige Methode zur Erfassung der objektiv sich in der entwickelten warenproduzierenden Gesellschaft abspielenden Dialektik. D.h., die Dialektik ist keine ewige Naturnotwendigkeit, die Marx, Hegel und obendrein der dunkle Heraklit alle anwenden(10). Und es ist kein Zufall, daß sie sozusagen zu einem Zeitpunkt wiedergeboren wird, zu dem die entwickelte kapitalistische warenproduzierende Gesellschaft ihren Höhepunkt erreicht (in dem Sinne, daß der sie sprengende Widerspruch zwischen der bürgerlichen und proletarischen Klasse erst etwa 1825 zutagetritt).

Zweitens: Es ist bemerkenswert, daß Lukács gerade den jungen Hegel zum Thema seines Buches wählt. Obwohl es formal richtig ist, daß 'Der Junge Hegel' als eine Antwort auf das sehr einflußreiche Buch von Dilthey (1906) und überhaupt auf die Versu-

---

4 WERKE (russisch), Moskau 1958, 4. Ausgabe, Bd. 38, S. 171.

5 Vollendet hat Lukács das Buch schon 1938 (DER JUNGE HEGEL, S. 9). Daß er sich schon 1932 mit dem Problemkreis befaßte, geht daraus hervor, daß er in diesem Jahre einen Vortrag über Hegels Kommentar zu Steuarts Staatswirtschaft hielt. (S. Karl Löwith: VON HEGEL ZU NIETZSCHE, Stuttgart 1964, S. 440 Anm. 507.) Obwohl Lukács 1954 das Aufschieben der Veröffentlichung dem Kriegsausbruch zuschreibt (DER JUNGE HEGEL, S. 9), ist das nur formal richtig. Erst 1957 kann er den eigentlichen Grund angeben. SCHRIFTEN ZUR IDEOLOGIE, S. 648.

6 Daß Lukács selbst trotzdem dies andeutet (DHJ 10 - 11), liegt in seiner unten näher zu erörternden "Taktik".

7 SCHRIFTEN ZUR IDEOLOGIE, 327-8.

8 Auf jeden Fall muß man der von Fetscher vertretenen Meinung entgegentreten, als wäre der Stalinismus dem Wissen schlechthin abhold, als müßte Lukács sich vor seiner Bildung schämen. "Aber er (Lukács – M.L.) kann trotz allem nicht verleugnen, daß er ein großer Kenner der Philosophiegeschichte und der allgemeinen Geistesgeschichte ist und daß er subtiler und gewandter mit einer Methode umzugehen vermag, von der die Stalinisten behaupten, sie sei der Universalschlüssel zu allen Wissenschaften." (I. Fetscher: KARL MARX UND DER MARXISMUS, München 1967, S. 90-91) Man gewinnt daraus den Eindruck, daß für Fetscher die dialektische Methode eine Art Taschenspielertrick sei.

9 SCHRIFTEN ZUR IDEOLOGIE, 648.

10 Daß die Dialektik als wissenschaftliche Methode erst in Griechenland aufkam, ist aber nicht zufällig, denn erst dort gab es Warenproduktion (allerdings nicht als das übergreifende Moment). Gerade zu diesem Punkt bringt Lukács keine klare Analyse. Zuweilen kommen im Gegenteil Formulierungen vor, die eben gemachte Unterscheidungen verwischen (vgl. S. 29; 31-2; 150: " ... den allgemeinen dialektischen Charakter alles Lebens, des ganzen Seins und des ganzen Denkens ... "). Auch die diesbezüglichen Ausführungen in: DIE ZERSTÖRUNG DER VERNUNFT (Luchterhand, 1962) S. 221 - 225, bewegen sich auf einer Ebene, die die der inzwischen berühmt-berüchtigt gewordenen programmatischen Darlegung der Marxschen Dialektik und deren Verhältnis zur Hegelschen im Nachwort zur zweiten Ausgabe des ersten Bandes vom Kapital (MEW: XXIII, 25-28) nicht überschreiten.

Derartige Versuche, formal von der Dialektik als solcher zu sprechen, müssen deshalb, weil sie dem Wesen einer dialektischen Methode widersprechen, zwangsläufig scheitern. Dies sieht man sehr klar am Beispiel der äußerst unergiebigen und langweiligen Auseinandersetzung zwischen Habermas und den Positivisten, wo Habermas die Spielregeln von seinen Gegnern sich hat vorschreiben lassen, indem er ebenfalls abstrakt und unbezogen auf die Sache von "Methode" redete.

che der reaktionären Hegelianer, aus dem jungen Hegel einen romantischen, theologieorientierten Schwärmer zu machen, gemeint war, hat es einen anderen, inhaltlichen Grund. Indem Lukács den Akzent auf den jungen Hegel (aber eigentlich einschließlich der Logik) verschiebt, kann er mit Recht auf eine Dialektik hinweisen, die aus dem revolutionären Umbruch vom Feudalismus zum Kapitalismus hervorgeht(11). Damit hat Lukács ein dreifaches erreicht:

1. die Dialektik als eine Methode objektiv vermittelter, subjektiver revolutionärer Praxis ausgewiesen.
2. diese Methode von den Überlagerungen der Engelsschen-Stalinschen Naturdialektik abgehoben (12).
3. die unzertrennbare Verbundenheit der Hegelschen Entdeckung der objektiven gesellschaftlichen Dialektik mit seinen Studien der klassischen englischen Ökonomie und seinen daraus gewonnenen Einsichten ins Wesen der sich damals ausbildenden kapitalistischen Produktionsweise nachgewiesen.

11 Wie Lukács selbst ausführt, war für den Hegel der: PHILOSOPHIE DER GESCHICHTE (ab etwa 1821) die französische Revolution nicht mehr der Wendepunkt der Neuzeit, sondern die Reformation. S. 558 - 563.

12 Formal betrachtet hat Lukács seine "jugendliche Überwindung von Engels rückgängig gemacht". Während in: GESCHICHTE UND KLASSENBEWUSSTSEIN (Berlin 1923: S. 15 - 16; 145-6; 218) Engels zuweilen ziemlich scharf angegriffen wurde ob seiner Naturdialektik und überhaupt seiner undialektischen Ansätze, wird er hier andauernd zustimmend zitiert (vor allem die Feuerbachschrift). Inwiefern Lukács seine Überwindung von Engels inhaltlich aufrechterhält, wäre nur im Zusammenhange einer Gesamtanalyse, die hier nicht am Platze ist. Dieses Problem wird dadurch erschwert, daß Lukács, wenn er in seinen späteren Schriften auf die Naturdialektik zu sprechen kommt, entweder der herrschenden Engelsschen-Stalinschen Naturdialektik den Tribut zollt, oder völlige Ignoranz vorgibt (DJH S. 23).

III

In dem Vorwort zur Neupublikation und in einem Brief an den Verlag legt Horkheimer seine Gewissensbisse bloß: da zur Zeit der Niederschrift (1932-41) eine "proletarische Erhebung" eine "plausible Erwartung" (I,ix) gewesen, heute dagegen das Proletariat "dem subjektiven Bewußtsein nach" (I,x) integriert sei, erfordere die richtige Beziehung seiner damaligen Versuche zur Gegenwart "differenziertere Reflexion" (I,ix).

Was hat Horkheimer denn eigentlich bewogen, unter diesen veränderten gesellschaftlichen Umständen dem Neudruck zuzustimmen? Angeblich die sehr paradoxe Hoffnung, er würde die "Anwendung Kritischer Theorie auf die Praxis" (I,ix) verhindern. Allein diesem Zweck wäre doch viel wirksamer mit der bisherigen Methode gedient: das Aufbewahren der wenigen Exemplare der Zeitschrift für Sozialforschung in Sekretärschränken, an die "die um Erkenntnis Bemühten" (I,ix) nur mit der Horkheimer abholden Gewalt herankommen konnten. Der eigentliche Grund des Neudrucks scheint weniger in seichten Hoffnungen als in der harten politischen Ökonomie zu liegen: Horkheimer, sich dessen bewußt, daß die "Jugend in der Gegenwart" (I,xii) die Aufsätze ohnehin als Raubdrucke zirkuliert, seiner kaufmännischen Herkunft treu, wollte lediglich ein bißchen (Neupreis 50,-- DM!) einheimsen(13).

Darüber, ob sich der Kapitalismus in den letzten 40 Jahren wesentlich geändert habe, läßt sich streiten. Weniger problematisch dagegen ist der Umstand, daß Horkheimers subjektive Beurteilung jener Realität dieselbe geblieben ist. Auch damals hat er die kapitalistische Gesellschaft nicht begriffen.

Aus seiner Schilderung geht hervor, daß sich seine damalige "kritische" Haltung dem Kapitalismus ge-

13 Daß diese Vermutung nicht ungerechtfertigt ist, geht daraus hervor, daß Fischer jetzt Buchhandlungen, die DIALEKTIK DER AUFKLÄRUNG vertreiben, gerichtlich verfolgen will. Ein schöner dialektischer Sprung!

Wo immer Sie in Berlin studieren

**Kiepert KG** ist Ihre Fachbuchhandlung

| | | | |
|---|---|---|---|
| An der TU | Berlin 12 | Hardenbergstr. 4-5 | Ruf 31 07 11 |
| An der FU | Berlin 33 | Garystraße 46 | Ruf 76 43 68 |

genüber aus der Enttäuschung ergab, daß er Deutschland "nicht wegen Hitlers Terror bekriegt... sondern aus Motiven der Machtpolitik". (I,x) Und nur "deshalb war Haß gegen den Faschismus identisch mit Haß gegen die herrschenden Cliquen schlechthin". (I,x) (14)

Daß Horkheimer zum Antikapitalismus über den Umweg des Antifaschismus gelangt ist, soll kein Vorwurf sein; für viele ist dies ein erster Schritt zum politischen Bewußtsein gewesen. Darin aber, daß er nie über diesen "Antiismus" hinausgekommen, liegt begründet, weshalb er heute bei dem doppelten Fehler eines abstrakten Nihilismus und unkritischen Positivismus gelandet ist(15). Wenn nach 1945 die "Verelendungstheorie"(16) abstrakt und illusorisch geworden sei, war sie 1926(17) kaum weniger so. Daß es aber Marx um solche ahistorischen Gesetze nie gegangen, ist Horkheimer entgangen.

> "Es kann am Ende des Prozesses nichts herauskommen, was nicht im Anfang desselben als Voraussetzung und Bedingung desselben erschien. Andrerseits muß aber auch alles herauskommen."(18)

Ging Horkheimer von einem ahistorischen Haß gegen den Kapitalismus aus, so ist es nicht verwunderlich, daß er heute diese Gesellschaft als unangreifbar betrachtet, daß er sich zur Feigheit bekennt, um der "nuancierten Vergeltung" zu entgehen, der das "freie Wort" unterstehe. (II,viii) (19). Während für Lukács selbst der schlimmste Sozialismus besser sei als der beste Kapitalismus (20), geht es Horkheimer hierum:

> "Die begrenzte, ephemere Freiheit des Einzelnen im Bewußtsein ihrer zunehmenden Bedrohung zu schützen, zu bewahren, womöglich auszudehnen, ist weit dringlicher, als sie abstrakt zu negieren oder gar durch aussichtslose Aktionen zu gefährden." (I,xii)

Mit seinen beiden philosophischen Vorbildern, Schopenhauer und Nietzsche, und der Dialektik der Aufklärung, weist Horkheimer eine auffallende Ähnlichkeit auf. Wie Schopenhauer (dessen "metaphysischer Pessimismus ... seit je mir vertraut" (I,xiii) war er für den kaufmännischen Beruf bestimmt und ausgebildet; und wie Nietzsche und die Dialektik der Aufklärung verendet er objektiv in den Wahnsinn umschlagend(21).

## IV

Die praktische Bedeutung der Lukácsschen Theorie läßt sich nur im Zusammenhang mit dem damals sich befestigenden Stalinismus begreifen. Dieser bezeichnete die unter den Umständen des Weltimperialismus bewirkte Grablegung des revolutionären Marxismus-Leninismus. Mit dem Verschwinden eines klassenbewußten Proletariats in der UdSSR war die theoretische Wiederherstellung des ursprünglichen Marxismus-Leninismus zwar zur Wirkungslosigkeit verurteilt (Lukács genoß lediglich nach dem 2. imperialistischen Weltkrieg in den sozialistischen Ländern eine kurze Bewunderung ob seiner literaturwissenschaftlichen Arbeit); ihr Beitrag jedoch seit den fünfziger Jahren in den noch nicht sozialistischen Ländern zur Wiederbelebung der Methode und des Zieles der proletarischen Bewegung war nicht gering (vgl. z.B. SDS und indirekt auch Cuba).

Es wäre falsch zu meinen, nur parteigebundene, bzw. an den Barrikaden kämpfende Intellektuelle seien imstande, richtige marxistische Analysen zu liefern. Der Fall Horkheimer widerlegte diese These. Richtig wäre aber, daß es keine freischwebende, interessenlose Erkenntnis gebe. Vielmehr kommt es

---

14 Diese stark geprägte Tendenz zur bürgerlichen Totalitarismus- bzw. Konvergenzideologie wird deutlich in dem in diese Sammlung nicht aufgenommenen Aufsatz "Autoritärer Staat" (1940).

15 Vgl. seine Rechtfertigung des "verhängnisvollen asiatischen Feldzugs" (in unkritischer Sprache: barbarischer neo-imperialistischer Vietnamkrieg) I,x. S. auch ein im SPIEGEL vom 17.3. 69 referiertes Interview, S. 161 - 162.

16 Daß Marx nie eine absolute Verelendungstheorie aufgestellt hat, haben inzwischen viele unkritischere Denker eingesehen. Vgl. Werner Hofmann: "Verelendung", in:- FOLGEN EINER THEORIE, Ffm. 1967, S. 27 - 60; R. Rosdolsky: ZUR ENTSTEHUNG DES MARXSCHEN "KAPITAL", Ffm. 1968, S. 330 - 366.

17 In diesem Jahre fangen die Notizen an, die dann 1934 in dem unter dem Namen Heinrich Regius erschienenen Buch DÄMMERUNG gesammelt wurden.

18 Marx: GRUNDRISSE, Berlin 1953, S. 211.

19 Das Vorwort und der Brief an den Verlag sind ein Beispiel dieser braven Haltung, mit der er den Beifall der großbürgerlichen Presse hat ernten können. S. die Rezension in der FAZ vom 15.2.69 im Literaturblatt.

20 Interview in NEW HUNGARIAN QUARTERLY, IX Nr. 29, Frühling 1968, S. 81.

21 DIALEKTIK DER AUFKLÄRUNG, Amsterdam 1947, S. 240. Bei Horkheimer kann sein hohes Alter zur Erklärung dieses Zustandes herangezogen werden; bei Alfred Schmidt, der sich nicht entblödet, den Studenten ähnliche Vorwürfe zu machen ("Neigung ... vom Ungenügen an der – häufiger beschworenen als gedanklich bewältigten – Theorie zur abstrakten Unmittelbarkeit eines Praktizismus überzugehen, der jeden Gedanken von vornherein daraufhin befragt, ob er politisch verwertbar ist oder nicht ..." II,333), müßten objektivere Faktoren analysiert werden.

auf den Praxisbegriff an. Bei Horkheimer lassen sich zwei geschiedene Sphären feststellen: einerseits der sehr engagierte Kampf gegen die durch die immanenten Widersprüche der platzenden kapitalistischen Produktionsweise bedingte geistige Verkümmerung des bürgerlichen Individuums; andererseits die sehr vage Solidarität mit dem praktischen Versuch, durch eine proletarische Revolution diese schlechte Gesellschaft aufzuheben.

Was Horkheimer zu jenem zu sagen hat, ist bis heute unübertroffen(22). Insbesondere seine Kritik am Positivismus(23) sollte Pflichtlektüre für alle diejenigen sein, die bisher vor dem an den bürgerlichen Hochschulen herrschenden positivistischen Wissenschaftsbetrieb ohnmächtig gestanden haben.

Zum konkreten revolutionären Kampf hat Horkheimer wenig und noch weniger Richtiges zu sagen. Seine spärlichen Bemerkungen hierzu stellen im Kontext einen ungeheuren Bruch zum theoretischen Gang dar. Meist nehmen sie die Form melancholischer Wünsche an.

Horkheimer also ist ein nützlicher Idiot, den man ruhig dafür ausbeuten soll, was er hergibt(24).

V

Während der eine Intellektuelle die marxistische Bewegung noch bewußt vorantreibt, desavouiert der andere jeglichen praktischen Versuch, seine Theorie zu verwirklichen. Diese Gegenüberstellung ist keine Psychologisierung. Sie ergibt sich objektiv aus radikal verschiedenen Praxisbegriffen.

Marc Linder

22 Dies gilt mit Ausnahme der ab 1940 (Jahrgänge 8+9) in den USA erschienenen Aufsätze. Anscheinend weil es in diesem Land der Marxlosigkeit anders nicht ging (oder entspricht die Verwässerung der Einstellung des Theoretikers nach dem Untergang Europas?), produziert Horkheimer hier (ähnlich wie der Marcuse in: REASON AND REVOLUTION, 1941) eine Verherrlichung der ewigen Philosophie, die, völlig entleert, in allen Epochen für eine verwirklichte Vernunft kämpft. Vgl. den Aufsatz: "Die gesellschaftliche Funktion der Philosophie", II, 292 - 312.

23 Vor allem: "Materialismus und Metaphysik", "Materialismus und Moral", "Zum Rationalismusstreit in der gegenwärtigen Philosophie", "Der neueste Angriff auf die Metaphysik", und "Traditionelle und kritische Theorie". "Die Erörterung der modernen Lebensphilosophie" z. B. bildet eine Ergänzung zu der Analyse dieses Gegenstands in ZERSTÖRUNG DER VERNUNFT, wo die politisch-ideologischen Aspekte des modernen Irrationalismus abgehandelt werden.

24 Es gibt aber auch gefährlichere Idioten. Einer von diesen, der sich durch seine autoritäre Haltung und zwangsneurotische Sprache gut zum Erben des Instituts für Sozialforschung eignet, stellt einen entschiedenen Rückschritt hinter das von Horkheimer erreichte Niveau dar. Während dieser es noch verstand, die ökonomisch-klassenmäßigen Wurzeln der "sublimen" Philosophie aufzudecken, zieht jener es vor, unverständlich geschriebene geistesgeschichtliche, immanente Studien an den Tag zu legen: wobei immanent hier heißt: in der Luft. Was sich außerhalb der erkenntnis-theoretischen Welt von Kant bis Freud abspielte, erfährt man nicht.


# Rote Presse Korrespondenz

**Der Studenten-, Schüler- und Arbeiterbewegung**

Redaktion: Solveig Ehrler, Günther Matthias Tripp, Betriebsbasisgruppen, Ad-hoc-Gruppen an den Hochschulen, Internationales Forschungsinstitut des SDS (INFI), Berufsbasisgruppen im Republikanischen Club Berlin, Zentralrat der Sozialistischen Kinderläden, Aktionsgruppe Hannoverscher Lehrlinge

Die ROTE PRESSE KORRESPONDENZ informiert über die politische Arbeit der sozialistischen Gruppen, ist Diskussions- und Propagandaorgan der politischen Linie der sozialistischen nicht-revisionistischen Bewegung.

Bestellungen an : ROTE PRESSE KORRESPONDENZ , 1 Berlin 30, Eislebenerstr. 14 Tel. 0311/242226; erscheint wöchentlich; Abonnement mtl 4, 00 DM (Ausland: 5, 00 DM; Luftpost Ausland 6, 00 DM zuzüglich Luftpostzuschlag) Einzelpreis 1 DM

**Witali Solomonowitsch Wygodski:**
**Die Geschichte einer großen Entdeckung.**
**Über die Entstehung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx.**

Aus dem Russischen (Orginal: Verlag Mysl, Moskau 1965), übersetzt von Horst Friedrich und Horst Richter, mit einem Vorwort zur deutschen Ausgabe von Otto Reinhold.
Berlin (DDR): Verlag Die Wirtschaft, 1967.
Leinen, 159 Seiten, 6,80 DM.

Allen, die das "Kapital" studieren und somit Schwierigkeiten dabei haben, sei dieses kleine Buch empfohlen, das, obwohl ein wertvolles dialektisches Hilfsmittel – vielleicht wegen des etwas reißerisch-romantischen Titels –, bisher nicht die verdiente Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Thematik ist deshalb wichtig, weil die Beschäftigung mit dem "Kapital" erleichtert wird, wenn man die Grundzüge der Entwicklung der ganzen Theorie und damit dann den Stellenwert einzelner Teile eher versteht, aber auch, weil die Theorie selbst nur in ihrer Genese adäquat begriffen werden kann.

Wygodski stellt richtigerweise die Entwicklung der Wert- und Mehrwertlehre in den Mittelpunkt seiner Arbeit und begründet zu Anfang überzeugend seine These, daß die Periode von 1850 bis 1863 dafür die entscheidende in Marx' Schaffen war. Pädagogisch geschickt faßt er dann zunächst (S. 25 - 30) die Grundzüge der entwickelten Marxschen Wertlehre zusammen, die das anschließende Verfolgen der durchaus nicht gradlinigen theoretischen Entwicklung von den ersten Anfängen an für den Leser verständlich und nachvollziehbar machen. Eine Schwäche von Wygodskis Buch liegt darin, daß der Verfasser den für die Entwicklung der Theorie wichtigen Engels außerachtläßt; das Werk Tuchscheerers sei für diesen Punkt unbedingt als Ergänzung empfohlen.

Die Hauptschwierigkeit für Marx (und Engels), auch heute in der bürgerlichen Ökonomie und in seichten ökonomischen Arbeiten solcher, die sich für Marxisten halten, vielfach nicht begriffen, lag darin, das Lohnarbeitsverhältnis sowohl als mit dem Äquivalententausch wie auch mit der dauernden Produktion von Mehrwert ohne Verletzung des schon von der klassischen politischen Ökonomie teilweise herausgearbeiteten Wertgesetzes vereinbar zu begreifen. Drei Stoßrichtungen hatte die Ausarbeitung der wissenschaftlichen Konzeption von Marx:
gegen die klassischen Ökonomen, die – auch aufgrund interessenmäßiger Schranken, die ihnen den Kapitalismus als ewig und natürlich erscheinen ließen – nicht zum Doppelcharakter der sinnlich-tätigen und abstrakt-wertschöpferischen Arbeit, dem von der "Arbeit" zu trennenden Gebrauchswert dieser Arbeit (der Arbeitskraft) und somit nicht zur Quelle des Mehrwerts vorstießen;
gegen die Vulgärökonomen, die die "Klassiker" noch um viele wertvolle Erkenntnisse erleichtert rezipierten und die von diesen brutal aufgezeigten Antagonismen des Kapitalismus ideologisch "harmonisierten";
und schließlich gegen die "utopischen Sozialisten" wie Proudhon, die – in vielem der späteren Sozialdemokratie ähnlich – im Laborieren an Oberflächenerscheinungen wie dem Geld- und Bankensystem, das als schlecht erlebte, aber nicht begriffene System zu bessern suchten, ohne daß ihnen klar geworden wäre, daß die Produktion das letztlich Bestimmende bei der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ist und nur von daher ein Wirtschaftssystem geändert werden kann. (Eine vierte Stoßrichtung muß freilich immer noch dazu gedacht werden: die dauernde Kritik von Marx und Engels an ihren früheren Positionen, die z.T. stark an die – später – gegnerischen Auffassungen angelehnt waren.)

Der Verfasser legt mit Recht das Hauptgewicht auf die "Grundrisse ..." von 1857/58 und die "Theorien über den Mehrwert" von 1861/63, um das Wesentliche von materieller Theorie und Methode darzustellen, zieht aber auch immer wieder frühere Schriften wie auch das "Kapital" und spätere Werke (in erster Linie "Lohn, Preis, Profit" und die "Randglossen zu Wagner", Marx' letzte "ökonomische" Schrift) heran, soweit das nötig ist. Die Antwort auf die vieldiskutierte Frage, warum Marx das "Kapital" mit der Analyse der Ware beginnt (S. 61 f.) steht im Kontext der Beschreibung der entwickelsten Form der Arbeitswertlehre, der Theorie des Mehrwerts, der Zusammenhänge von Wert, Marktwert, Produktionspreis, Durchschnittsprofit, Mehrwert- und Profitrate (S. 60 ff.), sowie der Diskussion der Monopolsituation in der Landwirtschaft, für die – als Sonderfall – gleichwohl die für die Konkurrenzwirtschaft charakteristischen Tendenzen als zutreffend nachgewiesen wurden (S. 103 ff.).

Die Ausführungen Wygodskis über die Ausarbeitung der Struktur des "Kapitals" (S. 117 ff.) zeigen, wie sehr Marx' Hauptwerk ein gewaltiger Torso ist, nämlich einer der vier Abschnitte der von Marx geplanten sechs Bücher (vgl. die 1858 - 1862 als Konzept dienende Planskizze auf S. 122), der das Kapital "im allgemeinen" behandelt. Wygodski weist an mehreren Stellen auf diesen Umstand hin, der nicht nur von biographischer, sondern von eminenter materieller und methodischer Relevanz ist, weil der hohe Abstraktionsgrad mit den vielen – im Zuge der Darstellung vorerst nebensächlichen und hinderlichen – unberücksichtigten Randbedingungen, der generell erst im dritten Band des "Kapital" schrittweise verlassen wird, die schlichte "Anwendung" auf die "Wirklichkeit" (und erst recht auf die bis heute veränderte) verbietet (S. 97 - 102). Die Geschichte der mühseligen Ausarbeitung der Theorie ist zugleich ein Trost für Ungeduldige, die möglichst in einem Semester ein Lebenswerk kon-

sumieren wollen; auch Marx hatte ja analog dazu 1851 noch geglaubt, "in 5 Wochen mit der ganzen ökonomischen Scheiße fertig" zu sein, um sich dann "auf eine andere Wissenschaft (zu) werfen." (S. 43).

Daß Marx zeit seines Lebens ein Revolutionär war, daß sein Ziel die "Emanzipation der arbeitenden Klasse" (1849) (S. 35), das wissenschaftlich erkannte Mittel dazu "die revolutionäre Losung 'Nieder mit dem Lohnsystem!' " (1865) (S. 144) war, hebt der Verfasser durchgängig hervor; leider bleibt bei ihm die Beziehung von revolutionärer Tätigkeit und Lebensgeschichte einerseits und wissenschaftlicher Tätigkeit von Marx andererseits zu sehr äußerlich – aus der Hinwendung zum systematischen Studium ökonomisch-gesellschaftlicher Zusammenhänge nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 – und ähnlich in verstärktem Maße bei und nach dem nicht eingetroffenen Zusammenbruch nach der "letzten" Krise von 1857, – hätten diese Beziehungen weniger oberflächlich gezeigt werden müssen. Freilich wäre für Wygodski die teilweise Anerkennung solcher Kontingenz schwer gewesen, folgt er doch auch hier und da (bes. S. 15 f.) der orthodox-scholastischen Lehre, Marx und Engels hätten, gleichsam mit dem auf den Kopf gestellten Hegelschen Weltgeist im Rücken, zielstrebig die neue Wissenschaft aufgebaut, indem sie in den 40er Jahren "ihre dialektisch-materialistische Geschichtsauffassung" ausarbeiteten, welchen "dialektischen Materialismus" – der grundsätzlich auf alles Mögliche anwendbar sei – sie dann angeblich zunächst "auf die Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft" ausdehnten (S. 15). (Solche Thesen regen übrigens sehr an, die vom Verfasser zu Recht unterstrichene Polemik Marx' gegen bürgerliche Ideologen, die den ihnen zusagenden gesellschaftlichen Verhältnissen die Weihe von Naturgesetzen gaben, nun auch gegen Wygodski selbst und jene die Geschichte z.T. stillstellen wollende Sowjetorthodoxie zu wenden.) Daß solche Dogmatisierung auch schwerwiegende inhaltliche Konsequenzen hat, zeigt gleich zu Anfang des Buches (S. 13 ff.) die gehäufte, fragwürdige Ettikettierung der im "Kapital" entwickelten Theorie als "ökonomische" (und nicht als allgemein gesellschaftliche), die eine funktional-arbeitsteilige Konzeption verrät (der freilich auch ein Trotzkist wie Mandel verfallen ist).

Der Schlußteil (S. 150 ff.) mit Äußerungen von Marx und Engels über die Zukunft und ihre "Ansichten von der kommunistischen Ökonomik" (S. 147) kommt über eine etwas dürftig kommentierte Zitatensammlung nicht hinaus, so daß er, zumal ohne Einbeziehung des weiteren geschichtlichen Verlaufs (der Theorie wie der realen Verhältnisse), in Gegensatz zur übrigen Darstellung zu abstrakt und wenig brauchbar erscheint.

Ein nicht genug zu lobender Vorzug des Buches liegt dagegen in seiner packenden Sprache, was umsomehr erfreut, als es heute eher üblich ist, sinnlosen Mondekursionen Hymnen zu dichten als wissenschaftliche Entdeckungen zu feiern, die solche Irrationalismen überflüssig und die Erde zu einer befreiten und friedlichen machen können. Es ist lange her, seit Wladimir Majakowski das Bild prägte, daß Marx "die Hand der Mehrwerträuber (faßte) und ... sie auf frischer Tat (ertappte)" (S. 71).

Hans-Dieter Bamberg

**Ernest Mandel:**
**Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx (1843 - 1863).**

Aus dem Französischen von Gisela Mandel.
Frankfurt, Wien: Europäische Verlagsanstalt, Europa Verlag, 1968.
Snolin-Borschur, 224 Seiten, DM 12,– (Leinen DM 18,–).

Mandel hat für sein Thema(1) – der Titel ist übrigens irreführend, da die "Theorien über den Mehrwert" nicht einbezogen werden(2) – nicht die Me-

1 Gerade weil es zu der behandelten Thematik relativ wenig Literatur gibt, hätte Mandel für die deutsche Übersetzung, die in der letzten Zeit dazu erschienenen Arbeiten berücksichtigen müssen. Vgl. Anm. 3 bis 6.

2 Irreführend im höchsten Grade ist auch der Umschlagstext des Verlags: weder hat der Verf. die "gesamte kritische Literatur" zu seinem Thema gesichtet, noch ist sein Buch "der erste Versuch, eine Entwicklungsgeschichte der Marxschen ökonomischen Ansichten zu skizzieren". Daß Mandels Untersuchung "das letzte Wort" zu der Thematik ist, wollen wir nicht hoffen.

JÜRGENS BUCHLADEN
DAHLEM★DORF
Jürgen Schleicher
1 Berlin 33 Tel. 769 16 25
Königin Luise Str. 40
Kritische Literatur · Poster & Grafik
Fachbücher · Buchversand

thode der geduldigen Interpretation der Texte von Marx wie Tuchscheerer(3) und (für die "Grundrisse") Rosdolsky(4), noch die Entwicklung aus seinen Lehrern Hegel, Ricardo, Heß usw. wie Zelený(5), noch auch das fruchtbare Herangehen an Marx' Entwicklung vom Wertgesetz her wie Wygodski(6) gewählt. Welche Methode Mandel angewandt hat, konnte der Rezensent nicht feststellen, doch scheint das disparate Vorgehen des Verf., der die Arbeitswertlehre in Kap. 3, das Privateigentum in Kap. 1, den — nie definierten — "Kommunismus" in Kap. 2, die Krisen in Kap. 5 usw. usw. abhandelt, symptomatisch für den Inhalt zu sein.

Das spezifisch Neue an Marx bleibt dunkel; was der nicht selten auftauchende historische Materialismus sei, ebenfalls: getreu der von Schumpeter, Fetscher u.a. vorgezeichneten Linie wird Marx letztlich unter die Nationalökonomie (Spezialfach: Arbeitswertlehre) eingereiht, die er ja — so Mandel — "durch eine Reihe von Entdeckungen umstürzte" (211). Obwohl dessen Niveau im Vergleich hierzu ungleich höher ist, sei zu der Frage, ob Mandel eigentlich in seiner Marx-Rezeption die bürgerliche Nationalökonomie als bürgerliche Wissenschaft und als Nationalökonomie transzendiert (was einzig seinem Objekt angemessen wäre) die Kritik Helmut Reichelts an Werner Hofmann noch einmal zur Lektüre empfohlen(7).

Die Stärken des Buches sind da, wo der Verf. aus seinem historisch-ökonomischen Wissensfundus schöpft (so im 8. Kap. über die "asiatische Produktionsweise" und die Vorbedingungen der kapitalistischen Akkumulation) und wo er sich ins Gedränge mit zeitgenössischen Marxologen und Marxisten begibt. Die beiden letzten Kapitel über den Entfremdungsbegriff und die Konvergenztheorie arbeiten gut heraus, daß der Marxsche Entfremdungsbegriff(8) mit der Warenproduktion zusammenhängt und allein durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht obsolet wird.

Hans-Dieter Bamberg

3 Walter Tuchscheerer: BEVOR "DAS KAPITAL" ENTSTAND, Berlin (DDR) 1968.

4 Roman Rosdolsky: ZUR ENTSTEHUNGSGESCHICHTE DES MARXSCHEN "KAPITAL", Frankfurt/M. 1968.

5 Jindrich Zelený: DIE WISSENSCHAFTSLOGIK BEI MARX UND "DAS KAPITAL", Berlin (DDR) 1968, Frankfurt/M. 1969.

6 Witali Solomonowitsch Wygodski: DIE GESCHICHTE EINER GROSSEN ENTDEKKUNG, Berlin (DDR) 1967; s. auch die Besprechung in diesem Heft.

7 Siehe Sozialistische POLITIK 2/69, S. 17 ff.

8 Vgl. aber die ungleich präzisere Darstellung: Friedrich Tomberg: "Der Begriff der Entfremdung in den 'Grundrissen' von Karl Marx", in: DAS ARGUMENT, 52, S. 187 ff.

**Serge Mallet:**
**La Nouvelle Classe Ouvrière**

Collections Esprit "La Cité Prochaine".
Paris: Editions du Sueil, 1963.
Leinen, 9.85 NF.

Die Untersuchung von Serge Mallet über sozioprofessionelle Rekrutierung und gewerkschaftliche Organisationsformen der Arbeiterklasse in den technologisch fortgeschrittensten Sektoren der französischen Industrie ist mittlerweile über 10 Jahre alt; ihre Publikation liegt um 6 Jahre zurück. Besonders aus zwei Gründen erscheint die bevorstehende Übersetzung der Malletschen Arbeit ins deutsche durch die EVA dennoch verdienstvoll:

1. In der Verbindung von politökonomischer Analyse, Betriebsmonographie und Interview realisiert Mallet einen theoretisch-empirischen Forschungsansatz, der bis heute auch von solchen Autoren innerhalb der deutschen Industrie- und Betriebssoziologie nicht eingelöst ist, deren Arbeiten sich an Marxschen Fragestellungen orientieren (vgl. etwa: S. Braun: ZUR SOZIOLOGIE DER ANGESTELLTEN, Ffm., 1964). Mallet selbst ist freilich an methodologischen Finessen weniger interessiert — er versteht seine Arbeit eher als kämpferischen Beitrag zur Arbeiterbewegung denn als wissenschaftliche Abhandlung.

2. Mit der Frage nach dem gesellschaftlichen und politischen Status der Arbeiterklasse in den technologisch fortgeschrittensten Sektoren der Industrie — d.h. nach den Arbeitsmerkmalen, der beruflichen Zusammensetzung, nach den Formen der Artikulierung ihrer sozioprofessionellen und (gewerkschafts)-politischen Interessen, sowie schließlich nach ihrem politischen Bündnispotential — versucht sich Mallet an einer empirisch gesicherten Aussage über eine wichtige Fraktion der Arbeiterklasse in dem sich fortentwickelnden kapitalistischen Gesellschaftssystem. Der numerische Bestandteil dieser "neuen" Arbeiterklasse an der Gesamtarbeiterschaft in seiner Entwicklungstendenz und seine Differenzierung nach industriellen Sektoren wird freilich bei Mallet nirgendwo ausgewiesen.

Mallet erschließt den Zusammenhang zwischen den drei Bezugsebenen seiner Analyse — ökonomische Tendenzanalyse, sozioprofessionelle Strukturmerkmale und politiko-syndikalistische Organisationsformen — durch eine Verbindung von historischer Vorgehensweise und analytischer Systematik: Mit Hilfe des von dem französischen Arbeitssoziologen A. Touraine entwickelten Dreiphasenschemas der industriellen Entwicklung (vgl. A. Touraine: LA CONSCIENCE OUVRIERE, Paris 1966) ermittelt Mallet den Stellenwert der fortgeschrittenen Technologie für die Arbeitsbedingungen im kapitalistischen Industriebetrieb und die dadurch möglichen neuen gewerkschaftlichen Organisationsformen. Während in der Phase A, der Phase des Familien- oder Gruppenkapitalismus, durchgehend noch handwerkliche Arbeitsformen existieren ohne

ausgeprägte Arbeitsteilung, ist die Phase B der rapiden Industrialisierung durch die Fragmentierung aller Tätigkeiten des Arbeiters in der großen Industrie gekennzeichnet (vgl. die Darstellung von Marx: KAPITAL, Bd. I, 11. - 13. Kap.). Innerhalb dieser Phase der Entstehung der großen Industrie — etwa zu Beginn des 20. Jahrhunderts — läßt sich die proletarische Situation noch als einheitliche begreifen: Kollektiv erfahrener Ausbeutung im Betrieb und dem gemeinsam erfahrenen Schicksal der Verelendung als industrielle Reservearmee entspricht die kollektive Entrechtung und Unterdrückung im außerbetrieblichen und allgemein politischen Bereich. Die Antwort auf diese objektiven Bedingungen ist die Solidarität der Arbeiterbewegung. Im Übergang zur Phase C jedoch kündigt sich eine gegenläufige Bewegung an: Die politischen und gewerkschaftlichen Kader innerhalb der Arbeiterbewegung entfremden sich in zunehmender Bürokratisierung von den Arbeitermassen. Mit der Integration der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Staatsapparat nach 1945 sinkt der Anteil der Organisierten, die Kluft zwischen Mitgliedern und Funktionären wächst; mit der Parlamentarisierung und Verbürgerlichung der Arbeiterbewegung — exemplarisch dokumentiert in den immanenten Widersprüchen der "participation conflictuelle" im Nachkriegsfrankreich — mit der zunehmenden Diskrepanz zwischen verbalem Radikalismus und objektiv revisionistischem Verhalten der PCF und CGT entfremden sich die Arbeiter zusehends von den Organen der Artikulierung ihrer politischen Interessen. Die Phase C — die Automation und die damit verbundene Revolution der industriellen Technologie — führt nach Mallet schließlich zu einer qualitativen Veränderung der objektiven Arbeitsbedingungen: Die Parzellierung der Arbeit wird aufgehoben; innerhalb sich selbst regulierender Fertigungsabläufe hat der Arbeiter im wesentlichen nur die Funktion der Überwachung und des regulierenden Eingreifens im Störungsfalle; die traditionellen Antreiber-Vorarbeiter sind in hochautomatisierten Industrien überflüssig. Mit diesen technologischen Bedingungen verändern sich auch die Tätigkeitsmerkmale sowie die Kooperationsgruppen des hochqualifizierten Arbeiters — seine Stellung ähnelt eher der des Technikers als der des herkömmlichen Facharbeiters. Anstelle der Solidarität der Arbeiterklasse tritt nach Mallet ein differenziertes Beziehungsgeflecht integrierter Gruppen, in denen Techniker, Ingenieure und hochqualifizierte Arbeiter zusammenarbeiten und die keine soziale Hierarchie mehr kennen, sondern nur noch technische Arbeitsteilung.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Unternehmung entlang der drei Phasen — deren Trennung vorwiegend analytischen Charakter hat, denn die gegenwärtige Wirtschaftsstruktur in Frankreich reproduziert gleichzeitig-ungleichzeitig alle drei Phasen — verändern sich auch die überbetrieblichen Bedingungen und ihr Stellenwert für die Arbeitsorganisation. Innerhalb der antagonistischen Elemente der kapitalistischen Gesellschaftsordnung legt Mallet besonderes Gewicht auf die Analyse des Finanzmarktes.

Der technisch-ökonomische Kontext der bei Mallet untersuchten Unternehmen bedingt auch die Formen der innerbetrieblichen Arbeitsteilung zwischen Ingenieuren, Technikern und hochqualifizierten Arbeitern. Innerhalb der integrierten Arbeitsgruppen in den hochautomatisierten Industrien rekrutiert sich die N CL O vor allem aus zwei Kategorien von produktiven Arbeitern:

1. Eher noch in den traditionalen Kategorien von manueller Arbeit begreifbar sind diejenigen Arbeiter, welche zur Überwachung, Inganghaltung und Reparatur der Anlagen eingesetzt sind — ihre Qualifikationsmerkmale sind Erfahrung und Initiative, sie stellen die Verbindung her zwischen einzelnen Produktionsphasen; gegenüber der parzellierten Arbeit in der Taylorschen Fabrik, wo in integrierten Kollektiven gearbeitet wird.
2. Die Techniker in den Forschungsbüros, die Ingenieure in den Forschungs- und Konstruktionsabteilungen oder in der Fertigung (von der AV bis zur Produktionsüberwachung) sind dagegen das eigentlich "neue" Element innerhalb der N CL O; sie tendieren in hochautomatisierten Industrien wie Machines Bull, Thomson-Houston oder Caltex dahin, die erste Kategorie (und mehr noch natürlich die traditionellen Hilfs- oder Facharbeiter) in ihrer numerischen Anzahl übersteigen.

Beide Ebenen der objektiven Bedingungen im geplanten Kapitalismus — Krisenanfälligkeit der großen Unternehmung und der wachsende Stellenwert technologischer Parameter — reproduzieren sich auf der Ebene der sozioprofessionellen Arbeitsbedingungen sowie der gewerkschaftlichen Organisationsformen in den "neuen" Industrien. Kennzeichnende Elemente der N CL O sind dabei nach Mallet: Integration der Arbeiter in die Unternehmung und betriebssyndikalistische Orientierung.

Diese Integration — von Mallet zu Recht unterschieden von der patriarchalischen Integration des Arbeiters in den kapitalistischen Familienbetrieb — erfolgt auf drei Ebenen:

1. der Löhne und Gehälter
2. der professionellen Rekrutierung und
3. der Arbeitsplatzsicherheit

Sowohl die Obsolenz der herkömmlichen Leistungsbewertung durch die integrierten und automatisierten Fertigungsprozesse der Unternehmen sowie deren langfristig kalkulierte Kostenstruktur als auch die durch lange Einarbeitung, durch Spezialisierung und Qualifizierung bedingte Arbeitsplatzsicherheit begründen nach Mallet eine Verschiebung der Interessenlage gegenüber den traditionellen Forderungen der Gewerkschaftsarbeit: eher als an Fragen der Lohnerhöhung entzünden sich die Konflikte an Forderungen nach Veränderung der bestehenden Entscheidungsstrukturen.

Mit wachsendem Qualifikationsniveau der Arbeiter rückt der Kampf gegen die Zentralisierung der Ent-

scheidungen durch das Management und die Fremdbestimmung der Arbeit durch überbetriebliche Instanzen – seien dies Marktabsprachen oder staatliche Institutionen – in den Vordergrund. Besonders in den staatlich kontrollierten Betrieben der Atomgüter- und Rüstungsproduktion hat dabei auch eine Diskussion der Arbeiter, Techniker und Ingenieure über generelle Verwertungszusammenhänge im Kapitalismus eingesetzt.

Die Zielverschiebungen gegenüber den herkömmlichen Lohnkonflikten und die damit verbundenen neuen Kampfformen in der Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital enthüllen die Mehrdeutigkeit des von Mallet verwandten Integrationsbegriffs. Vor allem auf der Ebene der professionellen Rekrutierung entsteht innerhalb der integrierten Arbeitsgruppen von Ingenieuren, Technikern und hochqualifizierten Arbeitern eine gemeinsame sozioprofessionelle Orientierung, in der die traditionellen Einstellungen der drei Gruppen überlagert werden (nämlich Individualismus und Aufstiegsorientierung beim Techniker, die ausschließlich an technischen Kriterien orientierte "Rationalität" des Ingenieurs – d.h. die Internalisierung der kapitalistischen Rationalität, sowie die Relikte des Klassenbewußtseins beim Arbeiter). Durch den Abbau sozialer Barrieren zwischen den Gruppen wird damit die Artikulierung qualitativ neuer Forderungen erst möglich. In den Streikaktionen von 1958 und 1968 bei Th.-Houston in Bagneux (arbeitet innerhalb der Produktion von elektronischen Anlagen, auch für das französische Verteidigungsministerium sowie für internationale Forschungsinstitutionen) traten besonders junge Arbeiter mit hohem Qualifikations- und Organisationsgrad hervor (zumeist CGT und CFDT). Ihre Forderungen richteten sich über die herkömmlichen Lohnfragen hinaus auf technische (Organisation der Arbeit) und ökonomische Sachverhalte (Art der Investitionen, Stellung des Unternehmens am Markt).

Die politisch-organisatorische Umsetzung dieser neuen Forderungen vollzieht sich ebenfalls nicht mehr im Medium der traditionellen Interessenvertretungen – d.h. im defensiven Antikapitalismus auf Seiten der Arbeiter in PCF und CGT, und der ihr widersprechenden Identifizierung der Ingenieure und zum Teil auch der Techniker mit den Unternehmern. Die Interpretation und das Vorantreiben der innerbetrieblichen Kämpfe wird einerseits in den Arbeitskollektiven geleistet, andererseits in den übergewerkschaftlichen Komitees, die auf der Ebene der gesamten Unternehmung tätig werden.

Mallet glaubt in diesen neuen Organisationsformen im gewerkschaftlichen Kampf das "archaische" Klassenbewußtsein abgelöst durch den "esprit de l'entreprise" – durch innerbetriebliche syndikalistische Orientierung. In den unterschiedlichen Strategien von CGT und CFDT (keine Teilnahme an innerbetrieblichen Entscheidungen, Beschränkung der Forderungen auf Lohnfragen und einige sozialpolitische Themen) versus Demokratisierung der innerbetrieblichen und z.T. der überbetrieblichen Entscheidungsbereiche spiegeln sich nach Mallet die objektiven Ungleichzeitigkeiten der Phase B und C der industriellen Entwicklung in Frankreich. Zwar ist es der CFDT mit dieser Strategie eher als der CGT möglich gewesen, mit den revolutionären Aktionen der französischen Arbeiter im Mai 1968 Schritt zu halten, doch verkennt auch Mallet nicht die Gefahr des Betriebspartikularismus, die solchem, auf innerbetriebliche Forderungen beschränkten, Kampf immanent ist: wenn die historische Dimension der Arbeiterbewegung im Bewußtsein der 'militants' ihren Stellenwert verliert und die Verbindung des Kampfes um innerbetriebliche Entscheidungsbereiche nicht verbunden wird mit dem politischen Kampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat, liegt die Möglichkeit der Integration der N CL O durch die Herrschaftstechniken des kapitalistischen Systems auf der Hand. Dieser immanente Widerspruch betriebssyndikalistischer Organisations-Formen dokumentiert sich auch in der Parteizugehörigkeit der CFDT-Kader: ihre Kader gehören der linkssozialistischen PSU an, die Anhänger sind Mitglieder der MRP (einer Vorläuferpartei der Gaullisten), und die Wähler schließlich gehören zur gaullistischen UNR.

Die aus den qualitativ veränderten Arbeitsbedingungen in den neuen Industrien resultierenden sozioprofessionellen Organisationsformen und die damit verbundenen Zielverschiebungen in der gewerkschaftspolitischen Orientierung der N CL O werden – so prognostiziert Mallet abschließend – tendenziell zu einer Zweiteilung der Arbeiterbewegung führen: in eine traditionelle Richtung, den CGT-PCF-Flügel, sowie in eine Richtung, welche den veränderten objektiven Bedingungen in den automatisierten Industrien Rechnung trage. Mit anderen Arbeitssoziologen wie Touraine, Naville und Levebvre glaubt sich Mallet darin einig, daß die Forderungen dieser in die Unternehmung integrierten "neuen" Arbeiterklasse auf jener Ebene liegen werden, die er in seinen Untersuchungen ermittelt hat: . . . "orientiert an der Bewußtwerdung über ökonomische Probleme sowie an der Notwendigkeit für den Arbeiter, die Produktion auf allen ökonomischen Ebenen zu kontrollieren" (S. 249). Langfristig sieht Mallet die traditionelle Arbeiterklasse in der N CL O absorbiert.

Die Veränderung von sozioprofessionellen Organisationsformen und Bewußtseinsinhalten von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren durch technologische Entwicklungstendenzen ist seit der Malletschen Untersuchung Gegenstand zahlreicher empirisch-theoretischer Arbeiten gewesen; dabei scheinen sich die Malletschen Hypothesen über die Entwicklungstendenzen der N CL O in ihrem Verhältnis zur Arbeiterklasse insgesamt nicht bestätigt zu haben. Insbesondere die französische Mai-Revolte – aber auch die seitherigen Klassenkämpfe in England und Italien – lassen die Malletsche Trennung

zwischen traditioneller und "neuer" Arbeiterklasse in der von ihm getroffenen Form überhaupt problematisch erscheinen: Mandel ("Workers under Neo-Capitalism", ISR, Nov - Dec 1968) verweist darauf, daß in der Besetzung der französischen Fabriken im Mai 1968 durch revolutionäre Arbeiter sich nicht nur die hochqualifizierten Arbeiter und Techniker der halbautomatisierten Fabriken wie CSF in Brest (Elektroindustrie) an der vordersten Front des Klassenkampfes befanden, sondern auch die Fließbandarbeiter von Renault und der Flugzeugfirma Sud-Aviation. Sogar in stagnierenden Sektoren wie dem der Werftindustrien in Nantes und Saint Nazaire organisierten sich die Arbeiter in der Forderung nach Arbeitermacht. "The Categories of 'old' and 'new' working class created by Mallet do not correspond to the realities of the process." (Mandel, a.a.O., S. 7)

Ebenso wie Mallet erkennt Mandel innerhalb der drei Gruppen von produktiven Arbeitern eine technologisch verursachte Tendenz zur Angleichung der sozioprofessionellen Bedingungen. Mehr als Mallet betont Mandel jedoch den kapitalistischen Kontext solcher Veränderungstendenzen; während es bei Mallet manchmal scheinen will, als enthielten die Arbeitsbedingungen in den "neuen" Industrien gleichsam per se ein emanzipatorisches Moment, begreift Mandel gegenüber dieser linkstechnokratischen Vorstellung unter dem Aspekt der zunehmenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals die Homogenisierung der objektiven Situation der genannten Gruppen als tendenzielle Proletarisierung. Die drei Indikatoren für proletarische Situation sind nach Mandel (a.a.O., S. 5/6);

1. Schlüsselstellung der Arbeit im Produktionsprozeß
2. Entfremdete Arbeit
3. Ökonomische Ausbeutung der Arbeit.

Wenn man Mandels Tendenz-These von der Proletarisierung – auch der intellektuellen Arbeit – zustimmt, wonach folgerichtig die Malletsche N C L O lediglich e i n e Fraktion der Arbeiterklasse ist und damit auch die Ausweitung des Klassenkampfes auf die gesamtpolitische Ebene für die gesamte Arbeiterklasse notwendig wird, so ist andererseits die augenblicklich noch andauernde partielle Unterschiedlichkeit der objektiven Situation zwischen Arbeitern, Technikern und Ingenieuren eine Tatsache, an der keine theoretisch-empirische Analyse vorbeigehen kann; eine Tatsache, die sicher noch stärker für die deutschen als für die französischen Verhältnisse gilt.

Beide Aspekte der objektiven Situation – bildlich gesprochen die differenzierte Oberflächenstruktur von primärer und sekundärer Sozialisation, Arbeitsbedingungen, materiellen Gratifikationen, Aufstiegsbedingungen usw. sowie die gemeinsame Tiefenstruktur einer – sich nach Mandel verschärfenden – gemeinsamen proletarioden Klassensituation sind auch in der Diskussion zwischen Vertretern von CGT und CFDT analysiert worden (Mandel a.a.O., s.a. den Beitrag von Sebastian Herkommer in diesem Heft).

Elemente dieser Klassensituation sind z.B. Stellenwert des Lohnkonflikts im Spätkapitalismus – anders gesagt: die Funktionalität eines auf lohnpolitische Forderungen beschränkten Konflikts für das kapitalistische Verwertungssystem; Probleme der Disqualifizierung auch traditionell "schöpferischer" Tätigkeiten (Konstruktion, Entwicklung usw.), sowie schließlich die Integration der Ingenieure und Techniker in die Arbeiterbewegung – ein damit verbundener wechselseitiger Lernprozeß. All diese verschiedenen Aspekte derselben inhaltlichen Fragestellung – nämlich nach den Bedingungen und Möglichkeiten einer sozialistischen Schulung von Arbeitern, Ingenieuren und Technikern im Spätkapitalismus – sind bisher nicht umfassend systematisiert und empirisch ermittelt worden. Ein methodisch verfeinerter theoretischer Apparat im Sinne der Malletschen Analyse, in welchem, unter Berücksichtigung der angeführten Korrekturen, exemplarische Arbeitskonflikte während des französischen Mai sowie z.B. die seitherigen Klassenkämpfe in Italien aufgearbeitet werden müßten, wäre hierzu eine wichtige Vorbedingung.

Niels Beckenbach


**DKP/AdF pseudorevolutionärer Parlamentarismus**

FU-Projektgruppe DKP und Bernd Rabehl

Ladenpreis ca. 4.50

Oberbaumverlag
1 Berlin 21, Bundesratufer 1.

**Kollektives Leben mit politischer Arbeit verbinden!**

Kommune 2

Ladenpreis ca. 9.-

Oberbaumverlag
1 Berlin 21, Bundesratufer 1.

**Kenneth Prandy:**
**Professional Employees.**
**A Study of Scientists and Engineers.**
London: Faber & Faber, 1965.
197 S., Leinen, 32/6 sh.

Das hier rezensierte Material über Angestelltengewerkschaften wird unter dem Aspekt gesichtet, welche Ansätze für die Frage nach der Syndikalisierung der professionalisierten Intelligenz, insbesondere der technischen Intelligenz, von Relevanz sein können.

Blackburn und Prandy(1) diskutieren für Großbritannien die Konfusion zwischen zwei ideologischen Positionen, von denen die eine die Angestelltengewerkschaften (white-collar unions) als einen besonderen Gewerkschaftstyp versteht und die andere einen Unterschied zwischen Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften verneint. Die beiden Autoren selbst versuchen, mit dem Konzept der 'unionateness', das sieben Elemente enthält, die gegensätzlichen Hypothesen in einer Theorie zu verbinden.

Die White-Collar Unions differenzieren sich durch ihre 'Status-Ideologie', welche implizit die Autorität des Unternehmers akzeptiert, von den Gewerkschaften der Manual Workers. Diese fordern dagegen eindeutig die Anerkennung von Interessenkonflikten. Allerdings ist der white-collar unionism nicht allein durch die Einstellungen der Angestellten zu erklären, er resultiert auch aus der objektiven Arbeitssituation. Entscheidende Variablen sind hier Größe und Komplexität der Organisation: Mit zunehmender Bürokratisierung und der Formalisierung der Arbeitsbeziehungen zwischen Angestellten und Management, zumal im öffentlichen Sektor, steigt die Bereitschaft und Notwendigkeit zu einer kollektiven Aktion durch gewerkschaftliche Organisationsformen. In der Terminologie von Blackburn und Prandy ersetzt dann das Modell eines Interessenkonfliktes das Modell der Harmonie. Insofern gleichen sich nach Blackburn und Prandy die white-collar unions den Gewerkschaften der manual workers an, da sie das Resultat ähnlicher Ursachen sind. Sie unterscheiden sich insofern voneinander, als sie einen unterschiedlichen Grad an 'unionization' aufweisen.

Siegfried Braun(2) versucht genauer, das Sozialbewußtsein der Angestellten mit deren objektiver Arbeitssituation zu konfrontieren, um möglicherweise ein Urteil über die Adäquanz ihrer Interessenorganisation zu gewinnen. Braun referiert eine Reihe von Merkmalen, die die Angestelltenberufe nach wie vor von den meisten Arbeiterberufen unterscheiden. Auf der anderen Seite ist den Angestellten heute bewußt, Arbeitnehmer zu sein; sie bejahen die Notwendigkeit von Gewerkschaften. Ihr Organisationsgrad reicht jedoch in der BRD nur zur Hälfte an den der Arbeiter heran. Die Angestelltenverbände unterscheiden sich von den Arbeitergewerkschaften durch das "Streben nach politischer Neutralität" und durch einen geringeren Grad an Militanz in Interessenkonflikten. Da der betriebliche Status des Angestellten nicht nur auf Leistung, sondern weiterhin auf persönlicher Anerkennung des Vorgesetzten gründet, versuchen die Angestellten, "in einer Situation, in der sich ihnen gewerkschaftliche Organisation dennoch aufdrängt, Formen zu finden, die es ihnen erlauben, ihre soziale und berufliche Identität zu wahren und die Differenz zur Arbeiterschaft aufrechtzuerhalten".

Die Einstellung der Angestellten zur gewerkschaftlichen Aktivität ist, so Braun mit Goldthorpe/Lockwood, als "instrumental collectivism" zu charakterisieren. Das "Spezifikum der Angestellten ist, Arbeitnehmer, aber nicht Arbeiterklasse zu sein". Da nach Braun die Automation im Büro eher den "Modus" der Angestellten-Mentalität als deren Inhalte verändert, und die entscheidenden Grundlagen ihres 'hierarchischen Gesellschaftsbildes' weiterhin gegeben sind, werden sich auch die Formen und Inhalte der gewerkschaftlichen Aktivitäten von Angestellten zunächst nicht wesentlich ändern.

Wenn man von dem Postulat der politischen Selbstbestimmung ausgeht, so kann man einen Wandel der Angestelltenmentalität nicht eigengesetzlich von der technischen Entwicklung erwarten, vielmehr ist die Notwendigkeit eines normativen Wandels zunächst auf der Ebene des Bewußtseins politisch zu diskutieren — Aufklärung im Sinne von Habermas, als Voraussetzung für neue syndikalistische Organisationsformen.

Den entsprechenden Konflikt auf der institutionellen Ebene zwischen Berufsverbänden (professional associations) und Gewerkschaften (trade unions) hat Kenneth Prandy für Gruppen der technischen Intelligenz in Großbritannien zum Thema einer empirischen Studie über die Organisationsformen der technischen Intelligenz und deren Einstellungen gemacht.

Prandy wählt die technische Intelligenz u.a. als Untersuchungsobjekt, um die Schichtungstheorie zu prüfen. Während die Technologen in bezug auf die Merkmale Erziehung, Qualifikation und Sozialprestige eine weitgehend homogene Gruppe sind, sind sie andererseits durch eine große Varietät von Beschäftigungen gekennzeichnet. Daher läßt sich die Beziehung zwischen objektiver Arbeitssituation und Verhalten sowie Einstellungen vergleichen. Die Konfliktsituationen der zur middle class zugerechneten Gruppe der Technologen ist dadurch charakterisiert, daß diese zumeist gleichzeitig professional people und Angestellte (employees) sind. Diese Konfliktsituation deckt Prandy sowohl bei den Individuen wie bei den zwei verschiedenen Organisations-

1 Blackburn and Prandy: "White Collar Unionization: A Conceptual Framework", BRITISH JOURNAL OF SOCIOLOGY, 16, 1965, S. 111 - 122.

2 Siegfried Braun: "Das Gesellschaftsbild der Angestellten", ATOMZEITALTER, 9, 1967, S. 482 - 495.

formen – professional associations und trade unions – auf.

Nach Prandys Konzeption von Schichtung sind in der modernen Gesellschaft Klassenantagonismus und Statusharmonie immer zugleich gegeben. Der empirischen Verteilung der analytischen Konzepte 'Status' und 'Klasse' in den jeweils korrespondierenden Organisationstypen, die für dieselbe Berufsgruppe der Technologen bestehen, nämlich professionalism und trade unionsm, ist die Studie gewidmet. Gemäß dem gewählten analytischen Ansatz untersucht Prandy die 'Konfusion' der 'Ideologien'. Er deckt die Status-Elemente in den Gewerkschaften und die Klassen-Elemente in den Berufsverbänden auf.

Trotz ihres Sachverstandes übt die technische Intelligenz keine politische Macht aus. Prandy bestätigt auch für Großbritannien diesen schon aufgewiesenen Tatbestand. Seine Untersuchung ist den normativen Aspekten der Angehörigen der technischen Intelligenz und deren Organisationen gewidmet. Das Verhalten zur Herrschaft im Betrieb und die individuellen und gruppenspezifischen Vorstellungen über die gesellschaftliche Schichtung erweisen sich als entscheidend für die Legitimation der bestehenden Herrschaftsstrukturen in Industrie und Gesellschaft. Prandys Befunde lassen auch die technische Intelligenz als "angepaßte Elite" (Goldschmidt) erkennen.

Prandy ordnet individuelle Einstellungen und Organisationsformen der technischen Intelligenz auf einem "steady continuum from a status ideology to a class ideology" an, wobei er sich selbst jeglichen Urteils über die Adäquanz der von ihm ermittelten Ergebnisse enthält. Während das reine Statusbewußtsein nach Prandy die Ideologie der "herrschenden Gruppe" als legitim akzeptiert, verwirft das reine Klassenbewußtsein deren Ideologie. Erklärender Faktor für diese Legitimierung ist für Prandy die Beschäftigungssituation, die durch die Merkmale Herrschaftsausübung und Unterordnung gekennzeichnet ist; – wobei das erste Merkmal eher eine Statusideologie, das zweite eine Klassenideologie impliziert. Naturwissenschaftler und Ingenieure sind sowohl in Berufsverbänden und Gewerkschaften organisiert. Sie sind aber im Gegensatz zu den freien Berufen (professionals) nicht unabhängig, sondern von profitorientierten Organisationen angestellt, sie können nicht durch die 'practitioner-client relationship' der freien Berufe beschrieben werden.

Gleichwohl sind die Berufsverbände der angestellten technischen Intelligenz in ihrer Funktion mit der Statusideologie verbunden. Soweit die Naturwissenschaftler und Ingenieure angestellte professionals sind, können sie die Monopolisierung von Qualifikationen, die durch die traditionellen Verbände der freien Berufe gewährleistet wurde, nicht mehr beanspruchen. Die dann einzig adäquate Methode, eine Verbesserung ihres materiellen Status zu erreichen – Verhandlungen mit den Ar-


**Elmar Altvater**
**Die Weltwährungskrise**

144 Seiten, Snolin-Broschur 9 DM
Politische Ökonomie. Geschichte und Kritik

Inhalt: Weltwirtschaft und Weltwährung. Die Funktionsweise des Weltwährungssystems. Die Krise der europäischen Währungen und die westdeutsche Politik. Krisen und Reformen des Weltwährungssystems. Die politischen Folgen der Weltwährungskrise

**Ernest Mandel**
**Die deutsche Wirtschaftskrise**

Lehren der Rezession 1966/67
56 Seiten, kartoniert 3 DM
provokativ

Inhalt: Die Ursachen der Rezession. Funktion der Rezession im Spätkapitalismus. „Konzertierte Aktion" und Einkommenspolitik als Instrumente der Unternehmerstrategie im Spätkapitalismus. „Soziale Marktwirtschaft" oder Spätkapitalismus? Perspektive und Alternative

**Paul Mattick**
**Kritik an Herbert Marcuse**

Der eindimensionale Mensch in der Klassengesellschaft
72 Seiten, kartoniert 5 DM
provokativ

Obwohl angesichts der bestehenden Zustände Herbert Marcuses Pessimismus in Bezug auf die historisch-gesellschaftliche Rolle der Arbeiterklasse mehr als berechtigt erscheint, wendet sich Paul Mattick dennoch gegen diese Einstellung, die seiner Ansicht nach mehr einer subjektiven Verzweiflung als einer objektiven Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge entspricht.

**Europäische Verlagsanstalt**
**Frankfurt/Main 70 – Postfach 270**

beitgebern, d.h. kollektive Aktionsformen –, wäre ein Ausdruck von Interessenkonflikten, der wiederum gegen die Statusideologie verstößt. – Auch in der Engineers' Guild läßt sich der Konflikt zwischen Status- und Klassen-Elementen nachweisen. Während also nach den Ergebnissen von Prandy Professionalismus und Status-Ideologie korrespondieren, unterscheiden sich die Berufsverbände der employed professionals in ihren Funktionen und Stratifikationselementen von den traditionellen Verbänden der freien Berufe. Klassenelemente finden sich unter den angestellten Professionals am ehesten im technischen Arbeitsbereich. Soweit Naturwissenschaftler und Ingenieure Mitglieder von Gewerkschaften sind, bilden sie in diesen Minderheiten. Im Gegensatz zum staatlichen Sektor sind in der Privatindustrie nur zwei kleine Gewerkschaften, die diese Bezeichnung noch scheuen und sich wesentlich von den Gewerkschaften der manual workers unterscheiden, von Relevanz: die British Association of Chemists und die Association of Scientific Workers. In seiner Zusammenfassung bestätigt Prandy diesen 'Gewerkschaften': "even though, as bargaining bodies, they are manifestations of class attitudes, their activities are still very much influenced by those of status."
Gewerkschaftliche Organisationsformen sind also unter den Naturwissenschaftlern und Ingenieuren – ausgenommen Teile der im staatlichen Sektor beschäftigten – in Großbritannien nur schwach entwickelt. Wo sie bestehen, sind sie von Status-Elementen geprägt.
Nach dem Ansatz von Prandy hängt die weitere Entwicklung der Organisationsformen und individuellen Einstellungen der technischen Intelligenz in ihrer Gewichtung der Status- und Klassenelemente von der Entwicklung der Beschäftigungsformen ab. Abgesehen von der Gruppe der technischen Intelligenz, die in das Management aufsteigt, wird sich die Mehrheit wahrscheinlich in Arbeitssituationen befinden, die vereinfacht als Unterordnung unter das Management der Großbetriebe des industriellen Sektors beschrieben werden kann. Diese Arbeitssituationen werden gewerkschaftliche Organisationsformen begünstigen. Aber auch bei dieser Gruppe der technischen Intelligenz beschränkt sich das Klassen-Element auf die Beschäftigungssituation.
Wie diese Erfahrungen der Herrschaftsstrukturen des Betriebes sich bei der technischen Intelligenz überhaupt in eine kritische Erfahrung der gesamtgesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen umsetzt, bleibt ein Problem empirischer Forschung – und der politischen Praxis! Wenngleich die technische Intelligenz aufgrund der technischen Funktionen, die sie ausübt, als Funktionselite zu verstehen ist, ist die im politischen Sinne weder Wert- noch Funktionselite; sie ist vielmehr mit Dietrich Goldschmidt(3) als "angepaßte Elite" zu kennzeichnen.

3 Goldschmidt: "Technische Elite – angepaßte Elite", Manuskript eines Vortrages an der TU Berlin, Nov. 1967.

Die Frage einer kritischen Erfahrung von Herrschaft durch die angestellte technische Intelligenz kann nicht allein durch die Beschäftigungsform geklärt werden. Da die Beschäftigungsform als Ausdruck von Produktionsverhältnissen auch immer Herrschaft meint, ist eine kritische Erfahrung von Herrschaft auf der Ebene des Bewußtseins durch eine entsprechende wissenschaftliche Ausbildung herstellbar.

Eine Studie à la Prandy wäre sicherlich insofern für die Bundesrepublik von Interesse, als sie den Konflikt der angestellten technischen Intelligenz hinsichtlich ihrer Interessenorganisation auf institutioneller Ebene – zwischen Berufsverbänden und Gewerkschaften – behandelt. Gleichwohl vermag Prandys Ansatz es nicht, den institutionellen Aspekt (politisch-ökonomische Strukturzwänge, Organisationsformen der Professionen) mit der subjektiven Ebene (Bewußtsein) hinreichend, nämlich durch den Rückgriff auf die sozioprofessionelle Situation (Interessen) und das durch Sozialisation und Ausbildung weitgehend vorgeprägte politische Bewußtsein der technischen Intelligenz zu vermitteln. Mit Hilfe traditioneller, aus soziologischen Theorien abgeleiteten Konzepten (Klasse, Status) ordnet Prandy lediglich die gegebene Wirklichkeit. Die traditionelle Interpretation des Zusammenhangs von Klasse/Status einerseits und der politischen Orientierung andererseits – also bei Arbeitern und Technikern Klassenbewußtsein und Gewerkschaftsorientierung, bei Naturwissenschaftlern und qualifizierten Ingenieuren Statusbewußtsein und Professionsorientierung – ist zum einen fragwürdig, weil sie, an dem Modell vertikaler Disparitäten festgemacht, die Dimension 'horizontaler Disparitäten' (Claus Offe) im staatlich regulierten Kapitalismus ausschließt – und damit auch ein neues Konfliktpotential gerade unter den privilegierten Gruppen der technischen Intelligenz.
Andererseits ist die restriktive Fassung des Klassenbegriffs bei Prandy so evident, daß sie zu kritisieren kaum lohnt. Dies zeigt schon die idealtypische, inhaltlich nicht bestimmte Fassung des Klassenbewußtseins als 'consciousness of conflict of interest', nach der die Gewerkschaft allein wegen ihrer Funktion des Bargaining mit den Unternehmern – im Unterschied zu den Berufsverbänden – Prandy bereits als organisierter Ausdruck von 'Interessenkonflikten', als class association, gilt.
Hier zeigt sich wiederum die Abhängigkeit des gewählten analytischen Ansatzes von der empirischen Wirklichkeit. Fraglich erscheint, ob Prandys Modell der conflicting pressures (zwischen Klassen- und Statuselementen in den Einstellungen und Organisationsformen der Technologen) in einer anderen politischen Landschaft überhaupt trägt. Die Vielfältigkeit der Organisationsformen der Cadres und Ingenieure in Frankreich, von der berufsständischen CGC über den autonomen Syndikalismus bis zu den verschiedenen Formen des vertikalen Syndikalismus, welche jeweils versuchen, ein internes

Gleichgewicht zwischen Autonomie der Cadres und Ingenieure und deren Integration in die Arbeitergewerkschaften zu erreichen (vor allem die UCC in der CFDT und die UGIC in der CGT)(4), wie die Entstehung eines syndikalistischen Bewußtseins und selbst die Teilnahme vieler Cadres und Ingenieure an den Streiks Mai-Juni 1968 sowie die Herausbildung neuer Organisationsformen (Mouvement Nouveaux Cadres und C 4)(5) lassen sich durch Prandys Ansatz nicht mehr erklären. Denn in diesen Phänomenen artikulierte sich ein Interesse, das aus Prandys Interessenbegriff bereits ausgeschlossen war.

Heiner Stück

---

4 Vgl. etwa den sozialgeschichtlichen Überblick von Marc Maurice: "L'évolution du travail et du syndicalisme chez les cadres", in: LE MOUVEMENT SOCIAL, Nr. 61, Okt. - Dez. 1967, S. 47 - 64, der besonders die historischen Knotenpunkte 1936 und 1944 herausarbeitet.

5 Vgl. Alfred Willener (avec la collaboration de C. Gajdos et D. Walbert): PROJETS D'AUTONOMIE DES CADRES. Etude sur le potentiel de re-definition des cadres dans l'industrie francaise en 1968. Rapport interimaire. Paris, Nov. 1968.

**William Kornhauser with the assistance of W. O. Hagström:**
**Scientists in Industry:**
**Conflict and Accomodation.**
Berkeley: University of California Press, 1962.

Von der herkömmlichen amerikanischen Literatur, die sich mit soziologischen Problemen der akademischen Berufe befaßt, Erhellendes über die Politisierungschancen bestimmter Gruppen von 'professionals' zu erfahren, ist vermessen. Tatsächlich ist die akademische Diskussion in den USA nicht von den Fragen beherrscht, die sich im Anschluß an gewisse kritische Traditionen seit kurzer Zeit in der europäischen Diskussion ergeben haben: in welchem Verhältnis zum politischen Zentrum der Arbeiterbewegung bestimmte akademische oder andere höhere Berufe stehen und wie ihre objektive Funktion in politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu bestimmen sei.

Aus dezidiert sozialistischer Perspektive ist die Lage von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern im Funktionszusammenhang des kapitalistischen Industriebetriebs noch kaum betrachtet worden. Das hat darin seinen Grund, daß historisch dieses Thema nie auf der Tagesordnung stand: selbst wo, wie in der Rätediskussion, der Anteil von Ingenieuren und deren 'Fachwissen' an Entscheidungsprozessen zur Debatte stand, galt dies im Tageskampf zu Recht als relativ peripheres Problem nachrevolutionärer Organisation. Als Agenten der Umwälzung kamen Ingenieure in der Tat nicht in Frage. Erst recht bilden die Arbeits- und Politisierungsbedingungen von Naturwissenschaftlern eine derart neue Thematik, daß es bezeichnender Weise lange Zeit leicht fiel, das Thema im Oszillieren zwischen Kulturpessimismus und privater oder bestenfalls bürgerlich-öffentlicher Moral à la Göttinger Erklärung zu liquidieren.

Nicht von ungefähr gewinnen nun im Zuge der Universitätsrevolte – zumal sie in ein zweites Stadium der Berufsdiskussion und -praxis tritt – die politischen Potentiale der akademischen Berufe steigende Aufmerksamkeit. Dies umso mehr, als in einer Phase relativer Konjunkturstabilität ein politisches Zentrum der Arbeiterklasse organisatorisch noch nicht gebildet ist, in dessen Strategie die technischen und wissenschaftlichen Berufe ihren genaueren Stellenwert schon hätten gewinnen können. Nichts spricht jedoch dagegen, in dieser Phase der einen objektiven Dringlichkeit Rechnung zu tragen: daß politisierte Studenten auch an den Technischen Universitäten und an den Ingenieurschulen begonnen haben, die Möglichkeiten einer revolutionären Berufspraxis auszuloten und in ersten Versuchen zu erproben. Eine äußerst nüchterne Einschätzung dessen, was 'Revolutionäre' in diesen Berufen erwartet, bewahrt sowohl vor dem Rückfall in unpolitische Lethargie als auch vor einem technischen Pathos, das auf spezialisierte Kader schwört, wo es doch gilt, naturwissenschaftlich-technologische Tätigkeit insgesamt aus ihrem derzeitigen Inovations- und Anwendungszusammenhang zu befreien, was nicht isoliert von der politischen Gesamtaufgabe geschehen kann.

Um die Startbedingungen für solche Praxis auszumachen und darüberhinaus die Notwendigkeit politischer Organisationen zu zeigen, in deren Arbeit sich auch technische Intelligenz erst praktisch orientieren kann, sind Teilergebnisse der Kornhauser-Studie wohl geeignet – zeigen sie doch einige wichtige Faktoren, die in der derzeitigen industriellen Betriebswirklichkeit des politischen Westens die Integration von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren noch gewährleisten. Vor allem zwei Wertorientierungen, deren Entstehung aus Sozialisation und Berufsausbildung Kornhauser nicht weiter verfolgt, scheinen in der Tat das Bewußtsein der 'technischen' und 'naturwissenschaftlichen' Intelligenz zu beherrschen:

1. Die Orientierung an den Gratifikationen und Normen der betrieblichen Organisation als einem zentralen Ort für Aufstieg und persönliche Anerkennung und
2. die Orientierung an den Standards der eigenen 'profession', der beruflichen Fachgemeinde, die gleichsam in einer horizontalen Dimension private Status-Ansprüche mit einem Rest 'gemeinwohl-

orientierten', fachlich abgebundenen Verantwortungsgefühls verknüpft – ein Konglomerat, das die Herausbildung politischen Bewußtseins behindern kann, aber nicht muß. Kornhauser selbst sieht die beiden Varianten desselben, vorab unpolitischen Bewußtseins, nämlich Organisations-Orientierung und Professions-Orientierung (kurz O- und P-Werte genannt) durchaus nicht in kritischem Lichte. Aus seinem Blickwinkel, der professionellen 'Interessenvertretung' und ihrer Chancen werden zunächst die möglichen Spannungen zwischen P-Werten und O-Werten theoretisch bestimmt; dann werden die meist informellen Kontrollen diskutiert, die der Profession gegenüber den einseitigen Integrationsanforderungen der korporativen Ziele zur Verfügung stehen. Es folgt eine Deskription und Klassifizierung der konkreten Organisationen, die professionelle Interessen gegenüber oder in den 'corporations' vertreten – einschließlich ihrer Genese; sodann werden, ausgehend von einer Typologie möglicher Kombinationen der P- und O-Normen, die Anreize diskutiert, die in industriellen Unternehmen die Integration dieser akademischen Berufe in die betriebliche Organisation sicherzustellen haben. Die Arbeit endet mit einer Bestandsaufnahme des Einflusses professioneller Werte und Verhaltensweisen auf den Betrieb und mit sozialtechnischen Erwägungen zu einer 'Verbesserung' des Arbeitsklimas im Interesse der kapitalistisch organisierten Produktionsweise, die gleichwohl die Bedürfnisse der profession noch befriedigt.

Der systematische Rückbezug der professionellen Perspektive auf den Nutzen für das profitorientierte Wirtschaften verhindert die Analyse der Beziehungen zwischen gesellschaftlicher Gesamtentwicklung, dem Heraufkommen eines professionellen 'Bewußtseins' und den Formen betrieblicher Herrschaft. Diese Ignoranz schlägt sich in Kornhausers Vorstellung von den 'professional values' nieder, deren charakteristisches Merkmal: ein jenseits des Profitzusammenhangs noch wirksamer, aber diesem verbundener wissenschaftlich-technischer 'standard of excellence', der nach Kornhauser nicht prinzipiell, sondern nur wegen der Knappheit an Zeit und Ressourcen mit den Werten und Zielen der kapitalistischen 'corporations' in Widerspruch gerät:

> "A primary function of professionalism is the protection of standards of excellence in the face of pressures for quick or easy solutions."

Daß sowohl in diesen 'standard excellence' als auch in die verlangten 'quick and easy solutions' nicht nur das Interesse an technisch optimalen Lösungen, sondern auch schon der Kostenfaktor und damit herrschaftlich organisiertes Profitinteresse eingeht, wird in keiner Phase der Kornhauserschen Arbeit zum Problem.

Stattdessen steht ein anderer Konflikt im Mittelpunkt, dessen Vorherrschen bei der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz nicht zu bezweifeln, aber ungenügend erfaßt ist, verbleibt man auf der Ebene der bloßen Beschreibung. Kornhauser sieht den wesentlichen Widerstreit in der beruflichen Sphäre der genannten Gruppe zwischen den professionellen, in der Ausbildung gepflegten Orientierungen einerseits und den Normen und Anreizen der betrieblichen Organisation andererseits. Damit ergeben sich zweifellos interessante Kontraste zwischen den leitenden Interessen beider Orientierungsarten, wie z.B.:

| 1. im professionellen Wertehorizont | | 2. im organisatorischen Wertehorizont |
|---|---|---|
| understanding | vs. | utility |
| technical excellence | vs. | operating ease |
| creativity | vs. | routine |
| basic research | vs. | applied research |
| knowledge | vs. | profits |
| high quality | vs. | low cost |
| long range programs | vs. | short-term results |

Daß solche begrifflichen Gegenüberstellungen nicht systematisch dargestellt und interpretiert sind, kennzeichnet den Mangel an kritischer Vermittlung der damit angesprochenen Arbeitsprobleme mit den konkreten Erfordernissen des Kapital-Verwertungsprozesses in westlichen Industrieländern. Der gesellschaftliche Charakter des Widerstreits von O- und P-Orientierungen, vor allem seine Reichweite, bleibt im Dunkeln. Nichts in den beiden Dimensionen weist auf die dahinterstehenden sozialstrukturellen Bedingungen hin, die ihren Inhalt ausmachen und zugleich begrenzen. Diese Randbedingungen kommen allenfalls implizit in den Bemerkungen zur betrieblichen Hierarchie zum Ausdruck, und zwar dort, wo die Integration der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz in ein flexibles System aus Stab- und Linienpositionen, aus produktionsnahen und autonomeren Forschungsabteilungen recht präzise beschrieben ist. Hier setzen bei Kornhauser auch interessante empirische Beobachtungen ein. So steigt der Einfluß von P-Normen mit der Langfristigkeit der industriellen Forschungsprozesse und sinkt mit der Nähe zur Produktion. Dieser Zusammenhang macht plausibel, daß Naturwissenschaftler in der Industrie ihre P-Werte stärker aktivieren als Ingenieure, was sicherlich auch auf den Prozeß der Werte-Internalisierung während der Ausbildungszeit zurückzuführen ist. Selbst forschungsnah arbeitende Ingenieure orientieren sich danach stärker am organisatorischen Bezugssystem des Betriebs als an den 'horizontal' liegenden professionellen Werten.

Obwohl also zweifellos die Normen der Organisation stärker an das kapitalistische Funktionsziel binden als die der Profession, ist die Frage nach der Politisierbarkeit von technischer Intelligenz nicht automatisch pessimistischer zu beantworten als die Frage nach dem politischen Bewußtsein von Naturwissenschaftlern; denn organisatorische Bindungen können auch als organisatorische Zwänge erfahren werden. So wäre zu diskutieren, ob nicht die tendenzielle Unzufriedenheit von Ingenieuren in den unteren, stark beaufsichtigten und reglementierten Rängen der betrieblichen Organisation das herkömmliche Syndrom der Organisationsloyalität in

Richtung der von Gorz und Mallet geschilderten Bedürfnisse nach Selbstbestimmung der Produzenten sprengt. Diese und ähnliche Thesen, so reizvoll sie erscheinen, sind allerdings mit äußerster Nüchternheit zu betrachten. Bislang funktioniert eine ganze Batterie von störenden Faktoren wie Aufstiegsambivalenz, Prestigewünsche, technokratische Ideologien, unpolitische Gesellschaftsbilder derart reibungslos, daß, wie Siebel annimmt, die in der Ausbildung und in den ersten beruflichen Erfahrungen internalisierte innere Affinität von Technik und unternehmerischer Rentabilitätsrechnung womöglich selbst bei einschneidenden Unterprivilegierungen der Ingenieure, vor allem der graduierten, eher zu einer Identifizierung mit der Organisations-Hierarchie als zu einer kritischen Bereinigung der eigenen enttäuschten Aufstiegserwartungen führt. Auch stehen gängige Sozialtechniken zur Befriedigung derartiger latenter Konflikte bereit — sie haben z.B. ihr Ziel darin, "to bring them (hier: die Ingenieure) into frequent contact with those who make use of the results . . . This may be done in periodic meetings attended by members of research, manufacturing, sales, and management." Bei der, in der Ausbildung eingepaßten Unternehmensorientiertheit der Ingenieure wird diesen Integration leichter fallen als beispielsweise naturwissenschaftlichen 'professionals'. Organisatorisch zeigt sich diese Differenz an der Lokalisierung eines größeren Anteils der Ingenieure in der Linie, eines größeren Anteils von Naturwissenschaftlern im Stab oder in den extern differenzierten Forschungsgruppen.

Auf ähnliche Weise funktional sind die Unterschiede zwischen beiden Berufsbildern in der betrieblichen Kommunikation und im Entscheidungsspielraum. Während nämlich die Notwendigkeit der Kontrolle basiswissenschaftlicher Forschungsergebnisse (auch bei der angewandten Forschung) abnimmt und somit in bestimmten Grenzen den professionellen Werten der Wissenschaftler auch in der Industrie Raum gegeben werden kann, — solange sich diese Interessen nicht auf den Verwertungszusammenhang von Forschung richten — steht vor allem der graduierte Ingenieur wesentlich stärker unter fertigungstechnischen Zwängen und damit unter betrieblicher Kontrolle. So ist das mehr auf Status und weniger auf wissenschaftliches 'Ansehen' oder Fachöffentlichkeit gerichtete Bedürfnis von Ingenieuren weniger eine Folge ihrer objektiv andersartigen Rolle in der Produktion, sondern viel stärker ein funktionales Bedürfnis der kapitalistischen Betriebsorganisation, das in der Ausbildung eingeübt wurde. Nur so ist zu erklären, daß schon an Ingenieurschulen die technischen Momente des Ingenieurberufs mit den polit-ökonomischen Methoden und Zielen des kapitalistischen Wirtschaftens bis zur Untrennbarkeit vermischt werden.

Dieser realistischen Einschätzung der Disziplinierungsstrukturen ist nun allerdings die Beobachtung entgegenzuhalten, daß in den USA wie in Europa sich die berufspolitische Situation der Naturwissenschaftler und der Ingenieure verschärft. Diese Entwicklung steht mit der Monopolisierung der Wirtschaft in engem Zusammenhang. Das beweist die Tatsache, daß die meisten der (insgesamt allerdings nur 10 500) Mitglieder der größten 'professional union' in den USA in der hochkonzentrierten und großbetrieblich organisierten Flugzeug- und Elektroindustrie beschäftigt sind. Diese Entwicklung ist keineswegs revolutionär, betrachtet man den unpolitischen Charakter der 'professional unions', die eigentlich nur über das Prinzip des 'collective bargaining' den europäischen Gewerkschaften und schon gar nicht einer politischen Kampforganisation vergleichbar sind. Aber den interessanten Trend zu verfolgen, der sich mit der tatsächlichen Hinwendung tendenziell unzufriedener Ingenieure und Wissenschaftler zu den 'unions' zu zeigen beginnt, wäre für Amerika oder die Bundesrepublik ähnlich lohnend wie für Frankreich, wo es entsprechende erste Studien schon gibt. Kornhauser interessiert sich für diese Tendenzen recht wenig. Während er zwar sieht, daß die alten, Management-orientierten Berufsvorstellungen in den herkömmlichen Ingenieur- und Wissenschaftler-Vereinigungen stabilisiert wurden, geht seine Prognose für die 'unionisation' nicht über den vagen Satz hinaus, der u.a. an Erfahrungen aus der Zeit der großen Krise anknüpft: " . . . when engineers' work has become more routinized and when economic insecurity has increased, they have become more friendly to unionism." Eine systematische Diskussion der beiden damit angesprochenen Dimensionen von Arbeit, nämlich (a) Selbstverwirklichung (Entfremdung vs. Autonomie) und (b) materielle Entlohnung, erfolgt nicht.

Im Gegenteil landet Kornhauser auch an diesem strategisch bedeutsamen Punkt bei reiner Apologetik. Aus einer Kombination von anerkannten oder abgelehnten P- und O-Werten gewinnt er vier 'Idealtypen', die er auch in den Arbeiten anderer Autoren, etwa bei Gouldner, Reissmann, Wilensky und Merton wiederfindet. Drei der möglichen 'types of orientation' (1. positive Einstellung zu professionellen Werten, negative zu organisatorischen; 2. positive Einstellung zu O-Werten, negative zu P-Werten; 3. positive Einstellung sowohl zu P- als auch zu O-Werten) ordnet Kornhauser gewissen funktionellen 'Notwendigkeiten' der betrieblichen Organisation mit dem Hinweis zu: " . . . a complex system depends for its effectiveness on a certain distribution of types of orientation, rather than only on one type." Die funktionsgerechte Verteilung der 'richtig' orientierten Menschen(Berufe) geschieht auf der Ebene der industriellen Tätigkeit durch Anreize: "The appropriate incentives link the functions with the corresponding orientations." Hier wird besonders klar, daß in Kornhausers professions-freudiger Perspektive schon vorgängig die Effizienz- und Profit-Kriterien des kapitalistischen Wirtschaftens eingegangen sind. So entspricht der Typ I (positive P-, negative O-Orientierung) der Notwendigkeit der Produktion technisch und wissenschaftlich verwertbarer Ergebnisse; der Typ II (positive O-, nega-

tive P-Orientierung) bewältigt erfolgreich die "administration of the conditions under which technical results are produced". Schließlich endet dies Kabinett funktionaler Persönlichkeiten beim kapitalistischen Subjekt selbst: dem 'Betriebspolitiker' (positive O-, positive P-Orientierung) ist es allein gegeben, die "application and communication of technical results" zu gewährleisten. Diese Typen sind in Wahrheit nichts anderes als ein Ergebnis des unkritischen begrifflichen Schemas und dessen Deduktion aus der Organisation des gewinnorientierten westlichen Unternehmenstyps.

Es wird durch diese Schematisierung auch klar, warum Kornhauser im Ingenieur einen 'funktionaleren' Typ des betrieblichen Angestellten oder mittleren Managers sieht als im Naturwissenschaftler. Die Integrationsfähigkeit der industriellen Organisation bemißt sich daran, in welchem Maße es ihr gelingt, die P-Werte, die selbst noch statusmäßige Einschlüsse enthalten (Fachkenntnis als soziale Anerkennung), vollends durch entsprechende materielle und prestigeorientierte Anreize in eine positive Identifikation mit dem Unternehmen insgesamt umzuwandeln. Jede andere Orientierung, die sich dieser Anreizstruktur sträubt, fällt in der Analyse Kornhausers konsequent in die Restkategorie der Anomie, des Versponnenen und Anomalen.

Es ist nun zu fragen, ob nicht im Gefolge einer Entwicklung auch bei den von privaten (d.h. auch: organisierten privaten) Interessen gelenkten technischen Innovationsprozessen sich neue Legitimitätskonflikte anmelden. Sie haben vielleicht ihre Ursache im Problem der wissenschaftlichen Arbeit selbst, konkret: in dem der Motivation zu wissenschaftlichem Denken und Handeln. Teilweise richtig ist z.B. Krysmanskis Beobachtung: "Leistungs- und Belohnungssysteme haben von einer bestimmten Stufe an gar nicht mehr die Möglichkeit, wissenschaftliche Leistungen auch 'wissenschaftlich' zu belohnen, Wissenschaftler können nurmehr durch hohe administrative Posten adäquat belohnt werden." Damit kündigt sich zwar noch nicht die Krise der Leistungsgesellschaft, wohl aber schon das Mißverständnis einer 'falschen' Entlohnungsform in manchen Professionen an: das Mißverständnis eines Aufstiegs in der betrieblichen Hierarchie, der die innere Motivation von Fachwissenschaftlern gar nicht mehr steigern kann, vielmehr nur noch periphere – wenn auch eng verknüpfte – Bedürfnisse anspricht. Die Gefahr bei der Einschätzung dieses Schaverhalts liegt darin, daß man eine Krise der akademisch-wissenschaftlichen Professionen aus isolierten psychologischen Ursachen für möglich halten könnte, was natürlich Unsinn ist. Immerhin ist Krysmanskis Frage in gewissem Umfang berechtigt, "ob es den industriellen Leistungssystemen jemals gelingen kann, adäquate 'Belohnungen' für kreative wissenschaftliche Leistungen zu schaffen, ohne daß das Gesamtsystem dabei selbst tiefgreifende Wandlungen durchmacht."

Daß dies nicht naturwüchsig geschehen kann, sondern der bewußten Tätigkeit bedarf, um Politisierungsprozesse im Sektor der technisch-wissenschaftlichen Berufe zu beschleunigen, liegt auf der Hand. Eine sorgfältige, die politische Praxis vorbereitende Analyse der hier diskutierten Probleme der Arbeit auf steigendem Komplexheitsniveau müßte – entgegen einer idealistischen Beschreibung des wissenschaftlichen Handelns als einem per se systemsprengenden – vielmehr darauf bestehen, daß unter den Bedingungen des derzeitigen Verwertungszusammenhangs jede Art der gesellschaftlichen Tätigkeit, und gerade die konstruierende, planende oder innovative, heute noch "einerseits gesellschaftlicher Arbeitsprozeß zur Herstellung eines Produkts, andererseits V e r w e r t u n g s p r o z e ß des Kapitals" ist. (K. Marx: DAS KAPITAL, 11. Kap., 1. Band, S. 351) Das schließt, wie an Kornhausers Arbeit zu verfolgen ist, Interessenkonflikte kurzfristiger und nichtantagonistischer Art zwischen konkurrierenden oder komplementär arbeitenden Institutionen (Staat, Industrie und deren Sektoren und Branchen, Gewerkschaften, professional associations) nicht aus. Es wären aber im Anschluß an einen polit-ökonomisch entfalteten Arbeitsbegriff die Dimensionen neu zu bestimmen, in denen sich heute Tätigkeit und Entfremdung der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz darstellen.

Ein zentrales Problem dieser Aufgabe scheint in der Beantwortung der Frage zu liegen, in welchem herrschaftlichen Organisationszusammenhang heute über Richtung und Methodik technischer Arbeit entschieden wird und wie die Betroffenen Widerstand leisten können. Spezifisch technokratische Ansätze zu solchen Reflexionen sind historisch auszumachen (Veblen-Diskussion in den USA), sie haben ihr harmloseres Pendant in den Friedensaktivitäten der Pugwash-Wissenschaftler, ihr weitaus anspruchsvolleres und radikaleres in der kontinuierlichen Studentenrevolte.

In der jetzigen Generation der Wissenschaftler und vor allem der Ingenieure sind diese Denk- und Handlungsansätze nicht zuletzt deshalb verschüttet, weil die strikte Ausgrenzung des Verwertungs- und Verteilungsproblems aus dem Zentrum der Produktion in die wirtschaftlichen und in die damit verflochtenen politischen Entscheidungsspitzen im Bewußtsein der Arbeitenden, also auch der technischen und wissenschaftlichen Intelligenz, solange als historisch naturwüchsiger Prozeß gilt, als nicht schwerwiegende ökonomische Krisen das dahinterliegende Prinzip offenlegen und problematisieren. Nicht zuletzt deshalb ist die politische Organisation für die Träger einer Berufsprayis, deren objektive Stellung im Produktionsprozeß heute einen quantitativen und Bedeutungszuwachs ohnegleichen erfahren haben, von besonderer Dringlichkeit. In welchen Formen diese Organisation geschieht und welche Strategien die Entpolitisierung der diskutierten Berufe durchbrechen können, ist eine Frage, die ohne genügende Aufhellung der derzeitigen Arbeitsbedingungen der technischen Intelligenz gar nicht angegangen werden kann.

Ulf Kadritzke

# Pahl-Rugenstein Verlag

*Neuerscheinungen 1969*

Friedrich Hitzer, Reinhard Opitz (Hrsg.)
**Alternativen der Opposition**
**(Standardwerk der Außerparlamentarischen Opposition)**
412 S., glanzkart., DM 12,60

Wilfried v. Bredow
**Entscheidung des Gewissens**
**Kriegsdienstverweigerer heute**
ca. 170 S., glanzkart., ca. DM 9,80

Robert Steigerwald
**Herbert Marcuses „Dritter Weg"**
ca. 300 S., glanzkart., DM 9,80

Eberhard Czichon
**Der Bankier und die Macht**
**Hermann Josef Abs in der deutschen Politik**
ca. 300 S., glanzkart., ca. DM 12,80

Wilhelm Breuer / Bernd Hartmann / Herbert Lederer
**Revolution in Lateinamerika**
ca. 220 S., glanzkart., ca. DM 9,80

Günter Wirth
**Heinrich Böll**
ca. 250 S., Leinen mit Schutzumschlag, ca. DM 12,80

Günter Wallraff
**Bundeswehr – „Schule der Nation"**
**Berichte aus der Bundeswehr**
ca. 260 S., glanzkart., ca. DM 12,80

---

*Sammlung Junge Wissenschaft*

Friedhelm Nyssen
**Schule im Kapitalismus.**
**Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule**
ca. 240 S., glanzkart., DM 22,80

Wilfried v. Bredow
**Der Primat militärischen Denkens. Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit**
ca. 200 S., glanzkart., DM 28,50

Hans Karl Rupp
**Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer**
ca. 300 S., glanzkart., DM 28,50

---

*Schriften des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS)*

Hannes Heer (Hrsg.)
**Institutsreform. Modelle studentischer Mitbestimmung**
112 S., kart., DM 4,50

Thomas Kieselbach / Peter Marwedel (Hrsg.)
**Emanzipation oder Disziplinierung**
149 S., kart., DM 4,50

# Blätter für deutsche und internationale Politik

In den letzten Heften:

| | |
|---|---|
| **Wolfgang Abendroth** | Zur Diskussion über die Mitbestimmung |
| **Hans-Werner Bartsch** | Die Araber und Israel |
| **Max Bense** | Die Funktion der 'intellektuellen Opposition' |
| **Heinrich Böll** | Literatur – human, sozial |
| **Gert Börnsen** | Sozialdemokratische Anpassung und Formierte Gesellschaft |
| **Karl D. Bredthauer** | Computer und Angestellte |
| **Ralph Calamy** | Organisierter Kapitalismus und Mitbestimmung |
| **Klaus Fritzsche** | NPD – Ein deutsches Schicksal. Eine Analyse mit neun Thesen |
| **Gerhard Gollwitzer** | Abrüstung – eine dringende Aufgabe unserer Zeit |
| **Ulrich Greiwe** | Darstellung und Kritik der Futurologie in den USA und in der BRD |
| **Joachim Hirsch** | Staatsverwaltung und Spätkapitalismus |
| **Ulf Preuß-Lausitz** | Wege zur demokratischen Schule |
| **Wolf-Dieter Narr** | Modell einer demokratischen Gesellschaft |
| **Reinhard Opitz** | Grundfragen oppositioneller Alternative und Strategie |
| **Helmut Ridder** | „20 Jahre Grundgesetz" (-Revisionismus) |
| **Günter Rose** | Einige prinzipielle Bemerkungen zur Konvergenztheorie |
| **Wolfgang Ruge** | Stresemann – Ein Leitbild? |
| **K.T.Schuon/H. Wiedner** | Geschichtsbuchanalyse |
| **Peter Schütt** | Kulturpolitische Aktionen und Aufgaben der demokratischen Opposition |

XIV. Jahrg. 1969 - monatlich ca. 110 Seiten - Einzelheft DM 3.50, im Abonnement DM 2.50 - für Schüler, Studenten, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende DM 2.–

**PAHL – RUGENSTEIN VERLAG - KÖLN - BARBAROSSAPLATZ 2**

Neu

# Für Leser, die politisch denken

Keith Robbins

## München 1938

Der britische Historiker Keith Robbins suchte die Wahrheit, nicht eine Bestätigung »zeitgemäßer« Verdammungsurteile. Er stellt die Sudetenkrise nicht isoliert dar, sondern verfolgt ihre historischen Wurzeln und stellt das Problem »München 1938« in den damals gegebenen weltpolitischen Zusammenhang. Die Schlagworte »Ungültig von Anfang an« und »Heimatrecht der Sudetendeutschen« erscheinen dadurch in neuem Licht.
352 Seiten. Bibliographie. Anmerkungen. Register. **28 DM**

Roland Nitsche

## Der häßliche Bürger

Leistung, Versagen, Zukunft
Diese polemische Geschichte des Bürgertums, anspruchsvoll, aber leicht lesbar, schildert den Werdegang des Bürgers vom streitbaren Stadtbewohner des Mittelalters über den aufgeklärten Revolutionär und den Pionier des beginnenden Industriezeitalters bis zum sicherheitsbedürftigen Bürger unserer Tage. Doch im »Spießer« und »Bourgeois« sieht Nitsche nicht die Endstation, sondern Ausgangspunkt für eine neue Zukunft.
308 Seiten. **19.80 DM**

Uri Avnery

## Israel ohne Zionisten

Plädoyer für eine neue Staatsidee
»Kampf dem Zionismus!« Ausgerechnet ein Israeli sticht mit dieser Parole in ein Wespennest. Avnery, streitbarer Journalist und Knesseth-Abgeordneter, analysiert scharfsinnig Geschichte und Gegenwart Israels und macht unkonventionelle Vorschläge zur Lösung des Nahost-Problems. Auszüge erschienen im »Spiegel« unter dem Titel »Mit den Arabern leben?«
248 Seiten. **15.80 DM**

Theodor Lessing

## Einmal und nie wieder

Theodor Lessing, Kulturpessimist rationalistischer Prägung, gehörte zu den bedeutendsten Köpfen des ersten Drittels unseres Jahrhunderts. Seine Lebenserinnerungen waren lange vergriffen. Jetzt erscheint dieser unveränderte Nachdruck der 1935 in Prag erschienenen Erstausgabe mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hans Mayer. Eine Fundgrube für zeitgeschichtlich Interessierte.
448 Seiten. **24 DM**

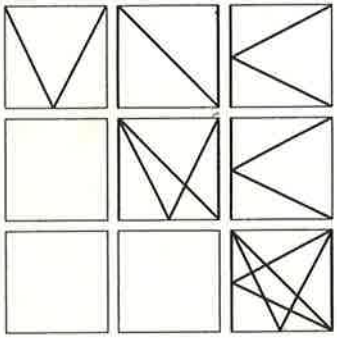
George Lichtheim

## Ursprünge des Sozialismus

dms-Band 86
Utopie? Ideal fanatischer Weltverbesserer? Schlagwort radikaler Revolutionäre? Gesellschaftsform der Zukunft? Deckmantel zynischer Machtpolitik? Was eigentlich ist Sozialismus? Der Verfasser spürt die Quellen einer Idee auf, die älter ist als Marx und Engels.
304 Seiten. **15 DM**

**In jeder Buchhandlung!**

**Bertelsmann**
Sachbuchverlag



**Paul Mattick**
**Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenbewegung in den USA**
**ca. 160 Seiten, ca. DM 16,00**

**Archiv sozialistischer Literatur Band 15**

**Harry Magdoff**
**Das Zeitalter des Imperialismus**
**ca. 220 Seiten, ca. DM 12,00**

**Probleme sozialistischer Politik Band 17**

**Nikolai Bucharin**
**Imperialismus und Weltwirtschaft**
**193 Seiten, ca. DM 18,00**

**Archiv sozialistischer Literatur Band 13**

**Angelica Balabanoff**
**Die Zimmerwalder Bewegung 1914-1919**
**168 Seiten, ca. DM 16,00**

**Archiv sozialistischer Literatur Band 16**

**Enrica Collotti Pischel**
**Die chinesische Kulturrevolution**
**ca. 90 Seiten, ca. DM 7,00**

**Probleme sozialistischer Politik Band 18**

**Nikolai Bucharin und Eugen Preobraschensky**
**Das ABC des Kommunismus**
**376 Seiten, ca. DM 23,00**

**Archiv sozialistischer Literatur Band 14**

**Max Hoelz**
**Vom „Weissen Kreuz" zur roten Fahne**
**Jugend-, Kampf- und Zuchthauserlebnisse**
**393 Seiten, DM 18,00**

**Verlag Neue Kritik KG**
**6000 Frankfurt am Main 1**
**Wilhelm-Hauff-Strasse 5**
**Telefon (0611) 74 86 70**